

AUFTRAG



219/220 SEPTEMBER 1995

35. JAHRGANG

- 35. WOCHEN DER BEGEGNUNG
- Friedenthematik im neuen Katholischen Erwachsenen Katechismus
- Streßsituationen bei militärischen Einsätzen
- Verabschiedung des Militärgeneralvikars
- „Zum Kreuzurteil“ des Bundesverfassungsgerichts
- Zum „KirchenVolksBegehren“

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

35. WOCHEN DER BEGEGNUNG

„Erneuern mit Mut – Die Kirche unter Soldaten in Kontinuität und Wandel“ Einführung in die 35. Woche der Begegnung (<i>Klaus Brandt</i>)	3
---	---

ZENTRALE VERSAMMLUNG

Protokoll der Zentralen Versammlung 1995	4
Zur Lage der katholischen Kirche: Verluste, Gewinne, Aufgaben (<i>Raban Tilmann</i>)	10
Militärseelsorge im Wandel – Versuch eines Ausblickes“ (<i>Manfred Heinz/Klaus Brandt</i>)	14
Zur Entstehung des organisierten Laienapostolates in der Kirche unter Soldaten (<i>Walter Theis</i>)	15
Nachbarschaftshilfe 1995/96: „Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche in der Slowakei“	18
Ergebnisse der Zentralen Versammlung	19
Verleihung des Silvesterordens	21

BUNDESKONFERENZ DER GKS 1995

Protokoll der Bundeskonferenz (<i>Klaus Brandt</i>)	22
Bericht des Bundesvorsitzenden (<i>Jürgen Bringmann</i>)	25
Die Zukunft des Soldaten in Kirche und Welt (<i>Karl-Heinz Ditzer</i>)	30

FRIEDENSETHIK

Verantwortung für den Frieden	41
Stichwort: Bei „Blauhelmen“ in der Krajina	47
Mitverantwortung für Frieden und Menschenrechte	48
Rückeroberung der Krajina durch Kroatien ethisch gerechtfertigt?!	49
Kreiß- und Operationssaal – die Straße (<i>Günter Thye</i>)	52

STRESSITUATIONEN

Wenn nichts mehr ist, wie es war – wenn nichts mehr geht, wie es geh'n soll (<i>Karl-Heinz Ditzer</i>)...	54
---	----

MILITÄRSEELSORGE

„Der richtige Mann, am richtigen Fleck, zur richtigen Zeit“ (<i>Klaus Brandt</i>)	63
Die Rechtsbeziehung zwischen Kirche und Staat als strukturelles Hindernis der Verkündigung? – am Beispiel der Militärseelsorge – (<i>Heinrich Mussinghoff</i>)	68

KIRCHE UND STAAT

Stört das Bundesverfassungsgericht den Rechtsfrieden? (<i>Paul Schulz</i>)	73
--	----

KIRCHENVOLKSBEGEHREN

Gedanken und Meinungen zu einer strittigen Aktion (<i>Paul Schulz</i>)	76
--	----

AUS DER GKS

50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – Erklärung der GKS zum 8. Mai 1945	79
8. Mai vor 50 Jahren – wie ich das Kriegsende erlebte (<i>Helmut Fettweis</i>)	80
Der neue Bundesvorsitzende der GKS: Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein (<i>Klaus Brandt</i>)	82
Schwerpunkte meiner zukünftigen Arbeit als Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (<i>Karl-Jürgen Klein</i>)	83
Seminar „Bewältigung der dritten Lebensphase“	85
Vertiefungsseminar für Senioren in Nürnberg (<i>Wigbert O. Werner</i>)	85

AUS DEN WEHRBEREICHEN	88
-----------------------------	----

AKS ÖSTERREICH (<i>Günter Thye</i>)	94
---	----

KURZ NOTIERT	53, 72
--------------------	--------

PERSONALIA	20, 40, 67
------------------	------------

NACH REDAKTIONSSCHLUSS	95
------------------------------	----

BUCHBESPRECHUNGEN	97
-------------------------	----

35. WOCHEN DER BEGEGNUNG

„Erneuern mit Mut – Die Kirche unter Soldaten in Kontinuität und Wandel“

Einführung

Klaus Brandt

Die 35. Woche der Begegnung (WdB) vom 24.–29. April 1995 hat dieses Jahr unter dem Leitwort „Erneuern mit Mut – Die Kirche unter Soldaten in Kontinuität und Wandel“ gestanden.

Die Hauptveranstaltung der katholischen Militärseelsorge für das Laienapostolat unter den Soldaten in 67714 Waldfischbach-Burgalben im Bildungs- und Exerzitienhaus des Bistums Speyer, Maria Rosenberg, gliederte sich wie in den letzten Jahren in die Zentrale Versammlung (ZV) und die Bundeskonferenz (BuKonf) der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die jeweils auch einen ethisch-religiösen Bildungsteil beinhalteten.

Die ZV ist der Zusammenschluß von Vertretern des Laienapostolats im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärseelsorgers – als sein Diözesanrat –, die paritätisch durch die beiden Säulen der organisierten Laienarbeit, die Räte und die GKS als katholischem Verband beschickt wird. Die GKS gründet auf dem Glauben der katholischen Kirche und orientiert sich besonders an den Ergebnissen des II. Vatikanischen Konzils sowie der kirchlichen Friedenslehre.

Der WdB voraus fand am Wochenende eine Vorkonferenz statt, bei der die Vorstände der ZV und der GKS ihre Programme für die WdB inhaltlich und organisatorisch in den Einzelheiten abklärten. Außerdem wurden weitere Vorhaben sowie Termine für 1995/96 besprochen.

Ein Höhepunkt der 35. WdB waren am 25. April 1995 zwei Vorträge. Zunächst sprach Pfarrer Dr. Raban Tilmann – vordem Generalvikar im Bistum Limburg – aus Frankfurt zu dem Thema „Zur



*Der Tagungsort der 35. Woche der Begegnung: Maria Rosenberg, Wallfahrtsort mit Wallfahrtskirche und Stifterhaus
(Foto: Schnell, Kunstführer Nr. 564, 3. Aufl. 1994)*

Lage der katholischen Kirche. Verluste, Gewinne, Aufgaben.“ Dabei kam er bei seiner Analyse der veränderten Lage zu neuen Aufgaben für die Kirche, die er in fünf Optionen unterteilte (s.S. 10). Dr. Tilmann ist auch Fernsehbeauftragter der Bischöfe, Kamphaus (Limburg), Lehmann (Mainz) und Dyba (Fulda) für den Südwestfunk sowie den Hessischen Rundfunk. Der inzwischen in den Ruhestand verabschiedete Militärgeneralvikar (MGV) Dr. Ernst Niermann referierte dann über „Militärseelsorge im Wandel – Versuch eines Ausblicks“. Der MGV ging dabei auf die Schwierigkeiten ein, die sich für die zukünftige Militärseelsorge aus der neu strukturierten, verkleinerten aber mit einem erweiterten Aufgabenfeld versehenen Bundeswehr in einem um ein Drittel ver-

größerten Staatesgebiet ergeben. Hier wies er auch auf die gesteigerte Bedeutung der Laien bei der Unterstützung der Militärseelsorge in ihren Aufgaben hin (s.S. 14).

Im Zentrum der WdB stand am 26. April abends ein Pontifikalamt in der Maria, der Königin des Rosenkranzes, geweihten Wallfahrtskirche in Waldfischbach-Burgalben. Anschließend gab der H.H. Militärbischof und Bischof von Fulda, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, einen Empfang für die Delegierten der ZV, BuKonf sowie geladenen Gästen aus dem öffentlichen, kirchlichen und militärischen Bereich. Im Verlauf des Abends überreichte Dr. Dyba Brigadegeneral Friedhelm Koch und Stabsfeldwebel Walter Hütten – als erstem Unteroffizier der Bundeswehr – die Ernennungsurkunden



**Blick auf das neue Bildungs- und Exerzitienhaus
von Maria Rosenberg** (Foto: Schnell, Kunstführer Nr. 564, 3. Auflg. 1994)

den von Papst Johannes Paul II. zum Ritter des Silvesterordens (s.S. 21).

Im zweiten Teil der WdB tagte die Bundeskonferenz der GKS. Ihre Delegierten verabschiedeten das Grundsatzpapier des Verbandes „Gemeinsam in die Zukunft“, die Änderung der „Ordnung“ sowie der Geschäftsordnung. Auch die Wahl des neuen Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, stand neben verschiedenen Berichten auf der Tagesordnung (s.S. 22 ff.). Mittelpunkt der BuKonf war am 28. April

der Vortrag von Pater Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer, CSsR, zum Thema „Die Zukunft des Soldaten in Kirche und Welt“ (s.S. 30). In diesem Zusammenhang verwies er auf die besondere Verpflichtung der katholischen Soldaten, aus ihrem Glauben heraus und ethisch begründet, den Kameraden beizustehen, die nach Kampf- und/oder UN-Einsätzen von posttraumatischen Belastungsstörungen betroffen seien (s.S. 54).

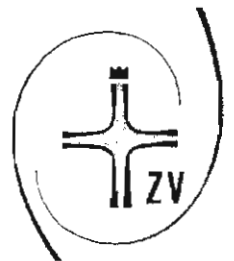
Die Tagungsstätte liegt nördlich von Pirmasens, das an Lothringen/Frankreich grenzt. Auf hal-

ber Höhe am Südhang des Schwarzbachtals, oberhalb des Ortes Waldfischbach-Burgalben, erhebt sich die Wallfahrtsstätte Maria Rosenberg. Die Randlege zwischen Pfälzerwald und der Sickingen Höhe gibt diesem Berg einen herben Reiz von eigener Schönheit. Die mit ihren Ursprüngen bis 1430 zurückreichende heutige Anlage wurde durch eine 1860 gegründete Laiengemeinschaft, die sogenannte Jörg-Gesellschaft, initiiert und unter anderem mit ihren Finanzmitteln ab 1910 durch das Bistum Speyer verwirklicht. Der weite dreiflügelige Wallfahrts-hof mit der Wallfahrtskirche an der Stirnseite umschließt mit einer langen Säulenhalle zur Linken und dem Stifterhaus zur Rechten die Gnadenkapelle. An das Stifterhaus schließt sich etwas tiefer das Bildungshaus an. Zur Linken der Wallfahrtskirche erstreckt sich parallel zum Langhaus das Gästehaus. Oberhalb dieses Komplexes befinden sich das Mädchenheim und die Wirtschaftsgebäude. Auf der Straßenseite gegenüber dem Bildungshaus liegt das 1994 fertiggestellte neue Alten- und Pflegeheim.

Ein herzliches Vergelt's Gott gebührt sowohl der Leitung des Hauses als auch den Mällersdorfer Franziskanerinnen von der Hl. Familie, die aufopfernd den Delegierten der WdB den Aufenthalt so angenehm wie möglich gestalteten.

Protokoll der Zentralen Versammlung 1995

Manfred Heinz



Tagungsort:

Haus Maria Rosenberg
Katholische Bildungsstätte der Diözese Speyer,
Waldfischbach-Burgalben

Zeitraum:

25.04. 1995 08.30 Uhr bis 18.00 Uhr
26.04. 1995 08.45 Uhr bis 16.15 Uhr

Vorsitzender: Herr Schmitt

Moderatoren: Herren Jermer und Knaf

Protokollführer: Herr Heinz

Teilnehmer:

Militärbischof DDr. Johannes Dyba
(26.04. ab 15.00 Uhr)

Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann,
(25.04.1995, 08.30–12.00 Uhr)

Vorstand ZV: Frau Mathias, Herren Hütten,
Kober, Schmitt, Steinborn, Weber

Von Amts wegen: Militärdekan Walter Theis,
als Beauftragter des Militärbischofs

Gewählte Delegierte der Zentralen Versammlung
und Gäste

Hinweis: Aus redaktionellen Gründen wurde das Protokoll mit
Anlagen für die Wiedergabe im AUFTRAG gekürzt.

TOP 1: Begrüßung

Herr Schmitt begrüßte im Namen des Vorstandes die Delegierten und Gäste der Zentralen Versammlung (ZV). Ein besonderer Gruß galt:

- Herrn Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann,
- Herrn Dr. Raban Tilmann,
- Herrn Militärpfarrer Lang (Vertreter des Priesterrates),
- Herrn Militärdekan Ursprung (Kath. Wehrbereichsdekan IV).

Bei der Leitung des Hauses Maria Rosenberg bedankte sich Herr Schmitt für die überaus freundliche Aufnahme und dankte ebenfalls allen, die an der organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der Zentralen Versammlung beteiligt waren.

Im Hinblick auf das Leitthema der Woche der Begegnung „Erneuern mit Mut – Die Kirche unter Soldaten in Kontinuität und Wandel“ erinnerte er an die während der letztjährigen ZV geäußerte Sorge um die schwieriger werdenden Rahmenbedingungen der Militärseelsorge. Mittels eines Fragebogens wurde deshalb eine Bestands-/ Zustandserhebung des organisierten Laienapostolates durchgeführt. Die Auswertung lag den Delegierten in schriftlicher Form vor. Sie sollte in Arbeitsgruppen diskutiert und gewertet werden.

Herr Schmitt verlas ein Grußwort des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung, Oberst i.G. Werner Bös, der aus dienstlichen Gründen verhindert war, an der Woche der Begegnung teilzunehmen. Herr Bös bedauerte dies sehr und wünschte den Delegierten erfolgreiche Beratungen, Kreativität, Ideen und viele gute Gespräche.

Der Vorstand erstellte gemäß § 3 der Geschäftsordnung die Tagesordnung der ZV und legte sie den Delegierten vor.

TOP 2: Eröffnung der Beratungen

Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann eröffnete die Beratungen der Zentralen Versammlung 1995. Ausgehend vom Datum „35 Jahre organisiertes Laienapostolat im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs“ erinnerte er an die Aneignung der Beschlüsse und Ergebnisse des II. Vatikanischen Konzils in der Katholischen Militärseelsorge.

Er sprach den Wunsch aus, daß die Delegierten während der Beratungen immer wieder zu den Quellen, zu den Fundamenten und zu den Zielen durchstoßen, die die Mitverantwortung des gesamten Gottesvolkes für die Sendung der Kirche betreffen.

TOP 3: Einbringen der Beschlußvorlage „Nachbarschaftshilfe 1995/96“

Herr Weber stellte die Beschlußvorlage zur Nachbarschaftshilfe der katholischen Soldaten für das Jahr 1995/96 vor (siehe dazu auch TOP 13 sowie den verab-



Ein Septett, das der ZV etwas zu sagen hatte: (v.l.) Oberst i.G. Jürgen Bringmann (Bundesvorsitzender der GKS), Militärdekan Walter Theis (Beauftragter des Militärbischofs für diese ZV), Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann, Oberstleutnant Richard Schmitt (Vorsitzender der ZV), Pfarrer Dr. Raban Tilmann (ehemals Generalvikar in Limburg), Militärdekan Carl Ursprung (Katholischer Wehrbereichsdekan IV, Mainz) und Militärpfarrer Dietrich Lang (Moderator des Priesterrates). (Foto: F. Brockmeier)

schiedeten Beschluß Seite 18). Darin empfiehlt der Vorstand, das Zentrum für gefährdete Jugendliche in Nitra (Slowakei), das schon im Vorjahr durch die Nachbarschaftshilfe gefördert wurde, auch im kommenden Jahr zu unterstützen.

Ebenfalls sollte die gute und bewährte Zusammenarbeit mit RENOVABIS, die viele Vorteile bietet, fortgesetzt werden.

TOP 4: Vortrag „Zur Lage der katholischen Kirche. Verluste, Gewinne, Aufgaben“

Der Vortrag von Dr. Raban Tilmann ist auf den Seiten 10–13 wiedergegeben.

TOP 5: Vortrag „Militärseelsorge im Wandel – Versuch eines Ausblickes“

Zu den Kernaussagen des Vortrages von Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann siehe Seite 14 f.

Prälat Dr. Niermann, der letztmals als Generalvikar des Militärbischofs und als Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes an der ZV teilnahm, gab den Delegierten folgende Wünsche mit auf den Weg:

- Behalten Sie einen unverzagten, unverstellten und gelassenen Blick auf die Lage;
- Schauen Sie auf das Wesentliche der Seelsorge als Vollzug der kirchlichen Sendung;
- Kommen Sie von dort zur Fähigkeit, vom Wesentlichen jene Formen, Organisationen, Zielvorstellungen zu unterscheiden, die Sie ändern können, unter Umständen ändern müssen.
- Dann wünsche ich Ihnen den lebendigen Mut, aus der veränderten Lage jene Konsequenzen zu zie-

hen, die der Begegnung der Kirche mit den Soldaten in ihrem Dienst und in ihrem Leben den Weg in eine sehr offene Zukunft frei macht.

Abschließend sagte Dr. Niermann allen engagierten Laien Dank für Ihre Mitarbeit und Unterstützung in vielen Jahren. Insbesondere dankte er dem Vorstand der Zentralen Versammlung, der ihm in 14 Jahren Amtsführung geholfen hat.

TOP 6: Aussprache über die Vorträge

Die Vorträge von Dr. Tilmann und Militärgeneralvikar Dr. Niermann regten die Delegierten zu interessierter Nachfrage und lebhafter Aussprache an.

Angesprochen wurden dabei u.a. folgende Themen:

- Wo sind Freiräume für die Glaubenserfahrung?
- Was heißt Gewissensfreiheit?
- Dialog in der Kirche.
- Immer weniger ehrenamtliche Mitarbeiter.
- Der Lebenskundliche Unterricht.
- Die Aufgaben des Militärpfarrers unter den gewandelten Bedingungen.

TOP 7: Rückblick: „Zur Entstehung des organisierten Laienapostolates in der Kirche unter Soldaten“

Referat von Militärdekan Walter Theis siehe Seite 15.

TOP 8–10: Gruppenarbeit zum Thema „Standortbestimmung des organisierten Laienapostolates“

1. Allgemeine Einleitung

Oberstleutnant Richard Schmitt rekapitulierte die Gründe, die Anlaß zur Lagefeststellung des organisierten Laienapostolates gaben, rief die Genese des Fragebogens in Erinnerung und erläuterte die einzelnen Fragenkomplexe.

Die Arbeitsgruppen sollten nun die Auswertung diskutieren und ergänzen, um zu einer ersten Wertung und Deutung zu kommen. Die grundlegende Frage lautet:

Wie kann unter den veränderten Bedingungen „Laienarbeit“ in der katholischen Militärseelsorge aussehen?

2. Grundfragen zum Verständnis des Laienapostolates

Militärdekan Theis zog aus den Antworten auf die beiden „Grundfragen“ des Fragebogens den Schluß, daß es notwendig sei, sich mit dem Selbstverständnis der Laien in der Kirche unter Soldaten intensiv zu befassen. Bezeichnend ist, daß 38 Prozent auf die Frage, inwieweit das Bewußtsein der Mitverantwortung der Laien für die Sendung und den Auftrag der Kirche vorhanden ist, nicht und ein weiterer großer Teil mit „wenig“ bis „gar nicht“ geantwortet hätten.

Ein eigenes Selbstverständnis der Laien in der Kirche ist aber die Grundlage für das Engagement. Es bestimmt, wie man zur Tat schreitet, wie man sich einsetzt, wie man aktiv wird.

Militärdekan Theis äußerte die Vermutung, daß das Kirchenverständnis, das in der Militärseelsorge in Bezug auf die Laien herrscht, oftmals noch vorkonziliar sei.

Der Gedanke der *communio*, der Gemeinschaft aller Christgläubigen, der Gemeinschaft von Klerikern und Laien, den das II. Vatikanische Konzil so sehr betonte, habe sich noch nicht überall durchgesetzt.

Militärdekan Theis nahm deshalb an dieser Stelle die Gelegenheit wahr, nochmals die Aussagen des II. Vatikanischen Konzils über das Apostolat der Laien den Delegierten darzustellen.

3. Strukturen und Gegebenheiten in den Seelsorgebezirken

Hierzu trug Oberfeldwebel Peter Weber folgende Auswertung vor:

Der Fragenkomplex 1 befaßt sich vor allem mit den Strukturen und Gegebenheiten in den Seelsorgebezirken. Insgesamt 57 Seelsorgebezirke antworteten – häufig sogar mehrfach, wenn z.B. Pfarrgemeinderat und GKS getrennt Fragebögen übersandten.

Es ergibt sich folgendes Bild:

In gut 50 Prozent der Seelsorgebezirke werden ein- bis zweitausend katholische Soldaten betreut (vgl. Seelsorgevertrag: 1:1.500). Es gibt ein Nord-Süd- und ein Ost-West-Gefälle. Die großen Seelsorgebezirke verteilen sich entsprechend auf die einzelnen Wehrbereiche. Eine ähnliche Verteilung zeichnet sich bei der Betrachtung der Seelsorgebezirke nach den Entfernungen von der Dienststelle zu den einzelnen Standorten ab. Folgende Tendenz wird sichtbar:

Im Durchschnitt beträgt der Radius der zu betreuenden Standorte um die Dienststelle des Standortpfarrers 50 km. Im Norden wachsen die Entfernungen auf ca. 70 km an. In den neuen Bundesländern umfaßt der Betreuungsbereich eines Militärpfarrers ein halbes bis ganzes Bundesland.

Von den in der Auswertung erfaßten 57 Seelsorgebezirken sind acht ohne eine Laienvertretung, zwei haben einen Laienzusammenschluß unter anderen Begriffen als PGR oder GKS und zehn sind ohne katholischen Seelsorger. In drei Bezirken gibt es keinen evangelischen Militärpfarrer. Die räumliche Ausdehnung der katholischen Seelsorgebezirke ist nicht deckungsgleich mit den evangelischen. Dies kann dazu führen, daß ein katholischer Militärpfarrer es mit bis zu fünf evangelischen Mitbrüdern zu tun hat.

Überraschend ist die Vielfalt des Veranstaltungsangebots in den einzelnen Seelsorgebezirken. Am häufigsten werden drei Veranstaltungstypen benannt

- Familienwochenende,
- Familienwerkwoche,
- Wallfahrten.

Verbreitet sind die folgenden Veranstaltungen:

- Pfarrfeste,
- Soldatenexerzitien,
- Ausflüge und Informationsfahrten,
- Einkehrtage,
- Veranstaltungen der GKS-Kreise.

Einzelne Veranstaltungen, die das Angebot abrunden und auch nur vereinzelt durchgeführt werden, sind:

- Single-Treffs,
- Sonntagskaffee,
- Bastelkurse/-abende,

Karnevalsveranstaltungen,
Weihnachtsbasar,
Adventskaffee/-feiern,
Klausurtagungen,
Nikolausfeiern,
Besinnungstage,
Kirchenchor,
Kaffeerunden,
Vorträge/Vortragsabende,
Maigang,
Bibelabende,
Gesprächskreise,
Sommergrillfeste,
Erntedankgottesdienste.

Insgesamt 21 Seelsorgebezirke gaben an, regelmäßig Sonntagsgottesdienste durchzuführen.

Aus Zeitgründen mußte auf die weiteren einführenden Statements verzichtet werden. Den Delegierten lagen die verdichtenden Auswertungen zu den Beratungsthemen vor, so daß eine ausreichende Arbeitsgrundlage gegeben war.

Es wurden folgende **Arbeitsgruppen** gebildet:

1. **Der Pfarrgemeinderat in der Militärseelsorge**
Leitung: Herr Kober
2. **Gremien des organisierten Laienapostolates im (Wehr-) Bereich und die Zentrale Versammlung**
Leitung: Herr Steinborn
3. **Die Lage der Soldatenfamilien**
Leitung: Frau Mathias
4. **Laienapostolat und Dienstbetrieb**
Leitung: Herr Schmitt

Die sich aus der Fragebogenaktion ergebende Lagefeststellung, ihre Bewertung, daraus zu ziehende Folgerungen sowie die Wiedergabe der Ergebnisse der Beratungen in den Arbeitsgruppen bedürfen noch einer gründlichen Bearbeitung.

TOP 11: Vorstellung der Arbeit des Vorstandes

Herr Schmitt berichtete über die Vorstands- und Sachausschußarbeit des zurückliegenden Zeitraumes. Insgesamt tagte der Vorstand viermal. Schwerpunkte waren die Durchführung der Lagefeststellung sowie die Vorbereitung der Zentralen Versammlung. Die Sachausschüsse waren ebenfalls mit der Erstellung der Fragebögen sowie deren anschließenden Auswertung befaßt. Neben den routinemäßig anfallenden Arbeiten wie organisatorische Unterstützung von Veranstaltungen (SA III), Berichterstattung (SA VII), Kontakte zur Verbände-Ebene (SA IV) sind an besonderen Aktivitäten zu erwähnen: Die Durchführung der „Nachbarschaftshilfe“ (SA V) sowie die Auswertung der Rückantworten auf die familienpolitische Erklärung (SA I).

TOP 12: Familienpolitische Erklärung der Zentralen Versammlung 1994

Die familienpolitische Erklärung der ZV 1994 „Familie – Lernort des Lebens, Fundament der Gesellschaft“ war mit dem Ziel abgegeben worden, sich in das Konzert anderer Verbände und der öffentlichen Meinung im Jahr der Familie und im Jahr der Bundestagswahl einzuschalten. Der Stellenwert der Familie für die Gesellschaft sollte betont sowie Forderungen zu ihrer Unterstützung und zu ihrem Schutz aufgestellt werden.

80 Verantwortungsträgern in Staat, Politik, Gesellschaft und öffentlichen Leben war die Erklärung zugesandt worden. Davon antworteten 41. Der Ton der Antwortschreiben war durchweg freundlich gehalten. Inhaltlich reichten sie von der einfachen Eingangsbestätigung über Stützung/ Zustimmung zu den geforderten Maßnahmen bis hin zu Widerspruch bei einzelnen Forderungen.

TOP 13: Bericht über den Verlauf der Nachbarschaftshilfe 1994/95 und Verabschiedung der Beschlußvorlage 1995/96

Herr Weber informierte die Delegierten ausführlich über den Verlauf der Nachbarschaftshilfe 1994/95. Insgesamt konnten 19.400 Mark dem Zentrum für gefährdete Jugendliche in Radosina/ Nitra durch Vermittlung von RENOVABIS zur Verfügung gestellt werden. Eine detaillierte Aufstellung darüber, wie die Gelder verwendet wurden, liegt vor.

Bei einem Besuch der Kommunität „Königin des Friedens“ im August letzten Jahres konnte Herr Weber auch persönlich den Fortgang der Aufbauarbeiten in Augenschein nehmen. Er war stark beeindruckt von dem Engagement und dem Idealismus mit der sich die junge Gemeinschaft ihrer Aufgabe widmet.

Sein Resümee: Das Projekt ist weiterhin förderungswürdig und die Spendengelder, die dorthin fließen, sind gut angelegt. Die Delegierten stimmten der Fortsetzung der Nachbarschaftshilfe zugunsten des Projektes in Radosina/Nitra zu. Aussprache zur Beschlußvorlage wurde nicht gewünscht.

Die Beschlußvorlage zur Nachbarschaftshilfe (siehe Seite 18) wurde mit 52 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme angenommen.

TOP 14: Bericht über die Aufnahme von Kinder- und Jugendfreizeiten in den Veranstaltungskatalog der Katholischen Militärseelsorge

Die Zentrale Versammlung 1994 hatte in einer Beschlußvorlage gebeten zu prüfen, ob unter gewissen Bedingungen Kinder- und Jugendfreizeiten wieder in den Veranstaltungskatalog der Katholischen Militärseelsorge aufgenommen werden können.

Der überarbeitete Veranstaltungskatalog (Erscheinen ca. Juli 1995), der zunächst für ein Jahr „Probe-laufen“ soll, wird Kinder- und Jugendfreizeiten unter der Rubrik „Sonderveranstaltungen“ aufführen. Sie können als Einzelveranstaltung beim KMBA beantragt werden.

Für ihre Genehmigung müssen bestimmte Voraussetzungen vorliegen und gewisse Bedingungen erfüllt sein. Näheres ist im neuen Veranstaltungskatalog nachzulesen.

TOP 15: Bericht über die Arbeit im Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Einleitend informierte Oberstleutnant Helmut Jermer über die Aufgaben und das Selbstverständnis des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, dessen Mitglied er ist.

Er zählte ausführlich die Aktivitäten des ZdK's und seiner Kommission im Zeitraum von Mai 1994 bis April 1995 auf.

Besonders machte Herr Jermer auf die Aktion „Autofasten“ aufmerksam, d.h. auf die Bestrebungen einiger Diözesan-/Katholikenräte den Erntedanktag zum „autofreien“ Sonntag zu erklären. Mit dieser konkreten Maßnahme soll ein Zeichen zur Bewahrung der Schöpfung gesetzt werden. Herr Jermer regte an, in den Gremien der Laienmitverantwortung die Aktion „Autofasten“ bekannt zu machen und zur Unterstützung zu empfehlen. Nähere Informationen können beim Vorstand ZV (Geschäftsführung) abgerufen werden.

Abschließend wies Herr Jermer auf den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ hin. Pfarrgemeinderäte und GKS-Kreise sind zur Beteiligung aufgefordert. Beiträge zur „Gesamthematik“ und/oder zu einzelnen Themenkomplexen werden vom Vorstand ZV (Geschäftsführung) gesammelt und an das Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln in Bad Honnef zur Auswertung weitergeleitet.

TOP 16: Wort des Vertreters des Priesterrates

Militärpfarrer Lang überbrachte zunächst die Grüße des Priesterrates und dankte herzlich für seine persönliche Einladung.

Er erzählte den Delegierten – ausgehend von der Emmausgeschichte und ihrer Deutung – eine Vision, einen Traum über das Unterwegssein in der Kirche unter Soldaten.

Menschen sind unterwegs in der Welt der Soldaten als Berufs- und Zeitsoldaten mit ihren Familien, als Wehrpflichtige.

Die Kirche – und damit sind wir alle gemeint, Priester und Laien – gehe im Auftrag Jesu und in seinem Sinn auf die Menschen zu.

Die Kirche trägt die Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen mit. Sie muß Antwort geben, Wege suchen zu allen Menschen. Sie muß an den „Zaun“ gehen und gerade die Menschen am Rande begleiten. Die Kirche tut dies in der speziellen Situation des Soldaten: In der Kaserne, bei Einsätzen und Übungen. Die Kirche deutet hier die Situation des einzelnen und die Geschichte der Menschen. Auch unsere Aufgabe sei es, wie Jesus es tat, die Schwachen und Geringen zu suchen. Sie gibt es auch in der Bundeswehr.

Die Arbeit für die Schwachen läßt keinen Lohn erwarten. Wer sich für die „Kleinen“ einsetzt, der muß nach-

geben, suchen, dienen, anbieten. Wir müssen einander Zeit geben, in Beziehungen eintreten, in einen Dialog eintreten.

Wichtig sei immer die Rückbesinnung auf die Basis unseres Handelns: Das Brotbrechen. Brotbrechen war der Höhepunkt des Gespräches von Emmaus und ist es auch für uns. Wir bekommen Mut und Hoffnung, wir können hingehen und zum Mitmachen auffordern, weil wir wissen, jemand ist da, der zu uns steht.

Militärpfarrer Lang schloß mit der Bitte um die Mitarbeit der Laien in den Seelsorgebezirken und machte Mut auf die Fragen der Menschen, auf ihre Hoffnungen, Nöte und Leiden einzugehen.

TOP 17: Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS

Zum Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, vor der ZV wird auf den ausführlichen Bericht zur Bundeskonferenz der GKS (siehe Seite 25 ff.) verwiesen.

TOP 18: Bericht des Vorsitzenden ZV an den Militärbischof

Herr Schmitt informierte den Militärbischof über Beratungsthemen und Verlauf der Zentralen Versammlung. Aufgrund der Auswertung der Lagefeststellung, der Vorträge der Referenten sowie den Diskussionen in den Arbeitsgruppen ergaben sich folgende Fragenkomplexe / Arbeitsfelder:

1. Wie kann das Bewußtsein für die Mitverantwortung der Laien geweckt und gestützt werden?
2. Wie kann organisierte Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge unter den sich abzeichnenden Bedingungen geleistet werden und wie kann sie konkret gestaltet werden?
Bestimmende Faktoren sind:
 - Voraussichtliche Anzahl von 80 – 90 hauptamtlichen Militärgeistlichen
 - räumlich größer werdende Seelsorgebezirke
 - neue Aufgaben der Bundeswehr und damit verbundene neue Einsatzgebiete der Militärpfarrer
 - steigende Zahl nebenamtlicher Militärpfarrer
3. Wie kann eine angemessene institutionalisierte Form der Laienarbeit aussehen? (Frage nach dem Pfarrgemeinderat)
4. Wie kann die Bedeutung der Ortsgemeinden für die Soldaten und ihre Familien gestärkt werden bzw. die Integration in sie gefördert werden? (Militärseelsorge als kategoriale Seelsorge)
5. Wie kann Kommunikation und Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen der Gremien des organisierten Laienapostolates verbessert werden?
Herr Schmitt informierte abschließend über den Verlauf der Aktion „Nachbarschaftshilfe“ 1994/1995.

Er bat den Herrn Militärbischof den Beschluß der Zentralen Versammlung zur Fortsetzung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und im Verordnungsblatt einen Kollektenaufruf zu erlassen.

Der Militärbischof stimmte dieser Bitte zu.

TOP 19: Wort des Militärbischofs

Der Militärbischof freute sich, wieder an der Zentralen Versammlung teilnehmen zu können und die Delegierten so aktiv bei der Arbeit zu sehen. Er wollte sich zu den neuen Herausforderungen gerne beraten lassen und wenn nötig, die richtigen Schlüsse ziehen. Er versprach, weiterhin bei seinen bischöflichen Mitbrüdern für die Freistellung von Priestern zum Dienst in der Militärseelsorge zu kämpfen. Auch wollte er sich bei den entsprechenden Stellen für die Verbesserung des oftmals schwierigen Lage der Familien von Soldaten einsetzen. Hinsichtlich der Lagefeststellung sollte die gesellschaftliche Entwicklung gesehen werden, die weiter in die Richtung „Säkularisierung“ und „Pluralismus“ gehe.

Dies führte der Bischof an verschiedenen Beispielen aus. Die frohe Botschaft könnten wir nicht als eine Meinung unter vielen zur Verfügung stellen. Wir seien

in bestimmter Hinsicht die einzigen, die bestimmte Werte vertreten. Hierfür müßten wir Überzeugungsarbeit leisten. Die beste Überzeugung sei die, die für andere an unserem Leben sichtbar werde. Notwendig sei, die „Orientierung ganz nach oben“ nicht abreißen zu lassen.

Der Militärbischof dankte abschließend den Delegierten für ihr Engagement, wo immer sie es in den verschiedenen Standorten und Truppenteilen einbringen. Die Laienarbeit ist für die Zukunft der Kirche von notwendiger Bedeutung. Auf Gruppierungen wie Pfarrgemeinderat und GKS-Kreise müßte man als kirchenträgende Strukturen setzen können. Auch das Engagement der Gläubigen, die nicht organisiert sind, die als einzelne einfach mitmachen und da sind, darf keinesfalls übersehen oder zu gering geschätzt werden. Der Militärbischof stand nach seinen Ausführungen den Delegierten zum Gespräch und zu Anfragen zur Verfügung.

Nach den Beratungen der Zentralen Versammlung zelebrierte der Militärbischof ein Pontifikalamt in der Wallfahrtskirche in Waldfischbach, dem sich ein Empfang für die Delegierten und geladene Repräsentanten aus Kirche, Bundeswehr und Öffentlichkeit anschloß.



Erzbischof DDr. Johannes Dyba zwischen zwei geistlichen Beratern – ein aktiver Zuhörer bei der Zentralen Versammlung, dem Beratungsgremium der Laien für den Militärbischof – (l. Militärdekan Walter Theis, Referatsleiter „Kirche und Gemeinde“ im KMBA, r. Militärpfarrer Dietrich Lang, Moderator des Priesterrates). (Foto: F. Brockmeier)

Zur Lage der katholischen Kirche: Verluste, Gewinne, Aufgaben

Raban Tilmann

Vorbemerkung

Warum spricht ein Pfarrer aus Frankfurt in der Zentralen Versammlung zur Lage der Kirche? Grundlage ist eine Bilanz nach acht Jahren Erfahrung als Generalvikar des Bischofs von Limburg im November 1992 vor der Diözesanversammlung, gestützt auf den aktuellen Fünfjahresbericht des Bistums für Rom, veröffentlicht als „Limburger Texte“, gelesen und für interessant befunden im Generalvikariat des Militärbistums. Seit Oktober 1993 bin ich wieder Pfarrer in Frankfurt und Beauftragter des Bistums für Medienarbeit (Rundfunk und Fernsehen). Bei uns gibt es nur Ämter auf Zeit.

Sind die Einschätzungen eines Generalvikars von Limburg übertragbar? Das werden Sie entscheiden. Mindestens sind sie exemplarisch interessant. Sie können dazu anregen, daß Sie Ihre Lage selbst erkennen.

„Wehe dem, der spricht!“ Es ist ein Wagnis, sich zur Lage der katholischen Kirche auf Bundesebene zu äußern. Für jede Rede gibt es eine Gegenrede, zu jeder Äußerung einen sinnvollen Widerspruch. Trotzdem will ich reden. Freilich beschränke ich meine Aussagen auf die Zielgebiete:

Zur Lage der synodalen Vertretungsgremien und Zur veränderten Stellung der Kirche in der Gesellschaft

1. Die Lage ist unklar, die Deutungen sind kontrovers

1.1 Der Titel des Vortrags spielt an auf die Pflicht des Präsidenten der USA, jährlich einen „Bericht zur Lage der Nation“ abzugeben. Oder auf „die Lage“ täglich beim Bundeskanzler. Oder auf die „Lage“ im Generalstab einer kriegführenden Nation, um zu wissen, wieviel Truppen zur

Verfügung stehen, wo sie stehen und wie der Frontverlauf ist. Nun führt die Kirche keinen Krieg, aber Lageberichte sind dennoch wichtig - und üblich: die sog. Quinquennialberichte (Fünfjahresberichte) jedes Bistums anlässlich des Besuchs des Bischofs „ad limina“ in Rom. Leider sind diese Berichte die aus vielen Quellen zusammenfließen, nicht öffentlich und für das Bewußtsein der Ortskirche damit irrelevant.

1.2 Jeder Lagebericht setzt voraus, daß die Erkenntnis einer komplexen Situation schwierig ist und nur unvollkommen gelingt; daß Überraschungen und Zufälle nicht auszuschließen sind; daß die Beiträge vieler kompetenter Beobachter nötig sind. Nur so entsteht ein zutreffendes Gesamtbild.

1.3 Überraschend ist demnach nicht, daß die Lage unklar ist und jede Einschätzung Interessen transportiert; Überraschend an der kirchlichen Lage ist vielmehr, daß die Deutungen der Lage die Tatsachen überwuchern und daß die Deutungen immer weiter auseinanderklaffen und sich manchmal gegenseitig ausschließen. Mehr als Tatsachen werden die Deutungen von den Medien hartnäckig übermittelt.

Ich will solche Schlagworte einmal nennen;

- Untergang: die katholische Kirche ist die kulturelle Nachhut, es steht eine Katastrophe bevor und es werden Schuldige gesucht, die Kirche verschleppt den Konkurs.
- Umbruch: wir erleben einen grundsätzlichen Wandel der katholischen Kirche, eine Kulturrevolution, einen Abbruch der religiösen Tradition.
- Übergang: wir leben in einer Zeit gewollter und gesteuerter

kirchlicher Reform nach dem Konzil; die Reform orientiert sich an den Prinzipien „zurück zum Ursprung“ und „Zuwendung zu den Fragen der Zeit“; eine in Liturgie, Dogma und Normen erstarrte Tradition wird erneuert und verlebendigt.

- Ende der Konstantinischen Ära: es gibt heute weder eine Staatskirche noch einen Kirchenstaat; die Kirche befreit sich aus der Einheit von Thron und Altar und aus dem konfessionellen Landeskirchentum (oder wird freigesetzt) und lebt als freie Kirche im freien Staat.
- Ende der Volkskirche und Aufbau der Gemeindekirche: es gibt heute keine milieubedingte unbewußte Zugehörigkeit mehr zu einer Kirche, sondern nur eine bewußte und freie Wahl der Religion. Die nächste Realität der Kirche ist die Gemeinde oder sogar die Gruppenbasis, aus der sich die große Weltkirche aufbaut. Die Kirche nimmt Abschied von großen Zahlen und von Superstrukturen.
- Ende der Gegenreformation: nachdem sich die katholische Kirche in der Abwehr der Reformation und der Kirchenspaltung lange einseitig festgelegt hat, lockert und korrigiert sie sich nun in ökumenischer Zeit. Jahrhundertlang gab es kein Konzil und keine Diözesansynoden; die Sakramente wurden gegenüber der Verkündigung und Diakonie überbetont usw.
- Einbruch der Subjektivität in eine objektivierbare Religion: in Folge der Aufklärung und Emanzipation befreit sich das erwachsene Subjekt aus der vorgegebenen Glaubenswelt.
- Beginn einer neuen Inkulturation des Glaubens und einer neuen Evangelisation; die For-

derung einer Inkulturation des europäisch verfaßten Christentums in Afrika, Asien und Lateinamerika kennen wir; dasselbe gilt für Europa. Im Augenblick erleben wir eine Exkulturation der Kirche im eigenen Land. Die ersten Missionare haben unser Land mit einer lateinischen Hochkultur überfremdet. Die neuen Missionare müssen die Muttersprachen kennen.

- 1.4 Im Zuhören haben Sie wahrscheinlich beurteilt, welche dieser verschiedenen Deutungen Ihrer Erfahrung entspricht. Manche werden Sie gekannt haben, andere waren Ihnen neu. Häufig waren die Worte „hinüber“, Ende, Einbruch, nur einmal hieß es „Beginn“. So ist es bei jeder Bewegung, das Konzil sagt: „Wanderung“ – der Ausgangspunkt, den wir verlassen müssen, ist klar beschreibbar; das Ziel aber, wohin die Reise führt, nicht. Wer wandert, darf nicht hängen bleiben.

Wesentlich für aussagekräftige Lage-Einschätzungen sind methodische Unterscheidungen: das eine sind die Tatsachen, die gelten müssen, auch wenn sie eigenen Meinungen entgegenstehen; das andere sind Wertungen, die mittransportiert werden (gut/schlecht, schlimm/erfreulich); aus den Wertungen gehen unmerklich die Prognosen hervor, wie es weitergeht; an die Prognosen schließen sich die Optionen an, wie es weitergehen soll, die sog. Schwerpunkte, die überall gesucht werden; und aus den Optionen ergeben sich die pastoralen und kirchenpolitischen Handlungsvorschläge, die sich meist an die Entscheidungsträger richten. Ich möchte Sie um solche Unterscheidungen bitten, damit wir allen Manipulationen widerstehen. Uns genügt die zweifelsfreie Feststellung, daß wir in einer Zeit kirchlicher Wandlungen leben. – Kommen wir zu den Tatsachen!

2. Tatsachen: Verluste und Gewinne führen zur veränderten Lage

Wenn wir uns für die Tatsachen interessieren, springen die Verluste zunächst stärker ins Auge als

die Gewinne, weil es schmerzt zu verlieren. Beginnen wir also mit Verlusten, die freilich an der Gestalt der Volkskirche gemessen sind, die wir allein kennen. Die Verluste sind somit relativ.

2.1 Verluste

- Die **Zugehörigkeit zur katholischen Kirche** sinkt langsam, aber ständig durch den Überschuß der Beerdigungen und Kirchenaustritte gegenüber Taufen und Konversionen (im Bistum Limburg in 5 Jahren 7%). Schon jetzt leben wir nicht mehr in einem

- Die **Zahl der Gottesdienstbesucher** hat sich in 25 Jahren knapp halbiert. Sie liegt im Bistum Limburg zwischen 30 Prozent auf dem Land und 10 Prozent in der Großstadt. Der Schwund wird noch weitergehen. Die Gemeinden werden kleiner, die Milieus enger. Die nachkonziliare engagierte Gemeinde ist unter den getauften Katholiken also eine Minderheit von ca. 15 Prozent gegenüber den 85 Prozent gemeindefernen, welche die Gemeinde nur punktuell oder über die Medien wahrnehmen.



Verluste und Gewinne in der gegenwärtigen Lage der katholischen Kirche in Deutschland zeigte Dr. Raban Tilmann, bis September 1992 Generalvikar der Diözese Limburg, auf. Gemeinsam mit Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann (links im Bild) stellte er sich den Fragen der Delegierten der Zentralen Versammlung, zwischen beiden der Moderator Oberstleutnant Helmut Jermer. (Foto: F. Brockmeier)

christlichen Land: in Frankfurt sind 1/3 evangelisch, 1/3 katholisch und 1/3 nichtchristlich oder nichts; in Hamburg gibt es nur noch 50% Christen, in den neuen Bundesländern nur noch 30%. Das verändert die Lage tiefgreifend. Von Kirchenaustrittswellen sprechen die Medien, meist im Zusammenhang mit Steuererhöhungen. Jährlich verliert die katholische Kirche allerdings nur 0,6 bis 0,8% der Mitglieder. Man sollte statt Wellen lieber von Tröpfeln oder Sikkern sprechen. Aber es schwächt.

- Es herrscht galoppierender **Priestermangel**. Im Bistum Limburg sind seit 20 Jahren 175 von 330 Pfarreien als Orte benannt, an denen unbedingt ein Priester als Pfarrer leben muß. Die Orte lassen sich nicht halten. Dafür haben wir 250 pastorale Mitarbeiter, deren Kompetenzen strittig sind.
- Die Kirche hat ihre **kulturelle Dominanz** verloren. Die biblischen Erzählungen, das Kirchenjahr, die katholischen Lehren und Normen prägen nicht mehr das öffentliche Leben. Sie gelten als Gegenposition zur gängigen Lebensweise.

Enzykliken und Hirtenbriefe werden zu Zwischenrufen.

- Es kommt zu **Kommunikationsstörungen und Verständnisblockaden** zwischen Kirche und Gesellschaft, besonders in den Dauerbrennertemen wie z.B. Empfängnisverhütung, Zölibat, Priesteramt der Frau, Homosexualität, Abtreibung, Euthanasie usw.

2.2 Gewinne

Den Verlusten stehen Gewinne gegenüber. Sie drängen sich nicht so auf wie die Verluste. Manchen Pessimisten gilt die Schilderung von Gewinnen als Versuch, eine schlechte Lage schönzureden.

- Ein Gewinn ist die nun überall anerkannte **Gewissens- und Religionsfreiheit**. Seit die christliche Religion aus ihrer Bindung an Herkunftsmilieus und die Staatsmacht freigekommen ist und ihr die kulturelle Hegemonie verloren ging, kann sie nun auch nichts mehr erzwingen oder exekutiv durchsetzen. Sie ist auf die freie Einsicht, das Einverständnis und die freie Gefolgschaft der Menschen angewiesen. Religion verträgt sich nicht mit Zwang, sagt das Konzil. Das ist gut so.
- Zweiter Gewinn: **Personalisierung des Glaubens**. Der Glaube wird nun nicht mehr kollektiv durch die Zugehörigkeit zu einer Familie oder Sippe oder zu einem Land weitergegeben, sondern wird von jedem persönlich erfahren, erungen und angenommen. Er bleibt nicht mehr oberflächlicher Konformismus, er wird Herzenssache. Religion verträgt sich nicht mit Masse, sie ist eine persönliche Beziehung. Gut so.
- Die **Kirche ist nicht mehr identisch mit einer Regierung, einer Partei oder einem Parlament**. Sie wird zu einer außerparlamentarischen kritischen Instanz in der Gesellschaft. Man kann die Kirche nicht mehr für eigene politische Ziele gebrauchen bzw. mißbrauchen.
- Im Konzil hat sich die Kirche selbst erklärt und ihre gegen-

reformatorische Spitze gebrochen. **Kirche ist nicht identisch mit dem kirchlichen Amt**. Sie ist Volk Gottes, dem das Amt dient. So entsteht Platz für viele Initiativen und neue kirchliche Verantwortungsträger.

- Die **Kirche** steht nun auf eigenen Füßen und tritt als **selbstbewußter Partner** in den Dialog einer **kritischen Öffentlichkeit** ein. Sie erleidet, wie über sie häufig abträglich berichtet und gnadenlos geurteilt wird. Aber sie lernt auch, selbst das Wort zu erkämpfen und mitzureden.

Ich erspare es mir, Verluste und Gewinne wie in einer Bilanz abzuwägen. Wichtig ist zu sehen, daß es beides gibt: Verlust und Gewinn. Wichtig ist, daß die Kirche die Situation erkennen will und sie annimmt. Nicht flüchten, sondern standhalten!

3. Die synodale Vertretung des Volkes Gottes

Dieselben Tatsachen und unterschiedliche Wertungen führen oft zu gegensätzlichen Lage-Einschätzungen. Da stellt sich die Frage:

- Welche Wertung gilt?
- Wer entscheidet?
- Wie kommen wir in unübersichtlicher Lage zu gemeinsamen, für alle verbindlichen Beschlüssen?

Entscheiden wie bisher die Pfarrer, Bischöfe und der Papst allein, je höher, desto verbindlicher und richtiger? Oder entscheiden die Wissenschaftler und Professoren? Oder die Propheten und Basischristen? Oder die Meinungsmacher in den Medien? Kompetent ist das Volk Gottes insgesamt. Und wie äußert sich das Volk Gottes? Seit dem Konzil in gewählten synodalen Gremien. Das ist auch nach 30 Jahren noch alles neu und ungewohnt. Es lohnt die Frage: wie geht es eigentlich den synodalen Gremien?

- 3.1 Wir müssen uns erinnern, wie die **Katholikenräte** aufgebaut wurden. Das Konzil der Bischöfe hat empfohlen, jedem kirchlichen Amt auf allen Stu-

fen der Hierarchie ein synodales Vertretungsgremium beizugeben; den Pfarrgemeinderat, den Bezirkssynodalrat, den Diözesan-Synodalrat. Die Verbände und das bisherige Laienapostolat wurden einbezogen. Die Katholikenräte sind also nicht wie die staatlichen Parlamente durch revolutionären Volkswillen von unten entstanden, sondern durch Gesetzgebung von oben. Die Kompetenzen wurden von oben gewährt, das Mandat kommt durch Wahl von unten. Ungeklärt ist bis heute, wie dieser Widerspruch nicht zu Blockaden, Lähmungen und Frustration führen soll, sondern zu einer ergebnisreichen Zusammenarbeit.

- 3.2 Ein Zauberwort überbrückt den Widerspruch: **Dialog**. Zusammenarbeit zwischen Amt und Mandat durch Dialog. Zwar paßt eine Demokratisierung nach staatlichem Vorbild nicht zur katholischen Kirche, denn das würde bedeuten: Parteienbildung und Wahlkampf, Fraktionsbildung und Fraktionszwang, Mehrheitsentscheidung im Parlament und Koalitionsregierung. Aber mit demokratischen Verfahren müssen wir uns anfreunden. Wir kennen da folgende Formen:
 - die **Konsultation**: der kirchliche Amtsträger erbittet vor seiner abschließenden Meinungsbildung und Entscheidung den Rat des synodalen Gremiums; diese Bitte kann nicht nach Belieben zurückgezogen, der Rat nicht ohne Folgen ignoriert werden.
 - die **Beratung**: sie ist der Regelfall. Das synodale Gremium wählt sich sein Beratungsthema selbst, formuliert seinen Willen und gibt seinen Beschluß als Rat an den Amtsträger; der Rat ist nicht unverbindlich, aber auch nicht bestimmend; der Amtsträger wird ihn aufzunehmen suchen; wenn er ihn unberücksichtigt läßt, wird er dies erklären und begründen; der Rat kann sich nicht durchsetzen, der Amtsträger behält eine Art aufschiebendes oder verhinderndes Veto.
 - der **Konsens**: das ist das beste

und der Idealfall - die Übereinstimmung, die Einmütigkeit. Sie ist besser als eine Mehrheitsentscheidung. Im Konfliktfall kann sich weder der Amtsträger allein gegen die Synode durchsetzen noch der Rat gegen den Amtsträger. Der Dialog ist unaufhebbar.

- Synodale Gremien können nur arbeiten, wenn sie vom Amtsträger aktuell informiert und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Da die **Meinungsbildung** in Gremien gemeinsam erfolgen muß, ist damit freilich immer eine gewisse Öffentlichkeit gegeben. Es bildet sich eine öffentliche kirchliche Meinung, auf die sich jeder Entscheidungsträger beziehen muß.
- 3.3 Daß der Dialog zwischen Amtsträgern und synodalen Gremien noch in den Kinderschuhen steckt, ergibt sich aus dem Alarmeruf des Zentralkomitees der deutschen Katholiken: dem Kommissionspapier „Dialog statt Dialogverweigerung wie in der Kirche miteinander umgehen?“ vom Oktober 1991, beschlossen von der Vollversammlung des ZdK im Mai 1993. Die Abschnitte „Abschied vom Klerikalismus – Laien melden sich zu Wort“, „Abschied vom Patriarchat – Frauen melden sich zu Wort“ und „Abschied vom Zentralismus – Pfarrgemeinden melden sich zu Wort“ sprechen für sich. Amtsträger und Synoden befinden sich in einem nicht abgeschlossenen Lernprozeß.

4. Neue Aufgaben für die Kirche in veränderter Lage

Aus dem Gesagten ergeben sich zwar nicht zwingend, aber aus meiner Sicht logisch einige Optionen, aus denen sich leicht Entscheidungen ableiten lassen:

- 4.1 Ich empfehle, die **Personalisierung des Glaubens** nicht als Gefahr für die Überlieferung zu sehen, sondern als eine Chance der Vertiefung und Bereicherung. Es stellt sich die Aufgabe, den überlie-

ferten Glauben (ohne ihn zu verfälschen oder gar aufzugeben!) dem glaubenden Subjekt zu übergeben, bis jeder denselben Glauben in seiner Muttersprache ausdrücken und bezeugen kann. Daraus ergibt sich die Wichtigkeit der Erwachsenenkatechese im Umkreis der Sakramentspendung, eines Erwachsenenkatechumenats und von religiösen Intensivkursen (Exerzitien im Alltag, Kloster auf Zeit, Wallfahrten usw.). Glaubenswissen wird nur erfragt und angenommen, wenn die Glaubenserfahrung die Fragen stellt.

- 4.2 Zugleich soll sich die **Kirche nach außen öffnen**, aus ihren Herkunftsmilieus hervortreten und die Einladung Gottes an die Menschen herantragen. Sie darf sich nicht selbst entwurzeln und ihre Tradition abbrechen, aber sie soll sich entschieden den Andersdenkenden zuwenden. Die neue Evangelisierung beginnt mit der **Überwindung der Schweigespirale**, d.h. daß Katholiken in der Öffentlichkeit nicht länger verschämt schweigen und ihren Glauben tarnen und verleugnen.
- 4.3 Ich empfehle den **Mut zur Freiheit**. Zur kirchlichen Gemeinschaft wird in Zukunft auf Dauer nur jemand gehören, der ihr frei zustimmt und Wert auf sie legt. Um sich der Wahl der Gewissen stellen zu können, muß die Kirche freilich ein erkennbares Profil auf dem „Markt“ der Weltanschauungen und Religionen entwickeln. Sie soll **Identitäten stiften**. Sie soll die **Belaustungsfähigkeit** ihrer Mitglieder in Kontroversen und Konflikten **stärken**. Sie soll manche Leute auch in Freiheit (für eine Zeit) gehen lassen, ohne ihnen böse Worte nachzurufen.
- 4.4 Die Kirche soll eine der wichtigsten Forderungen der **katholischen Soziallehre** auf sich selbst anwenden: das Gebot der **Subsidiarität**. Das Lebensrecht, ja sogar der Vorrang der jeweils kleineren Gemeinschaft vor der Übermacht der größeren Gemeinschaft

muß geschützt werden. Die Angst vor Zersplitterung, Spaltung und Zerfall hat nicht von vornherein recht. **Die höhere Instanz muß begründen und rechtfertigen, warum ihre Interventionen und Eingriffe nötig sind.**

- 4.5 In Respekt vor der Überzeugung anderer soll die Kirche den **Dialog mit Andersdenkenden und anders Lebenden** anbieten. Selten wird der christliche Glaube so neu, gründlich und dringlich angefragt wie im Gespräch mit Andersglaubenden. Der Glaube gewinnt Kraft, wenn er sich der Sendung durch Gottes Geist überläßt und sich anderen zuwendet. Denn Gott selbst ist nicht bei sich selbst geblieben, sondern ist auf die Menschen zugegangen.

Nun mag einer zum Schluß sagen: das klang ja alles ziemlich nach Religionssoziologie, wo bleibt die Frömmigkeit? Von Jesus Christus war noch nicht die Rede und davon, daß die Kirche sein lebendiger Leib ist. So sage ich es zusammenfassend in der Sprache des Glaubens: der Geist Gottes will offenbar in unserer Zeit, daß die katholische Kirche nicht sitzen bleibt oder sich gar festsetzt, sondern aufbricht zu einer neuen Wanderung. Mit Einsicht und Zustimmung kann die Kirche Orte und Zeiten durchschreiten und dabei ihre äußere Gestalt verändern: Sprache, Gewänder, Gewohnheiten, Symbole, Philosophie, Leitungsformen usw. In allen Änderungen wird sie dabei niemals eine „andere Kirche“, wie es auch kein anderes Evangelium gibt. Sie folgt nur ihrer Sendung.

Aufbruch und Bewegung brauchen Mut. Insofern stimme ich dem Motto ihrer Woche der Begegnung zu: „Erneuern mit Mut in Kontinuität und Wandel“. Wieviel Kontinuität und wieviel Wandel nötig und richtig sind, darüber werden Sie miteinander sprechen.

Militärseelsorge im Wandel – Versuch eines Ausblickes“

Kernaussagen eines Vortrags von Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann vor der Zentralen Versammlung

Manfred Heinz/Klaus Brandt

Die Wandlungsprozesse, die die Gesellschaft, in ihr unsere Kirche und das Leben des einzelnen betreffen, betreffen auch die Militärseelsorge. Die Werte der Gesellschaft bestimmen auch die Katholiken und Ihre Ansprüche an die Kirche. Heute ist es mühevoll. Katholik und Zeitgenosse dieser Gesellschaft zu sein. Es lassen sich drei Frontlinien feststellen:

- Kirche und Freiheit,
- Kirche und Selbstbestimmung,
- Kirche und Partizipation.

Wandel in der Militärseelsorge

Auslösende Momente und bedingende Faktoren dieses Wandels sind die Reduzierung der Streitkräfte und in ihrer Folge deren Neustrukturierung und Neustationierung. Die Wiedervereinigung brachte eine radikale Änderung der konfessionellen Landkarte – auch in den Streitkräften. So haben derzeit 24 Prozent der Bundeswehrsoldaten keinen christlichen Glauben, ein Jahr zuvor waren es erst 22 Prozent. Und in den neuen Bundesländern gibt es nur 3 Prozent Katholiken unter den Soldaten.

Erste strukturelle Konsequenzen dieser neuen Lage:

- Während auf der Fläche der alten Bundesrepublik 500.000 Soldaten stationiert waren, sind es nach dem Beitritt der neuen Bundesländer und der Reduzierung der Bundeswehr in dem erweiterten Deutschland nur noch 340.000 Soldaten. Dies bedeutet, eine erhebliche Ausdünnung von Soldaten innerhalb der Grenzen der geeinten Bundesrepublik. Auf einer nach der Wiedervereinigung um 1/3 vergrößerten Fläche der Bundesrepublik Deutschland gibt es weniger Dienststellen der Militärseelsorge. Waren es vorher 138 Militärseelsor-

gebezirke, so werden wir in Zukunft mit 80 – Optimisten meinen mit 90 – Stellen, für die Katholische Militärseelsorge rechnen können.

- Aufgrund der Stationierungsentscheidungen verteilen sich die zu betreuenden katholischen Soldaten auf mehr Standorte.
- Verschiedene diensttechnische Faktoren, z.B. der Dienstzeitungleich, aber auch steigende Anforderungen an die Einsatzbereitschaft in bestimmten Verbänden, erschweren die organisatorische Integration der Militärseelsorge und ihre Veranstaltungen, z.B. den Lebenskundlichen Unterricht und damit die Präsenz der Militärseelsorger am Dienstort und während der Dienstzeit.
- Die unterschiedlichen Kategorien der Streitkräfte (KRK = Krisenreaktionskräfte, HVK = Hauptverteidigungskräfte, Basisorganisationen) haben eine unterschiedliche Dienstgestaltung zur Folge. Der Akzent der Arbeit der Militärpfarrer wandert vom Lebenskundlichen Unterricht, der Präsenz am Standort, den Veranstaltungen der Militärseelsorge hin zur Begleitung der Truppe bei Übungen, Begleitung bei Einsätzen, hin zum persönlichen Gespräch.
- Von den jungen Soldaten aus den neuen Bundesländern sind nur wenige getauft. Dies verändert nicht nur zahlenmäßig die konfessionelle Zusammensetzung in den Einheiten, sondern dies scheint auch eine gewisse Veränderung des Klimas, d.h. der Einstellung zur Militärseelsorge zur Folge zu haben.

Wandel und Kontinuität

Auch angesichts dieser tiefgreifenden Veränderungen herrscht

unter den Militärseelsorgern Übereinstimmung darüber, daß sich das seelsorgliche Konzept und die Struktur der Militärseelsorge im wesentlichen bewährt haben.

Grundsätze nach denen die Frage, was behalten wir und was verändern wir, angegangen werden kann:

- Militärseelsorge war und ist von ihrem Ansatz her nie eine Alternative zur Pfarrseelsorge oder zur Pfarrgemeinde, sondern immer nur deren pastoral sinnvolle und notwendige Ergänzung. Dieser Ansatz beinhaltet das Gebot einer vergleichsweise arbeitsteiligen Zusammenarbeit. Mehr als bisher ist die Zusammenarbeit mit den örtlichen Pfarrgemeinden und Pfarrgemeinderäten verlangt. Soldaten und ihre Familien müssen in den örtlichen Pfarrgemeinden beheimatet sein. Deshalb müssen sich die ausschließenden Zeit- und Berufssoldaten rechtzeitig um Ihre Integration in die örtliche zivile Kirchengemeinde ihres Wohnortes bemühen.
- Die Zahl der nebenamtlichen Militärpfarrer wird zunehmen. Die Erfahrung, die die katholische Militärseelsorge in den neuen Bundesländern gemacht hat, zeigt, daß nebenamtliche Standortpfarrer sehr wohl in der Lage sind, das Vertrauen der Soldaten zu erwerben. Und es zeigt außerdem, daß unsere Standortpfarrer im Nebenamt sehr wertvolle Brücken bauen können, zwischen den einzelnen Soldaten in den Kasernen und der örtlichen Pfarrgemeinde.
- Welche Aufgaben stellen sich angesichts der veränderten Situation für den Pfarrgemeinderat? Nach meiner Einschätzung – räumlich sehr große Seelsor-

gebezirke mit weniger Soldaten – gehört es zur ersten Aufgabe eines solchen Rates, den Militärseelsorger bei der Sammlung der verstreuten Gläubigen und bei der Bildung kleiner Gemeinschaften von Gläubigen an vielen Orten zu unterstützen und soziale Beziehungen zwischen den einzelnen Gemeinschaften herzustellen.

- Die veränderten diensttechnischen Faktoren erfordern organisatorische Veränderungen, damit weiterhin die Begegnung zwischen Militärseelsorger und Soldat im Dienst und am Dienstort ermöglicht wird. Entschiedenener Wille bei den Militärseelsorgern und bei den Laien muß sein, den Schwerpunkt der Seelsorge nicht auf die Frei-

zeit, auf das Wochenende und auf das kirchliche Haus zu verlegen, sondern auch unter erschwerten Bedingungen am Dienstort und während der Dienstzeit präsent zu sein und dort auszuharren.

- Mit welchen Kräften können wir fortan bei der Bewältigung unserer Aufgaben rechnen? Die Militärseelsorge wird weiterhin den Priestermangel in den deutschen Diözesen und Ordensgemeinschaften mittragen müssen. Augenmaß gilt es auch hinsichtlich der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu bewahren. Konzentration auf das Wesentliche.
- Notwendige Übereinstimmung hinsichtlich der seelsorglichen Leitvorstellungen, der Ziele und

Elemente. Konsens muß heute oft erst hergestellt werden.

Kaum ein Zweig der Seelsorge in unserer Kirche ist dieser Situation unserer Zeitgenossen so nahe, wie die Seelsorge an Soldaten. In den Kasernen begegnen die Seelsorger und die Laien, die sie unterstützen, der gesamten Bandbreite des religiösen und weltanschaulichen Pluralismus. Sie begegnen allen möglichen Zeitgenossen – unmittelbar und direkt.

Militärseelsorge ist wirklich Seelsorge an der „Grenze“. Ich hoffe, daß wir Militärseelsorger, und ich wünsche, daß Sie mit uns, an diesen Grenzen ausharren.

Zur Entstehung des organisierten Laienapostolates in der Kirche unter Soldaten

Militärdekan Walter Theis

Geht man bis zum Jahre 1958 zurück, also weit vor das II. Vatikanische Konzil, so stellten Militärgeistliche bei ihrer damaligen Gesamtkonferenz vordringlich eine Frage:

Wie kann ein Mitarbeiterkreis, eine Kernschar von Soldaten und Offizieren wachsen, die in eigener Verantwortung die Militärseelsorge mittragen? (Vgl.: Katholische Christen in der Bundeswehr, hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt, Köln 1987, S. 28)

Zwei Jahre nach Gründung der Militärseelsorge wird also schon die Frage nach Mitarbeitern und zwar nach Laien in dieser Militärseelsorge aktuell. Dies ist beachtlich. Denn hierin könnte man den Ausgangspunkt der Entwicklung des Laienapostolates, welches sich später in organisierten Formen verfaßt hat, erblicken.

Ich wurde gebeten, aus Anlaß von 35 Jahren organisierten Laienapostolates bzw. 25 Jahre Gemeinschaft Katholischer Soldaten, die „Nachgeborenen“ über die Anfän-

ge dieses engagierten Laienapostolates zu informieren. In der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit ist dies nur andeutungsweise, keineswegs umfassend möglich. Deshalb will ich versuchen, einige Schlaglichter zum Verständnis des Anfangs und der ersten Wachstumsschritte des Laienengagements in der Militärseelsorge zu setzen. Dabei beschränke ich mich auf die Zeitspanne von 1958 das heißt, vom Beginn der Laienarbeit bis 1970, dem Datum der Gründung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

Verstehen, was und wie es am Anfang war, um daraus zu wissen, wie es heute und in Zukunft sein könnte, lohnt auch diesen kurzen Beitrag zur Entstehung des organisierten Laienapostolates in der Kirche unter Soldaten.

Da ich selbst nicht Zeitzeuge der Anfangsereignisse gewesen bin, berufe ich mich auf Aussagen und Erinnerungen der sogenannten „Männer der ersten Stunde“. Ihre Namen, soweit sie mir zugänglich waren, möchte ich an die-

ser Stelle in Erinnerung rufen. Ihre Titel/Dienstgrade sind in ihrer Endfunktion erwähnt:

- die Militärgeneralvikare Georg Werthmann und Dr. Martin Gritz, die Militärdekane Egon Schmitt, Ludwig Steger, Alfons Mappes, Leo Iwansky und Militärpfarrer Hans Siemer;
- die Generalmajore Willi Hess und Hubert Walitschek, Brigadegeneral Heinz Karst,
- die Obristen Dr. Helmut Korn, Leo Ernesti, Helmut Fettweis, Günter Reichel, Hans Georg Marohl, den Kapitän z.S. Norbert Maria Schütz, und
- die Oberstleutnante Wilhelm Lehmkämpfer, Hans Herbert Randow und Werner Klein.

Bei der Einbeziehung der Laien in den Gesamtorganismus der Militärseelsorge von Anfang an, wurden zwei Grundgedanken vertreten:

- Es soll nichts aufgebaut werden, was nicht „legitim katholisch“ ist;

- Es soll nichts verlangt werden, was nicht der besonderen Situation und der eigentümlichen Mentalität der Soldaten bzw. der Offiziere entspricht.

Diese Grundforderungen, die sich zugleich als Grundlagen verstehen, fordern einerseits geschichtliche Kenntnis andererseits die Reflexion der damaligen Gegenwart.

Das 19. Jahrhundert hatte dem deutschen Katholizismus eine bedeutende Intensivierung des katholischen Bewußtseins gebracht. Im neugegründeten kirchlichen Vereinswesen erkämpfte sich der „katholische Laie“ die Möglichkeit, sogar politische Verantwortung zu übernehmen.

Dazu kam, daß seit der Wende des 19. auf das 20. Jahrhundert dieses katholische Bewußtsein zugleich eine weitgehende Innerlichkeit erfahren hatte, die geprägt wurde durch eine Reihe von sogenannten Bewegungen im kirchlichen Raum:

- die eucharistische Bewegung,
- die liturgische Bewegung,
- die Bibelbewegung,
- die katholische Jugendbewegung,
- die apostolische Bewegung.

Diese Vorgabe veranlaßte die „Männer der ersten Stunde“ der Militärseelsorge zu folgender Überlegung: Wenn Laienarbeit in der neugegründeten Militärseelsorge unverzichtbar sein sollte, in welcher Form sollte sie dann geschehen? Zwei grundsätzliche Modelle standen zur Diskussion: – entweder die Vereinsmitgliedschaft in welcher Form auch immer – oder die Übernahme eines persönlichen Auftrags als Ausdrucks des eigenen Apostolats.

Hier schon möchte ich auf die geschichtlich vorgeprägten Begriffe „Auftrag“ und „Apostolat“ aufmerksam machen, die bis heute – hoffentlich nicht nur als Begriffe – weiterleben im „AUFTRAG“, dem Organ der GKS und im „Apostolat Militaire International“.

Man entschied sich, aus dem Verständnis der damaligen Situation, die zunächst die Mitarbeit der Laien für die Seelsorge gewinnen wollte, den Apostolatsgedanken zu betonen.

Mehr oder weniger bewußt wurde allerdings die Möglichkeit offengehalten, zu einem späteren Zeitpunkt

mit den bewährten Trägern einer eingerichteten Apostolatsbewegung einen, wie man damals zu sagen pflegte, „Verein“ zu bilden.

Mit der deutlichen Entscheidung dem Apostolatsgedanken den Vorrang vor dem Vereinsgedanken zu geben, zeichnete sich die weitere Entwicklungslinie ab:

Apostolat ist nicht möglich ohne die Übernahme höchstpersönlicher Verantwortung.

Dies bedeutete:

Es konnte und sollte keine offene Apostolatsbewegung werden, die jedem ungeprüft freistand. Freiwilliges und bewährtes zugleich aber auch von anderen anerkanntes kirchliches Engagement war die Eintrittskarte zu diesem Apostolatskreis.

Deutlicher gesagt:

Mehr auf Empfehlung als auf eigene Anmeldung lag das Interesse der Mitarbeit. Mitglieder sprachen Kameraden an, die sie kannten und deren kirchliches Engagement sie schätzten. Aus dem Geist jener Zeit heraus (Ende der fünfziger Anfang der sechziger Jahre) wurde ein dreigliedriges Modell entwickelt, welches folgende Realisationselemente einer höchstpersönlichen apostolischen Verantwortung markiert hat (ich zähle diese Elemente nur auf):

- Das **mandatum** – ein Begriff der kirchlichen Liturgie. Es meint den Auftrag eines höchstpersönlichen Apostolats, der vom kirchlichen Amt übertragen und vom einzelnen bewußt als solcher übernommen wird (gleichsam einer kirchlichen Beauftragung mit weihenähnlichem Charakter);
- Das **officium** – ein Begriff aus der Rechts- und Soldatensprache, der in einem Katalog die zu übernehmenden Verpflichtungen auflistet;
- Das **instrumentum** – ein Begriff aus der handwerklichen Sprache, welcher die Mittel nennt, die zur Bewältigung des übernommenen Apostolats nötig sind. Diese Mittel haben zwei Gesichtspunkte:
 - einmal die Spiritualität (geistliche Übungen und Formen des Gebetes),
 - zum anderen Formen der aktiven Mitarbeit (ein klarer Aufgabenkatalog).

Soldaten, die sich dazu bereit erklärten und in diesem Sinn mitarbeiten wollten und Apostolatsverpflichtungen in der neuen Militärseelsorge einzugehen bereit waren.

Alle diese Überlegungen führten schließlich zur Gründung des KOK am 17.03.1961, einer Gemeinschaft gleichgerichteten Wollens und Handelns. Bereits im März 1960 hatte sich dieser „bruderschaftliche Offizierkreis“ in Königstein/Taunus zu einer „Woche der Besinnung“ zusammengefunden. Hier schon zeichnete sich ab, daß der Apostolatsgedanke nicht nur eng auf eine „Sakristei-Existenz“ bezogen wurde. Der damalige Major und spätere Generalmajor Hubert Walischek formulierte das Selbstverständnis und die Zielsetzung so:

„Es ist notwendig, daß katholische Christen Offiziere werden und daß diese Offiziere als bewußte katholische Christen dienen; denn davon wird die Qualität dessen mitbestimmt, was wir – als Volk und als Staat – sind bzw. werden wollen, was wir bleiben wollen, was wir verteidigen wollen“. (Zitiert nach Katholische Christen in der Bundeswehr, hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt, Köln 1987, S. 20)

Aus dieser „Woche der Besinnung“ entwickelte sich in nahtloser Nachfolge die „Woche der Begegnung“, so daß wir in diesem Jahr mit Stolz und mit Recht die „35. Woche der Begegnung“ seit 1960 begehen können. Sie steht auch in der inhaltlichen Nachfolge des ursprünglichen Selbstverständnisses, wenn sie sich als Thema wählte: „Erneuern mit Mut – die Kirche unter Soldaten in Kontinuität und Wandel.“

Alle diese Überlegungen führten dann am 17. März 1961 zu jener Gemeinschaft gleichgerichteten Wollens und Handelns, einem quasi – bruderschaftlichen Offizierkreis – der nach dem Ort des ersten gemeinsamen Treffens der „Woche der Besinnung 1960“ in Königstein im Taunus „Königsteiner Offizierkreis“ (KOK) benannt wurde.

Der KOK verstand sich als Experiment auf freiwilliger Basis in einzelnen Standorten, die bestimmte, damals als notwendig erkannte Schwerpunkte seelsorglichen Wir-

kens in genauer Absprache mit dem Katholischen Militärbischofsamt in Angriff nehmen wollte.

Auch die frühen sechziger Jahre waren bewegte Jahre. Die Bundeswehr begann aus ihren Kinderschuhen herauszuwachsen und nahm ihre spezifische Gestalt an. Der Aufbau der Militärseelsorge, verbunden mit der Errichtung eines engermaschigen Netzes von Standortpfarrerstellen und Seelsorgebezirken, eröffnete intensive und auch neue Zugänge zu Soldaten und damit auch neue Arbeitsfelder:

- Mitarbeiterkreise bildeten sich,
- hier und da entstanden „beratende Ausschüsse“ bei einzelnen Standortpfarrern.

Die Vorbereitung und der Beginn des II. Vatikanischen Konzils im Jahre 1963 mit dem Gespür des damit verbundenen großen Aufbruchs in der Kirche, das sich in dem Schlagwort „adgiornamento“ ausdrückt, beflügelte nicht zuletzt auch die Arbeit der Laien in der Kirche unter Soldaten. Dazu kam auch, das neue Selbstverständnis der Bundeswehrsoldaten, die sich als „mündige Staatsbürger in Uniform“ verstehen durften und denen die Leistung der sogenannten „Inneren Führung“ half, dieses neue Selbstverständnis im Alltag auch tätig zur Geltung zu bringen.

Nicht nur Offiziere, sondern auch in steigender Zahl Unteroffiziere, vor allem Feldwebeldienstgrade ließen sich darauf ein und entwickelten bemerkenswerte Führungsqualitäten und kompetenten Sachverstand. Darauf konnten sie sich nicht nur im Dienstalltag abstützen. Sofern sie sich in den Seelsorgebezirken engagierten, boten sie den Standortpfarrern und ihren Pfarrhelfern qualifizierte Hilfen bei der Bewältigung des Seelsorgeauftrags an, die beispielgebend waren.

Es war daher nicht verwunderlich, daß sehr schnell die Frage aufkam: Ist jene beispielhafte Mitarbeit der Laien in der Seelsorge, die sich auf höchst persönlich übernommene Verantwortung stützt, tatsächlich nur bei den Offizieren gegeben und auf Offiziere zu beschränken?

Die Praxis gab die Richtung einer Antwort bereits vor.

Die Zeit und ihre Umstände hatte den KOK und sein berechtig-

tes Anliegen gesehen und realisiert. Über den eigenen Kreis der Offiziere hinaus, wurde eine neue Öffnung und damit eine Aufgabenverteilung erkannt, anerkannt, und zeitgemäß umgesetzt. Was als Funke begonnen hatte, hatte ein Feuer entfacht. Was sollte die Angehörigen des KOK nun daran hindern, in offener kirchlicher Gesinnung, dies auch organisatorisch umzusetzen: Kirche ist man nicht durch einen Dienstgrad. Lebendige Kirche ist man durch gemeinsamen Glauben, durch Taufe und Firmung und durch gemeinsames Apostolat. Gerade aber darin standen die Unteroffiziere - Feldwebel den Offizieren in nichts nach. War dem so, hätte es dem Selbstverständnis der Unteroffiziere - Feldwebel der neuen Bundeswehr nicht entsprochen, in einer irgendwie gearteten Unterabteilung dem KOK angegliedert zu werden.

Wollte man also keinen Etikettenschwindel begehen und vergangene Inhalte unter falschen Verpackungen konservieren, mußte entsprechend der neuen Entwicklung in Kirche und Gesellschaft auch im Laienapostolat der Militärseelsorge auch nach außen hin Neues geschehen.

Die Mitglieder des KOK-Kreises waren einsichtig und aufgeschlossen genug, um dies zu sehen. Deshalb öffneten sie sich und ihren KOK für den neuen Zusammenschluß aller Katholiken in der Bundeswehr, die sich als gläubige Soldaten in der Kirche verstanden im Jahre 1970. Der Schritt zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) war damit vollzogen.

Das aus dem selben Stamm des Apostolatsgedankens, im Gefolge des II. Vatikanischen Konzils, auch die ersten adaptierten Formen der späteren Pfarrgemeinderäte erwachsen, sei hier zumindest am Rande erwähnt. Die endgültigen Formen der Adaptationen nahmen die beratenden Gremien der Mitverantwortung in der Militärseelsorge allerdings erst mit und in Folge der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland (Würzburg 1972 bis 1975) an.

Beide Säulen des Laienapostolates haben aufgrund der je eigenen Berufung der Laien zur Realisierung des Heils- und Weltauftrags der Kirche auch in der Mili-

tärseelsorge einerseits als Verband andererseits als Beratungsgremien bei aller notwendigen Entwicklung einen ungebrochenen Bestand gehabt. Deshalb können wir in diesem Jahr dankbar auf 35 bzw. 25 Jahre organisiertes Laienapostolat zurückschauen und auf deren Arbeitsergebnisse stolz sein. Beide, Beratungsgremien und GKS, haben bei aller Verschiedenheit in ihrer Aufgabenstellung und ihrer Arbeitsweisen Zielsetzung und Gründungsabsicht das gemeinsame Ziel nie aus den Augen verloren: Glaubwürdige Christen in der Bundeswehr und Soldaten in ihrer Kirche zu sein.

Erinnern Sie sich an die beiden Grundgedanken und Voraussetzungen die zu Beginn der Militärseelsorge als Leitlinien für die Laienarbeit aufgestellt wurden?

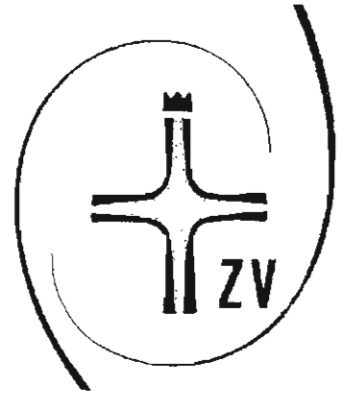
- Es soll nichts aufgebaut werden, was nicht „legitim katholisch“ ist;
- Es soll nichts verlangt werden, was nicht der besonderen Situation und der eigentümlichen Mentalität der Soldaten bzw. der Offiziere entspricht.

Betrachtet man diese Forderungen, die zugleich die Funktion von Leitsätzen hatten, so wird man im Rückblick feststellen dürfen: Sie haben sich durch eine sehr bewegte Zeit, die damals so nicht vorausgesehen und erahnt werden konnte, durchhalten lassen.

Das heißt, sie waren dynamisch genug, um im Zuge der Entwicklung der beiden Laienstrukturen in ihrer Konturierung Anreize und Herausforderungen ja sogar Spannung und Reibung zu verleihen zugleich boten sie Basis und Halt um den Räten und Verbänden auch jederzeit das Bewußtsein zu verleihen: Wir kommen aus derselben Wurzel und wir sind vom selben Geist belebt nämlich der höchstpersönlich übernommenen Verantwortung für das Apostolat der Kirche.

Dies stand am Anfang; und wenn es heute noch der tragende Grund ist, auf dem wir stehen und wirken, ist es mir nicht bange darum, daß es uns auch gelingen wird, nicht nur das fünfzigste sondern auch darüber hinausgehende Jubiläen begehen zu können.

Nachbarschaftshilfe 1995/96: „Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche in der Slowakei“



1. Absicht

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten empfiehlt die Aktion Nachbarschaftshilfe“ auch im Zeitraum 1995/96 als sozial-caritative Maßnahme katholischer Soldaten fortzuführen. Sie soll wiederum unter dem Motto stehen: „Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche in der Slowakei“.

Die Durchführung der Nachbarschaftshilfe soll weiterhin in Absprache und unter Inhilfenahme der Solidaraktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa „RENOVABIS“ erfolgen. RENO-VABIS will in diesem Jahr einen besonderen Akzent auf das Thema „Jugend in Osteuropa“ setzen und schwerpunktmäßig Jugendprojekte und Jugendarbeit fördern.

2. Projektbeschreibung

Die Kommunität „Königin des Friedens“ junger Studenten realisiert den Aufbau eines Zentrums für gefährdete Jugendliche in Nitra (Slowakei). Der katholische Ortsbischof hat zu diesem Zweck das an ihn von der Regierung zurückgegebene alte Bischofsschloß und 33 ha Land zur Verfügung gestellt. Das Gebäude wird derzeit umfangreich renoviert und seit dem letzten Jahr werden etwa 8 ha Land bestellt. Das Projekt sieht die Aufnahme von Jugendlichen ohne Ausbildung vor, die aus den staatlichen Erziehungsanstalten ausgewiesen wer-

den und beabsichtigt eine ganzheitliche Betreuung und Erziehung der Jugendlichen. Sie werden bereits in den Prozeß des Aufbaus einbezogen und erlangen so neben handwerklichen Fertigkeiten eine Steigerung ihres Selbstwertgefühls. Bis jetzt wurden 6 Jugendliche aufgenommen. Die Kommunität möchte insgesamt etwa 60 bis 80 Jugendlichen eine neue Heimat bieten. Aus den Spenden der letztjährigen Nachbarschaftshilfe wurden ein kleiner Ein-Achs-Traktor und verschiedene Sämereien angeschafft. Ein Teil der Spenden mußte für die Anmietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Gerä-

ten verwendet werden. Für die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion, die einmal die Betriebskosten des Hauses weitgehend decken soll, wird noch Geld für die Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten benötigt. Zur Fortsetzung der Renovierung des Gebäudes und den Ausbau der Landwirtschaft werden noch mindestens 300.000 DM benötigt.

Die Spenden der Nachbarschaftshilfe sollen vorrangig für die Agrarwirtschaft verwendet werden, um dem Projekt ein solides wirtschaftliches Fundament zu verschaffen.

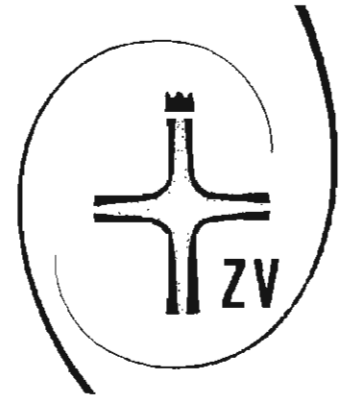


***Oberfeldweibel Peter Weber** (v.r.), Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung und treibende Kraft der Nachbarschaftshilfe „Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche in der Slowakei“, zu Besuch bei der Kommunität „Königin des Friedens“ in Nitra. Das Bild mit Jugendlichen und Betreuern vor dem Eingang zum ehemaligen Bischofspalais zeigt, wie renovierungsbedürftig das Gebäude ist. (Foto: P. Weber)*

Ergebnisse der Zentralen Versammlung

Rundbrief des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung an die Vorsitzenden der Pfarrgemeinderäte

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Herren Militärpfarrer,



nach Abschluß der 35. Woche der Begegnung, möchte ich Sie auf diesem Wege über Verlauf und Ergebnisse der Zentralen Versammlung aus Sicht des Vorstandes informieren.

Das Motto der Zentralen Versammlung war **„Zur Lage und Zukunft des organisierten Laienapostolates in der Kirche unter Soldaten. Ortsbestimmung – Orientierungen – Optionen“**. Grundlage für die Ortsbestimmung war der Fragebogen zur Lagefeststellung, der dank Ihrer konstruktiven Mitarbeit zu einer brauchbaren Datenbasis geführt hat.

Eine der wesentlichen Erkenntnisse der Auswertung der Fragebogen war die mangelnde Information der Ortsebene über die Arbeit und die Absicht der Zentralen Versammlung und ihres Vorstandes. Einen ersten Schritt dieses Informationsdefizit zu beheben, will ich mit diesem Rundbrief tun. Ihm sollen in unregelmäßigem Abstand weitere folgen.

Grundlage für unsere Arbeit waren zwei Grundsatzvorträge. Dies waren:

- Zur Lage der katholischen Kirche. Verluste, Gewinne, Aufgaben von Herrn Dr. Tilmann
- Militärseelsorge im Wandel – Versuch eines Ausblickes von Herrn MGv Dr. Niermann

Aus diesen Vorträgen wurde sehr deutlich, daß Kirche alle getauften und gefirmten Katholiken umfaßt und alle sich entsprechend ihrer verschiedenen Charismen in diese einbringen müssen, um Kirche zu verwirklichen. Dies wurde auch von unserem Militärbischof noch einmal deutlich unterstrichen.

Die Auswertung und Bewertung der Ergebnisse der Lage-

feststellung ergab, daß dieses Bewußtsein unter den Laien in der Militärseelsorge zwar vorhanden, aber sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Es kristallisierten sich folgende Schwerpunkte für die weitere Arbeit heraus:

1. Wie läßt sich Militärseelsorge mit nur 80 Militärpfarrern organisieren?

Der Weg, der bei der Einnahme der Heeresstruktur 5 gegangen wurde, die Seelsorgebezirke lediglich größer zu machen, erscheint nicht gangbar. Bereits heute ist die flächendeckende Seelsorge mit den Schwerpunkten Lebenskundlicher Unterricht, Begleitung der Soldaten bei Übungen und die Verfügbarkeit für einzelne Soldaten und deren Familie bei Problemen nicht mehr zu gewährleisten.

2. Welche Kernaufgaben kann/soll Militärseelsorge erfüllen?

Wenn schon nicht mehr alle Aufgaben wie bisher wahrgenommen werden können, ist es erforderlich, die Kernaufgaben zu definieren und die Strukturen auf diese Kernaufgaben hin zu optimieren. Hier scheint mir der Schwerpunkt auf der seelsorgerischen Betreuung der Soldaten in ihrer besonders belasteten dienstlichen Situation zu liegen. Der kategoriale Charakter der Militärseelsorge ist der Schlüssel für die weiteren Überlegungen zu den Kernaufgaben und somit zur Struktur.

3. Wir brauchen ein definiertes gemeinsames Verständnis von Kirche unter Soldaten.

Wie können Soldaten, deren Militärpfarrer weit weg ist und nur selten vorbeikommt, trotzdem Kirche verwirklichen? Welche Aufgaben können Laien

konkret übernehmen? Können Laien das Feld für einen Pfarrer im Nebenamt bereiten und somit die Belastung dieser Pfarrer verringern, die ja auch in Zukunft mehrere Pfarreien betreuen müssen? Wie kann das Bewußtsein für die Mitverantwortung geweckt und gestützt werden? Wie können Laien auf diese Aufgaben vorbereitet/qualifiziert werden?

Diese Fragestellungen wollen wir im Vorstand der ZV im Laufe des nächsten Jahres unter breiter Beteiligung der Gremien des organisierten Laienapostolates, des Amtes und natürlich der Wehrbereichsdekane bearbeiten und wenn möglich, im nächsten Jahr während der ZV 1996 zu Empfehlungen zur Organisation der Militärseelsorge und der Aufgaben der Laien kommen.

Ein wesentliches Element bei dieser Arbeit bilden die Pfarrgemeinderäte und die Delegierten der Arbeitskonferenzen in den Wehrbereichen. Für die gezielte Arbeit des Vorstandes der ZV ist es äußerst wichtig, Rückkopplung mit der Orts- und Wehrbereichsebene herzustellen. Nur so kann eine breite Basis für Vorschläge und Impulse erreicht werden. Deshalb rufe ich Sie auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und Impulse in die Arbeitskonferenzen und auch direkt in die Vorstandsarbeit einzubringen.

Ein weiterer Punkt war die Verabschiedung der Beschlüßvorlage zur Nachbarschaftshilfe. Das Projekt des letzten Jahres soll fortgesetzt werden. Der Militärbischof wird es wieder als zentrale Kollekte für das Jahr 95/96 in seinem Verordnungsblatt anordnen. Das Spendenaufkommen des letzten Jahres betrug 18.000 Mark. Dieser

Betrag ist zwar ansehnlich, aber weit unter den Möglichkeiten geblieben. Ein Grund dafür ist die geringe Kenntnis, dieses Projekts in den Seelsorgebezirken. Hier bitte ich Sie ebenfalls um Unterstützung und Werbung in Ihren Bereichen. Ohne die Bereitschaft der Pfarrer und der PGR vor Ort, die sich bietenden Anlässe für die Kol-

lekte zu nutzen und aus anderen Aktivitäten entstehende Spendenbeträge für dieses Projekt zu verwenden, geht auf die Dauer nichts. Eine Beschreibung dieses Projekts liegt in allen Seelsorgebezirken vor. Ich empfehle es Ihnen dringend zur Kenntnisnahme.

Damit will ich die erste Information über die Zentrale Ver-

sammlung beenden. Für Fragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

In der Hoffnung auf vielfältige Resonanz verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Ihr

In Vertretung
R. Schmitt, Oberstleutnant

PERSONALIA

Aus dem Bereich der katholischen Militärseelsorge hat Papst Johannes Paul II. den **Wehrbereichsdekan I in Kiel, Franz Stenzaly (60)**, zum päpstlichen Ehrenprälaten ernannt. Zu Kaplänen seiner Heiligkeit – Monsignore (Msgr.) – wurden die Militärdokane **Karl Ursprung (46, Wehrbereichsdekan IV Mainz)** sowie aus dem KMBA **Walter Wakenhut (52, Personalreferent und Stellvertreter des MGV)** und **Dr. Peter Prassel (44, Leiter des Seelsorgereferats)** ernannt. Wir gratulieren den Ausgezeichneten von Herzen. (bt)

Der **Militärbischof der Philippinen, Bischof Severino M. Pelayo**, ist am 26.02.1995 an einer schweren Krankheit verstorben. Mit ihm verloren die philippinische Armee und die Nationalpolizei des Landes ihren obersten Militärgeistlichen. Pelayo lag die geistliche Betreuung der ihm anvertrauten Soldaten und ihren Familien ebenda am Herzen wie die ethische Bildung für ihren Dienst als Soldaten und Christen. Das Apostolat Militaire International wird Bischof Pelayo als eifrigen Förderer des AMI stets in dankbarer Erinnerung behalten und erbittet Gottes Frieden für ihn. (bt)

Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Leiter des Referats Kirche und Öffentlichkeitsarbeit im KMBA Bonn, wird zum 1. Oktober neuer Leiter des Instituts für Theologie und Frieden in Barsbüttel bei Hamburg. Er tritt die Nachfolge von **Professor DDR. Ernst Nagel** an, der in den Ruhestand tritt. Prof. Nagel hat jahrelang als Berater die Arbeit der GKS in Fragen der katholischen Frie-

denslehre begleitet. Dr. Justenhoven ist Mitglied im Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“ der GKS. Die Redaktion wünscht beiden für die Zukunft Gottes Segen. (PS)

Theodor Blank 90 Jahre alt
Die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium feierten ihren 40. Geburtstag. Ihr erster Minister, Theodor Blank, wäre am 19. September 90 Jahre alt geworden.

Theodor Blank war für Konrad Adenauer ein aufgeschlossener Gewerkschafter. Seine fachliche Qualität auf sozialpolitischem Gebiet zeichnete den CDU-Abgeordneten, trotz späterer Rückschläge im Deutschen Bundestag, immer wieder aus. 1957 wurde er Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und blieb acht Jahre in diesem Amt. Bereits zuvor, am 26. Oktober 1950, hatte Adenauer den Abgeordneten Blank zu seinem "Beauftragten für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen

zusammenhängenden Fragen" gemacht. Diese "Dienststelle Blank" wurde zur Keimzelle des Verteidigungsministeriums. Blank trat dann als erster Bundesverteidigungsminister sein Amt an. Er war ein entschiedener Fürsprecher der allgemeinen Wehrpflicht, weil er die Verteidigung als Aufgabe aller dazu bestimmten und befähigten Staatsbürger begriff. Er war ein harter Arbeiter, ein gründlicher Organisator, ein Mann, der klar und direkt verhandelte, aber es fehlte ihm manchmal an taktischem Geschick. "Ellenbogen" gegenüber den Kollegen und Parteifreunden zu gebrauchen lag ihm fern. Ausgehend vom christlichen Menschenbild und von den Reformen eines Ketteler, Wichern, Kolping, Sonnenschein, Stegerwald wollte er vielmehr das Gefühl für Verantwortung und Gemeinsinn wachrufen. Er kämpfte immer mit "offenem Visier".

Am 14. Mai 1972 starb Theodor Blank. (Manfred Glombik)

„Wenn wir in Entwicklungsfragen so engagiert wären wie in den großen Verteilungskämpfen im eigenen Land, dann wären wir einen großen Schritt weiter.“

Bischof Franz Kamphaus, Vorsitzender der MISEREOR-Kommission

MISEREOR

Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt

Postfach 1450 · 52015 Aachen

Postgiro Köln 556-505



Große Freude über hohe Auszeichnung des Papstes für engagierte Soldaten

Brigadegeneral Friedhelm Koch und **Stabsfeldwebel Walter Hütten** sind am 26. April von Papst Johannes Paul II. zum Ritter vom Orden des Hl. Papstes Sylvester (EQUITEM ORDINIS SANCTI SYLVESTRI PAPAE) ernannt worden. Der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr und Bischof von Fulda, Erzbischof Dr. Dr. Johannes Dyba, überreichte den beiden Soldaten die Auszeichnung während der 35. Woche der Begegnung in Waldfischbach-Burgalben bei Pirmasens in Würdigung ihrer Verdienste um das Laienapostolat in der Militärseelsorge.

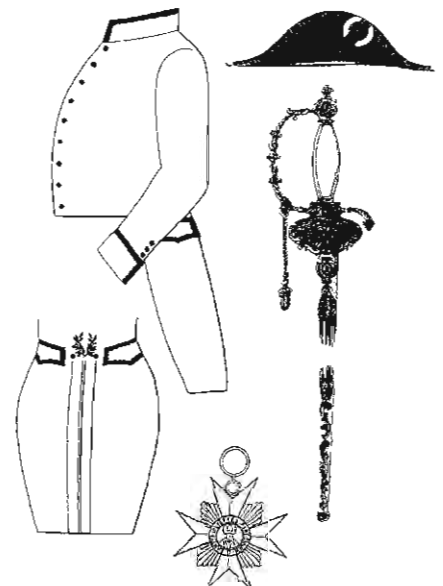
Walter Hütten ist der erste Unteroffizier der Bundeswehr dessen Engagement für die Kirche auf diese Weise gewürdigt wurde. Er ist seit 1979 stellvertretender Bundesvorsitzender der GKS, Mitglied im Vorstand der ZV und leistet Dienst im Führungsstab der Streitkräfte im Bundesverteidigungsministerium in Bonn.

Friedhelm Koch ist General für Personal und Ausbildung im Luftwaffenamt. Er leitet den für das Selbstverständnis der GKS so wichtigen Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“. Da Frau Anette Koch bei der Ordensverleihung anwesend war, hatte der Militärbischof die Gelegenheit wahrgenommen, die Bedeutung der Ehefrauen für das Engagement der Männer, insbesondere der Soldaten im Laienapostolat herauszustellen. (PS)

(Foto: F. Brockmeier)

Orden vom Hl. Papst Sylvester

Gestiftet unter dem Namen „Orden vom goldenen Sporn“ um das Jahr 1559 durch Papst Pius IV. (Träger u. a. Wolfgang Amadeus Mozart und – einem Ondit nach – auch Casanova). Papst Gregor XVI. gab ihm 1841 neue Statuten, wonach er in zwei Klassen (Komture und Ritter) als Belohnung für ausgezeichnete Rechtschaffenheit, hervorragende Leistungen in Künsten und Wissenschaften sowie Zivil- und Militärverdienst verliehen werden soll. 1905 wurde der Orden von Pius X. neu gefaßt, der goldene Sporn entfiel. Abzeichen: goldenes (Malteser-) Kreuz mit dem Bild Papst Sylvesters. Abb. li. zeigt das Deckblatt der Ordensstatuten, re. die Ordensuniform und das Kleinod des Komturs. Das Band ist schwarz, mit zwei dunkelroten Bordstreifen und wird von Kommandeuren am Hals, von Ritttern auf der linken Brust getragen.



DE EQUESTRI ORDINE
S. SYLVESTRI
PAPAE

PRO EQUITIBUS



EX OFFICIO VATICANAE
MINTUR

Auszug aus dem Protokoll der Bundeskonferenz der GKS vom 27. bis 29. April 1995 während der 35. Woche der Begegnung



Klaus Brandt

Die Bundeskonferenz wurde durch Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein moderiert.

TOP 1: Eröffnung der Bundeskonferenz

Der Bundesvorsitzende, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, eröffnete die Bundeskonferenz und begrüßte als Gäste

- den Vizepräsidenten der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD) und stellvertretenden Vorsitzenden der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (AKS), Oberst a.D. Hans-Georg Marohl,
- den Vertreter der „aktion kaserne“, Josef König vom BDKJ,
- den Chefredakteur des „Kompaß“, Heribert Lemberger,
- den Vertreter des Priesterrates, Militärfarrer Dietrich Lang.

Die Vertreter der evangelischen Cornelius Vereinigung (CoV) und der österreichischen Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) mußten kurzfristig absagen.

TOP 2: Wort des Militärgeneralvikars

Prälat Dr. Ernst Niermann gab drei Hinweise:

- a. Überlegungen zur gerechten Intervention neben der Landesverteidigung.
- b. Dringlich sei der Zusammenhalt der Armee, eine Teilung in Landesverteidigung und Krisenreaktionskräfte würde dieser auf Dauer schaden (bereit sein zu kämpfen – bereit sein zu helfen). Im Zusammenhang mit Befehl und Gehorsam verwies er auf Aussagen in der „Himmeroder Denkschrift“.
- c. Chancen der GKS in der neu strukturierten Bw, es sei wichtig, daß es die GKS gebe.

TOP 3: Bericht des Bundesvorsitzenden

Bericht von Oberst i.G. Jürgen Bringmann siehe Seite 25 ff.

In der Aussprache zum Bericht des BuVors wurden u.a. folgende Punkte angesprochen:

- BrigGen Koch weist darauf hin, daß es auf die persönliche Ansprache bei der Mitgliederwerbung ankomme.

- OTL a.D. Tenschert informiert über die „Seminare III. Lebensabschnitt“ und macht darauf aufmerksam, daß noch Plätze frei sind.
- Hptm Schrader regt an, in standorteigenen Veröffentlichungen der militärischen Verbände die GKS bekannt zu machen.

TOP 4: Beschlußvorlage zu „Vertreter im Bundesvorstand (BV) aus dem Einzugsbereich des KMBA“

Die Beschlußvorlage wurde durch den Bundesvorsitzenden eingebracht und begründet. Darin ging es darum, die bisher in der „Ordnung“ vorgesehenen vier Mitglieder des BV aus dem Einzugsbereich des KMBA durch die Vorsitzenden der Sachausschüsse zu ersetzen und die „Ordnung“ entsprechend zu ändern. Diese vier Mitglieder sollten ursprünglich die Sachkompetenz und Arbeitsfähigkeit des BV zu einer Zeit verbessern, als es außer dem Exekutiv Ausschuß (EA) und dem Internationalen Sachausschuß (IS) keine weiteren Sachausschüsse gab. Nach der Einrichtung von bestimmten Sachausschüssen ist es zweckmäßig, wenn die Vorsitzenden dieser Ausschüsse als Sachverständige mit Stimmrecht Mitglieder im BV sind.

Die Beschlußvorlage wurde ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Damit konnten die im Programm der BuKonf vorgesehenen Wahlen der vier Vertreter aus dem Einzugsbereich des KMBA entfallen.

TOP 9: Informationen zur Akademie Oberst Helmut Korn

Der TOP 9 wurde vorgezogen.

OTL a.D. Paul Schulz gab Informationen zur nächsten „Akademie Helmut Korn“ vom 06.–10.11.1995 in Fulda und verweist hinsichtlich der Inhalte und organisatorischer Einzelheiten auf das Einladungsfaltblatt.

TOP 5: Kurzbericht des stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Versammlung

Hierzu wird auf das Protokoll der ZV auf Seite 4 ff. in diesem AUFTRAG verwiesen.

TOP 6: Bericht des Geistlichen Beirats

MD Msgr. Walter Theis stellte an den Beginn seiner Ausführungen die mutmachende österliche Botschaft „Fürchtet Euch nicht“. Anschließend würdigte er die für das organisierte Laienapostolat so wichtige Arbeit der früheren Militärbischöfe, Militärgeneralvikare, Geistlichen Beiräte und Sprecher bzw. Vorsitzenden der GKS.

Im übrigen verwies er auf den Beitrag des Geistlichen Beirats zur Lagefeststellung und betonte ergänzend die Notwendigkeit und Qualität des eigenen Zeugnisses:

- mit dem was man sagt, will man etwas verhindern
- Zeugnis im Milieu in 5 Schritten ablegen:
 - Zeugnis ohne Worte (Dasein, Solidarität leben)
 - Deutung unserer Solidarität (Verkündigung, wissen warum und was man glaubt)
 - Wiedererkennen aufgrund des Zeugnisses (Offensein für andere)
 - Glauben feiern (zur Realität in dieser Welt machen)
 - Bereitschaft zum Apostolat

TOP 7: Bericht des Bundesgeschäftsführers

Hptm a.D. Günter Hegedorn ergänzte in seinem kurzen Bericht die Ausführungen im Lagebericht 1994, der den Delegierten schriftlich vorlag. Nach dem aktuellen Stand hat die GKS zum Zeitpunkt der Bundeskonferenz 107 Kreise oder Ansprechpartner. Davon hatten sich 55% an der Lagefeststellung beteiligt. Im einzelnen erläuterte er anhand einer Grafik Aussagen zur Mitgliederstatistik.

TOP 8: Bericht Redakteur/Pressesprecher

- Auswertung der Lagefeststellung
- Äußerungen zum Layout des AUFTRAGs
- Aufforderung Adressenänderungen mitzuteilen
- Appell um Beiträge für den AUFTRAG

TOP 10: ...

TOP 11/12: Beschlußvorlage „Gemeinsam in die Zukunft“

Der Vorsitzende des Sachausschusses „Konzeption und Information“ (SA KI), OTL Paul Brochhagen, stellte das den Delegierten bereits vorliegende Grundsatzpapier in Verbindung mit der „Ordnung“ und Auswirkungen auf die Geschäftsordnung der GKS vor. Während der dreijährigen Erarbeitungszeit waren alle Ebenen der GKS regelmäßig beteiligt worden und konnten so in jeder Phase ihre Vorstellungen und Änderungswünsche einbringen. Dies ist ein Beweis für die Kommunikationsfähigkeit der Gemeinschaft und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Basis. Brochhagen dankte allen – besonders aber dem KMBA-Referat V – für ihre konstruktive Mitarbeit an diesem schwierigen Konzeptionspapier.

Abschließend gab er noch Lese- und Handhabungshinweise zum Grundlagenpapier, das er den Delegierten

zur intensiven Diskussion in den Arbeitsgruppen und zur Annahme empfahl.

In vier Arbeitsgruppen wurden einzelne Teile der Beschlußvorlage noch eingehender vorgestellt und erörtert.

TOP 13: Vortrag „Die Zukunft des Soldaten in Kirche und Welt“

In seinem Vortrag machte Pater Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer deutlich, daß die Soldaten der Bundeswehr zu wenig darauf vorbereitet werden, militärische Einsätze psychisch durchzustehen. „Es kommt alles darauf an, daß der Soldat eine sittlich gefestigte Persönlichkeit ist und über die Fähigkeit verfügt, sich sittliche Urteile bilden und im Handeln umsetzen zu können“, erklärte der ehemalige Militärseelsorger am Zentrum der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz. Eine Reduktion auf Befehl und Gehorsam, wie manche Zeitgenossen meinen, verkenne die Situation heutiger Einsätze – gerade solcher im Bündnis- und/oder UN-Auftrag. Insofern werde die Frage nach dem Selbstverständnis des Soldaten zu einer Kernfrage seiner Existenz, betonte Ditzer. Der Referent verstand unter „Zeitgenossen“ militärische Führer wie Politiker. Gerade von politischer Seite werde den Soldaten keine Zeit zu einer angemessenen Ausbildung und Vorbereitung auf einen Einsatz zugestanden, kritisierte der Pater. In diesem Zusammenhang verwies er auf die besondere Verpflichtung der katholischen Soldaten, aus ihrem Glauben heraus und ethisch begründet den Kameraden beizustehen, die nach Kampf- und/oder UN-Einsätzen von posttraumatischen Belastungsstörungen betroffen sind. Diese psychisch bedingten Ausfälle seien gerade bei den jüngsten UN-Aktionen im ehemaligen Jugoslawien sowie in Ruanda vermehrt festgestellt worden, sagte Prof. Ditzer. (Referat im Wortlaut siehe Seite 30 ff. Prof. Ditzer verwies in seinem Vortrag auf seine Ausarbeitung „Wenn nichts mehr ist, wie es war – wenn nichts mehr geht, wie es geh’n soll ... Posttraumatische Belastungsstörungen von Soldaten nach Kampf- und/oder UN-Einsätzen“ hin, die ebenfalls in diesem AUFTRAG auf den Seiten 54–62 wiedergegeben ist.)

Die GKS will sich die Ansichten von Prof. Ditzer zu eigen machen und sich deshalb dafür einsetzen, daß deutsche Soldaten für Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen psychisch, physisch und militär-fachlich rechtzeitig sowie ausreichend lange ausgebildet werden.

TOP 14: Konstituierende Sitzung des neuen Bundesvorstands

Der amtierende BuVors begrüßte die Teilnehmer der Sitzung und bedankte sich für die bisherige gute Zusammenarbeit. Der Ehrenbundesvorsitzende der GKS, OTL a.D. Paul Schulz, übernahm dann die Leitung des Wahlausschusses und bedankte sich im Namen des bisherigen BV für die Arbeit von Oberst i.G. Jürgen Bringmann, der wegen seines baldigen Ausscheidens aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr zur Neuwahl nicht mehr zur Verfügung stand.

Wahl des BuVors und der Stellvertretenden BuVors :

- OTL Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein wurde in offener Wahl ohne Gegenkandidat zum neuen BuVors gewählt.
- Als Stellvertreter kandidierten
 - + OTL Paul Brochhagen,
 - + HFw Frank Hübsche,
 - + StFw Walter Hütten.
- In geheimer Wahl erhielt
 - + Brochhagen 13 Stimmen,
 - + Hütten 9 Stimmen,
 - + Hübsche 8 Stimmen.

Damit sind die beiden Erstgenannten als Stellvertreter des BuVors in Reihenfolge ihrer Stimmenanzahl gewählt.

Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

Berufungen und Bestätigungen durch den BV:

- Bundesgeschäftsführer: Hptm a.D. Günter Hagedorn;
- Redakteur AUFTRAG/Pressesprecher: OTL a.D. Klaus Brandt;
- Referent beim BV der GKS: Oberst i.G. Jürgen Bringmann (vorbehaltlich der Genehmigung der Geschäftsordnung der GKS);
- Vorsitzender SA „Innere Führung“: OTL Helmut Jermer;
- Vorsitzender „Internationaler Sachausschuß“: Oberst i.G. Franz Thiele;
- Vorsitzender SA „Konzeption und Information“: kommissarisch StFw Walter Hütten;
- Vorsitzender SA „Sicherheit und Frieden“: BrigGen Friedhelm Koch;
- Weiterhin wurden die Vertretung der GKS bei Verbänden und Organisationen bestellt.

noch ergeben haben. Danach wurde sie von den Teilnehmern der BuKonf einstimmig verabschiedet.

- Oberst i.G. Jürgen Bringmann stellte die aufgrund des Grundsatzpapiers erforderlichen Änderungen der „Ordnung“ der GKS vor. Sie wurden einstimmig von den Delegierten angenommen.

Siehe dazu die Dokumentation in AUFTRAG 217/Mai 1995:

„Gemeinsam in die Zukunft“

- Ziele und Wege der GKS
- Ordnung der GKS
- Geschäftsordnung

- BrigGen Koch erläuterte die GKS-Erklärung zum 8. Mai 1945. Der Entwurf betrachtet nicht nur Deutschland sondern auch Europa und die Welt. Die Erklärung wurde einstimmig verabschiedet, Anfang Mai durch den Pressesprecher veröffentlicht und ist in diesem AUFTRAG auf der Seite 79 dokumentiert.
- StFw Hütten stellte den Beschluß der ZV zur „Nachbarschaftshilfe vor und empfahl, der Bundeskonferenz sich diesem Votum anzuschließen. Neben den beiden dort angesprochenen Projekten wünschten die Delegierten der BuKonf, daß weiterhin auch das Maximilian-Kolbe-Werk von der GKS unterstützt wird. Die Delegierten sprachen sich einstimmig für die Beschlußvorlage aus (siehe dazu Seite ...).
- Der Entwurf für eine GKS-Fahne – GKS-Kreuz im kreisförmigen Schriftzug GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN auf quadratischem Fahnentuch in GKS-Farben – wurde bei 3 Enthaltungen angenommen.

TOP 15: Vorstellen des neuen Bundesvorstandes

- OTL a.D. Paul Schulz stellte den neuen Bundesvorstand der Bundeskonferenz vor und dankte als Ehrenvorsitzender der GKS Jürgen Bringmann für seine Arbeit als Bundesvorsitzender in den Jahren 1992–95.
- Die Bundeskonferenz nahm zustimmend die Entscheidung des Bundesvorstandes zur Kenntnis, die GKS im Bereich See entsprechend ihrer Stationierung den Wehrbereichen I, II und VIII zuzuordnen.
- OTL Karl-Jürgen Klein bedankte sich als neuer BuVors für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen.

TOP 18: Schlußwort des Bundesvorsitzenden

- Der neue BuVors stellte kurz seine Gedanken zur Arbeit in der GKS vor
 - die Basis durch den BV unterstützen und Verbindung halten,
 - Auseinandersetzung mit dem soldatischen Selbstverständnis,
 - Arbeit der Militärpfarrer unterstützen,
 - Zusammenarbeit mit örtlichen Pfarrgemeinderäten,
 - Pflicht der Außenwirkung,
 - Zusammenarbeit mit anderen Verbänden – auch mit Gruppierungen, die nicht unserer Meinung sind.
- Klein erläuterte dann noch die neue Stimmberechtigung im BV und EA zugunsten der aktiven Soldaten, wie sie nun in der überarbeiteten Geschäftsordnung vorgesehen ist.
- Abschließend dankte er Pfarrhelfer Hans-Josef Fislake und Pastoralreferent Hubert Münchmeyer für die aktive Unterstützung der Bundeskonferenz und schloß in den Dank an das KMBA Referat V, den Vertreter des Priesterrats, den BV und an die für die GKS aktiv tätigen Pensionäre.

TOP 16: Kulturelles Programm

Die von Pastoralreferent Hubert Münchmeyer organisierte Fahrt führte ins benachbarte Lothringen nach Ormersviller zur Josef-Kapelle, einer deutsch-französischen Gedenkstätte an die Kämpfe des I. und II. Weltkriegs in diesem Gebiet.

TOP 17: Abstimmung über Beschlußvorlagen

- OTL a.D. Paul Schulz erläuterte Änderungswünsche zur Beschlußvorlage des Grundsatzpapiers, die sich aus der Diskussion in den Arbeitsgruppen

BUNDESKONFERENZ 1995

Bericht des Bundesvorsitzenden

Oberst i.G. Jürgen Bringmann

1. Anmerkungen zur Lage

Zweck meines Berichts ist vor allem die Information innerhalb der GKS über unsere Arbeit in den Streitkräften, in der katholischen Kirche und in der Gesellschaft unseres Landes und auch im internationalen Bereich. Ich will unterstreichen, was getan wurde, hinweisen auf das, was zu tun ist, und nicht zuletzt zu einigen Bereichen unseres Dienstes als Soldaten in den Streitkräften, der Kirche und der Gesellschaft Aussagen machen.

Dieses Jahr 1995 ist ein Jahr der runden Gedenktage – nicht nur in der Politik, sondern auch in unserem ganz speziellen Bereich als katholische Soldaten. Da kommen bei dieser 35. Woche der Begegnung Rückblick und Ausblick zusammen.

Vor 20 Jahren, 1975, im Heiligen Jahr in Rom, hat der damalige Militärgeneralvikar, Dr. Martin Gritz, bei der Generalversammlung des Apostolat Militaire International (AMI) – des internationalen Verbandes katholischer Soldaten – dazu aufgerufen, den Welttag des Friedens als Soldaten, und zusammen mit Soldaten anderer Länder, zu feiern und damit ein Zeichen des Friedens zu setzen. Wir folgen dieser Aufforderung alljährlich.

Vor 25 Jahren, 1970, wurde die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in Essen gegründet. Der 1960 entstandene Königsteiner Offizierkreis (KOK) ging in der neuen Gemeinschaft für alle katholischen Soldaten auf. Es war damals und ist noch immer unser Ziel, die Auffassung katholischer Soldaten vom Dienst des Soldaten als Dienst am Frieden in unserer Bundeswehr, der Kirche und unserer Gesellschaft zu vertreten und wirksam werden zu lassen.

Vor 30 Jahren, 1965, wurde in Santiago de Compostela in Spanien das Apostolat Militaire International (AMI) gegründet. Die GKS

bzw. damals der KOK – ist Gründungsmitglied dieser Vereinigung, die der Stimme des Soldaten in der Weltkirche Einfluß und Gewicht geben will und das auch schon durchaus erreicht hat bei vielen Gelegenheiten.

Vor 30 Jahren, 1965, verabschiedete das II. Vatikanische Konzil in Rom die Konstitution „Gaudium et Spes“ über „Die Kirche in der Welt von heute“. Auf dieses

nicht oft genug aussprechen kann: „wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Vor 35 Jahren, 1960, begann in Königstein im Taunus bei einer Zusammenkunft von Offizieren, die fast alle aus der Jugendarbeit der



Das Führungsquartett der GKS: v.r. Oberst i.G. Jürgen Bringmann, Bundesvorsitzender der GKS von April 1992 bis zum 28.04.95. Daneben der wiedergewählte stellvertretende Bundesvorsitzende Stabsfeldwebel Walter Hütten, der Geistliche Beirat des Bundesvorstandes Militärdekan Msgr. Walter Theis und rechts Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein bis zur Bundeskonferenz 1995 stellvertretender Bundesvorsitzender, am 28.04. als Nachfolger im Amt von Oberst i.G. Jürgen Bringmann, der wegen des bevorstehenden Endes seiner aktiven Dienstzeit für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stand, gewählt.

(Foto: F. Brockmeier)

Dokument beziehen wir uns als katholische Soldaten seit damals, wenn wir über unseren Dienst nachdenken und mit anderen sprechen. Der für uns entscheidende Satz darin lautet, und ich wiederhole ihn hier, weil man ihn gar

katholischen Kirche Deutschlands vor und nach dem Krieg – dem damaligen BDKJ, man glaubt es kaum – ihre Motivation bezogen, das, was man heute organisierte Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge nennt. Damit ent-

stand der nach diesem ersten Ort des Zusammenkommens benannte „Königsteiner Offizierkreis“.

2. Zu den heutigen Aufgaben des Soldaten

Hier treffen sich Rückblick und Ausblick. Denn auch angesichts der politischen Veränderungen in unserem Lande, in Europa und in der Welt bleiben die Aussagen des kirchlichen Dokuments „Gaudium et Spes“ des II. Vatikanums gültig. Ja, man könnte sagen, sie haben vorausgenommen, was heute auf uns als Soldaten unseres Vaterlandes zukommt.

Die Verteidigung des Vaterlandes, die Landesverteidigung, die den Schutz unserer Wert-, Rechts- und Lebensordnung umfaßt, bleibt zwar die grundsätzliche Aufgabe des Soldaten. Dies gilt auch dann, wenn glücklicherweise keine konkrete und aktuelle Bedrohung vorhanden ist – wie schnell kann sich das aber ändern.

Und es bleibt die Aufgabe unserer Streitkräfte, zusammen mit Verbündeten für den Schutz der Länder und Menschen unserer europäisch-atlantischen Gemeinschaft einzutreten, einer Gemeinschaft – die mehr als eine Verteidigungsgemeinschaft ist, die auf unserem christlich-abendländischen Welt- und Menschenbild beruht, auf historisch gewachsenen Strukturen von Recht und Freiheit des einzelnen wie der Völker.

Aufgabe der Streitkräfte ist es aber auch, in einer kleiner gewordenen Welt im Auftrag unseres Landes weltweit neue Aufträge zu übernehmen, sowohl aus unserer, auch christlich begründeten, Weltverantwortung heraus, als auch in richtig verstandenem und berechtigtem Eigeninteresse.

Wenn heute von neuen Aufgaben der Streitkräfte die Rede ist, dann geht es vor allem um den eben genannten Bereich. Es geht darum, daß Soldaten bei Hungersnöten und anderen Katastrophen Hilfe leisten. Nicht deshalb, weil dies eine grundsätzliche und originäre Aufgabe der Streitkräfte wäre, sondern einfach deswegen, weil diese Hilfe oft nur unter militärischem Schutz geleistet werden kann, und weil häufig allein die Streitkräfte die organisatorischen

und materiellen Mittel, oft auch allein die Ausbildung, besitzen, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Und es geht darum, daß wir als Soldaten uns dort einbringen, wo die Gefährdung von Leib und Leben, von Menschenrechten und Freiheit, ein solches Ausmaß angenommen hat, daß ein Eingreifen der Völkergemeinschaft unbedingt erforderlich ist. Papst Johannes Paul II. hat nachdrücklich auf diese Pflicht zur humanitären Einmischung hingewiesen, „wenn das Überleben der Völker und ethnischer Gruppen schwer betroffen wird“. Und in seiner Ansprache an die Militärbischöfe am 11. März 1994 ergänzte der Papst diese Aussage mit den Worten: „Das Prinzip der Nichtgleichgültigkeit oder, positiv ausgedrückt, des humanitären Eingreifens – angesichts der Dramen der Völker weist dem Soldaten und den Streitkräften eine neue und wichtige Rolle zu, für die das Evangelium stärkere und entscheidendere Motive bieten kann als alle politischen und wirtschaftlichen Vernunftsgründe.“

Es gilt, dieser neuen – oder zumindest bisher so von vielen (auch von uns) nicht wahrgenommenen – Aufgabe der Streitkräfte auch bei uns ein Verständnis zu schaffen, daß nicht elitär, sondern mitverantwortlich definiert ist. Der Heilige Vater merkt hierzu zu Recht an: „Die Christen, die in einem solchen Rahmen ... arbeiten, können dieser neuen Auffassung vom militärischen Dienst große Impulse geben, sei es durch Bildung der Gewissen, sei es durch eine wirksamere Verbreitung der Werte der Gerechtigkeit, Solidarität und des Friedens: Werte, die die Grundlage für eine echte internationale Ordnung bilden“.

Daraus zieht der Papst eine durchaus einleuchtende – und ich denke, uns verpflichtende – Folgerung: „Der Dienst am Frieden unter Waffen kann damit zur neuen Verkündigung des Evangeliums in der Welt des Militärs werden, und die christlichen Soldaten sowie ihre Gemeinschaften müssen deren erste Herolde sein“.

Aufgabe der Soldaten wird es auch in Zukunft vermehrt sein, den Krieg zu verhindern oder zu beenden, indem sie zwischen den Parteien vermitteln, ja wortwört-

lich zwischen den Fronten stehen. Erziehung zum Frieden gewinnt hier für den Soldaten eine ganz neue Dimension. Muß er doch lernen, seinen Dienst nicht mit der Waffe, sondern häufig gerade ohne sie auszuüben, legitime Gewalt nicht anzuwenden, sondern um eines wichtigen Zieles willen sogar illegitime Gewalt zu überdauern, sich nicht mit Nachdruck durchzusetzen, sondern zurückzunehmen, Frieden nicht zu erzwingen, sondern dafür zu leiden. Diese Komponente wird die klassische Erziehung des Soldaten für seinen Friedensdienst in Zukunft immer häufiger ergänzen: Frieden sichern, Frieden erhalten, Frieden wiederherstellen – das alles gilt weiterhin. Aber hinzu kommt: Frieden wachsen lassen, Frieden fördern, Frieden erdulden, auch für den Frieden leiden.

Allerdings: Märtyrertum ist nicht die Aufgabe jedes Christen, schon gar nicht die des Soldaten – Märtyrer sind die Ausnahme, nicht die Regel. Und es stellt sich auch die Frage, ob das, was Politik heute vom Soldaten in den geschilderten Situationen immer häufiger verlangt, wirklich noch soldatischer Dienst ist, wie wir ihn verstehen und verantworten können. Wir werden hierüber nachdenken und dann Antworten geben müssen.

Lassen Sie mich das Gesagte mit einem Wort des Papstes aus seiner diesjährigen Botschaft zum Weltfriedenstag zusammenfassen:

„Die Gewalt, der so viele Menschen und Völker nach wie vor ausgesetzt sind, die Kriege, die noch immer zahlreiche Teile der Welt mit Blut überziehen, die Ungerechtigkeit, die das Leben ganzer Kontinente belastet, können nicht mehr geduldet werden. Es ist Zeit, von den Worten zu Taten zu schreiten: die einzelnen Bürger und die Familien, die Gläubigen und die Kirchen, die Staaten und die internationalen Organisationen, alle sollen sich aufgerufen fühlen, mit erneutem Einsatz die Förderung des Friedens in die Hand zu nehmen.“

3. Zur Arbeit (in) der GKS

Über die Arbeit der GKS im vergangenen Jahr gibt der Lagebericht Aufschluß, den Sie alle erhal-

ten haben. Ich will ihn hier nicht wiederholen, sondern auf einige mir wichtige Aspekte unserer Arbeit eingehen.

Umfang, Struktur und Stationierung der Bundeswehr sind seit 1990 in einem ständigen Wandel, und wir stehen erst in der zeitlichen Mitte dieser Entwicklungen, denn es wird wohl bis zum Jahr 2000 damit weitergehen – wenn auch das größte überstanden ist. Das alles hat natürlich auch Auswirkungen auf die GKS. Wir hatten bisher im Durchschnitt 115 Kreise – bei einer Zahl von 138 Militärpfarrern. Wenn heute, wo die Zahl der Militärpfarrer deutlich gesunken ist und sich wohl bei etwa 80 einpendeln wird, noch immer rund 110 Kreise oder Ansprechpartner in den verschiedenen Standorten existieren, ist dies ein trotz allem erfreuliches Bild.

Es wird allerdings immer schwerer, Vertreter der GKS bei Veranstaltungen, Verbänden, anderen Organisationen usw. zu finden; der Dienst beansprucht viele in unseren Reihen in einem seit der Gründung der Bundeswehr vor 40 Jahren kaum mehr erlebten Maße und Umfang. Probleme gibt es auch mit der Übernahme von Leitungsfunktionen der GKS auf allen Ebenen, in den verschiedenen Bereichen, Gremien und Ausschüssen. Hierzu habe ich auch Gespräche mit (Wehr-)Bereichsdekanen geführt, die uns weitgehend ihre Unterstützung zugesagt haben – ich bin zuversichtlich, daß dies in den meisten Fällen mehr als nur verbale Zustimmung zur GKS ist. Ich bitte Sie alle herzlich: Bemühen Sie sich darum, unserer GKS neue Mitglieder und Mitarbeiter zu gewinnen. Übernehmen Sie Leitungsfunktionen, in den Kreisen, den (Wehr-)Bereichen und auf Bundesebene. Das macht nicht nur Arbeit, sondern auch Freude. Und ich bitte alle, die Aufgaben in der GKS übernommen haben, trotz aller dienstlichen Belastungen und Probleme diese Aufgaben auch weiterhin engagiert wahrzunehmen, bei Veranstaltungen präsent zu sein und die Kontakte in ihren Bereichen zu halten. Besonders wichtig ist dabei – ich wiederhole es – der immer wieder neu zu unternehmende Versuch, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Nur so kann unsere Arbeit auch in

der Zukunft erfolgreich sein – daß sie wichtig ist, davon bin ich heute mehr denn je überzeugt.

Da sich in den letzten Jahren so vieles im politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Bereich verändert hat, was auch Einfluß auf unser Engagement als Laien in der und für die Kirche unter Soldaten hat, war eine Lagefeststellung angesagt. Deshalb haben der Vorstand der Zentralen Versammlung und die GKS sie zu einem oder gar dem Schwerpunkt der diesjährigen „Woche der Begegnung“ und unserer Bundeskonferenz gemacht. Wir suchten Antworten auf die Frage „Wo stehen wir derzeit?“ – um dann sagen zu können „Wohin und wie kann und muß es weitergehen?“.

Das Papier „Gemeinsam in die Zukunft“ – Ziele und Wege der Gemeinschaft Katholischer Soldaten –, das Ihnen als Beschlußvorlage vorliegt, ist der, nach meiner Meinung gelungene Versuch, für die GKS Antwort auf diese Fragen zu geben. Sie alle waren in den Meinungsbildungsprozeß über dieses unser neues Grundsatzpapier seit Jahren eingespannt – ich danke für die rege Mitarbeit. Nun kommt es hier in Waldfischbach darauf an, das Dokument zu verabschieden. Vor allem aber ist wichtig, daß wir uns darin wiederfinden und unsere zukünftige Arbeit daran ausrichten und davon inspirieren lassen. Es geht nicht in erster Linie um Lagefeststellung, sondern um die zu ziehenden Folgerungen und um Weisung und Hilfe zum Handeln. Der Vorsitzende des Sachausschusses „Konzeption und Information“, Oberstleutnant Brochhagen, und Mitglieder des Sachausschusses werden Sie heute und morgen jeweils am Nachmittag über den Inhalt und die Folgerungen des Positionspapiers genau informieren.

Aus diesem Papier ergeben sich auch Folgerungen, die die „Ordnung“ der GKS betreffen. Der Bundesvorstand der GKS hat auf der Grundlage des Positionspapiers eine in einigen wichtigen Punkten veränderte Ordnung erarbeitet, die Ihnen ebenfalls als Beschlußvorlage zugeht und zu der ich Sie um Zustimmung bitte. Alle Abstimmungen finden im übrigen am Samstagmorgen statt, nach-

dem hoffentlich ausreichend Zeit zur Information und Aussprache war. Der Bundesvorstand wird dann, ebenfalls noch am Samstag, die Geschäftsordnung der geänderten Ordnung anpassen.

Für eine einzelne Änderung der Ordnung bitte ich allerdings schon direkt nach meinem Bericht um Ihre Zustimmung. Der Bundesvorstand der GKS hat auf seiner Sitzung am 11. Februar 1995 vorgeschlagen, die vier Mitglieder des Bundesvorstandes der GKS aus dem Einzugsbereich des KMBA zu streichen und statt ihrer die Vorsitzenden der Sachausschüsse zu Mitgliedern des Bundesvorstandes der GKS zu machen.

Die vier Mitglieder aus dem Raum Bonn sollten seinerzeit dazu dienen, die Arbeitsfähigkeit des Bundesvorstandes auf bestimmten Sachgebieten zu verbessern. Außer dem Exekutiv Ausschuß (EA) und dem Internationalen Sachausschuß (IS) gab es keine Sachausschüsse. Nachdem nun fachlich definierte Sachausschüsse bestehen, ist die Begründung für die seinerzeitige Festlegung der Mitglieder aus dem „Raum Bonn“ nicht mehr zutreffend. Die entsprechenden Aufgaben können besser und berechtigter durch die Vorsitzenden der Sachausschüsse wahrgenommen werden.

Ich bitte Sie, dieser Änderung der „Ordnung“ im Vorgriff auf weitere Änderungen am Samstag schon jetzt zuzustimmen. Damit würden die sonst erforderlichen Wahlen der vier Mitglieder des BV aus dem Einzugsbereich des KMBA hinfällig.

Die GKS ist, ich wiederhole dies bei jeder Gelegenheit, ein deutscher katholischer Verband, der Sprachrohr und Instrument zur Umsetzung der Auffassungen katholischer Soldaten in Kirche, Streitkräften und Öffentlichkeit sein soll und will. Es ist wichtig, Beiträge zum Selbstverständnis des soldatischen Dienstes aus dem katholischen Glauben heraus zur Sprache zu bringen, gerade in unserer Zeit.

Lassen Sie mich unterstreichen, daß die öffentlichen Erklärungen zu aktuellen Themen und Anlässen ein wichtiger Teil unserer Arbeit in der GKS sind. Wir tragen damit unsere Auffassungen in die Öffentlichkeit und zu deren

Meinungsbildung bei. Die Resonanz in den Medien, aber auch in Politik, Kirche und Streitkräften war und ist bisweilen groß, bisweilen zumindest hinreichend.

Im vergangenen Jahr haben wir unter anderem folgende Erklärungen herausgegeben:

- Die Verpflichtung des 20. Juli 1944
- Zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 25. August 1994 (Mörder-Urteil).

Die nächste Erklärung soll am Ende dieser Konferenz verabschiedet werden. Sie wurde vom Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“ erarbeitet und äußert sich aus unserer Sicht zum 8. Mai 1945 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie unterstreicht, daß Deutschland am 8. Mai 1945 nicht nur den Krieg, sondern auch seine staatliche Selbständigkeit und seine Einheit verloren hat, und daß das Ende des totalen Krieges für die überwiegende Mehrheit der Menschen Befreiung von Vernichtung, Terror und Verbrechen bedeutete, für viele jedoch auch Vertreibung, Gefangenschaft, Elend und Tod. Und sie zieht die Folgerungen und Forderungen, die sich für uns als katholische Soldaten auch heute, 50 Jahre danach, stellen.

Auch diese Erklärung wird veröffentlicht und geht Ihnen allen zu – mit der Bitte, sie in Ihrem Bereich zu verbreiten und bekannt zu machen.

Ich darf Sie alle bitten, nicht nur während der jeweiligen Bundeskonferenz, sondern auch im Lauf des Jahres regelmäßig mit dem Bundesvorstand Verbindung zu halten und über die Ergebnisse Ihrer und unserer Arbeit und Veröffentlichungen zu berichten.

Bei unserer Konferenz im letzten Jahr habe ich auf die Notwendigkeit und Bedeutung der Laienarbeit von Soldaten und Christen in den Streitkräften hingewiesen und betont, daß Amtskirche und Laien gemeinsam Kirche sind, zusammengehören und einander ergänzen. Der Priester kann und darf nicht alles allein machen. Laien leisten den Weltdienst der Kirche; die originären Aufgaben des Priesters können sie nicht übernehmen. In Verbänden und Räten, den Säulen der organisierten Laienarbeit, handeln Laien selbst-

ständig und mitverantwortlich in der Kirche, für die Kirche, als Kirche. Ich möchte heute diese Wichtigkeit der organisierten Laienarbeit für die Zukunft unserer Kirche noch einmal unterstreichen. Kirche wird nur Zukunft haben und in der Welt präsent sein, wenn Laien und Amtskirche gemeinsam an dieser Zukunft arbeiten in unterschiedlichen Funktionen, in ihren jeweiligen Bereichen, auf verschiedenen Wegen, aber als eine gemeinsame Kirche mit einem gemeinsamen Ziel und einem gemeinsamen Herrn. Das gilt auch für das Laienapostolat in unseren Streitkräften und in der Militärseelsorge.

Wenn in unseren Streitkräften ein Geist herrschen soll, der unserem christlichen Verständnis vom Menschen als Geschöpf Gottes entspricht, wenn unsere Soldaten aller Dienstgrade ihren militärischen Auftrag auf der ethischen Grundlage und Zielsetzung unseres Glaubens als Dienst für den Frieden sehen und erfüllen sollen, dann müssen wir katholischen Soldaten das Verständnis hierfür wecken und erhalten – die Priester allein können dies nicht leisten. Dies ist eine im rechten Sinne missionarische Aufgabe. Wir werden uns dieser Aufgabe in einer zunehmend entchristlichten Welt heute mehr denn je stellen müssen; sicher gilt diese Forderung in besonderem Maße denen von uns, die in den neuen Bundesländern eingesetzt sind.

Unsere bewährte Akademie Oberst Helmut Korn, die sich vor allem an jüngere Unteroffiziere und Offiziere wendet, findet in diesem Jahr vom 6. bis 10. November in Fulda statt. Sie steht unter dem Thema „50 Jahre nach Kriegsende – Krisen überwinden, Verständigung finden“. Oberstleutnant a.D. Schulz wird Sie darüber noch genauer informieren.

Die 25-Jahrfeier der GKS soll natürlich nicht unter den Tisch fallen. Wir wollen sie am Ende des „Jubeljahres“, im März 1996, begehen und als Mittel benutzen, die GKS auch öffentlich in Erscheinung treten zu lassen. Deshalb werden wir in Bonn, voraussichtlich vom 20. bis 21. März 1996, eine Akademie zum Thema „Internationale Aufgaben der Streitkräfte“ durchführen, an deren Ende ein

Festvortrag und ein anschließender Empfang stehen sollen. Hierzu werden Repräsentanten aus Bundeswehr, Kirche und Öffentlichkeit eingeladen, zur gesamten Akademie außerdem die „Gründerväter“ der organisierten Laienarbeit in der Militärseelsorge.

4. Internationales

Die Feier des Weltfriedenstages mit einem Gottesdienst oder einer anderen Veranstaltung zusammen mit Freunden aus anderen Ländern ist das Ergebnis einer Anregung des AMI – bei der AMI-Konferenz anlässlich des Heiligen Jahres 1975 wurde dieser Beschluß gefaßt. Auch in diesem Jahr wurde der Weltfriedenstag vielerorts von Nord bis Süd zum Anlaß genommen, zusammen mit Verbündeten und Soldaten anderer Länder eine gemeinsame Demonstration des Einsatzes und des Gebets für den Frieden zu veranstalten.

Bei der zentralen Veranstaltung der GKS in Bonn hielt unser Militärbischof den Festvortrag zum Thema „Erziehung zum Frieden“.

Die GKS hat an der Konferenz des AMI Ende September 1994 in Braga/Portugal teilgenommen und wichtige Beiträge zum Thema „Der christliche Soldat und seine Familie in einer sich wandelnden Gesellschaft“ eingebracht. Erstmals war ein Land Osteuropas, nämlich Ungarn, vertreten; die Philippinen wurden als Vollmitglied aufgenommen.

Die diesjährige Konferenz des AMI anlässlich der 30-Jahrfeier findet in Santiago de Compostela, dem Gründungsort dieses internationalen Verbandes katholischer Soldaten, statt. Sie steht ähnlich wie unsere „Woche der Begegnung“ – mit Rückblick und Ausblick unter dem Thema „30 Jahre AMI, 30 Jahre Pilgerschaft im Dienste des Friedens und der Einheit der Völker: Ergebnisse und neue Ziele“. Wir werden auch diesmal aktiv dabeisein.

Santiago – Jakobus – war und ist auch das Schlüsselwort für zwei weitere internationale Aktivitäten. 1994 führten wir während des Katholikentages zusammen mit Spaniern und Österreichern eine Wallfahrt auf einem Jakobsweg in den

neuen Bundesländern, nämlich in Sachsen, durch.

Und in diesem Jahr wird sich, wie schon seit Jahren, im Juli eine Gruppe von Männern und Frauen aus der GKS wieder zusammen mit unseren spanischen Gastgebern auf einen der spanischen Wallfahrtswege mit dem Ziel Santiago de Compostela begeben.

5. Abschluß und Ausblick

Ich stehe am Ende meiner Zeit als Bundesvorsitzender der GKS, denn da ich, wie viele andere, in diesem Jahr früher als eigentlich geplant meinen Dienst bei der Bundeswehr beenden muß, ist eine weitere Periode als Bundesvorsitzender nach unserer „Ordnung“ nicht mehr möglich. Das ist auch gut so, denn Vorsitzender sollte in der GKS auf allen Ebenen immer ein aktiver Soldat sein.

Ich habe mich seinerzeit nicht um diesen Posten beworben, sondern habe die Aufgabe übernommen, weil es vom Bundesvorstand so gewünscht wurde und kein anderer Bewerber zur Verfügung stand. Es war damals klar, daß ich meine

Aufgaben als Präsident des AMI und bei den Internationalen Katholischen Organisationen (OIC) weiter ausüben würde. Die Aufgaben des Bundesvorsitzenden kamen also hinzu; ich denke, alles hat sich auch zeitlich miteinander vereinbaren lassen. Und ich will nicht leugnen, daß es mir Freude gemacht hat, einen Verband engagierter, freiwillig und ehrenamtlich für unsere Bundeswehr und unsere Kirche unter Soldaten arbeitender Mitglieder und Mitarbeiter zu repräsentieren.

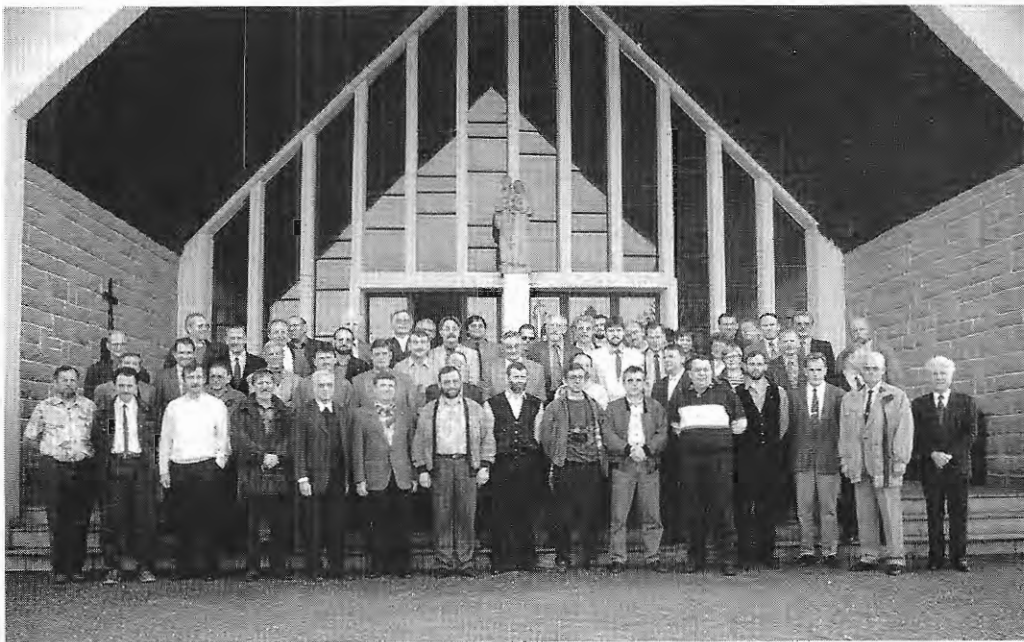
So bleibt mir am Schluß nur, zu danken. Ich danke für die für unsere GKS geleistete Arbeit und die gute, brüderliche Zusammenarbeit, nicht nur im vergangenen Jahr, sondern während meiner gesamten Amtszeit. Diesen Dank verdienen alle Mitglieder und Mitarbeiter der GKS, im Bundesvorstand, in den Sachausschüssen, in den (Wehr-)Bereichen; er gilt besonders den Ansprechpartnern und denen, die es in unseren Kreisen, eben an der Basis, heute wahrlich nicht leicht haben, GKS zu sein und zu vertreten.

Der Dank gilt auch unseren Militargeistlichen und unseren

(Wehr-)Bereichsdekanen, die als Geistliche Beiräte unsere Arbeit nach Kräften unterstützen; und auch unsere Pfarrhelfer will ich nicht vergessen. Ohne ihre Hilfe wäre GKS mancherorts nicht mehr möglich.

Schließlich will ich auch ein Wort des Dankes an die Geistlichen und Laien im Katholischen Militärbischofsamt sagen, von unserem Militärbischof und seinem Militärgeneralvikar angefangen, über den Geistlichen Beirat des Bundesvorstandes bis hin zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Referates „Kirche und Gemeinde“. Sie alle haben der GKS nicht nur Wohlwollen und Vertrauen, sondern tagtäglich handfeste Unterstützung gewährt.

Mit diesem Dank verbinde ich die Hoffnung, daß die GKS – trotz der kleinen Schar, die wir nach den Worten Jesu sind und wohl auch bleiben werden – mit so vielen Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Helfern auch in Zukunft ihre wichtige Aufgabe in der Bundeswehr, in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft weiter erfüllen kann. Ich stehe dafür gern weiter mit an der Front.



Das kulturelle Programm am Rande der Bundeskonferenz führte die Delegierten in das der Pfalz benachbarte französische Lothringen. Nahe dem im Zweiten Weltkrieg umkämpften Dorf Ormersviller war die *Josefskapelle* Besuchsziel. Wie Bürgermeister, Pfarrer und Lehrer bei der herzlichen Begrüßung erläuterten, ist die im Krieg gesprengte Kapelle heute Ort und Zeichen der Versöhnung und gutnachbarschaftlichen Beziehungen von Deutschen und Franzosen. Alljährlich treffen sich dort tausende von Christen aus beiden Ländern, um gemeinsam für den Frieden zu beten und miteinander zu feiern. (Foto: F. Brockmeier)

Die Zukunft des Soldaten in Kirche und Welt

Neue Aufgaben der Streitkräfte ... und Konsequenzen für die GKS

Karl-Heinz Ditzer

Ich bin ich gebeten worden, Ihnen auf der diesjährigen Bundeskonferenz etwas zu sagen zur „Zukunft des Soldaten in Kirche und Welt“, wobei der Schwerpunkt auf den „neuen Aufgaben der Streitkräfte“ und den damit gegebenen neuen Herausforderungen für den Soldaten, seine Familie und sein Engagement in Kirche und Gesellschaft liegen sollte.

Dies in einem Grundsatzreferat von 40minütiger Dauer zu tun, impliziert, daß viele Bereiche und Problemstellungen bestenfalls nur angerissen und angedeutet werden können. Ein Umstand, der notwendigerweise Verkürzungen zur Folge haben muß.

1. Grundsätzliche Aussagen zu den Aufgaben des Soldaten

- 1.1 Die Aufgaben des Soldaten (alt und neu)
- 1.2 Der Dienst des Soldaten und der Frieden

2. Neue Aufgaben

- 2.1 Verständnis des Soldaten und die neuen Aufgaben
- 2.2 Verständnis des Umfeldes
- 2.3 Von der Friedenssicherung und Friedensförderung

3. Neue Probleme

- 3.1 Das Problem des Kampfes
- 3.2 Erdulden von Situationen (Nicht-Kämpfen-Dürfen)

4. Folgen für die Motivation

5. Folgen für GKS-Angehörige unter den Soldaten

1. Grundsätzliche Aussagen zu den Aufgaben des Soldaten

1.1 Die Aufgaben des Soldaten (alt und neu)

Eigentlich sollte ich zu diesem Punkt nichts sagen müssen, denn in den zurückliegenden Jahren ist von anderen und mir immer wieder mündlich und schriftlich Stellung bezogen worden. Ich möchte deshalb die Argumentationslinien auch nur in kurzen Strichen andeuten.

Meine Hauptthese lautet:

Am Auftrag der Bundeswehr hat sich in theoretisch-begründender Sicht auch nach der Einigung Deutschlands nichts geändert – auch wenn dies von nicht wenigen anders gesehen wird und diese daraus ableiten, daß sich die „Geschäftsgrundlage ihres Eides“ verändert habe.

Seit der Gründung unseres Staates, der Bundesrepublik Deutschland, gilt, im Grundgesetz festgeschrieben, der politische Auftrag an unseren Staat und damit an jede Regierung, sich für den

Frieden in der Welt einzusetzen und zwar über Beiträge zur Schaffung von Friedensbedingungen und -verwirklichungsmöglichkeiten (z. B. durch Beiträge zur Entwicklung einer Weltfriedensordnung und eines internationalen Rechtssystems, Beiträge zur Verwirklichung von Menschenrechten, gerechter sozialer Strukturen, Verminderung von Konflikten und Konfliktursachen usw.). Auch wenn im Parlamentarischen Rat die Gründung oder Wiedererrichtung einer eigenen Armee noch nicht ventiliert wurde, so wurden doch auf dem Hintergrund der Katastrophen zweier Weltkriege, die deutlich gemacht hatten, daß die bisherigen Friedenssicherungsmaßnahmen (oder besser: Kriegsverhinderungsmaßnahmen) völlig unzureichend waren und auf falschen politischen Annahmen beruhten, sowie dem daraus resultierenden politischen Diskussions- und Bewußtseinsstand alle vorbereitenden Maßnahmen getroffen, die einen Eintritt und eine Mitwir-

kung der künftigen Bundesrepublik in kollektiven Sicherheitssystemen möglich machen sollten. Aus den Redebeiträgen im Parlamentarischen Rat geht deutlich hervor, daß man zum einen – auch für die eigene Sicherheit – ganz auf die Existenz und das Funktionieren „Kollektiver Sicherheitssysteme“ setzte und zum anderen sich durchaus bewußt war, daß man dazu auch eigene Beiträge würde zu liefern haben.¹⁾

Als dann die Bundeswehr gegründet wurde, konnte sie nur in diesen gesteckten Rahmen eingegliedert werden. Da der Auftrag des Grundgesetzes zunächst einmal an den Staat (vertreten durch das Parlament) und an die Regierung geht, war klar, daß diese neue Armee sich weder zu einem Staat im Staate entwickeln durfte, noch ausschließlich ein Instrument der Regierung sein sollte. Deshalb galt und gilt zum einen für die Regierung der „Parlamentsvorbehalt“ und zum anderen für die Armee der „Primat der Politik“ verbunden mit parlamentarischer Kontrolle. Die Bundeswehr ist ein Instrument unseres Volkes in der Verfolgung des Staatszieles: Frieden schaffend zu wirken

und damit als Mittel eingebunden in die Politik unseres Staates.

Daß bei der konkreten Gründung der Bundeswehr in der Beschreibung ihrer Aufgaben der zeitlich bedingte politisch-situative Kontext einging, ist unter den Aspekten: Ost-West-Spannung, Sicherung des eigenen Territoriums und keine volle Souveränität verständlich. Diese Eingrenzung der Operationsbasis auf den Aspekt der Landesverteidigung führte aber nicht zur entsprechenden Eingrenzung im politischen Kontext und ihrer politischen Bestimmung. Dies ließe sich jetzt zeigen an den politischen Vorgaben und Formulierungen militärischer Maßnahmen und Planungen, die immer **nicht nur** der *Abschreckung* **sondern auch** noch der *Vertrauensbildung* zu dienen hatten.²⁾ Gerade weil die Abschreckung auch noch das politische Signal zu transportieren hatte: „wir greifen dich (potentieller) Feind nicht von uns aus an“, wurde Wert auf die sogen. „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ gelegt, die eine Beschränkung auf das eigene Territorium beinhaltete. Gerade durch diese Beschränkung hoffte man, seinen Beitrag zum Frieden zu leisten. Die Orientierung am internationalen Frieden, der Stärkung von Bündnissystemen, die diesem dienen sollten, wurde damit nicht aufgegeben, sondern schlug sich auch in Aufgabe und Struktur der Bundeswehr nieder. Wenn nun in der Folgezeit aus diesen komplexen psychologisch-militärpolitischen Erwägungen und Prozessen ein militärisches Selbstverständnis dergestalt erwuchs: „Wir sind nur für die eigene Landesverteidigung da und alles andere geht uns nichts an“, dann ist dies eine unzulässige Verkürzung gewesen, die in der Informations- und Bildungspolitik der militärpolitischen Führung und der Ausbildung der Soldaten ihren Ort hatte und diesen Gremien als Fehlleistungen auch anzulasten sind.³⁾ So wurde die Armee langsam zu einer „Präsenzarmee“ – bei nicht wenigen Soldaten in dem einschränkenden Verständnis: wir sind präsent und das reicht, alles weitere sehen wir später – (Hans Rühle⁴⁾) mit – gemessen an den jetzigen Herausforderungen – all den

daraus resultierenden negativen Begleiterscheinungen (Stichwort: Verteidigungsbeamte). Aber ich möchte hier nun nicht die Geschichte der Bundeswehr in einer 40jährigen Friedenszeit, für die wir ja dankbar sind, nachzeichnen. Es sollte nur die Behauptung von mir plausibel gemacht werden, daß sich an dem ursprünglichen und genuinen Auftrag der Bundeswehr, dem (internationalen) Frieden zu dienen, nichts geändert hat. Geändert haben sich die möglichen Einsatzgebiete und – mit der Änderung der gesamtpolitischen (Welt-)Situation, die Territorial- und Bandenkriege wieder möglich gemacht hat, – die Art und Qualität der Friedensbedrohung und damit die Einsatzbedingungen bei möglichen militärischen Interventionen (im Bündnis oder im Auftrag der UNO).

1.2 Der Dienst des Soldaten und der Frieden

Der Soldat hat nach der Grundtendenz des Grundgesetzes dem Frieden zu dienen. Den Frieden zu wahren und zu fördern, ist zunächst und primär ein Auftrag an die Politik. Diese Aufgabe ist nicht mehr – wenn je – von einem Staat⁵⁾ zu leisten, sondern nur im Verbund der Völkergemeinschaft in Anstrengung aller Kräfte auf allen Gebieten menschlicher (sozialer, wirtschaftlicher, kultureller, rechtlicher, geistig-religiöser ...) Existenz. Nationalismen, Rassismen und religiöse Fundamentalismen, nationale Egoismen, soziale und wirtschaftliche Unterprivilegierung und Unterdrückung, menschenrechtsverachtende Diktaturen und diktaturähnliche Staaten, die ebenfalls nicht bereit und in der Lage sind, Menschenrechte zu achten und in ihren Einflößbereichen Minderheitenschutz und Selbstbestimmung zu gewähren, usw. gefährden diesen Prozeß. Hasardeure mit politisch-militärischer Macht fördern das Chaos in Nachbarländern, zetteln dort Kriege an und führen selbst Krieg, um ihre Machtansprüche und Interessen durchzusetzen – oder was sie dafür halten. Was alle sehen nur sie selbst nicht, ist, daß sie häufig keine Rücksicht auf ihr eigenes Volk nehmen und nicht realisieren, daß

die Situation ihres Landes, ihres Volkes, ihrer Gruppe ... dadurch nicht besser sondern eher schlechter wird. Vor allem unterlaufen sie alle Aktivitäten der UNO, die zu einer Besserung der Lage führen könnten und führen sie in ihrer ganzen Hilflosigkeit vor. Darüber hinaus machen sie in der Regel nicht nur jahrzehntelange Entwicklungshilfe und -arbeit in wenigen Wochen zunichte... , sondern machen auch jede weitere aktuelle Hilfe durch die Kampfhandlungen unmöglich.

Entwicklung braucht Frieden, aber Frieden kommt nur durch Entwicklung zustande. Wenn das Chaos zu groß wird und keine andere friedliche Intervention⁶⁾ von regionalen Sicherheitssystemen oder der UNO hilft, kann die Situation gegeben sein, daß man – um noch größeren Schaden zu vermeiden – militärische Interventionen in Erwägung ziehen muß unter den Voraussetzungen, daß man sich realistischer Weise von dieser Intervention einen befriedenden Erfolg (wenigstens langfristig) erhoffen kann und der Schaden durch die militärische Intervention nicht unverhältnismäßig größer wird. Letzter Punkt ist von um so größerer Bedeutung, je ungewisser die Erfolgsaussichten der Intervention sind.⁷⁾

Militärische Einsätze sind also genau zu überlegen und ethisch abzuwägen, in jedem Fall müssen sie dem Frieden (und damit den Menschen und ihren Entwicklungschancen) dienen und ihn sicherer machen oder wieder herstellen. Kampfeinsätze für kurzschlüssige nationale Interessen sind, wenn ich dies richtig sehe, ethisch (und auch nach der Intention des Grundgesetzes) nicht vertretbar. Die ethisch brisante und nicht so einfache zu lösende Frage ist für mich: Wie, unter welchen Bedingungen und mit welchen militärischen Mitteln können präventiv sich abzeichnende Kriege verhindert und stattfindende Kriege beendet werden?

Auf der Prinzipienebene sind solche Fragen verhältnismäßig leicht gelöst, in ihrer Anwendung auf konkrete Situationen gehen aber so viele situative Beurteilungsfaktoren mit Wahrscheinlichkeiten ein, daß das Ringen um einen ethischen Konsens, was denn

nun zu tun sei, schwierig ist. Insofern sind einfache Rückbezüge auf das Grundgesetz oder das Naturrecht sowie ein einfaches Ableiten z. B. militärischer Pflichten daraus ethisch nicht zulässig. Weil Ermessensbeurteilungen in Anwendung auf die Situation notwendigerweise in den ethischen Beurteilungsprozeß eingehen, kann ich mir gut vorstellen, daß man – bei Anwendung gleicher ethischer Prinzipien – zu unterschiedlichen Auffassungen kommt, was denn nun in der Situation zu tun sittlich geboten ist. Das bedeutet, daß der heutige Soldat im Hinblick auf das Spannungsfeld Krieg – Frieden in seiner ethischen Beurteilungsfähigkeit und -notwendigkeit wesentlich stärker herausgefordert ist als in den zurückliegenden Jahren. Weil der Beurteilungsgegenstand differenzierter ist, muß auch seine Beurteilung differenzierter sein. Konnte man früher u.U. mit schwarzweiß Kategorien arbeiten oder konnte man sich auf eine Argumentation zurückziehen wie: „Wenn es zum Krieg kommt, dann sind wir die Angegriffenen und

dann weiß ich, was ich zu tun habe“, so ist dies bei der heutigen und künftigen Situation nicht mehr möglich. Der Friede in unserer Region hat – bedingt durch die Einbettung der Bundesrepublik in die internationalen Beziehungen und die Vernetzung der internationalen Organe sowie deren Gestaltungskräfte – das Soldatsein nicht leichter gemacht. Sich in der Beurteilung von Situationen auf Entscheidungen der Regierung zurückzuziehen, ist ethisch gesehen – bei allem Wohlwollen für und bei allem Vertrauen in eine Regierung – kein gangbarer Weg, da niemand aus seiner Gewissensverantwortung für sein Tun entlassen werden kann. Dabei ist sehr wohl zu betonen, daß das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit einer Regierung und die Rechtmäßigkeit ihrer Entscheidungen ein wichtiges Moment in der ethischen Urteilsbildung⁸⁾ ist. Aber der Soldat muß sich selbst sein Urteil bilden.⁹⁾ Außerdem würde so eine Haltung nicht tragen, wenn es denn „zum Schwur“ in einem Einsatz kommt.

der Beauftragte für Erziehung und Ausbildung, gemeint hat, wir beschäftigen uns mit der Thematik von Blutrausch und Phänomenen wie My Lai nicht, weil wir ja schließlich keine Kriegsverbrecher erziehen (wollen), dann verkennt er die Sachlage, daß gerade die Nicht-Auseinandersetzung mit solch einer Thematik, ihren psychologischen Mechanismen und ethischen Implikationen, Phänomene, für die My Lai ja nur paradigmatisch steht, erst möglich machen. Als Vorgesetzter kann man sich nicht darauf verlassen, daß Soldaten sich von sich aus privat mit diesen oder ähnlichen Problembereichen beschäftigen. **Es kommt aber alles darauf an, daß der Soldat eine sittlich gefestigte Persönlichkeit ist und über die Fähigkeit verfügt, sich sittliche Urteile bilden und im Handeln umsetzen zu können.** Eine Reduktion auf Befehl und Gehorsam, wie manche Zeitgenossen meinen fordern zu sollen, verkennt die Situation heutiger Einsätze – gerade solcher im Bündnis- und/oder UN-Auftrag. Insofern wird **die Frage nach dem Selbstverständnis des Soldaten zu einer Kernfrage seiner Existenz.** Zu diesen „Zeitgenossen“ gehören aber nicht nur militärische Führer sondern anscheinend auch Politiker – wenn ich letzteren nichts Schlimmeres unterschieben soll. Bei den Militärs könnte ich so einen Wunsch nach Reduktion noch verstehen – wenn auch nicht billigen –, denn sie müssen dafür sorgen, daß die Armee auch tatsächlich ein Instrument der Regierung bleibt und sich nicht nach Gusto selbst auflöst. Aber im Hinblick auf Politiker, politische Entscheidungsträger und Vertreter politischer Parteien ist es für mich immer wieder neu befremdlich, daß gerade von dieser Seite her unseren Soldaten keine Zeit zu einer adäquaten Ausbildung und Vorbereitung auf einen Einsatz zugestanden wird. Dabei sind deren Argumente oft hanebüchen. Wenn z. B., wie vor nicht all zu lange zurückliegender Zeit geschehen, ein Lehrgangsteilnehmer der Führungsakademie eine Seminararbeit aus dem Themenkreis Kriegsbelastung schreibt und dieser Vorgang bei bestimmten politischen Gruppen zu einem „politi-

2. Neue Aufgaben

2.1 Verständnis des Soldaten und die neuen Aufgaben

Das Ihnen alle bekannte Zitat: *„Wer aber als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, soll sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker betrachten. Er trägt durch die rechte Ausübung seines Dienstes wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“* (GS 79), ist Ihnen zu Recht ein Leitmotiv für Ihr soldatisches Selbstverständnis. Die Bischöfe auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil haben es sich bei der Abfassung der Pastoralkonstitution, aus der das Zitat stammt, nicht leicht gemacht. Gerade für unsere jetzige Situation kann man bei seinem Studium eine Menge Anregung und Hilfsmittel zur ethischen Urteilsfindung bekommen. Es wird dabei auch deutlich, daß der zweite Satz des Zitates von eminenter Bedeutung ist und umgesetzt werden muß, wenn das gesamte Zitat nicht zur Floskel verkommen soll.

Hatten wir vorstehend schon darauf hingewiesen, daß es eine ethische Herausforderung ist, sich ein grundsätzliches Urteil zur sittlichen Erlaubtheit oder gar Gebotenheit einer militärischen Intervention in einem Konfliktfall zu bilden, so gilt dies noch mehr für die Situation der Durchführung dieser Intervention. Die Andeutung dieser Problematik mag nun alle militärischen Vorgesetzten innerlich erregen, nur bleibt nach meiner Einschätzung keine andere Wahl, als sich ihr zu stellen, wenn man sich letztlich nicht der Beteiligung an menschenrechtsverletzenden Handlungen schuldig machen will. Beispiele für solches Versagen gibt es aus den zurückliegenden Kriegen und Kampfhandlungen zur Genüge und sie werfen nicht nur auf den einzelnen Soldaten sondern auch auf die jeweilige Armee und den jeweiligen Staat schwarze Schatten. Wenn aber dann in jüngster Zeit ein hoher General (der Bundeswehr), wie z.B.



„Einer weltweiten Gefährdung des Friedens kann die Völkergemeinschaft nur in gemeinsamer Anstrengung begegnen“, ist die deutliche Aussage des neuen, zweiten Bandes des Katholischen Erwachsenen-Katechismus (a.a.O. S. 324 sowie in diesem AUFTRAG S. 44, Ziff 6.3). Bundeswehrsoldaten gehen in andere Länder und Erdteile, weil ohne ihren Frieden sichernden und wiederherstellenden Einsatz die Menschen dort nicht menschenwürdig leben könnten. Sie spielen sich nicht als Besatzer auf, sondern haben immer eine mögliche Versöhnung und Frieden als Ziel vor Augen.
Im Bild: Deutsche Soldaten auf einem Marktplatz in Belet Huen im Juni 1993. (Foto: KNA-Bild-Reuter)

schen Aufschrei“ führt: ‘die Bundeswehr rüstet zum Krieg, die Bundeswehr ist kriegslüsternd...’, dann stecken dahinter allein politische Intentionen. Hier werden politische Richtungskämpfe letztlich auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen. Oder: Zur Unterstützung befreundeter Nationen bei einem möglichen Rückzug von UN-Kontingenten aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden auch Bundeswehrkontingente vorgesehen. Für die davon betroffenen Soldaten sollten am Zentrum Innere Führung besondere Vorbereitungslehrgänge ähnlich wie vor dem Einsatz in Somalia, u.a. mit den Themen: Streßprävention, Menschenführung in belastenden Situationen bzw. im Gefecht ..., stattfinden. Nachdem nun die Evakuierungserwägungen verschoben wurden, wurden auch die geplanten

Lehrgänge nicht mehr durchgeführt. Solcher Art Beispiele ließen sich viele aus der jüngsten Vergangenheit aufführen – und dies angesichts der Tatsache, daß angesichts eines bevorstehenden Einsatzes nur noch wenig z.B. für eine Streßprävention getan werden kann. Gerade die politische Führung müßte die Bundeswehr drängen, auch diese Seite der Ausbildung in ihrer ganzen Breite zu forcieren, und nicht mit dem Hinweis auf politische Inopportunität wie ich den Eindruck habe – an entsprechender Ausbildung zu hindern. Angesichts des Umstandes, daß Kenntnisse über Extrem-Belastungsfolgen, Traumafolgen, Streßfolgen ... sowie deren präventive Begrenzung heute ausreichend verfügbar und damit relativ leicht zu erwerben sind, kann ich dieses Verhalten nur als grob fahrlässig wenn

nicht als in höchstem Maße sittlich verwerflich qualifizieren. Ich wundere mich nur, daß Soldaten, die immerhin die Aussicht haben, später nämlich einmal mit einer „Posttraumatischen Belastungsstörung“ „herumlaufen zu dürfen“, sich nicht entschiedener gegen solche politischen Anweisungen zur Wehr setzen. Es reicht offensichtlich nicht, wenn der Wehrbeauftragte in seinem Bericht feststellte, daß die Soldaten auf entsprechende Einsätze nicht vorbereitet seien.

Diese Thematik aber jetzt und hier weiter zu entwickeln, würde unseren Rahmen vollständig sprengen. Ich möchte Sie deshalb auf meine ausführliche Ausarbeitung: „Neue Aufgaben und soldatisches Selbstverständnis...“ in der Reihe „Materialien zum Lebenskundlichen Unterricht“

(Nr. 29, Dezember 1994), die jeder Pfarrer und Pastoralreferent hat, hinweisen. Entweder Sie leihen Sie sich bei Ihrem Militärseelsorger aus oder bewegen das KMBA, Sie Ihnen ebenfalls zugänglich zu machen. Des weiteren möchte ich Sie auf meinen Beitrag in dieser Ausgabe des AUFTRAGs verweisen: „Wenn nichts mehr ist, wie es war – wenn nichts mehr geht, wie es geh’n soll Posttraumatische Belastungsstörungen von Soldaten nach Kampf- und/oder UN-Einsätzen ...“ (s.S. 54–62).

Meine Kernthese ist:

Bundeswehrsoldaten (sollten) gehen in einen Einsatz primär aus dem sittlichen Bewußtsein heraus, das eigene Land zu schützen

- zum einen aus Achtung vor dem Lebensrecht und der Würde der Mitbewohner
- zum anderen, weil ohne die freie Existenz des eigenen Landes ein Dienst an den anderen Völkern nicht möglich ist.

Sie gehen in andere Erdteile und Länder,

- weil ohne ihren Frieden sichernden und/oder wieder herstellenden Einsatz die Menschen dort nicht leben (oder – wenigstens minimal – menschenwürdig leben) könnten und im weiteren Chaos völlig untergehen würden.

Sie gehen mit der (altruistischen) Haltung und Mentalität eines Entwicklungshelfers in diese Länder,

- um diesen Menschen zu helfen, und
- nicht, weil sie sonst keine Gelegenheit hätten, sich zu beweisen, oder um sich durch solche Einsätze zu bereichern

Sie sind auf solche Einsätze physisch, psychisch, mental und ethisch vorbereitet,

- sie können sich in die Mentalität der jeweiligen Bevölkerung einfühlen,
- wissen um ihre eigenen Grenzen und Gefährdungen,
- sind frei von Allmachtsgefühlen und -phantasien und
- spielen sich nicht als Besatzer auf.

Sie haben immer eine mögliche Versöhnung und Frieden als Ziel vor Augen und betrachten ihren Gegner nicht als einen zu vernichtenden sondern zu befriedenden,

den man versucht, in diesen „Frieden schaffenden Prozeß“ einzubeziehen.

Sie praktizieren das neutestamentliche Gebot der „Entfeindung“¹⁰⁾, d.h., sie wissen zu unterscheiden zwischen der Kampfsituation und den Kämpfenden (als Menschen).

Letzter Punkt ist angesichts der Erfahrung von Brutalität nicht so leicht zu verwirklichen, wie sich dies schreiben, sagen und fordern läßt. „Ich bin den Mördern und Schlächtern begegnet. Ich habe den Teufel gesehen“, schreibt eine Ärztin über die letzten Tage der Hutu Metzelen in der Gemeinde Muyaga [Ruanda].¹¹⁾ Und auch von den französischen Fremdenlegionären, die später zum Abtransport der Leichen eingesetzt wurden, wird berichtet, daß sie nach kurzer Zeit jeweils abgelöst und in die Heimat zurückgeschickt werden mußten, weil die Soldaten aufgrund der traumatischen Erfahrungen dekompenzierten. Die Herausforderungen an die Soldaten sind wahrlich andere geworden, als die üblichen Szenarien der Vergangenheit dies vorsahen. Das künftig zu erwartende Geschehen verlangt von Soldaten auch und gerade zusätzlich andere Qualitäten, die auch weit über das hinausgehen, was bisher von Entwicklungshelfern erwartet und verlangt wurde.

2.2 Verständnis des Umfeldes

Konnte sich der Soldat früher schon nicht der ungeteilten Solidarität seines Umfeldes sicher sein, so gilt dies heute in verschärftem Maße. Viele tolerieren zwar noch die Landesverteidigung (schließlich möchten sie ihr Häuschen mit Garten geschützt haben), aber mit abnehmender Bedrohungswahrnehmung schwand und schwindet auch die allgemeine Akzeptanz, man möchte doch gerne die „Friedensdividende“ für die eigene Tasche ausgezahlt bekommen und nicht statt dessen noch irgendwelche Kosten für irgendwelche Länder außerhalb des eigenen (Interessen- und/oder möglichen Bedrohungs-) Bereiches aufbringen müssen. „Was da an Massakern passiert, ist ja ganz schrecklich, aber die Länder und Völker müssen ihre

Probleme schon selbst regeln. Was sollen wir uns da einmischen.“ „Mein Sohn hat in Afrika oder sonstwo am Ende der Welt nichts verloren.“ Daß Menschenrechte unteilbar sind, nur ihre allgemeine internationale Akzeptanz ... auf Dauer und auf lange Sicht den Weltfrieden rettet, daß ihre Mißachtung in Verbindung mit der Ohnmacht der UNO, Recht nicht durchsetzen und Kriege nicht verhindern zu können, letztlich zur Destabilisierung kollektiver Sicherheitssysteme führt und damit Kriege wieder führbar werden läßt, daß Regional- und Bandenkriege Flüchtlingsströme ungeahnten Ausmaßes produzieren und jede Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe verunmöglichen und damit das Problem der Armutswanderungsbewegungen verschärft ..., dies alles reflektieren diese Menschen nicht und ficht sie auch nicht an nach dem Motto: Hauptsache mir geht es gut – und zwar jetzt. Daß die Kurden ihr Problem mit ihren Nachbarstaaten jetzt auch bei uns ausfechten, ist nur ein Beispiel dafür, daß Konflikte und Menschenrechtsverletzungen nicht nur im jeweils eigenen Land sondern auch in Ländern ausgefochten werden, in denen sie Gastrecht haben. Andere unterdrückte Minderheiten und Völker tun dies in ihren Bereichen und weitere stehen kurz vor der Schwelle, es ihnen nachzutun.

Angesichts der Haltung und Interessenlage vieler unserer Mitbürger kann der Soldat heute für seine Berufsentscheidung und seine Bereitschaft, in einen Einsatz zu gehen, nicht unbedingt auf ein ungeteiltes Verständnis rechnen. Er muß sich daher seine Meinung selbst bilden und sie vor sich selbst ethisch vertreten können. Er muß es auf sich nehmen, sie u.U. auch gegenüber seinen Nachbarn zu vertreten. Dies ist ein Zustand, der nicht angenehm ist, aber heute für nicht wenige ethisch begründete Entscheidungen gilt. In jedem Fall muß er Abschied nehmen von der Illusion, in unserer pluralistischen und nur am individuellen Wohlergehen, Fortkommen und Fun orientierten Gesellschaft von allen „geliebt und besonders geachtet“ und in seiner Entscheidung gestützt und unterstützt zu werden. Es ist sicherlich für ihn eine zu-

sätzliche Belastung, wenn er sich auch noch für die neue Dimension politisch-ethischer Bewußtwerdung einsetzen und um die Akzeptanz seiner persönlichen Entscheidung im Rahmen einer rechtsstaatlich demokratisch legitimierten Erstentscheidung mühen muß.

2.3 Von der Friedenssicherung und Friedensförderung

Analysen der Kriegsursachen sowohl wie die der Konflikte und Katastrophen machen deutlich, daß wir trotz einer Segmentierung der Welt, die zu einer Entwicklung einiger Völker und Kontinente fast bis zur Bedeutungslosigkeit geführt hat, wir dennoch gleichzeitig von einer Globalisierung sprechen müssen. Dies bedeutet letztlich, daß wir auch mit den jetzt – wirtschaftlich scheinbar verzichtbaren und deshalb – bedeutungslosen Ländern in einem Boot sitzen und auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet sind. Die Globalisierung und Vernetzung der Industrien und der Wirtschaft der Industriestaaten untereinander und mit den Schwellenländern ist allgemein bekannt, aber die wirtschaftliche Betrachtungsweise ist nur ein Aspekt, die Umweltproblematik ein anderer, das Weltbevölkerungswachstum um den Faktor 2 ein weiterer, um nur einige zu nennen. Sie alle stehen in Wechselwirkung zueinander und werden von der Armutproblematik als zusätzlichem Faktor weiter aufgeladen, die ihrerseits mit medizinischen Problemen und Gefahren verbunden ist. Letztere sind u.a. auch eine Folge von Kultur- und Traditionszerfall ...

Friedenssicherung und Friedensförderung sind deshalb eng verbunden mit der Lösung sozialer und kultureller Probleme und Fragen. Lauter Faktoren, die in dynamisch wechselwirkender Weise interagieren. Friedenssicherung und Friedensförderung können daher nicht gegeneinander ausgespielt werden. Aber mögliche militärische Interventionen sind in diesen Kontext einzubetten und so zu betrachten. Deshalb gehen, wie oben schon gesagt, viele situative Einschätzungen in den – auch ethischen – Beurteilungsprozeß ein.

3. Neue Probleme

3.1 Das Problem des Kampfes

Nach dem Wegfall des Ost-West-Antagonismus sind Kriege wieder möglich geworden und werden leider auch wieder geführt. Damit muß sich auch der Bundeswehrsoldat dem Problem stellen, daß auch er u.U. einmal wird kämpfen müssen – und das heißt: andere Menschen töten zu müssen und/oder selbst getötet zu werden. Dies ist die jetzt wahrgenommene und wahrzunehmende neue (Bewußtseins-) Qualität seiner Existenz, denn bislang war das eher eine theoretische Erwartung, von der sehr viele sich ziemlich sicher waren, daß sie nicht eintreten würde. Auch wenn UN-Kampfeinsätze das Ziel haben, einen stattfindenden Krieg zu beenden, Kämpfende zu trennen, den Konflikt wieder an den Verhandlungstisch zu bringen ..., stehen dennoch für den Soldaten – auch wenn es nicht „sein Krieg“ (und er deshalb nicht Kriegspartei) ist – die Fragen nach Töten und Schuld, Verwundung und Tod, Geiselauf und Folter in seinem Bewußtsein und verlangen nach Antworten – zumal er ja nicht allein davon betroffen ist sondern auch seine Familie und seine Freunde. Die von mir vorstehend angedeuteten allgemein theoretisch-ethischen Überlegungen sind zwar unverzichtbar, reichen aber nicht aus. Eine Reihe im Kampfgeschehen ablaufender psychischer Prozesse, die alle ethische und religiöse Implikationen haben, verlangen zusätzliche, vorbereitende, in das persönliche Lebenskonzept und Sinnsystem einschneidend eingreifende Erwägungen und Änderungen in der Lebensführung, wenn negative Spätfolgen (z.B. Posttraumatische Belastungsstörung/PTSD) verhindert werden sollen. (Sie jetzt hier nur anzudeuten, würde die insgesamt mir zur Verfügung stehende Vortragszeit überschreiten. In meinen Veröffentlichungen, die Ihnen ja zugänglich sind, bin ich immer wieder darauf eingegangen.) Die Thematik aber kann und darf nicht verdrängt oder auf später verschoben werden.

Jeder einzelne hat sich ihr zu stellen und die Vorgesetzten müs-

sen in ihrer Ausbildung Zeit vorsehen, damit sich der einzelne Soldat, die Armee als Ganze und insonderheit die Gruppe dieser Thematik stellen kann. Die „kleine Kampfgemeinschaft“ kann ihrer Funktion in der Krise nur gerecht werden, wenn sie darauf vorbereitet wurde. Sich mit den psychischen Prozessen, der Frage nach dem Leid, der Schuld, der Verwundung ... der individuellen wie familiären möglichen Einschränkungen und Veränderungen der Zukunftserwartungen ... zu stellen, ist ein Teil dieser Vorbereitung. Die Szenarien der Massenschlachten mit den Kennzeichen des Technik beherrschten Gefechtsfeldes mit der Folge des sogen. „anonymen Tötens“ sind nicht unbedingt die einzigen Szenarien, die möglich sind (selbst der Golfkrieg „bescherte“ den Soldaten darüber hinausgehende Erfahrungen). Vermutlich sind Kampfgeschehen wie in den Kriegen im ehem. Jugoslawien oder in Tschechien wahrscheinlicher. D.h.: die ganz persönliche Konfrontation mit dem Tod und dem Töten ist nach wie vor gegeben und sie verlangt psychische Stabilität – und nicht nur Waffenfertigkeit.

Da sich heutige UN-Blauhelm-Einsätze in ihrer psychischen und ethischen Belastung von anderen Kampfeinsätzen nicht unterscheiden, denn nach einer Analyse des Verhaltens von Soldaten in verschiedenen Einsatzarten macht es für die Reaktion der Psyche keinen Unterschied, ob ich selbst Kämpfender oder nur – zwar involvierter – „Zuschauer“ bin. So können sich – bei unvorbereiteten Soldaten (und Zivilisten) – die Posttraumatischen Belastungsstörungen wie auch die gravierenderen Persönlichkeitsstörungen ebenso ausprägen, wenn ich dem Töten, Morden, Vergewaltigen, Foltern ... usw. „nur“ zusehen muß und es nicht verhindern kann oder darf, wie wenn ich am Töten selbst beteiligt wäre.

3.2 Erdulden von Situationen (Nicht-Kämpfen-Dürfen)

UN-Blauhelm-Einsätze – wie z.B. in Bosnien – sollen dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen. Die Kampfhandlungen zu unterbinden oder wenigstens zu minimieren, die Kriegsausweitung zu verhindern, gelingt nach meiner Meinung – wie mir die derzeitigen Beispiele zeigen – solange nicht, solange UN-Einheiten keinen Kampfauftrag haben. Das ursprüngliche UN-Konzept, Blauhelme nur in den Gebieten zu stationieren, denen die Konfliktparteien zugestimmt haben, läßt sich nur noch in wenigen Fällen – wenn in Zukunft überhaupt – realisieren. Die Konflikte haben eine andere Qualität bekommen und viel zu viel Haß steht zwischen den Konfliktparteien. Manchmal stehen sich nicht einmal mehr Staaten oder ein Staat und eine Guerilla, sondern nur noch Banden gegenüber. Das Staatswesen ist längst zerfallen und Banden streiten sich um die Macht. Noch hat die Völkergemeinschaft nach meiner Einschätzung kein adäquates Konfliktmanagement für solche Situationen entwickeln können.

Aber wie dem auch sei, wie vorstehend schon gesagt, ändert dies an der Belastungssituation der Soldaten, die nun in dieser Art „humanitärer“ Einsätze sind, nichts. Er soll in diesem – in der Regel – Chaos die Zivilbevölkerung schützen und hat seine Waffen nur zum Zweck der Selbstverteidigung, was bedeutet, daß er nicht einmal die ihm anvertrauten oder sich ihm anvertrauenden Zivilisten schützen kann. Er muß zusehen, wenn geschossen, erschossen, brutal ermordet – ja sogar, wie es UN-Soldaten in Ruanda erging, in Sichtweise gefoltert und verstümmelt wird. Er darf die Leichen und die Verwundeten bergen, angeschossene Kinder und alte Menschen, verletzte Zivilisten überhaupt, in nicht mehr richtig funktionierende Kliniken bringen ...

Die Erlebnisse, die er dabei hat, und die Erfahrungen, die er macht, gehen nicht spurlos an ihm vorbei, sie fordern ihn vielfach heraus. Das Geschehen greift ihn psychisch so an, wie wenn er selbst physisch angegriffen wäre, er wird involviert – ob er will oder nicht. Die Wahrnehmung des Widersin-

nigen (Mord, Verstümmelung, Hunger ...) verletzt innerpsychisch seine gesamten Orientierungskriterien. Sie verletzt vor allem das ihm von Natur aus mitgegebene (= wie die Sprache – angeborene) „Symmetrieprinzip“, das auch das Prinzip der heilen, wohl ausgewogenen Ordnung oder der heilen Gestalt genannt wird, das – von Natur aus – an alle physiologischen und psychischen (Entwicklungs- und Gestaltungs-) Prozesse angelegt wird. Dies führt zu psychischen Reaktionen der Wiederherstellung der Ordnung, der Abwehr des Zerstörerischen ..., es produziert Aggression und Haß und verlangt letztlich nach Auflösung des nicht auszuhaltenden Zustandes (emotional-kognitiv [Auflösen der kognitiven und emotionalen Dissonanz, der ethischen Widersprüche, der anderen Einordnung in ein persönliches Sinnsystem ...] oder physisch [durch gewaltsames Beenden des Zustandes]). Es sind die gleichen psychischen Prozesse, die auch der Gefolterte, Verwundete, Katastrophengeschüttelte durchlebt und zu bewältigen hat. Das bedeutet, wenn der betreffende Soldat sich hier nicht hilflos und ohnmächtig mit Kontrollverlust (also der Erfahrung, seine /die Situation nicht mehr unter Kontrolle zu haben und Spielball des Schicksals geworden zu sein) erleben soll, dann muß er auf „reife Abwehrmechanismen“⁽¹²⁾ zurückgreifen können, die seine Psyche, sein Ich, seine Identität vor dem Zusammenbruch retten, oder ihn bewahren vor dem Abgleiten in „unreife Abwehrmechanismen“, die dann ihrerseits der Start sein könnten für unangemessene eigene Reaktionen – mit der Folge von Menschenrechtsverletzungen oder gar die Basis für eine Entwicklung hin zum Bluttausch. Auch der Bluttausch fällt nicht vom Himmel, sondern auf dem Weg zu ihm hin wurden eine Menge von Warn- und Haltesignalen überfahren. Dies aber geht erfahrungsgemäß leichter, wenn diese Signale unzureichend und undeutlich gestaltet sind. Deshalb ist es in der Ausbildung (lange vor entsprechenden Einsätzen) nötig, die ablaufenden psychischen Prozesse und die (durch das Geschehen) angesprochenen Dimensionen der persönlichen Sinnsysteme themati-

siert und an Beispielen exemplifiziert zu haben. Er muß sich deshalb mit den Fragen nach dem Leid und seiner Einordnung, der implizierten Gottesfrage vorher auseinandergesetzt haben. Fragen: wie kann Gott das zulassen, wie ist das mit seiner Gerechtigkeit und Allmacht vereinbar, gibt es angesichts des Greuel überhaupt einen Gott ... ? oder Fragen nach der Schuld: sind die anderen schuld oder bin ich schuld, weil ich nicht helfen konnte, habe ich versagt, warum konnte ich es nicht verhindern, wieviel Leid muß ich zulassen [können] ...?, sind in diesen Situationen normal. Ebenso häufig fragen sich die Betroffenen: warum schlagen wir nicht einfach 'drein, warum schickt uns die Regierung hier hin, was für einen „Quatsch“ hat die UN-Kommission resp. die politisch/militärische UN-Führung wieder angeordnet, macht das ganze noch einen Sinn ..., was wäre/ist ethisch geboten zu tun und was nicht unter welchen Bedingungen ..., wann verliere ich bei welchem Grad an Kontrollverlust mein Gesicht, auf wieviel Kontrolle kann ich verzichten, auf wieviel ist zu verzichten, um das Endziel doch noch zu erreichen ... In all diese Fragen gehen Bewertungen, politische und ethische Überlegungen, Zweckmäßigkeitserwägungen, Einschätzungen der Situation sowie der eigenen Ressourcen und Möglichkeiten ... ein. Diese Fragen betreffen jeden Soldaten – auch den „ganz kleinen“, den seine Vorgesetzten (in Omnipotenzphantasie) nicht davor schützen können. Gewiß kann er sie verdrängen, auf später vertagen ..., aber letztlich los wird er sie nicht, irgendwann muß er eine Antwort finden – und je später, dann unter größeren psychischen Schmerzen und anderen Nachteilen, die ihm seine verletzte Psyche inzwischen eingebrockt hat (aber eben auch als Abwehrmaßnahme, wenngleich eine wenig effektive).

Und wohl dem, der sein Leben bisher überhaupt etwas reflektiver gelebt hat und nicht schon jetzt seinen Alltag mit Abspaltungen, Verdrängungen, Phantasien und ineffektiven, vielleicht sogar Spaß machenden (siehe Bodybuilder, Risk-Seeker etc.) Kompensationen bestritten hat. Ein Soldat, der wie Letztgenannte sein Selbst, sein



Der Blauhelmsoldat ist ganz persönlich mit Tod und Töten konfrontiert. Diese Situation verlangt psychische Stabilität und nicht nur Waffenfertigkeit.

Dies erfuhren deutsche Soldaten überdeutlich bei ihrer Trauer um den 26jährigen Alexander Arndt, der 1993 in Kambodscha erschossen worden war. Im Bild legen kambodschanische Frauen Blumen auf den Sarg des Sanitätsfeldwebels, der als Anästhesie-Pfleger in der Intensivstation des German Hospital Phnom Penh gearbeitet und dort zahlreiche schwerverletzte Kambodschaner betreut hatte. (Foto: KNA-Bild-Reuter)

Selbstbild und sein persönliches Sinnsystem nur in dieser Form gestaltet hat, ist für so einen Einsatz nicht zu verwenden, er kann in ihm nicht standhalten. Von daher sind auch Fragen der Lebensgestaltung, der Wertorientierungsmatrix und der Präferenzen zu besprechen, die Fähigkeit zum Verzicht ist zu erlernen ... – alles Dinge, die in unserer Gesellschaft derzeit überhaupt nicht gang und gäbe oder opportun sind. Dennoch sind diese Problem- und Handlungsfelder den Soldaten zu ihrem Selbstschutz zuzumuten und von Vorgesetzten in geeigneter Weise abzuverlangen.

UN-Einsätze – und gerade solche mit humanitärem Anspruch – werden erst dann (langfristig) effektiver sein können, wenn die Botschafter der Humanität diesem

Anspruch auch gerecht werden und nicht das Ziel des Einsatzes

durch ihr eigenes Verhalten konterkarieren.

4. Folgen für die Motivation

Die Motivation der Soldaten hängt ab:

- **vor einem Einsatz**, wenn also überhaupt über die Möglichkeit eines Einsatzes nachgedacht wird, von der Einsicht in die Notwendigkeit des Einsatzes und seiner sittlichen Gebotenheit (oder wenigstens Erlaubtheit). Dabei bin ich im Hinblick auf diese Minimalform nicht ganz überzeugt, daß sie wirklich motivierend, d.h. alle Kräfte auf ein Ziel hin ausrichtend, wirkt. Dafür stehen im Erwartungshorizont zu viele Fragezeichen und Negative, für die

es eine Bereitschaft geben muß, sie auszuhalten oder zugunsten der Zielerreichung in Kauf zu nehmen. Der Betreffende muß schon zu der Einsicht kommen: „Da muß etwas geschehen und ich will da helfen!“

In der Beantwortung der Frage hängt vieles ab von der eigenen politischen und ethischen Einsichtsfähigkeit aber auch von der Argumentation der Politiker und militärischen Führer. Ferner muß die Frage positiv beantwortet werden können: Hab' ich Chancen, wirklich etwas bewirken zu können? Mit

wem gehe ich dahin? Und zwar in doppelter Hinsicht: kann ich mit denen zusammen das schier Unmögliche schaffen oder wenigstens das uns Mögliche? Wie sind sie? Sind sie bereit, sich wirklich einzubringen? Und damit zusammenhängend: Wie verlässlich und vertrauenswürdig sind sie? Sind sie / können sie für mich in der Not eine Ressource sein?

- An Ort und Stelle, also **in einem Einsatz**, hängt die Auf-

rechterhaltung der Motivation im wesentlichen ab: von der Tragfähigkeit der ersten Entscheidung sowie von der praktischen und theoretischen Bearbeitung der vorstehend dargestellten Belastungen durch die „kleine Kampfgemeinschaft“ und die militärischen Führer vor Ort – auf der Basis dessen, was vorher in der Heimat an Vorarbeit in psychophysischer, ethischer und das Sinnsystem betreffender Weise erarbeitet wurde.

5. Folgen für GKS-Angehörige unter den Soldaten

Da, wie sich zeigen läßt und wie wir ansatzweise gesehen haben, religiöse Orientierung für die Bewältigung von Belastungen nicht unwesentlich ist, kommt allen Christen eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu und unter ihnen natürlich denjenigen Soldaten, die sich der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zurechnen. Sie könnten zu einer Stütze für ihre Umgebung, für ihre Kameraden, werden, wenn Mutlosigkeit sich breit macht und Verzweiflung um sich zu greifen droht. Es gibt herrliche Beispiele für solche stützende Funktion – nicht nur aus der Märtyrerkirche sondern auch aus unserer Zeit. Zwei Krankenschwestern, die im Flüchtlingslager in Goma (Zaire) tätig sind, schließen ihren Bericht mit den Worten: „Wer nicht an den Teufel glaubt, soll nach Goma kommen, wer nicht an Gott glaubt, komme ebenfalls. Böses, das Grauen einflößt, erleben wir täglich, aber auch Wunder der Liebe aus Gottes Hand; daran klammern wir uns!“⁽¹³⁾ Nun kann man über die Frage nach dem Teufel möglicherweise streiten, ich will diese Frage auch hier nicht ventilieren. Ich möchte nur verdeutlichen, daß es – nach meinen Einblicken in Krisensituationen und -zeiten für Soldaten und Familien unverzichtbar ist, daß sich gläubige Menschen als Stützen finden lassen, die ein reflektiertes Glaubensverständnis und Mut genug haben, diesen ihren Glauben auch zu leben.

Sie haben in Ihrem – neuen zur Beratung anstehenden – Grundsatzpapier, das ich sorgfältig gelesen habe, so viel Richtiges und

Wichtiges geschrieben, daß ich dem nichts bedeutendes mehr an dieser Stelle hinzufügen könnte.

An einer Stelle möchte ich aber doch eine Differenzierung anbringen, die auch für unseren Kontext hier wichtig ist. Sie schreiben unter Punkt 2. 1. 2101: „Der moderne Mensch, befreit von der Sorge um das tägliche Brot, von den Zwängen einer Standes- oder Klassenzugehörigkeit und anderer Traditionen, will selbst sein Schicksal gestalten, sein Selbst verwirklichen und sein eigenes Weltbild wie seinen eigenen Glauben aus vielerlei ihm – auch von den Massenmedien – zugetragenen Versatzstücken zusammenflicken.“ So sehr ich Ihnen auch sonst in der Formulierung von 2.1 zustimme, an dieser Stelle müßte man wenigstens das Wörtchen „allein“ einfügen. (... *will allein sein Schicksal selbst gestalten, allein sein Selbst verwirklichen...*) Denn:

Der Mensch muß sein Schicksal, wenn auch nicht allein, selbst gestalten, er muß sein Selbst selbst verwirklichen und sich sein eigenes Weltbild, das dann Teil seines persönlichen Sinnsystems ist, schaffen. Es ist seine ihm gegebene Freiheit, daß er sich selbst in Verantwortung gestellt ist. Er wird zwar als Person geboren, aber zur Persönlichkeit muß er erst heranreifen. In diesem Tun an sich liegt deshalb auch nicht seine Hybris, sondern darin, daß er glaubt, in Reduktion auf sich selbst sich verwirklichen zu können, indem er sich selbst absolut setzt. „Ich mache mich allein. Ich bin mir mein eigener Gott“, wobei „Gott“ hier auch noch seine soziale dialogische

Existenz und damit den Mitmenschen einschließt. Diese seine totale Reduktion auf sich selbst führt dazu, daß er alles, was Nicht-Ich ist, zum Erfüllungsgehilfen seiner Existenzverwirklichung macht, nur vom Bezugswert für sich selbst her definiert und damit in ihrem/seinem Eigenwert relativiert. Von daher kann selbst auch ein Gott, der ja auch ein Nicht-Ich ist, nicht als ein Dialogpartner, und geschweige denn mehr, ins Blickfeld kommen. Aber auch dies ist Folge seiner ihm gegebenen Freiheit und er trägt dafür Verantwortung, denn es ist seine Entscheidung. Selbstverwirklichungsbemühungen sollten die Erkenntnis und entsprechendes resultierendes Handeln implizieren, daß menschliche Identität eine „Beziehungsidentität“ ist, die auch die Beziehung zu Gott einschließt. Wir sind keine absoluten und völlig autarken, autonomen Wesen, sondern eingebunden in vielfältige mehrdimensionale Beziehungen, die die Voraussetzung für unsere Selbstrealisation darstellen. Nimmt man sie nicht mehr wahr, dann nimmt man auch nicht wahr, daß sie über sich selbst hinausweisen.

Es macht eine Krise zu einer Krise, daß diese vermeintliche Autarkie zusammenbricht und damit der Identität den Boden entzieht. Es kann sein, daß wir in Teilbereichen autonom sind, aber selbst diese Autonomie läßt sich nur aufrecht erhalten, wenn sie durch dynamisch wechselwirkende mehrdimensionale Beziehungen anderer Bereiche gestützt wird. Z.B. geht in uns als „informationsverarbeitendes System“ nichts hinein, was wir nicht hineinlassen wollen, wir sind also in gewisser Weise autonom. Nur, da jede Information einen Bewertungsfilter durchläuft, sind wir darauf angewiesen, die Bewertungsmatrix permanent zu optimieren, was wiederum nur durch den Dialog mit anderen und der Umwelt überhaupt möglich ist. Geschieht dies nicht, bricht unser System über kurz oder lang zusammen. Es gehört daher zu den Überlebensmechanismen, die Austausch- und Kommunikationsmöglichkeit zu gewährleisten. Aber dies ist selbst schon im Tierreich so. Nur die mit reflexivem Bewußtsein ausgestatteten Menschen sind in der Lage, dem Wahn

zu verfallen, sich selbst absolut setzen zu können. Aber selbst dies ist noch einmal ein Hinweis auf seine ihm gegebene Freiheit, auch wenn dieser Art Gebrauch im Prozeß seiner Selbstverwirklichung letztlich für ihn tödlich ist.

In der Krise bricht, wie schon gesagt, diese Illusion zusammen und dann ist es für einen solchen Menschen wichtig, auf Menschen mit der „anderen Art zu leben“ zu treffen. Manche Menschen, die zwar auch der „splendid isolation“ frönen, aber doch etwas reflektiver sind, kommen, da sie sich ja perma-

nent mit anderen vergleichen – und von daher eigentlich ihr Programm nicht konsequent leben –, schon früher auf den Trichter, es vielleicht doch einmal zu versuchen, sich das Sinnsystem und die Lebensart und -gestaltung anderer anzuschauen. Dies ist die Chance, ihnen etwas über das Menschsein, Menschwerden und dessen Quellen zu vermitteln. Aber dazu muß man sie durch sein eigenes Leben neugierig machen und dann auch sagen können, woraus man lebt und warum man anders lebt.

Insofern halte ich es für wichtig, daß katholische Soldaten und ihre Familien, die anders leben wollen, sich zusammenschließen:

zum einen, um sich im Prozeß der eigenen Verwirklichung gegenseitig zu stützen, sozusagen ein „Social Network“ zu bilden, das auch in der Krise standhält, und

zum anderen, um durch den Prozeß des Austausches, der Reflexion ... sich die Ressourcen zu erschließen, die man für die Gestaltung des eigenen Lebens und die Hilfe für die anderen braucht.

Anmerkungen

- 1 siehe dazu auch die Begründung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 12. Juli 1994 sowie meine diesbezüglichen Ausführungen in: „Neue Aufgaben und soldatisches Selbstverständnis“.
- 2 siehe dazu von mir: „Bewaffnete Entwicklungshilfe? Ethische und psychologische Erwägungen und Reflexionen zu humanitären UN-Blauhelm-Einsätzen.“ In Ztschr.: AUFTRAG, 1994, 34. Jg., Heft 210, S. 107–132;
- 3 Auch hierfür gibt es genügend Beispiele, die – noch vor der Wende – in etlichen Beiträgen, die u. a. in der Zeitschrift MILITÄRSEELSORGE erschienen sind, von mir aufgelistet wurden und man dort nachlesen kann. So begannen wir z. B. am Zentrum Innere Führung 1981 im Bereich Menschenführung, uns mit dem Thema „Menschenführung in Krieg und Gefecht – Gefahren und Belastungen von Soldaten“ oder „Kampfbelastungen, -auswirkungen und der Umgang mit ihnen“ zu befassen. Auf politische Intervention hin mußte dies dann nach ca. 3 Jahren unterbleiben, weil es nicht opportun war, und wurde unter den Titel „Menschenführung unter Belastung“ umgewidmet.
- 4 Hans Rühle, 1994, Welche Armee für Deutschland? In: Europa-Archiv, Folge 6, ausführlicher zitiert in: Ditzler, Karl-Heinz, 1994, Neue Aufgaben und soldatisches Selbstverständnis ...
- 5 siehe auch die Ausführungen von Bundespräsident Roman Herzog bei einem Festakt der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik aus Anlaß ihres 40jährigen Bestehens, in denen er feststellte, daß an einer Globalisierung der deutschen Außenpolitik kein Weg mehr vorbeiführe. „Das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht, Deutschland gehört zum Konzert der großen Demokratien, ob es will oder nicht.“ Dies bedeute, daß Deutschland sich zusammen mit den anderen großen Demokratien gegen Völkermord und kriegerische Aggressionen wappne. „Wir müssen in solchen Fällen auch bereit sein, militärische Macht einzusetzen, wenn alle anderen Mittel versagt haben.“ Militäri-

sche Einsätze seien jedoch kein Allheilmittel und dürften nicht im Vordergrund des Denkens stehen. (zitiert nach „bundeswehr aktuell“, 1995, 31. Jg., Nr. 20 (16. März), S. 1;

- 6 Man kann sich fragen, in wieweit Embargomaßnahmen, wenn darunter erfahrungsgemäß fast allein die Zivilbevölkerung zu leiden hat, noch „friedlich“ zu nennen sind. Waffenembargos wären sehr sinnvoll, aber diese werden interessanter Weise regelmäßig so unterlaufen, daß den kampf führenden Parteien die Waffen nicht ausgehen. Leiden tut allein die Zivilbevölkerung, der es an allem Lebenswichtigen fehlt.
- 7 Der Kampfeinsatz der Alliierten im Zweiten Weltkrieg vermehrte zwar den Schaden unermesslich, ohne ihn aber wäre das Dritte Reich und Hitler nicht zu besiegen und zu überwinden gewesen.
- 8 Das Vertrauen-Haben-Können in das sittlich-orientierte Ringen einer Regierung sowie deren Bemühungen um Rechtmäßigkeit ihrer Entscheidungen ist deswegen ein wichtiges Moment in der ethischen Urteilsbildung, weil in der Regel oder häufig nicht alle relevanten Faktoren des politischen Geschehens von jedem gesehen, gewußt und gewürdigt werden können. Häufig ist daher ein moralisches Handeln nur auf das begründete Vertrauen der sittlichen Integrität der Entscheidungsträger und deren Bemühen um sittlich verantwortbare Entscheidungen hin möglich. Um so mehr ist darauf zu achten, daß Entscheidungsträger die anstehenden Entscheidungsprozesse durchsichtig machen und ihre Entscheidungsprinzipien sowie deren Anwendung auf die konkrete Situation offenlegen.
- 9 Ich habe die starke Vermutung, daß diejenigen, die bei der Gründung der Bundeswehr für die Einrichtung der „Inneren Führung“ ebenso wie für die Einführung des „Lebenskundlichen Unterrichts“ geworben und gestritten haben, mehr von der Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen gewußt haben, als in die offiziellen Stellungnahmen und Dokumente einge-

gangen ist. Lebenskundlichem Unterricht und Politischer Bildung kommt jedenfalls eine große Bedeutung bei der Urteilsbildung zu.

- 10 vgl. Bergpredigt, Neues Testament, Matthäus, Kap. 5, sowie meine, schon vor der Wende geschriebenen, Ausführungen „Soldatsein in den 90er Jahren und das Problem der Identitätsfindung in einer pluralen Gesellschaft“, insbes. Anmerkung 2;
- 11 Im 52. Rundbrief (Dezember 1994, S. 11 f.) des Instituts St. Bonifatius, Detmold, schreibt Dr. Eva Röttgers, leitende Ärztin des Hospitals Gakoma: „...Wenig später fuhr ich mit Ilse Zimmermann den Weg hinunter zum Rathaus. Wir wollten beim Bürgermeister eine Eskorte erbitten als Begleitung zum Regionalhaus nach Save. Wir sahen mehrere Tote auf dem Weg liegen, und zwei Jungen aus dem Dorf berichteten, was geschehen war. Militär, Milizen und gekaufte Jugendbanden hatten mit Speeren, Knüppeln, Macheten und Gewehren alle Flüchtlinge niedergemetzelt, die in den vergangenen Tagen aus ihren niedergebrannten Hütten geflohen waren und auf dem Rathausplatz Schutz gesucht hatten.... Auf dem Rückweg führen wir am Rathaus vorbei. Ich hielt an und schaute auf den 20 m langen Weg durch Eukalyptusbäume hindurch. Es sah aus, als wäre dort ein riesiger Haufen alter Kleider. 'Ich kann das nicht ansehen', sagte meine ältere Mitschwester. So ging ich allein auf das gigantische Totenfeld zu. Ich stand da - fassungslos wie angewurzelt vor dem Ort des Grauens: Der Platz vor dem ausgebrannten Rathaus war übersät mit leblosen Menschenkörpern – 1.700! – hingestreckt, blutbedeckt. Totenstille ... Als ich vorsichtig durch die Reihen ging, bemerkte ich zwei Männer mit Knüppeln - oder waren es Kolben von Holzgewehren? Sie stießen damit die Leichen an, die fast alle auf der Seite oder auch dem Bauch lagen, hoben sie hoch und versuchten, sie umzudrehen. Selbst Säuglinge und kleine Kinder waren darunter. Die Hosen- und Kleideraschen waren schon nach Geld durch-

sucht worden. Papiere lagen, teil zerrissen, wahllos umher. Zunächst dachte ich: Die suchen ihre toten Angehörigen. Als ich sie aber auf Kinyarwanda rufen hörte: 'Aracyahumekase?' und 'Yapfuye?', was heißt: 'Atmet er noch?' und 'Ist er schon tot?' – und als ich dann sah, wie diese rohen Kerle, die mich gar nicht zu bemerken schienen – so waren sie im Bluttausch –, auf die noch lebenden Menschen einschlugen, wußte ich, daß es die Mörder waren, die ihre teuflische Arbeit vollendeten! Vor den Toten selbst hatte ich keine Angst – das war starres, unbegreifliches Entsetzen. Aber jetzt, als ich dieses Todeskommando direkt neben mir fühlte, befahl mich eine solche panische Angst, daß ich das Gelände fluchtartig verließ, so schnell ich konnte. Ja, ich war wahrhaftig dem Teufel begegnet!."

12 Abwehrmechanismen können eingeteilt werden in:

- Psychotische Abwehrmechanismen: wahnhafte Projektion, Verleugnung, Wirklichkeitsverzerrung;
- Unreife Abwehrmechanismen: Projektion, Phantasien, Hypochondrie, passive Aggression (Selbstbestrafung), Ausagieren, Dissoziation oder Abspaltung;
- Neurotische Abwehrmechanismen: Verschiebung, Rationalisierung, Intellektualisierung, Verdrängung, Reaktionsbildung;
- Reife Abwehrmechanismen: Altruismus, Sublimation, Unterdrückung/Kontrolle, Antizipation oder Vorwegnahme, Humor

13 52. Rundbrief des Instituts St. Bonifatius, S. 28. Auf Seite 24 schreibt eine andere Schwester aus Save (Ruanda): „Die heroischen Zeugnisse, die wir hö-

ren, sind uns echte Glaubenshilfe und schenken neue Hoffnung. ... Auch Maria Nikuse, eine gläubig im Leid erstarkte Witwe der Action Familiale (kirchliche Familienhilfe), hat einen ganzen Saal zum Staunen gebracht: Während der ersten Zeit der FPR-Besetzung war Maria mit ihren Kindern in der Ecke eines großen Schulsaaus untergebracht zusammen mit 400 anderen Personen, die sich mit dem geplünderten Bier über Angst und Verzweiflung retten wollten. Maria betet am Abend halblaut mit ihren Kindern den Rosenkranz wie zu Hause. Lautes Gegröle, höhnisches Gelächter: 'Wo ist denn dein Gott?' Unbeirrt beten sie weiter, bald kommen zögernd die Kinder, dann schließen sich die Frauen an, nach einer Woche beten alle miteinander und werden zu einer großen Schicksalsgemeinschaft mit neuer Zuversicht."

Literatur:

- Ditzer, Karl-Heinz, 1990: Soldatsein in den 90er Jahren und das Problem der Identitätsfindung in einer pluralen Gesellschaft. In: Klaus Heinen (Hrsg.), Bundeswehr im Umbruch? Sinn-Fragen der Inneren Führung. München und Mering, S. 81–113;
- Ders., 1994, Bewaffnete Entwicklungshilfe?! Ethische und psychologische Erwägungen und Reflexionen zu humanitären UN-Blauhelm-Einsätzen. In Ztschr.: AUFTRAG, 34. Jg., Heft 210, S. 107–132;
- Ders., 1994: Neue Aufgaben und soldatisches Selbstverständnis: Ethische Aspekte im Spannungsfeld von Landes-

verteidigung und internationalen Verpflichtungen. Reihe: Materialien zum Lebenskundlichen Unterricht. Materialheft für Arbeitsgemeinschaften mit Offizieren und Unterführern, Nr. 29 (Dezember);

Ders., 1995, „Eine gesunde Psyche kann zwar mit einem kranken Körper umgehen, aber ein gesunder Körper nicht mit einer kranken Psyche!“. Ein Plädoyer für den Lebenskundlichen Unterricht. In: Hierold / Nagel (Hrsg.), Kirchlicher Auftrag und politische Friedensgestaltung. Reihe: Theologie und Frieden, Band 9, Stuttgart;

Ders., 1995, Wenn nichts mehr ist, wie es war – wenn nichts mehr geht, wie es geh'n soll... Posttraumatische Belastungsstörungen von Soldaten nach Kampf- und/oder UN-Einsätzen, dargestellt an zwei Beispielen. Zusammengefaßte Erfahrungen aus therapeutischen Gesprächen mit traumatisierten Soldaten. In Ztschr.: AUFTRAG, 35. Jg., Heft 219/220

Institut St. Bonifatius, 1994, 52. Rundbrief. (Institut St. Bonifatius, Auf dem Kupferberg 1, D-32758 Detmold) Detmold;

PERSONALIA

Bischofskonferenz würdigt Verdienste Neyers

Bonn, 24.08.95 (KNA/PS) Harry Neyer (65), Experte für Entwicklungspolitik, Menschenrechtsfragen und Friedensdienste, ist als hauptamtlicher Geschäftsführer der Deutschen Kommission "Justitia et Pax" (Gerechtigkeit und Frieden) verabschiedet worden. Der Trierer Weihbischof Leo Schwarz, Vorsitzender der Kommission, würdigte im Namen der Deutschen Bischofskonferenz Neyer als einen Mann, der sich kontinuierlich und loyal innerhalb der Kirche für die Friedens- und Entwicklungspolitik eingesetzt habe. An der Verabschiedung nahmen führende Vertreter der katholischen Hilfswerke, von

Verbänden und Laienorganisationen teil.

Neyer, gebürtiger Düsseldorfer, studierte in München, Bonn und Freiburg die Fächer Germanistik, Publizistik und Soziologie. Von 1960 bis 1965 war er Redakteur im Freiburger Herder-Verlag und Chefredakteur der Zeitschrift "Der Fähmann". Von 1965 bis 1971 hatte Neyer den Bundesvorsitz der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg inne; zudem war er vier Jahre stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). 1970/71 war Neyer für den BDKJ Mitglied in der Sektion Frieden im Katholi-

schen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden sowie im Ständigen Ausschuß "Dienst für den Frieden", dessen Sekretär er nach seinem hauptberuflichen Wechsel zur Kommission wurde.

Aus dieser Friedensarbeit über zwei Jahrzehnte ist Harry Neyer der GKS wohl bekannt. Von uns Soldaten in diesem Ausschuß wurde er geschätzt wegen seines sachlichen Engagements. Fairneß, Einfühlungsvermögens und umfassenden Fachkenntnisse zeichneten ihn aus. Wenn man nicht immer einer Meinung war, war man doch immer eines Sinnes, daß nämlich der Frieden als gemeinsames Ziel durch verschiedene Dienste gesichert und gefördert werden muß. Die GKS wünscht Harry Neyer einen gesegneten und gesunden „Ruhestand“.

Verantwortung für den Frieden

Die Friedensthematik im neuen Katholischen Erwachsenen-Katechismus

Zehn Jahren nach dem ersten Band des Katholischen Erwachsenen-Katechismus „Leben aus dem Glauben“ ist nun der lange erwartete zweite Teil unter dem Titel „Leben aus dem Glauben“ erschienen. Herausgeber ist die Deutsche Bischofskonferenz. Während der erste Band von 1985 in der Glaubenslehre der katholischen Kirche unterweist, stellt der neue Band die Sittenlehre der Kirche – das sich aus den Zehn Geboten und den Weisungen der Kirche ergebende christliche Ethos – dar.

Für uns in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten engagierten Laien in der Kirche unter Soldaten sind verständlicherweise die Aussagen der Bischöfe zur Friedensethik von besonderem Interesse. AUFTRAG veröffentlicht deshalb den in Teil II „Die Gebote Gottes“, Kapitel V „Du sollst nicht töten“ enthaltenen 6. Abschnitt. Dieser trägt die Überschrift „Verantwortung für den Frieden“ und gibt Antworten auf Fragen der christlichen Friedensethik. Grundlage dieser Darstellung sind die vom II. Vatikanischen Konzil in der Konstitution GAUDIUM ET SPES getroffenen Aussagen und das Wort der deutschen Bischöfe von 1983 GERECHTIGKEIT SCHAFFT FRIEDEN. Sie werden weitergeführt durch Erkenntnisse aus der friedensethischen Diskussion sowie den politischen Entwicklungen der letzten Jahre.

Der Katechismus betont die sich aus Völkerrecht und politischer Ethik ergebende Pflicht der Staaten, friedliche Beziehungen zu den anderen Staaten zu entwickeln und Konflikte gewaltfrei zu lösen. Als Ziel wird genannt, „eine Friedensordnung für alle Völker auf der Basis eines allgemein anerkannten und verbindlichen Völkerrechts unter Beachtung der Menschenrechte zu schaffen“. Wenn der Prozeß auf eine Friedensordnung hin durch einen Bruch völkerrechtlichen Kriegsverbotes gefährdet und ein Staat oder Volk angegriffen werde, sei die Völkergemeinschaft als ganze betroffen (Nr 6.3). Solchen „weltweiten Gefährdungen des Friedens kann die Völkergemeinschaft nur in gemeinsamer Anstrengung begegnen.“ Wenn auch die internationale Solidarität zur Bekämpfung von Kriegsursachen und die Kriegsverhütung als die primären Ziele aller Friedenssicherung betont werden, so wird den einzelnen Staaten weiterhin das Recht auf Verteidigung zugesprochen, solange eine wirksame Weltautorität diese Aufgabe nicht übernimmt.

Zum Dienst des Soldaten wiederholt der Katechismus die Artikel GS 79 und GF 69 und fordert erneut „alle Gruppen (Befürworter wie Gegner einer Friedenssicherung mit Waffen) dazu auf, einander nicht abzuwerten, jeder Verurteilung des anderen entgegenzutreten und im fortgesetzten Dialog gemeinsam immer bessere Lösungen für die anstehenden Probleme zu suchen.“ (PS)

6.1. Das „Evangelium vom Frieden“ (Eph 6,15)

Das fünfte Gebot verbietet den Mord und fordert den Frieden zwischen einzelnen Menschen sowie zwischen Gruppen, Völkern und Staaten. Wenngleich in der Perspektive des Alten Testaments das fünfte Gebot nicht auf die Tötung im Krieg bezogen wurde, liegt doch der Sinn dieses Gebotes darin, das friedliche Zusammenleben aller

Menschen zu wahren und zu fördern.

Kaum ein anderes Wort ist heute so sehr in aller Mund wie das Wort Frieden. Im Ruf nach Frieden spricht sich die Sehnsucht nach einer Welt aus, in der die Feindschaften abgebaut sind und alle Menschen in Freiheit und Gerechtigkeit zusammenleben können.

Wir erfahren unsere Zeit als Zeit der Kriege wie als Zeit kon-

fliktgeladener Abwesenheit von Krieg, als Zeit der Bürgerkriege, revolutionärer Aufstände und sozialer Unruhen. Wo Spannungen und Konflikte überhandnehmen, zögern wir, auch wenn kein Krieg ist, von wirklichem Frieden zu sprechen.

Als Christen sind wir trotz dieser Erfahrungen davon überzeugt, daß Frieden möglich ist, weil Gottes Bundestreue die Menschen seit Abraham begleitet und uns im „Evangelium vom Frieden“ (Eph 6,15) schon anfanghaft der „Friede Gottes“ geschenkt wurde, „der alles Verstehen übersteigt“ (Phil 4,7). Darum denken wir den Gedanken des Friedens von dem größeren und umfassenderen Frieden her, der in der Verheißung Gottes gründet, in Jesus Christus schon begonnen hat und am Ende der Zeiten in der Fülle der Gottesherrschaft vollendet wird. Dieser Frieden ist Grundlage und Voraussetzung des Friedens mit uns selbst und des Friedens unter den Menschen. „Der irdische Friede ist Abbild und Frucht des Friedens Christi. ... Durch sein am Kreuz vergossenes Blut hat er ‘in seiner Person die Feindschaft getötet’ ..., die Menschen mit Gott versöhnt und seine Kirche zum Sakrament der Einheit des Menschengeschlechts und dessen Vereinigung mit Gott gemacht“ (KKK 2305).

Das alttestamentliche Gottesvolk gründet seine ganze Existenz in der gnadenhaften Auserwählung Gottes. Im „Bund des Friedens“ (Num 25,12; Jes 54,10; Ez 34,35) erfährt Israel sein Heil als Geborgenheit und Sicherheit (Ps 91; vgl. Ps 57,2; 36,8; 63,8). Gott hält seine Hand über das Volk. „Ich gehe in eurer Mitte; ich bin euer Gott“ (Lev 26,12). Er gewährleistet Frieden als Frieden mit Gott, als Frieden im Volk und als Wohlergehen des Volkes in Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit. Diesen Frieden meinen die Menschen, wenn sie einander „Schalom“ wünschen. Schalom als Friede ist Gabe Gottes und zugleich Aufgabe der Menschen; Schalom ist „Werk der Gerechtigkeit“ (Jes 32,17), Einhalten der Lebensordnung Gottes, Halten seiner Gebote, die

er seinem Bund als Ordnung des Rechts und der Sittlichkeit eingestiftet hat. Schalom gipfelt in der Forderung: „Meide das Böse, und tu das Gute; suche Frieden, und jage ihm nach!“ (Ps 34,15).

Israel, das als „Zeuge für die Völker“ (vgl. Jes 52,7) den Frieden weitergeben sollte, hat in dieser seiner Bestimmung immer wieder versagt, indem es sich auf die eigene Stärke verließ, statt auf Gott zu vertrauen (Jes 7,1-9; 30,1-4; Jer 37,10). Aber trotz der Untreue des Volkes hält Gott an seiner Verheißung fest.

„Am Ende der Tage wird es geschehen“, daß alle Völker zum Berg des Herrn ziehen. Dann spricht er „Recht im Streit der Völker, er weist viele Nationen zurecht. Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg“ (Jes 2,2-4; vgl. Mi 4,3).

Die Friedensvision der Propheten verbindet sich mit der Erwartung eines königlichen Heilbringers, mit dem Gott ein Zeitalter des Friedens einleiten wird (vgl. Jes 9,3f). Er erhält u.a. den Titel „Fürst des Friedens“ (Jes 9,5), „eines Friedens ohne Ende“ (Jes 9,6). Seine Ära wird (Jes 11,6-9) mit dem Bild vom endzeitlichen „Tier-Frieden“ vergegenwärtigt. Er selbst wird „der Friede“ (Mi 5,4) sein.

Das neutestamentliche Evangelium vom Frieden klingt schon im Engelslied auf dem Hirtenfeld in Betlehem auf: „Verherrlicht ist Gott in der Höhe, und auf Erden ist Friede bei den Menschen seiner Gnade“ (Lk 2,14). Der Friede, der im Alten Testament ersehnt wird, erfüllt sich jetzt im Kommen des Retters, des Messias Jesus (Lk 2,11). Dieser Friede ist ein Gnadengeschenk Gottes, das Jesus den Menschen vermitteln will. Dazu gehört zuerst die von Gott gewährte Versöhnung (vgl. 2 Kor 5,18), die Befreiung von Sünde und Schuld (Lk 7,50), doch darüber hinaus alles, was mit der hereinbrechenden Herrschaft Gottes unter den Menschen Wirklichkeit wird und werden soll. Jesus ist der Friedensbringer (Eph 2,14), der die bisher getrennten Menschheitsgruppen (Juden und Heiden) mit Gott und untereinander versöhnt hat (Eph 2,17f). So soll sich der von Christus gebrachte Friede in der Menschheit auswirken. Jesus preist die Friedensstifter selig; denn sie werden Söhne Gottes genannt werden (Mt 5,9). Wer Gott in seinem Friedenswillen nachahmen will, muß bereit sein, sich mit dem Gegner zu versöhnen (vgl. Mt 5,25), auf Gewalt zu verzichten (Mt 5,43-48), ja die Feinde zu lieben und für die Verfolger zu beten (Mt 5,43-48).

Die Urkirche sah diese Forderungen Jesu auf höchste Weise in ihm selbst erfüllt, der „geschmäht wurde, aber nicht schmähte, der litt, aber nicht drohte“ (1 Petr 2,23). Dem Beispiel seines Herrn folgend, betet Stephanus, der erste Blutzeuge, für seine Verfolger (Apg 7,59f). Die Friedensgesinnung, die sich in Taten der Versöhnung

und Liebe erweisen soll, hat sich der Urkirche als Verrätnis Jesu tief eingepreßt.

Der Utopie eines irdischen, in der Geschichte erreichbaren universalen Friedensreiches, als könnten Menschen ein solches schaffen, ist die Urkirche nicht erlegen. Aber sie wollte im Geist Jesu, nach seiner Weisung und seinem Vorbild alle Kraft darauf verwenden, den Frieden Gottes unter den Menschen und in der Völkergemeinschaft zu verbreiten. Die in der Botschaft Jesu liegende Verheißung eines Friedens auf Erden“ wird sich erst in der kommenden Welt Gottes ganz erfüllen, wenn die Gewalten des Bösen endgültig besiegt sind und das Reich Gottes in seiner Herrlichkeit erscheint (vgl. Offb 21).

Als Glaubende wissen wir, daß mit dem Kommen Jesu Christi der Friede Gottes als „Gerechtigkeit Gottes“ schon gegenwärtig ist. Wenn wir uns durch den „Dienst der Versöhnung“ (2 Kor 5,18) mit Gott versöhnen lassen und so in seinem Frieden leben, können wir das „neue Gesetz“ der Liebe und die „neue Gerechtigkeit“ erfüllen. Wir sollen in der Nachfolge Christi und im Geist der Brüderlichkeit Friedensstifter sein.

6.2. Friedensförderung: Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte

Heute rückt das Wort vom Frieden als „Werk der Gerechtigkeit“ (Jes 32,17) und „Frucht der Liebe“ (GS 78) in den Mittelpunkt:

„Der feste Wille, andere Menschen und Völker und ihre Würde zu achten, gepaart mit einsatzbereiter und tätiger Brüderlichkeit – das sind unerläßliche Voraussetzungen für den Aufbau des Friedens“ (GS 78).

Wo immer Ungerechtigkeit die Beziehungen zwischen Staaten belastet, ist der Frieden bedroht. „Um den Frieden aufzubauen, müssen vor allem die Ursachen der Zwietracht in der Welt, die zum Krieg führen, beseitigt werden, an erster Stelle die Ungerechtigkeiten“ (GS 83).

Friedensförderung, die der Ungerechtigkeit und der Verletzung elementarer Rechte der Menschen und Völker weltweit entgegenwirkt, behebt so entscheidende Ursachen, die immer wieder in der Geschichte zu Kriegen führten. Sie bildet die zentrale Aufgabe von Kirche in der Treue zu Gott, der

sich als Befreier der Unterdrückten und Anwalt der Armen offenbart und Gerechtigkeit gegenüber dem Nächsten fordert. Friede wird dann auch politisch als ein Prozeß verstanden, in dem universale Rechtsverwirklichung an die Stelle der Waffengewalt tritt und diese erübrigt. Das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker soll so „auf die Achtung vor den Rechten aller und auf die Anerkennung des menschlichen Gemeinwohls in Frieden und Gerechtigkeit“ gegründet werden (GF 37).

Vorrangiges Feld solcher Friedensförderung ist die Achtung und Wahrung der individuellen, politischen und sozialen Menschenrechte. Wir sind aufgerufen, immer und überall dafür einzutreten, daß Menschenrechtsverletzungen eingestellt werden, Unrechtssysteme sich wandeln und die Rechte aller Anerkennung finden.

„Um bei der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit aller Menschen und aller Völker auf dem ganzen Erdbereich das allgemeine Wohl der Menschheit auf geeignetem Weg zu suchen und in wirksamer Weise zu erreichen, muß sich die Völkergemeinschaft eine Ordnung geben“ (GS 84).

Das Recht jedes einzelnen auf Leben und Entfaltung (PP 15) wird in Frage gestellt und verletzt, solange die Lebens- und Entfaltungschancen so ungleich verteilt sind. Entwicklung ist „der neue Name für Friede“ (Papst Paul VI.). Sie ist nicht nur Sache des einzelnen und der Gemeinschaft, in der er lebt: „Die allseitige Entwicklung des Einzelmenschen muß Hand in Hand gehen mit der Entwicklung der gesamten Menschheit: beide müssen sich wechselseitig unterstützen“ (PP 43). Die Förderung internationaler Gerechtigkeit gehört darum zu den vorrangigen Friedensaufgaben; sie ist eine „Schicksalsfrage der Menschheit“. Am dringendsten ist die Bekämpfung der Armut, unter der viele Millionen Menschen leiden. Das Ausmaß der Verschuldung vieler Entwicklungsländer fordert darüber hinaus eine Änderung in den weltwirtschaftlichen Beziehungen: „Dieser Friede kann auf Erden

nicht erreicht werden ohne Sicherheit für das Wohl der Person und ohne daß die Menschen frei und vertrauensvoll die Reichtümer ihres Geistes und Herzen miteinander teilen“ (GS 78).

6.3. Friedenssicherung: Sicherheit für alle

Nächstenliebe und Menschenrechte sowie die Forderung nach Überwindung der Gewalt in den Beziehungen der Staaten fordern, Arme, Unterdrückte und Entrechtete wirksam gegen ihre Unterdrücker zu schützen, dem Unrecht zu wehren, Recht und Gerechtigkeit zu verteidigen.

Wer soll diesen Schutz leisten? Er ist Aufgabe der staatlichen Gewalt, die sich dafür im Interesse des Gemeinwohls unter Berücksichtigung der Angemessenheit im äußersten Fall auch staatlicher Machtmittel bedient. Staatliche Gewalt, die im Staat selbst das Recht auf der Basis der Menschenrechte wahrt und Unschuldige gegen Unterdrückung schützt, steht „im Dienst Gottes“ (Röm 13,4).

Auch in ihren Außenbeziehungen haben die Staaten die Pflicht, friedliche Beziehungen zu den anderen Staaten zu entwickeln sowie durch Abmachungen, Verträge und die Fortentwicklung internationaler Institutionen dafür zu sorgen, daß Konflikte auf der Basis des Völkerrechts gewaltfrei gelöst werden. Dennoch sind Androhung und Anwendung kriegsgerischer Gewalt zwischen Staaten aus der politischen Praxis auch heute nicht auszuschließen. So stehen Politiker immer wieder vor der Frage, wie der Frieden wirksam gesichert werden kann.

Was sagt die Kirche zu dieser Aufgabe der Friedenssicherung? Ist es verantwortbar, Frieden notfalls auch mit militärischen Mitteln zu sichern? Die Antwort orientiert sich heute an dem Ziel, eine Friedensordnung für alle Völker auf der Basis eines allgemein anerkannten und verbindlichen Völkerrechts unter Beachtung der Menschenrechte zu schaffen (vgl. GS 84). Dabei stellte sich die Frage der sittlich erlaubten Gewaltanwendung für die Christen zu jeder Zeit neu.

Für die Christen der ersten drei

Jahrhunderte stand diese Frage zunächst unter dem dreifachen Aspekt der Einstellung zum damaligen heidnischen Staat, der Teilnahme am heidnischen Opferkult, zu dem Soldaten als Zeichen der Loyalität gegenüber dem Kaiser verpflichtet waren, und der Teilnahme an Militärdienst und Krieg. In der Spannung zwischen Loyalität zum Staat als Ordnungsmacht und der Weigerung, am heidnischen Kult teilzunehmen sowie Menschen zu töten, kam es noch zu keiner einheitlichen Haltung.

Zu Beginn des 4. Jahrhunderts wurde die Frage neu aufgeworfen, als die Christen im Staat selbst politische Verantwortung zu übernehmen hatten. Die Synode von Arles (314) erklärte, daß ein Soldat den Dienst in Friedenszeiten nicht verlassen dürfe, aber im Krieg nicht zum Töten verpflichtet sei.

Als erster entwickelte Augustinus († 430) eine christliche Lehre vom Frieden, in der er sich auch mit der Frage befassen mußte, ob Kriege, da sie ein schweres Übel für die Menschen sind, überhaupt sittlich gerechtfertigt werden können. Nach Augustinus kann ein Krieg nur als „gerecht“ angesehen werden, wenn er dem Frieden dient, sich gegen begangenes Unrecht richtet, von der legitimen Autorität angeordnet wird und die Kriegsführung sich auf das unbedingt erforderliche Maß an Gewalt beschränkt.

Im Mittelalter baute Thomas von Aquin († 1274) diese Lehre aus. Er betont, daß es Situationen gibt, in denen sich der Fürst für den Krieg entscheiden muß. Doch auch dann bleibt der erlaubte Krieg stets an folgende drei Bedingungen geknüpft: Erstens an die Vollmacht des Regierenden, auf dessen Befehl hin der Krieg geführt werden muß. Zweitens muß ein gerechter Grund vorliegen. Drittens müssen die Kriegführenden die rechte Absicht haben (S. th. II II q. 40, art. 1). Außerdem kann ein Krieg nur sittlich erlaubt sein, um einen besseren Frieden zu erreichen, der die durch schweres Unrecht gestörte Ordnung wiederherstellt oder schweres Unrecht abwehrt.

In der Neuzeit hat Francisco de Vitoria († 1546) angesichts der Entdeckung Amerikas und der entstehenden souveränen Staaten das Völkerrecht als gemeinsame Rechtsbasis für alle Völker, Staaten und Kulturen grundgelegt. Gerecht kann nur der Krieg sein, der, nachdem alle friedlichen Mittel ausgeschöpft sind, im Interesse des weltweiten Gemeinwohls mit angemessenen Mitteln das Völkerrecht wahrt, indem geschlechtes Unrecht abgewehrt oder drohendes Unrecht verhindert wird.

In der Folgezeit ist die „klassische“ Lehre vom gerechten Krieg in der Völkerrechtswissenschaft selbständig behandelt und entscheidend umgewandelt worden. Die Frage nach dem gerechten Grund eines Krieges wurde ausgeklammert, da sie niemand mehr allgemeinverbindlich beantworten konnte. Der Krieg wurde zum Mittel absolut-souveräner staatlicher Politik, dessen sich eine Regierung nach Belieben bedienen durfte, wenn er nur den Interessen des eigenen Volkes diene.

In den Bemühungen um das

Völkerrecht konnte es nur noch darum gehen, Regeln der Kriegsführung aufzustellen, um wenigstens seine Folgen zu mildern. Die großen Kriegsschäden der beiden Weltkriege unseres Jahrhunderts, mehr noch der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, führten zu der Einsicht, daß es „sinnlos“ und „wider die Vernunft“ ist, „den Krieg als geeignetes Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten“ (PT 127). Es wurde nötig, „die Frage des Krieges mit einer ganz neuen inneren Einstellung zu prüfen“ (GS 80).

Am Beginn dieser Entwicklung steht die Forderung Papst Pius' XII. nach absoluter Ächtung des Angriffskrieges. Das Zweite Vatikanische Konzil nennt als grundlegendes Ziel christlichen Friedenshandelns eine Friedensordnung, die die Institution des Krieges abschafft und dem allgemeinen Wohl der Menschheit dient (vgl. GS 84).

Der politische Prozeß auf eine Friedensordnung der Völkergemeinschaft hin kann aber auch heute noch durch einen Bruch völkerrechtlichen Kriegsverbots gefährdet werden. So ist die Völkergemeinschaft als ganze betroffen, wenn das Kriegsverbot gebrochen und ein Staat oder Volk angegriffen wird.

„Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen“ (GS 79).

Jede Form der Gewaltanwendung ist ein schweres Übel. Doch behält innerhalb einer umfassenden Friedensethik der Kerngehalt der Lehre von der „gerechten Verteidigung“ eine bis jetzt unersetzliche Funktion, nämlich „im Hinblick auf den Grenzfall einer fundamentalen Verteidigung des Lebens und der Freiheit der Völker, wenn diese in ihrer elementaren physischen und geistigen Substanz bedroht oder sogar verletzt werden“ (GF 41).

Das Verteidigungsrecht gilt nicht unbegrenzt, es unterliegt vielmehr erheblichen,

sittlich verpflichtenden Einschränkungen:

- Schon im Vorfeld eigentlicher Gewaltanwendung steht die Forderung: Nur solche und so viele militärische Mittel dürfen bereitgestellt werden, wie zur Verteidigung unbedingt erforderlich sind (Prinzip der Hinlänglichkeit). Ein Wettrüsten widerspricht diesem Prinzip. Darum hat das Zweite Vatikanische Konzil das Wettrüsten ausdrücklich gebrandmarkt.
- Verteidigung mit militärischen Mitteln darf erst als letztes Mittel (ultima ratio) angewendet werden, nachdem alle gewaltfreien Maßnahmen der Konfliktlösung ausgeschöpft sind.
- Da Verteidigung nur zur Abwehr und Verhinderung von Gewalt sittlich erlaubt ist, gibt es für die direkte Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung keine Begründung, sie ist verboten (Prinzip der Unterscheidung). Daher erklärt das Zweite Vatikanische Konzil: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und den Menschen, das fest und entschieden zu verurteilen ist“ (GS 80).
- Sittlich erlaubt ist die Verteidigung, die das geringere Übel darstellt. Daher ist zwischen den Übeln, die durch die Verteidigung bewirkt werden, und den Übeln, die ohne Verteidigung zugelassen werden, abzuwägen (Prinzip der Verhältnismäßigkeit). „Wenn die Schäden, die er (ein Krieg) nach sich zieht, unvergleichlich größer sind als die der ‚geduldeten Ungerechtigkeit‘, kann man verpflichtet sein, die ‚Ungerechtigkeit auf sich zu nehmen“ (Papst Pius XII., UG 2366).

Nach dem offiziellen Ende des kalten Krieges, der Beendigung der gegenseitigen Abschreckung und der Wende im gesamten Bereich des früheren „Ostblocks“ war die Hoffnung entstanden, daß die Phase der gegenseitigen Bedrohung überwunden sei und sich neue Möglichkeiten in Richtung auf eine umfassende Weltfriedensordnung eröffnen würden.

Ungeachtet dieser hoffnungsvollen Entwicklung sind neue Gefahren entstanden: Die heute mögliche Solidarität aller Völker in der einen Völkergemeinschaft, der Ausbau des verbindlichen Völkerrechts und der rechtssichernden Institutionen werden auch durch neuen Nationalismus und durch innere Unfestigkeit vieler Staaten eingeengt. Umweltzerstörungen, sich ausbreitende Armut und Hungerkatastrophen bringen zudem immer neue Flüchtlingsströme hervor. Der ungebremsbare Waffenhandel und die Weiterver-

breitung neuer Technologien zur Herstellung von wissenschaftlich hochentwickelten Waffen bergen die Gefahr, daß regionale Konflikte gewaltsam ausgetragen werden und sich ausweiten. Die Mißachtung der Rechte von Minderheiten und Volksgruppen trägt den Keim des Bürgerkriegs in sich.

Diesen weltweiten Gefährdungen des Friedens kann die Völkergemeinschaft nur in gemeinsamer Anstrengung begegnen. Sie verdeutlichen die Notwendigkeit der Friedensförderung, damit auch durch unser Verschulden nicht neue, vermeidbare Kriegsursachen entstehen. Wir müssen uns mit einer ganz neuen Einstellung der Friedensaufgabe stellen.

Was kann die Kirche tun, damit in dieser Zeit, in der eine neue internationale Ordnung noch nicht geschaffen ist, der Frieden gesichert und gefördert wird?

Gerade unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen betont die Kirche, daß die Bekämpfung der Kriegsursachen und die Kriegsverhütung die primären Zielsetzungen aller Friedenssicherung bleiben. Sie sind nur in internationaler Solidarität zu erreichen. Auch wenn den einzelnen Staaten, solange eine wirksame Weltautorität diese Aufgabe nicht übernimmt, nach wievor das Recht auf Verteidigung in den Grenzen des Völkerrechts und der politischen Ethik eingeräumt werden muß, sind sie streng verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Instrumente gewaltfreier politischer Konfliktregelung und Streitbeilegung weiter auszubauen, zu stärken und bei Bedarf anzuwenden.

Über den Vorschlag des Zweiten Vatikanischen Konzils hinaus, „eine von allen anerkannte öffentliche Weltautorität“ einzusetzen, „die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten“ (GS 82; GF 48), haben die Deutschen Bischöfe vorgeschlagen, zur Durchsetzung des internationalen Rechts einen „Weltgerichtshof einzurichten, dessen Entscheidungen bindend sind und mit entsprechender Sanktionsgewalt durchgesetzt werden können“ (GF 48). Solange das Ziel einer wirksamen Weltfriedensordnung noch nicht erreicht ist,

müssen Zwischenlösungen gesucht werden, um den Frieden zu sichern. Die einzelnen Staaten müssen bereit sein, einerseits auf Souveränitätsrechte zu verzichten, andererseits eigene, auch militärische Beiträge zu dieser internationalen Aufgabe zu leisten. „Wir sind aufgerufen . . . zu tätiger Solidarität . . . mit der Völkergemeinschaft in der Verteidigung einer gerechten internationalen Ordnung“ (Wort der Deutschen Bischöfe zum Golfkrieg vom 21. 2. 1991, 100).

Was das Zweite Vatikanische Konzil und die Päpste seitdem für den Aufbau der internationalen Gemeinschaft fordern, gewinnt neue Dringlichkeit, aber auch größere Chancen der Verwirklichung: internationale Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte, Förderung der Demokratie, verstärkte internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bekämpfung der Armut. Auch die verschiedenen internationalen katholischen Organisationen können auf vielfache Weise zum Aufbau einer friedlichen und brüderlichen Völkergemeinschaft beitragen.

6.4. Friedenshoffnung: Gewaltverzicht und Nächstenliebe

Die erste und wichtigste Aufgabe der Kirche bei der Bezeugung des Evangeliums vom Frieden besteht darin, die Weisungen der Bergpredigt im Bewußtsein der einzelnen wie der Völker wachzuhalten. Sie dürfen von niemand abgeschwächt werden. Das Ethos der Bergpredigt ruft uns in eine neue Existenz, die sich nicht vom Gedanken der Vergeltung leiten läßt. Dieses Ethos soll nicht nur innere Gesinnung sein, sondern auch im konkreten Leben und in der Politik wirksam werden. Wer für gewaltfreie Lösungen von Konflikten eintritt, handelt im Geist der Bergpredigt. Sie lädt uns ein, Gefahren und Bedrohungen als Herausforderung zu mutigem Handeln zu begreifen, das sich mit dem bestehenden Zustand nicht zufriedengibt. Wir sind aufgerufen, „Verhaltensweisen und Lebensformen zu entwickeln, die Gottes größere Gerechtigkeit schon hier und jetzt bezeugen: Wir müssen schon jetzt jene Ordnung des Friedens vorbereiten, die zu ihrem Schutz

keiner Androhung von Gewalt bedarf, sondern auf wechselseitiges Vertrauen und auf Gerechtigkeit gegründet ist“ (GF 57).

Völkerrecht und politische Ethik fordern, die Androhung und Anwendung von Gewalt aus den internationalen Beziehungen auszuschließen oder wenigstens allmählich zu vermindern. Das ergibt sich auch als Konsequenz aus dem christlichen Ethos der Gewaltlo-

tut auch ihnen“ (Mt 7,12) (vgl. GF 19,41).

Auf diese Weise sollen die Forderungen Jesu zu Gewaltlosigkeit und Nächstenliebe auch in den gesellschaftlichen und politischen Strukturen zur Geltung kommen. Heute wird diese Orientierung an den Weisungen der Bergpredigt erleichtert, weil biblische Botschaft und Erfordernisse der Gegenwart deutlicher als früher in die gleiche

ner Weise zu Zeugen der Botschaft Jesu, die viele andere in ihren Bann zieht. Heute steht jeder einzelne Christ vor der Frage nach dem konkreten Friedenshandeln in seiner Lebenswelt. Viele, insbesondere junge Christen sehen in der von Christus geschenkten „Freiheit zur Liebe“, die keine Parteilichkeit kennt und niemand von der Liebe ausschließt, die entscheidende Grundkraft ihres Frie-

„Die heute mögliche Solidarität aller Völker in der einen Völkergemeinschaft, der Ausbau des verbindlichen Völkerrechts und der rechtssichernden Institutionen werden auch durch neuen Nationalismus und durch innere Ungefestigkeit vieler Staaten eingeeengt. Umweltzerstörungen, sich ausbreitende Armut und Hungerkatastrophen bringen zudem immer neue Flüchtlingsströme hervor. ... Diesen weltweiten Gefährdungen des Friedens kann die Völkergemeinschaft nur in gemeinsamen Anstrengungen begegnen.“
Das Bild aus dem Flüchtlingslager Hoddur/Somalia zeigt zwei Kinder in erbarmungswürdigem Zustand, die auf ihre Hunger-ration warten. (Foto: KNA-Bild)



sigkeit. So kann man in konsequenter Kriegsächtung auch einen Schritt sehen, wie die Gewaltlosigkeitsforderung der Bergpredigt auch in der Außenpolitik wirksam werden kann und muß.

Die eigene Sicherheit ist heute nur noch zusammen mit der Sicherheit der anderen zu haben. Ihre Erfahrungen und Interessen, Erkenntnisse und Wertungen müssen in die eigenen Überlegungen einbezogen werden. Wer im anderen einen ihm gleichwertigen Menschen zu sehen vermag, wird immer neu auf ihn zugehen und auf seine Vorstellungen und Absichten hören. Er wird auch die Politik nach der Goldenen Regel der Bergpredigt ausrichten: „Alles, was ihr von anderen erwartet, das

Richtung weisen (vgl. Gemeinsame Synode, Beschluß: Entwicklung und Frieden 2.2.1 ; GF 20).

6.5. Erziehung zum Frieden, Dienst am Frieden

In der Geschichte des Christentums begegnen uns große Gestalten, die im Geist der Bergpredigt als Friedensstifter gewirkt haben: Papst Leo der Große, Hildegard von Bingen, Franz von Assisi, Niklaus von Flüe, Thomas Morus, Charles de Foucauld und viele andere Männer und Frauen, deren Namen oftmals nicht in den Geschichtsbüchern stehen. Sie lebten den Gedanken der radikalen Liebe beispielhaft vor und wurden in ei-

densdienstes. Liebe, die den anderen als Bruder und Schwester anerkennt, überbietet eigene wie fremde Rechtsansprüche; sie durchbricht Aggressivität und Feindschaft; sie sucht Konflikte und Konfrontationen mit friedlichen Mitteln zu lösen und die anderen für Frieden und Versöhnung zu gewinnen. Daraus ergeben sich für jeden einzelnen wichtige Konsequenzen.

Eine erste Konsequenz ist die Einübung friedlicher Einstellungen und Verhaltensweisen in der heutigen Lebenswelt: in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis, in Gruppen und Organisationen, in der Kirche:

- Bereitschaft, den anderen Menschen unvoreingenommen zu sehen, andere

Gruppen und Völker kennenzulernen und sie in ihrem Anderssein anzunehmen;

- Rücksicht auf fremde Bedürfnisse und Klärung der eigenen;
- Abbau von Vorurteilen und Feindbildern;
- Änderung von friedensgefährdenden Einstellungen und Verhaltensweisen;
- Fähigkeit zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit und zum Kompromiß;
- Parteinahme zugunsten Benachteiligter; auch im Hinblick auf die Not in der dritten Welt;
- Mitwirkung bei der Überwindung von Unrechtszuständen.

Eine weitere Konsequenz ist die Mitwirkung in Initiativen, Gruppen und Diensten. Darum engagieren sich Christen in der Ausländer- und Asylantenarbeit oder in Dritte-Welt-Gruppen und Menschenrechtsgruppen.

Einzelne oder Gruppen geben oft beispielhaft Zeugnis für die Liebe zu allen Menschen. In der Haltung der Gewaltlosigkeit suchen sie den Mechanismus der Gewaltanwendung zu durchbrechen. Sie verstehen ihr Handeln als radikales Zeugnis des Pauluswortes: „Vergeltet niemand Böses mit Bösem! Seid allen Menschen gegenüber auf Gutes bedacht! Soweit es euch möglich ist, haltet mit allen Menschen Frieden ... Laß dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute“ (Röm 12,17–18.21).

In besonderer Weise sehen sich junge Wehrpflichtige mit der Frage konfrontiert, welche Folgerungen sie aus der Bergpredigt für ihr Handeln ziehen sollen. Sie sehen sich vor die Entscheidung gestellt, ob sie den Wehrdienst leisten oder ihn aus Gewissensgründen verweigern sollen, um dann Zivildienst zu leisten.

In beiden Fällen haben die jungen Menschen, wenn sie eine verantwortete Entscheidung fällen, Anspruch auf Achtung und Solidarität (vgl. Beschluß: Entwicklung und Frieden 2.2.4). Die Kirche stellt dem einzelnen dabei ethische Gesichtspunkte vor Augen, die für eine solche Entscheidung maßgebend sind.

Zum Dienst des Soldaten erklärt das Zweite Vatikanische Konzil: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (GS 79). Zu den ethischen Fragen, die sich für Soldaten

stellen, erklären die Deutschen Bischöfe: „Wenn und solange die Sicherheitspolitik ethisch zulässige, ja verpflichtende Ziele – Verhinderung des Krieges, Verteidigung der sittlichpolitischen Wertordnung gegen totalitäre Bedrohung, Ermöglichung von Abrüstung – verfolgt und sich dabei ethisch annehmbarer Methoden und Mittel bedient, ist der Dienst des Soldaten unverzichtbar und ethisch gerechtfertigt“ (GF 69).

Viele kommen zu der sittlichen Überzeugung, daß für sie persönlich ein Dienst mit der Waffe nicht in Betracht kommt. Die Gemeinsame Synode erklärt dazu, daß auch diejenigen der Sicherung und Förderung des Friedens dienen, die in verantworteter Entscheidung den Dienst mit der Waffe ablehnen und zum Einsatz in einem Zivildienst bereit sind. Nicht selten gehen gerade von Zivildienstleistenden und Kriegsdienstverweigerern schöpferische Anstöße zu friedensfördernden Verhaltensweisen aus (Beschluß: Entwicklung und Frieden 2.2.4.3). Wer bereit ist, diesen Weg zu gehen, darf weder als verantwortungslos bezeichnet werden, noch darf man ihnen ein irriges Gewissen unterstellen.

Die Kirche fordert alle Gruppen dazu auf, einander nicht abzu-

werten, jeder Verurteilung des anderen entgegenzutreten und im fortgesetzten Dialog gemeinsam nach immer besseren Lösungen für die anstehenden Probleme zu suchen.

Das alles kann aber nur im Zusammenhang eines umfassenden Friedensethos Geltung haben, das auf gewaltlose Konfliktaustragung drängt und die großen Aufgaben der Friedensförderung vor Augen stellt. Dies setzt ebenso Verständnis für Andersdenkende und Bereitschaft zu Dialog und Versöhnung wie beharrliches Eintreten für weltweite Gerechtigkeit voraus. Auf allen diesen Gebieten muß unser Dienst am Frieden, unser Einsatz für den Frieden und unsere Erziehung zum Frieden ansetzen. Wenn wir das Wort des Herrn: „Alles, was ihr von anderen erwartet, das tut auch ihnen“ (Mt 7,12), als „Goldene Regel“ unseres Verhaltens ansehen, dann dürfen wir nicht immer zuerst von den anderen erwarten, daß sie auf uns zukommen, sondern dann sind wir aufgefordert, von uns aus auf sie zuzugehen, und zwar so, daß wir in der Weise anfangen, wie es uns in einem Gebet im Geist des heiligen Franziskus überliefert ist (vgl. GL 29,6):

Herr, mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens,
daß ich liebe, wo man haßt;
daß ich verzeihe, wo man beleidigt;
daß ich verbinde, wo Streit ist;
daß ich die Wahrheit sage, wo Irrtum ist;
daß ich Glauben bringe, wo Zweifel droht;
daß ich Hoffnung wecke, wo Verzweiflung quält;
daß ich Licht entzünde, wo Finsternis regiert;
daß ich Freude bringe, wo der Kummer wohnt.

Herr, laß mich trachten,
nicht, daß ich getröstet werde, sondern daß ich tröste;
nicht, daß ich verstanden werde, sondern daß ich verstehe;
nicht, daß ich geliebt werde, sondern daß ich liebe.

Denn wer sich hingibt, der empfängt;
wer sich selbst vergift, der findet;
wer verzeiht, dem wird verziehen;
und wer stirbt, der erwacht zum ewigen Leben.

Stichwort: Bei „Blauhelmen“ in der Krajina

Die Situation der Blauhelme in der Krajina hat sich durch die erfolgreiche Rückeroberung dieses Gebietes durch die kroatischen Streitkräfte grundlegend verändert. Dennoch ist der Bericht des Journalist Marcin Meller in der Warschauer „Polityka“ vom 20.05.1995 von Interesse, weil es den Truppen der Vereinten Nationen überall im ehemaligen Jugoslawien ähnlich ergeht. Meller berichtet über Gespräche mit Angehörigen des polnischen in der kroatischen, bis zum zum 4. August 1995 weitgehend von Serben beherrschten Krajina eingesetzten UN-Kontingents. Nachstehend Auszüge aus seinem Artikel, wie er im Ost-West-Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen Nr. 186/1995, hrsg. vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, wiedergegeben ist (PS):

Hier geschieht es, daß die härtesten Soldaten nach mehreren Tagen Artilleriebeschuß weinen. Hier ist es so, daß ein Bandit im Tarnanzug einen polnischen Soldaten anspringt, ihm die Pistole an den Kopf setzt und den Abzug durchzieht. Nach einer langen Zeit wie eine Ewigkeit zeigt es sich, daß die Waffe nicht geladen ist. Das ist so ein ortsüblicher Scherz. Hier kann jeder lokale betrunkene Mistkerl einem stellvertretenden Bataillonskommandeur die Kalaschnikow an die Brust setzen ...

Oberstleutnant Aksamit, stellvertretender Kommandeur des polnischen Bataillons, hat an vielen polnischen Missionen teilgenommen – in Ägypten, auf den Golan-Höhen, im irakisch-iranischen Grenzgebiet ..., im Libanon: „Das alles waren unschuldige Spielchen im Vergleich zu dem, was in der Krajina geschieht. Hier gibt es keinerlei Regeln.“

„Wenn unser Soldat die Ladung eines serbischen LKW prüfen will und der Fahrer seine Kalaschnikow durchläßt, dem neunzehnjährigen Burschen die Waffe an die Schläfe setzt und sagt 'Hau ab', dann ist da kein Boutros Ghali, kein Akashi, kein Clinton noch die schlaunen Journalisten“, fügt Oberstleutnant

Olbrycht, Stabschef des polnischen Bataillons, hinzu.

Bei der UN-Verwaltung teilen die Krajina in zwei Sektoren ein – den nördlichen (hier dienen u.a. die Polen) und den südlichen. Serben und Kroaten sind durch eine 2 km breite Zone getrennt. Die in ihr stationierten Blauhelme sind dem unkontrollierten Beschuß der einen wie der anderen ausgesetzt (trotz des geltenden Waffenstillstandes).

Im Nordsektor befinden sich vier Übergänge von Kroatien auf die serbische Seite. Als ich am 1. Mai Zagreb verließ, war nur ein Übergang in Mostenica offen. Als unser Konvoi ankam, zeigte es sich, daß 15 Minuten zuvor die Kroaten den Posten der Serben beschossen hatten. Letztere behaupteten, sie hätten 12 Tote und 16 Verwundete. Sie wollten, daß man diese mit unseren Autos transportiert, das aber ist den Blauhelmen nicht erlaubt. Auf jeden Fall legten sie eine Mine auf der Straße. Es blieb nichts anderes übrig, als nach Zagreb zurückzukehren ...

Am Freitag, 26. April, kamen die Serben bei Morgengrauen zum Posten Nr. 63. „Wir werden die Brücke sprengen“, sagten sie. Die Brücke liegt ein gutes Dutzend

Meter von den weißen Sandsäcken entfernt, die die Stellungen unserer Soldaten umgeben. Die serbischen Krieger gaben den Polen 15 Minuten Zeit, den Posten zu räumen. Die Soldaten ließen alle ihre Sachen zurück. Sie nahmen nur die Waffen, die Munition und die kugelsicheren Westen. Die Explosion war viele Kilometer weit zu hören. Der Luftstoß demolierte den Posten, zerstörte völlig das Depot und die Sanitätsbarracke. Die Brücke selber stürzte aber trotz der 300 kg Sprengstoff nicht ein. Man hatte die Ladung falsch angebracht.

Zwei Tage später ... wiederholte sich die Szene. Die Serben kamen um 2 Uhr nachmittags und gaben wieder nur 15 Minuten zur Evakuierung ... Die Brücke gibt es nicht mehr ...

Seit 6. Mai müssen alle UN-Konvois (und für die Serben ist auch ein Einzelfahrzeug ein Konvoi) ein schriftliches Einverständnis haben, daß sie sich im Gelände bewegen dürfen. „Manchmal packt einen richtige Wut“, empört sich ein polnischer Offizier. „Sie waren es doch, die die UN hier haben wollten, oder nicht? Wenn nur die Möglichkeit erwähnt wird, wir könnten hier herausgezogen werden, bekommen sie einen Anfall... Wir sind Schutzschilde für sie.“

„Die Kroaten von der einen Seite, die Moslems von der anderen, Abdic (der mit den Serben verbündete moslemische Anführer, der gegen das 5. bosnische Korps kämpft) von der dritten Seite. Die Serben sind dazwischen, und wir sind inmitten dieses ganzen Chaos ...“, kommentiert ein Fähnrich die Lage ... Die Soldaten des polnischen Bataillons sagen sich jeden Tag: 'Denke daran, es ist nicht dein Krieg, du mußt ihn überleben.'

**SICH VON GOTTES GEIST FÜHREN LASSEN HEISST AUCH
den Sinn entdecken dürfen;
sich nicht abfinden mit Mittelmaß und Gleichgültigkeit;
in Freiheit sich verschenken können;
mitbauen an der Versöhnung zwischen Kirche und moderner Welt;
als Gefirmte mithelfen, Gemeinde aufzubauen und zu festigen.**

Mitverantwortung für Frieden und Menschenrechte

GKS unterstützt Entsendung deutscher Soldaten ins ehemalige Jugoslawien*)

Bonn, 07.08.95 (GKS) „Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hält es für unerlässlich, mit allen Mitteln dem mit der Vertreibung und Ausrottung tausender von unschuldigen Menschen verbundenen Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien ein Ende zu machen. Auch der verstärkte Einsatz militärischer Machtmittel muß hierfür genutzt werden“, erklärte der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, am 7. August in Bonn. Soldatischer Dienst zum Schutz der Schwachen, zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens zur Verteidigung der Menschenrechte sei eine Aufgabe, der sich auch das wiedervereinigte Deutschland mit Recht stelle, wenn es seinen angemessenen

Platz in der Völkergemeinschaft ausfüllen wolle.

Der Einsatz deutscher Soldaten zum Schutz und zur Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe der Vereinten Nationen sei ein wichtiger deutscher Beitrag zu den Bemühungen von UN und NATO, das Blutvergießen in Bosnien zu mindern, die Zivilbevölkerung zu schützen, eine Ausweitung der Kampfhandlungen zu verhindern und letztlich den Bürgerkrieg zu beenden. Gelingen dies nicht bald, könne leicht ein Flächenbrand entstehen, der den Süden und Südosten Europas erfassen könne. In diesem Zusammenhang warnte Klein Kroatien davor, trotz des verständlichen Wunsches nach Wiedereingliederung der von den Serben besetzten Krajina in die kroatische Staatsgemeinschaft, dieses Ziel mit militärischer Gewalt zu verfolgen.

Schärfstens verurteilte Klein die Angriffe der Serben auf die UN-Schutzzonen in Bosnien, die Vertreibung der Frauen, Kinder und Schwachen und die Trennung der Männer von ihren Familien. Nicht Soldaten, sondern Kriegsverbrecher seien hier am Werk, die man mit allen gebotenen Mitteln in ihre Schranken weisen und weltweit moralisch ächten müsse.

Die deutschen Soldaten im ehemaligen Jugoslawien erfüllten ihre militärische Aufgabe in dem Bewußtsein, im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten einen Beitrag zur Wiederherstellung von Frieden, Menschenrechten und Freiheit in diesem Teil Europas zu leisten. Militärseelsorger beider christlichen Konfessionen begleiteten die Soldaten bei ihrer schwierigen Aufgabe und kümmerten sich auch um die zuhause gebliebenen Familien.

* Anmerkung der Redaktion: Die Erklärung wurde vor der am 11.08. beginnenden Rückeroberung der Krajina abgegeben.

Pax Christi sieht Grenzen des Pazifismus

Bad Vilbel, 9.8.95 (KNA) Die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi distanziert sich von einer Position des absoluten Pazifismus. Unter Hinweis auf die Eskalation des Balkankriegs und die ethnischen Säuberungen räumte der Geschäftsführende Pax Christi-Vorstand am Mittwoch in Bad Vilbel ein, „daß unser ohnmächtiges Schweigen angesichts des bisherigen Kriegsverlaufs dazu geführt haben kann, daß wir am Leid der Zivilbevölkerung mitschuldig geworden sind“. Es gebe Situationen, vor denen auch der Pazifismus scheitere.

„Wir halten daher um der Glaubwürdigkeit unseres Friedenshandelns willen ein künftiges militärisches Eingreifen dann für gerechtfertigt, wenn – wie im Fall von

Srebrenica und Zepa – Menschen in unerträglichem Maße schutzlos der Gewalt von Aggressoren ausgeliefert sind“, heißt es in der Stellungnahme des Pax-Christi-Vorstands unter der Überschrift „Wider einen kommentarlosen Pazifismus!“. Darin wird eingeräumt, der grundsätzliche Zielkonflikt zwischen Gewaltfreiheit einerseits und Menschenrechten und -würde andererseits sei von Pax Christi bisher „nur ungenügend oder gar nicht bearbeitet worden“. Voraussetzung für ein Gespräch über diesen Konflikt sei die Einsicht, daß Pazifismus kein absolutes, starres Prinzip sei, sondern ein Richtungsimpuls, der in jeder Situation neu nach „lebensdienlichen, Zukunft ermöglichenden Chancen der Gewaltfreiheit“ suchen lasse.

Die Erkenntnis, daß es Situationen gebe, vor denen auch der Pazifismus scheitere, bedeute keinen Abschied von gewaltfreien Grundsätzen, betont der Vorstand. Die Pax Christi-Bewegung brauche gerade um der Notwendigkeit, gewaltfreier politischer Lösungen willen eine stets neue Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen des Pazifismus, „wenn sie eine politische und nicht (nur) eine ‘Bekennnis’-Bewegung sein will“. Pazifismus sei gleichbedeutend mit einer ständigen Annäherung an Gewaltfreiheit, heißt es in der Stellungnahme. „Die Frage der Minimierung von Gewalt muß uns vorrangig beschäftigen, wenn wir über die Durchsetzbarkeit der pazifistischen Option diskutieren“, so der Pax-Christi-Vorstand.

Rückeroberung der Krajina durch Kroatien ethisch gerechtfertigt?!

Kroatischer Primas: Kirche erlaubt „gerechten Krieg“

Zagreb, 08.08.95 (KNA) Die „Befreiung“ der serbisch kontrollierten Gebiete der Krajina hat der kroatische Primas Kardinal Franjo Kuharic als gerechtfertigten Akt der Selbstverteidigung des kroatischen Staates bezeichnet. Diese Selbstverteidigung müsse jedoch im Rahmen moralischer Grundsätze bleiben und den „Gegner“ und sein Eigentum fair behandeln. Der Kardinal erinnerte daran, daß auch im Fall eines Krieges nicht alle Mittel erlaubt seien. „Zivilisten, verwundete Soldaten und Gefangene müssen mit Respekt und human behandelt werden“, unterstrich Kuharic. Ziel müsse ein „gerechter Friede“ sein, der jeder Person, welcher Nationalität oder Konfession auch immer, ein sicheres und würdiges Leben in seiner eigenen Heimat garantiert.

Die kroatische Regierung habe sich zum militärischen Vorgehen

in der Krajina entschlossen, um dieses international als Teil Kroatiens anerkannte Gebiet wieder unter verfassungsmäßige Kontrolle zu bringen, betonte der Kardinal. Jahrelange Verhandlungen hätten keine Ergebnisse gebracht. Von den tausenden Flüchtlingen und Vertriebenen aus der Krajina hätte „kein einziger“ die Möglichkeit erhalten, in seine Heimat zurückzukehren. Kroatien als ganzes habe unter dieser Situation gelitten. Zudem seien kroatische Städte von diesem Gebiet aus beschossen worden, ohne sich helfen zu können, stellte Kuharic fest. Unter diesen Umständen habe sich „jedem objektiven Gewissen“ die Frage gestellt, ob eine militärische Intervention gerechtfertigt sei, so der Kardinal weiter.

Kuharic verwies auf das auch von der Kirche zugestandene Recht auf Selbstverteidigung,

wenn alle Friedensbemühungen ohne Erfolg geblieben seien und keine internationale Autorität in der Lage sei, den Konflikt zu schlichten. Weiter zitierte er die im Weltkatechismus genannten Bedingungen für einen „gerechten Krieg“: Der vom Angreifer zugefügte Schaden für eine Nation müsse andauernd und schwer sein, alle anderen Mittel zur Konfliktbereinigung müßten erfolglos gewesen sein, es müsse ernsthafte Aussicht auf Erfolg bestehen, und der Einsatz von Waffen dürfe nicht schwereres Übel anrichten als jenes, das beseitigt werden soll. Im Lichte dieser Bedingungen sei das Vorgehen der kroatischen Armee in der Krajina zu beurteilen, erklärte der Kardinal. „Kroatien ist dabei, seine Territorien zu befreien, und das mit vollem Recht, denn Kroatien ermöglicht damit seinen Bürgern, in die Orte zurückzukehren, aus denen sie vertrieben wurden“, unterstrich Kuharic.

Kroatiens Bischöfe rufen zum Aufbau der „befreiten“ Gebiete auf

Zagreb, 09.08.95 (KNA) Zum energischen Wiederaufbau der „befreiten“ kroatischen Gebiete hat der Ständige Rat der katholischen Bischofskonferenz Kroatiens aufgerufen. 68 Pfarreien mit knapp 100.000 Gläubigen könnten jetzt zum erstenmal seit der serbischen Besetzung vor vier Jahren wieder pastoral betreut werden, schreiben die Bischöfe in einer am 09.08.1995 in Zagreb veröffentlichten Erklärung. „In diesen Regionen finden wir große Zerstörungen, ausgebrannte Häuser unserer Gläubigen, geschändete und zerstörte katholische Kirchen, Kapellen und Friedhöfe“, so die Erklärung. 1000 Jahre Christentum seien „mit Füßen getreten“ worden. Bedauerlicherweise habe sich „diese unserer Nation zugefügte Ungerechtigkeit“ nicht mit friedlichen Mitteln lösen lassen. Daher hat die kroatische Regierung es für zuläs-

sig und für moralisch gerechtfertigt gehalten, durch bewaffnete Intervention das zurückzuholen, was mit Gewalt besetzt worden war, unterstreichen die Bischöfe. Jetzt müsse dem Wiederaufbau des kirchlichen Lebens höchste Priorität eingeräumt werden, und alle Kroaten sollten sich durch großzügige Spenden daran beteiligen.

Weiter appelliert der Ständige Rat an die serbische Bevölkerung, in ihrer Heimat zu bleiben, da sie nichts zu befürchten habe. Die serbisch-orthodoxe Kirche und das serbische Militär drängten zwar die Bevölkerung zur Flucht, dies sei jedoch unnötig. „Den Serben garantieren wir ihre persönliche Sicherheit, den Schutz ihrer zivilen Rechte und ihres Eigentums“, heißt es in der Erklärung der kroatischen Bischöfe. Alle geflohenen Serben werden aufgerufen, in ihre Heimat zurückzukommen. An die

kroatische Caritas appellieren die Bischöfe, allen Notleidenden ohne Ansehen der Volks- oder Religionszugehörigkeit zu helfen.

Der kroatische Primas Kardinal Franjo Kuharic hat eine „menschliche“ Behandlung der Serben in der Krajina verlangt und seine Landsleute gemahnt, den Sieg über die serbischen Einheiten in der Krajina nicht in Haß und Rache umschlagen zu lassen. Der Kardinal erinnerte daran, daß auch im Fall eines Krieges nicht alle Mittel erlaubt seien. „Zivilisten, verwundete Soldaten und Gefangene müssen mit Respekt und human behandelt werden“. Er habe einen entsprechenden Appell an die „Befreier“ der Region gesandt, in dem er eine humane Behandlung der Besiegten gefordert habe, sagte der Kardinal am 08.08. vor Journalisten in Zagreb.

Ethiker Mieth: Der „gerechte Krieg“ ist nur eine Fiktion

Tübingen, 09.08.95 (KNA) Eine Bewertung der Krajina-Rückeroberung durch die Kroaten als „gerechter Krieg“ ist nach Überzeugung des Tübinger Ethikers Dietmar Mieth „absolut falsch und gefährlich“. Wenn sich der kroatische Primas Kardinal Franjo Kuharic so äußere, sei das ein dramatischer Mißgriff, sagte Mieth am 08.08. in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Tübingen. Grundsätzlich gelte: „Der gerechte Krieg ist eine Fiktion.“ Dieser Begriff sei für ein konkretes Kampfgeschehen immer abzulehnen.

Die dafür in der kirchlichen Lehre genannten Kriterien seien „so streng formuliert, daß faktisch kaum ein bestimmter Krieg als gerecht bezeichnet werden kann“, erläuterte der Ethiker. Nachdrücklich warnte er vor einem propagandistischen Mißbrauch des Begriffs durch kriegführende Staaten. Unter den Bedingungen des modernen Krieges sei eine Verhältnismäßigkeit der Mittel kaum mehr denkbar. Tod und Vertreibung vieler schuldloser Zivilisten müßten immer in Kauf genommen werden. Mit Blick auf Äußerungen

von Papst Johannes Paul II., der bezüglich der Verteidigung der Menschen in den bosnischen UNO-Schutzonen vom „gerechten Krieg“ gesprochen hatte, meinte Mieth, selbst in diesem Fall bleibe die Bewertung solcher Maßnahmen eine Gewissensfrage angesichts einer Extremsituation, in der das Gewissen eine Güterabwägung vornehmen könne. „Hier könnte eine Rechtfertigung gegeben sein, da es um Eingeschlossene und Unterdrückte und deren Schutz vor Vergewaltigung, Plünderung und Ermordung geht“, räumte der Theologe ein. Er nannte die Bewertung durch den Papst aber zugleich „ungeschickt“.

„Dieses Denken ist Vergangenheit“

Wenn der Primas Kroatiens, Kuharic, mit Blick auf die Krajina von einem „gerechten Krieg“ spreche, sei das angesichts der Fluchtbewegung von 150.000 Menschen eine noch „ganz andere Ebene“, unterstrich Mieth. Es stelle sich die Frage, ob alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden seien. Das sei eine wichtige

Bedingung des „gerechten Krieges“. Die Wortverbindung „gerechter Krieg“ erwecke den Eindruck, „sozusagen mit Stolz der gerechten Sache zu dienen und in jedem Fall auf der richtigen Seite zu sein“, führte der Theologe aus. „So ein Denken ist Vergangenheit und dürfte heute nicht mehr gelten, auch nicht unter Berufung auf den Welt- oder den Moralkatechismus“, forderte er.

Gerade in Ex-Jugoslawien stehe der Begriff „gerechter Krieg“ in einer Tradition mit dem, was früher „heiliger Krieg“ mitunter gemeint habe, sagte Mieth. Dort dürfe nicht übersehen werden, daß jede Berufung auf den „gerechten Krieg“ auf den Glauben abfärbe. Klassische Kriterien für einen „gerechten Krieg“ sind nach Angaben des Ethikers ein vorangegangener ungerechtfertigter Angriff, die Erschöpfung aller friedlichen Mittel, die Aussicht auf Erfolg der Intervention, die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die rechtmäßige Autorität, der eine solche eingreifende Gruppe unterstellt sein muß. - Mieth lehrt Ethik an der Universität Tübingen und leitet deren Zentrum für Ethik in den Wissenschaften.

Keinen Staat, der Opfer einer Aggression geworden ist, daran hindern, sein Recht auf Selbstverteidigung auszuüben

„Die Vorstellung, am besten sei es, die Wahrung von Frieden und Sicherheit den Vereinten Nationen zu übertragen, ist angesichts des UN-Einsatzes im früheren Jugoslawien fragwürdig geworden. Die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik verliert an Realitätsgehalt.“ schreibt Karl Feldmeyer im Leitartikel der FAZ vom 7. August. In seinem Beitrag setzt sich Karl Feldmeyer mit der Situation im ehemaligen Jugoslawien nach der Rückeroberung der Krajina durch Kroatien auseinander. Für ihn sind das Entsetzen über die Grausamkeiten und Scham darüber, was die westliche Welt in Bosnien geschehen ließ, vor allem Anlaß, zu fragen, weshalb dies geschehen

konnte. Nach seiner Ansicht ist eine Antwort die vielen nicht erwünschte Erkenntnis, daß multikulturelle Gesellschaften konfliktträchtig sind. Man müsse sich auch eingestehen, daß das Prinzip der Unverletzlichkeit von Staatsgrenzen dann Probleme schaffe, wenn diese Grenzen nicht den Siedlungsgebieten der Völker entsprächen und sich mit ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung kreuzten. „Die Unverletzlichkeit der Grenzen wurde erst in den siebziger Jahren in der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu einer Norm erhoben. Damals sollte sie das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes neutralisieren. Als man die Regel auf die Republi-

ken des früheren Jugoslawiens anzuwenden versuchte, erwies sie sich als unbrauchbar. Das bestätigt, wie richtig die Vereinten Nationen 1945 handelten, als sie in ihrer Charta die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zur Grundlage ihrer Friedensordnung machten, nicht die Unverletzbarkeit von Grenzen“, schreibt Feldmeyer.

Weiter ist er der Ansicht, wenn die Vereinten Nationen auf dem Balkan in die Gefahr geraten seien, das Schicksal des Völkerbunds zu erleiden, so liege dies nicht nur daran, daß sie konzept- und erfolglos agierten. Die Erfahrung der Lähmung hätte die Weltorganisation in den Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts wiederholt machen

müssen. Was den Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien besondere Bedeutung verleihe, sei der Grund des Scheiterns: die Weigerung westlicher Regierungen, ihre eigenen Prinzipien zu befolgen. Ignoriert werde nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Unbeachtet bleibe auch das Gebot, den Aggressor zu bestrafen statt sich zwischen Täter und Opfer neutral zu verhalten. Erst recht aber treffe dies für die Verpflichtung der Vereinten Nationen zu, keinen Staat, der Opfer einer Aggression geworden sei, daran zu hindern, sein Recht auf Selbstverteidigung auszuüben.

Eben das aber hätten die Vereinten Nationen mit ihrem Waffenembargo gegenüber ihrem Mitgliedsland Bosnien getan. Dieser Verstoß gegen eigene Prinzipien erhalte sein für die Vereinten Nationen verheerendes Gewicht dadurch, daß die Ursachen dafür bei den Westmächten lägen. Keine der westlichen Demokratien, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zusammen mit anderen maßgeblichen Einfluß ausübten, sei bereit, Maßnahmen zu beschließen, die den Serben den territorialen Gewinn ihrer Aggressionen nehmen könnten.

Die Mächte im Sicherheitsrat hätten die Entsendung von Blauhelmen beschlossen. Das hätte sich humanitär ausgemacht und zugleich eine Ausrede dafür geschaffen, daß man denen nicht mit Waffengewalt entgegentreten wolle, die Kinder und Greise aus ihren Häusern vertreiben, Frauen vergewaltigen und Männer massakrieren.

Die Entwicklung in Bosnien und Kroatien belege aber nicht nur, daß die Vereinten Nationen nicht zu den Prinzipien ihrer Charta stünden. Sie zeige auch, daß die großen westlichen Demokratien nicht in der Lage seien, eine gemeinsame Politik zu betreiben. Sie praktizierten nationale Interessenpolitik. Damit würden sie zeigen, wieviel zur Erfüllung der Forderung nach einer „gemeinsamen europäischen Außenpolitik“ fehle. Wie weit sie von der Wirklichkeit entfernt seien, ergäbe sich auch aus der Erkenntnis, daß die Westmächte, indem sie ihre jeweils eigenen Interessen verfolgten, nicht nur die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen, sondern auch die der Nato, ja der gesamten westlichen Wertegemeinschaft beschädigen würden. Das könne man bedauern; bestreiten könne man es nicht, meint Feldmeyer.

Kardinal Kuharic warnt vor "Selbstjustiz"

Zagreb, 29.08.95 (KNA) Der kroatische Primas Kardinal Franjo Kuharic hat die 1991 aus der Krajina vertriebenen Kroaten, die wieder in ihre alte Heimat zurückkehren, zum Verzicht auf Selbstjustiz aufgerufen. Wörtlich erklärte Kuharic bei einer Messe in dem jetzt wieder der kroatischen Verwaltung unterstellten Dorf Hras-tovica bei Petrinja: "Wenn in einem Rechtsstaat ein Vollzug der Gerechtigkeit erforderlich ist, so muß das durch ein Gericht geschehen, wo eine jemandem angelastete Schuld zu beweisen ist." Es gebe keine kollektive Schuld einer Gemeinschaft oder einer Nation. "Niemand, absolut niemand, ist berechtigt, das Recht in seine eigene Hand zu nehmen", betonte der Kardinal. Weiter forderte der Zagreber Erzbischof die Regierung seines Landes auf, die Rechte jeder einzelnen Person in Kroatien zu schützen, gleich welcher Nationalität oder Religion sie sei.

Bosnien: Generalvikar aus Banja Luka vertrieben

Freiburg, 28.08.95 (KNA) Anton Orlovac, Generalvikar der Diözese Banja Luka in Bosnien, ist aus der Bischofsstadt vertrieben worden. Das teilte Caritas international unter Berufung auf ein Telefongespräch mit dem Bischofsvikar von Banja Luka, Miljenko Anicic, am Montag in Freiburg mit. Bischof Franjo Komarica, der seit über einem Jahr unter Hausarrest steht, will seinen Platz nach Anicics Angaben "nur unter Gewaltanwendung oder auf kirchliche Anweisung" räumen. Komarica wolle sich mit der "an Unschuldigen vorgenommenen ethnischen Säuberung" nicht abfinden. Laut Anicic befinden sich noch bis zu 6.000 Kroaten im Raum Banja Luka. Die Caritas habe ihre Arbeit einstellen müssen.

Kirche für Massenflucht nicht verantwortlich

Belgrad, 25.08.95 (KNA) Der serbisch-orthodoxe Bischof von Knin, Longin, hat bestritten, die Krajina-Serben zur Flucht aufgerufen zu haben. In einer am Freitag in Belgrad veröffentlichten Presseerklärung widersprach er damit entsprechenden Aussagen des kroatisch-katholischen Primas Kardinal Franjo Kuharic und des katholischen Bischofs von Sibenik, Srečko Badurina. Niemand unter den Serben sei freiwillig bereit gewesen, sein Haus zu verlassen, betonte Longin. Es sei zynisch, Bischof und Kirche für den Exodus verantwortlich zu machen.

Die Niederlage der Krajina-Serben hat offensichtlich die Kluft innerhalb der serbisch-orthodoxen Bischofskonferenz zwischen national ausgerichteten und gemäßigten Bischöfen verschärft. Während

der Führer des radikalen Flügels, Metropolit Amfilohije von Podgorica (Montenegro), die Vertreibung sämtlicher Kroaten aus Serbien gefordert haben soll, distanzierte sich der Führer der Gemäßigten, Metropolit Lavrentije, von sämtlichen weiteren Schritten, die Haß und Gewalt fördern könnten.

Der Weg zum Frieden müsse über Verhandlungen und humanitäre Hilfe gefunden werden, so Lavrentije am Donnerstag. Das Oberhaupt der Kirche, Patriarch Pavle, unterstützt nach Meinung von Beobachtern die Position Lavrentijes.

Kreiß- und Operationssaal – die Straße

Aktueller Bericht über medizinisch-humanitäre Hilfe im ehemaligen Jugoslawien

Günter Thye

Der nachfolgende Bericht wurde nach Erlebnissen von Diez Reinhard Kleine, Leutnant zur See der Reserve, Jahrgang 1941, von Günter Thye zusammengestellt. Dazu stellte Diez R. Kleine, der in Kiel wohnt, seine Tagebuchaufzeichnungen zur Verfügung. Deshalb ist für den Beitrag auch die Ich-Form beibehalten worden.

Kleine war Sonderschullehrer, studierte Medizin, ist nun Doktorand und arbeitet über das Thema der Auswirkungen von Dioxinen auf ungeborenes Leben.

Als ein Arzt und Studienkollege aus Kroatien, der schon frühzeitig über die Greueltaten an der Zivilbevölkerung und über die Massenvergewaltigungen informiert worden war, ums Leben kam, entschloß Kleine sich, selbst vor Ort zu helfen. Bei diesen Einsätzen mitten im Kriegsgebiet war er ausschließlich ehrenamtlich tätig, anfallende Kosten trug er selbst. Gespendete Medikamente, Nahrungsmittel und Bekleidung verteilte er gezielt mit seinem eigenen Pkw.

Als ich zum siebten Mal in Kiel meinen Pkw belade, habe ich noch immer nur vage Vorstellungen von der Situation in den Gebieten, in denen ich zuvor bereits zweimal war. Innerhalb Kroatiens ist die Route, die ich nehmen muß klar, doch welche Straßen in Bosnien passierbar sind, ist ungewiß. Die Fahrt geht ohne Halt durch Österreich und Slowenien nach Krapinka Toplice, nördlich von Zagreb.

Auf der Kinderstation des dortigen Krankenhauses unterstützt „Hilfe und Selbsthilfe e.V. Kiel“, in dessen Vorstand ich bin, seit drei Jahren die Versorgung behinderter Kinder und von solchen Kindern, die die erlittenen Kopfschüsse zwar überlebt haben, aber für den Rest des Lebens gezeichnet sind. Dieses Mal herrscht große Freude über zwei Computer, die die Arbeit mit behinderten Kindern fördern sollen.

An Zagreb vorbei geht es nach Karlovac. Hier hatte ich 1993 die erste Amputation von Kinderarmen und -beinen unter Kriegsbedingungen miterlebt, hatte gesehen, was Heckenschützen den Menschen antun können und welches Gefühl es ist, wenn innerhalb von zwei Stunden 3.000 Granaten auf eine Stadt niedergehen, in den

Kellern der Krankenhäuser Verwundete versorgt werden, während oben die Granaten in die Operationsräume, Kreißsäle und Krankenstationen einschlagen.

Mostar bietet unverändert das mir bekannte Bild der sinnlosen Zerstörung. Eine Ambulanz, die ich von früher her kenne, gibt es nicht mehr. Ich parke zwischen den Ruinen. Menschen versammeln sich um meinen Wagen, ich wechsele Verbände und verteile Schokolade unter den zahlreichen Kindern. Dann versuche ich hinter dem Lenkrad sitzend ein wenig Schlaf zu finden. Im Morgengrauen fahre ich weiter in Richtung Jablanica und Sarajewo auf teilweise zerstörten Straßen, Brücken sind durch Pontonbrücken ersetzt, und die Schluchten und Berghänge wirken durch den Zustand der Straßen noch bedrohlicher.

Die Fahrt geht schleppend voran. Ich habe mich, wie bei den vorherigen Malen, entschlossen, nicht in einem Konvoi mitzufahren. Die Bedürfnisse der UN-Konvois, schnell von einem Punkt zum anderen zu gelangen, stehen in starkem Gegensatz zu dem Auftrag, den wir uns gestellt haben, der Zivilbevölkerung dort zu helfen, wo Hilfe unzureichend ist oder gänzlich fehlt.

Immer wieder werde ich durch Soldaten an den Kontrollpunkten angehalten und immer mehr Menschen wenden sich an mich auf meiner Fahrt durch Jablanica, Konjic, am UN-Checkpoint in Tarcin und bei der Weiterfahrt in Richtung Kiesevo und Kieseljak. Die meisten brauchen Verbandsmittel, manche haben leere Medikamentenpackungen oder Zettel ihrer Ärzte dabei, auf denen die ihnen verordneten Medikamente stehen. Aus meiner „Apotheke“ suche ich diese Mittel heraus oder andere mit den gleichen Wirkstoffen.

Das erste größere moslemische Krankenhaus, Ratna Bilnica „Suhudol“, erreiche ich in Tarcin. Die Versorgungssituation ist in allen Bereichen katastrophal. Die Ärzte, Schwestern und die Medizinstudenten, deren Studium durch den Krieg unterbrochen ist, freuen sich herzlich über die mitgebrachten Spenden. Natürlich bekomme ich später bei der Abfahrt die schon obligatorische Wunschliste mit auf den Weg. Alle erinnern sich noch gut an den letzten großen Hilfstransport mit Kreiß- und Säuglingsbetten, Medikamenten, Kindernahrung und Kleidung, den wir von Kiel aus auf den Weg gebracht hatten.

Etliche Kilometer hinter Tarcin helfe ich bei der neunten Geburt auf der Straße, ähnlich wie vorher auf Straßen und in Häuserruinen. Ich habe Decken, Tücher, Nabelklemmen dabei, ... ein kleines Mädchen moslemisch-kroatischer Eltern wird in eine ungewisse Zukunft hineingeboren. Für den Transport von Mutter und Kind in die nächste Klinik muß ich den Rücksitz im Pkw freimachen. Umstehende versprechen auf meine „Hinterlassenschaft“ aufzupassen, und als ich wieder zurückkomme,

ist alles unversehrt und vollständig – keine Selbstverständlichkeit bei der Not, aber für die moslemischen und kroatischen Helfer eine Ehrensache.

Die Fahrt durch die gebirgige Landschaft wird immer beschwerlicher, und wenn ich vor Müdigkeit nicht weiterfahren kann, dann bringe ich mich hinter dem Lenkrad in Schlafposition – meist in der Nähe von Kontrollposten.

Als ich in Nova Bila eintreffe, bin ich in einem der Zentren unserer Hilfe für Kinder und für vergewaltigte Mädchen und Frauen in Bosnien. Im Oktober 1992 war in der Franziskaner-Kirche in Nova Bila ein Lazarett eingerichtet worden, in einer Region mit über 70.000 Menschen, unter ihnen 13.000 Kinder, zuzüglich Flüchtlinge.

Ich treffe auf ein sehr effizient arbeitendes Ärzteteam und auf Schwestern, die unter ungewöhnlich harten Bedingungen – natürlich besonders auch für die Patienten – ihre Arbeit leisten. Neben der Mithilfe im Lazarett habe ich Zeit, die Menschen in den Ortschaften der Umgebung aufzusuchen und treffe auf bittere Not in der Bevölkerung.

Ich komme mit weiteren Mädchen und Frauen zusammen, die vielfache Vergewaltigungen erlitten haben und von denen manche ihre Kinder aus der Verzweiflung heraus töten oder jetzt unter enormen Schwierigkeiten aufwachsen lassen. Sie haben monate- oder jahrelang geschwiegen, sind krank, ausgezehrt und depressiv, das gleiche Bild wie in jeder Gegend dieses elenden Krieges unter den Augen der Weltöffentlichkeit.

Die Geburtshilfeabteilung dieses großen Einzugsgebietes ist in einer ehemaligen Gastwirtschaft untergebracht. Der Tresen steht noch im Schankraum, außerdem vier Betten und zwei Untersuchungs- liegen. Im Nebenraum ein Kreißbett und ein Säuglingsbett. Haben wir fünf Geburten an einem Tag, so liegen die Säuglinge dicht aneinandergedrängt in diesem Bettchen. Die Mütter müssen am nächsten Tag nach Hause – wie auch immer dieses aussieht – entlassen werden, da nicht nur Platzmangel herrscht, sondern auch sämtliche Vorsorgeuntersuchungen und die gynäkologische Ambu-

lanz in diesen Räumen stattfinden. Die räumlichen und hygienischen Gegebenheiten sind katastrophal.

Mir und meiner Arbeit kommt sehr die Akzeptanz sowohl der Kroaten als auch der Muslime zugute. Sie verstehen, daß unsere humanitäre Hilfe ausschließlich den Menschen dienen soll und nicht einer politischen Richtung. Wie überall in Bosnien ist die Aufnahme durch die Zivilbevölkerung ausgesprochen herzlich und jeder bemüht sich, zu meinen schon fast aufgebrauchten Lebensmitteln bei den gemeinsamen Mahlzeiten Brot oder auch eine Kerze beizusteuern, um der ihnen so eigenen Gastfreundschaft gerecht zu werden.

Die Kontrollen werden schärfer, nur der ständige Hinweis, daß meine humanitäre Hilfeleistung allen zugute kommt, hilft, die Kontrollen zu passieren. Das eine oder andere Stück der persönlichen Ausrüstung wechselt dabei gezwungenermaßen den Besitzer.

In der Nacht sitzen, grübeln und sprechen wir miteinander. Wie hier in Tuzla, glaubt kaum mehr einer an das Gerede der UNO: Es kam zu massiven Übergriffen durch einzelne UN-Soldaten wie Vergewaltigungen, Verteilung von Lebensmitteln und Hilfsgütern gegen die Duldung sexueller Handlungen und für Schmuck und Hausrat. Gegen hohe Bezahlung wurde „humanitäre Hilfe“ geleistet oder Schmuggel zugelassen. Welche moralischen Folgen für Europa wird die Duldung solcher unmenschlicher Gewalt nach sich ziehen?

Für mich und alle Gleichgesinnten gilt aber im Moment, die Arbeit fortzusetzen, die Kranken zu versorgen und zu überleben.

Nach Tagen in Tuzla wird es Zeit für die Rückfahrt nach Deutschland. Die Hilfsgüter sind gänzlich aufgebraucht. Ich suche nach einer passierbaren Route heimwärts.

Aus einer Vielzahl von Briefen, die Diez R. Klein erreichten nur zwei Auszüge:

Ein 15-jähriges Mädchen:

„... Viele Mädchen ab dem 13. Lebensjahr sind schwanger geworden. .. Als die Mädchen dies wußten, waren sie ratlos. Sie haben versucht, mit Stricknadeln abzutreiben. Nach der Geburt haben

Mädchen in ihrer Verzweiflung die Kinder in den Fluß geworfen oder anders getötet, viele Mädchen haben auch Selbstmord begangen.“

Bosnische Frauen :

„... Sie sind uns wie ein Engel erschienen, der aus dem Dunkel des Krieges zu uns gekommen ist, um unser Leid mit uns zu teilen. Sie haben sich für unser Volk geopfert, haben uns dort Halt und Hilfe gegeben, wo unser Halt verloren war.

Ihre Liebe zu den notleidenden Menschen, ihre rastlose medizinische Hilfe unter diesen schrecklichen Bedingungen und ihr Mut bewegen uns sehr. ...

Du bist unser Bruder geworden und wir werden für immer Deine Schwestern sein. In unsren Kindern, denen Du zum Leben und zum Überleben verholfen hast, wirst Du für uns weiterleben.“

KURZ NOTIERT

Bischof Komarica will in seinem Bistum Banja Luka bleiben

Zagreb, 30.08.95 (KNA) Der Bischof der serbisch besetzten bosnischen Diözese Banja Luka, Franjo Komarica, hat erneut seinen Willen bekräftigt, trotz der „ethnischen Säuberungen“ in seinem Bistum zu bleiben. Allerdings habe er „weder eine Garantie für meine eigene Person noch für die Diözese als Institution“, erklärte Komarica in einem am Mittwoch in Zagreb veröffentlichten Schreiben an den kroatischen Primas, Kardinal Franjo Kuharic. Komarica betonte, die Priester seines Bistums, die bislang trotz Opfern und Gefahren geblieben seien, würden nun „de facto zur Aufgabe ihrer entvölkerten Pfarreien gezwungen und auf den gleichen Weg gebracht wie ihre Gläubigen – ins Exil“. Der Bischof beklagte erneut, die katholische Kirche in der Region sei „systematisch und vollständig“ entwurzelt worden. Gegenwärtig gebe es noch sechs Diözesanpriester und 20 Ordensleute in der Region.

Wenn nichts mehr ist, wie es war – wenn nichts mehr geht, wie es geh'n soll ...

Posttraumatische Belastungsstörungen von Soldaten nach Kampf- und/oder UN-Einsätzen¹⁾

Karl-Heinz Ditzer

I. Posttraumatische Streß- Krankheit (PTSD)

Im Hintergrund der etwas umständlichen Formulierung des Themas steht die Frage: wie angesichts von traumatischen Erfahrungen, die wir nicht verhindern können, die Gefahr einer Entwicklung zu einer „Posttraumatischen Streß-Krankheit“ (PTSD), wenn schon nicht (mit Sicherheit) ganz verhindert so aber doch minimiert oder aber wenigstens in seinem Ausprägungsgrad gemildert werden kann?

Ein „emotionales Trauma“ oder eine „Posttraumatische Belastungsstörung“, wie sie von der WHO²⁾ jetzt genannt wird, ist im Nachhinein nur schwer therapierbar, vor allem wenn es/sie nicht gleich erkannt und behandelt wird und sich dann chronifiziert. Um ihr präventiv begegnen wie auch um sie behandeln zu können, ist es notwendig, die in der Krise ablaufenden psychischen Prozesse zu verstehen und die beteiligten Faktoren und psychischen Dimensionen zu eruieren.

Da dieses psychische Syndrom ein äußerst komplexes und vor allem ein dynamisches Phänomen ist, reicht es nicht, wie es häufig geschieht, die äußeren Faktoren zu erfassen und zu beschreiben. Denn zum einen haben wir oft wenig Einfluß darauf und zum anderen hat sich gezeigt, daß bei gleicher traumatischer Erfahrung die einen diese Belastung verarbeiten können und relativ ungeschoren davonkommen und die anderen eine posttraumatische Belastungsstörung entwickeln. Es kommt also

darauf an, des intrapsychischen Prozesses ansichtig zu werden.

Von der Zeit nach dem Vietnamkrieg bis heute ist viel ge- und erforscht worden und immer neue Generationen von Folteropfern, Attentatsverletzten, durch Kriegsgeschehen oder andere Katastrophen (z. B. Lengede) Traumatisierte zwingen zur Beschäftigung mit dieser Krankheit sowie zur Suche nach therapeutischen Zugängen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob die Forscher und all die anderen, die sich damit befaßt haben, schon aller Facetten ansichtig geworden sind, geschweige denn, sie wirklich erfaßt hätten.

Seit der Einführung des PTSD als neuer Diagnoseklasse in das DSM-III³⁾ wurden auch viele Personengruppen mit traumatischen Erlebnissen (z. B. jüdische Kinder, deren Eltern die KZ's des 3. Reiches überlebten,) mit den Augen dieser Diagnoseklasse angeschaut und untersucht. Diese Erkenntnisse sowie diejenigen aus den Untersuchungen an Flüchtlingskindern aus dem Jugoslawienkrieg verweisen auf die gravierenden Folgen traumatischer Erlebnisse für die Persönlichkeitsentwicklung, wie sich andererseits die Persönlichkeit der Opfer mit ihren Ressourcen und Abwehrmechanismen in ihren vielen dynamisch-wechselwirkenden Dimensionen als eine zentrale Vermittlungsstelle in der Verarbeitung dieser Erlebnisse erwies.

Ich will in meinem Beitrag versuchen, einen Zugang hierzu zu erschließen. Angesichts der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit und der Komplexität und Dif-

Gliederung

- I. Posttraumatische Streß-Krankheit (PTSD)**
- II. Einige theoretische Hintergründe und Hinweise**
- III. Zwei Beispiele abgelaufener Prozesse**
- IV. Geistig-psychische Vorbereitung**
- V. Praktische Vorbereitung**

ferenziertheit des Geschehens muß dies sehr kompakt ausfallen. Viele Einzelprozesse kann ich nur durch Hinweise ansprechen. Ihre jeweilige gut erforschte und belegte Eigendynamik müßte man in den jeweiligen Kontext, in dem sie angesprochen werden, eintragen. Ich möchte meine Erkenntnisse Ihnen in zwei Hauptschritten nahebringen: im ersten möchte ich den theoretischen Rahmen abstecken und im zweiten – in der Analyse des Erlebens von Angehörigen der amerikanischen Armee, die den Vietnamkrieg hautnah erlebt haben, – an zwei Beispielen das Zusammenwirken von situativen und psychischen Faktoren exemplifizieren, soweit ich sie in therapeutischen Gesprächen eruieren konnte.

Im MSD-Manual⁴⁾ ist die **Posttraumatische Streßkrankheit** in ihrer Ätiologie im Anschluß an DSM III (noch) wie folgt beschrieben:

„Die ätiologische Grundbedingung für eine Erkrankung ist die Exposition gegenüber einem überwältigenden externen Streßerlebnis. Da nicht jeder Betroffene auf derartigen Streß mit einem posttraumatischen Streßsyndrom reagiert, müssen zur Auslösung des

pathologischen Zustands eine Reihe von Faktoren zusammenkommen. Eine Rolle spielen:

1. die Tatsache, daß das Ereignis plötzlich und völlig unerwartet eintritt, wie Großfeuer, Explosionen, Flugzeugabstürze oder Naturkatastrophen (Flutkatastrophe, Erdbeben, Tornados);
2. die grausame Unmenschlichkeit und der Schrecken von Ereignissen wie bei bewaffnetem Kampf oder terroristischen Überfällen;
3. der mehr chronische und langdauernde Streß, unmenschlicher Behandlung ausgesetzt zu sein, wie in Kriegsgefangenen- oder Konzentrationslagern, und der oft mit Rohheiten und Folter einhergeht;
4. die psychischen und konstitutionellen Stärken bzw. Schwächen des Opfers;
5. gleichzeitige Körperverletzungen (besonders des Schädels) und
6. Art und Verfügbarkeit sozialer Unterstützung.“

Die unter Punkt 5 aufgeführte Bedingung der eigenen physischen Verletzung muß nicht unbedingt gegeben sein, wie die Beispiele der oben schon genannten Untersuchungen an Kindern aber auch Soldaten aus UN-Einsätzen zeigen, um ein PTSD auszuprägen. Dagegen haben sich die Faktoren 4 und 6 bestätigt und als gravierend herausgestellt. Sie sind auch in unserem Kontext von Bedeutung, da es uns ja um Prävention geht. Ihnen möchte ich mich zuwenden, ohne allerdings auf die Antezedentien eingehen zu können, die aufgrund defizitärer Entwicklung oder Fehlentwicklungen in der (frühen) Kindheit zu dynamischen Affektstörungen führen. Dabei müssen letztere nicht notwendig gegeben sein, damit es zu einer posttraumatischen Belastungsstörung kommt. Defizite in der Entwicklung spielen allerdings schon eine größere Rolle, weil sie die Ressourcen schwächen (oder überhaupt nicht oder völlig unzureichend entwickeln), auf die das Ich in der Verarbeitung der traumatischen Erfahrung zurückgreifen können müßte.

Ich bin mir der gemachten Einschränkung bewußt, obwohl es unter dem betroffenen Personenkreis eine Reihe von Menschen gibt, die gerade z. B. die Strategie der „Risiko-

kosuche“ als Bewältigungsstrategie ihrer erlebten Defizite anzuwenden versuchen. Andere suchen das Risiko aus unbewußtem Haß auf ihren Körper etc. Ich gehe einmal davon aus, daß die Einsatzführung für Einsätze mit der Aussicht auf traumatische Erlebnisse nur solche Personen aussucht, von denen man annehmen kann, daß sie in ihrer Persönlichkeit (relativ – wer hat keine Macken?) stabil sind und nicht zu einer (Risiko-) Personengruppe gehören. Die Kosten, die man vorher in die Personalauswahl und in die Stabilisierung der Mitarbeiter investiert, bekommt man in den eingesparten Kosten lang dauernder Therapien leicht wieder heraus. Außerdem ist dies eine Frage der Fürsorge und der Verantwortung, die Vorgesetzte für ihre Untergebenen haben.

Für die Therapie wie für die Prävention, wie oben schon gesagt, ist es wichtig, die abgelaufenen und ablaufenden psychischen Prozesse zu verstehen, denn es gilt ja Ansatzpunkte zu finden. Katastrophenszenarien stehen genügend – auch für bislang nicht Betroffene – aus Fernsehberichten zur Verfügung, die psychologisch-psychischen Erscheinungsformen sind schon schwieriger abzubilden.

II. Einige theoretische Hintergründe und Hinweise

Wenn wir uns nun diesem Thema nähern wollen, haben wir uns zu erinnern, daß nach den Erkenntnissen der Gehirn- sowie der Informationsaufnahme- und -verarbeitungsforschung nichts in uns hineingeht, was nicht durch einen **Bewertungs- und Bedeutungsfilter** gelaufen ist. Dabei dient die Informationsverarbeitung in unseren Nervenzellen nicht nur der Befriedigung unserer unmittelbaren Bedürfnisse, sondern erlaubt z. B. in künstlerischem Schaffen weit darüberhinauszugreifen. Das Verlangen, dem Ausdruck zu verleihen, was über das direkt sinnlich Faßbare hinausgeht, ist so stark für Menschen, daß es fast ihrem Überlebenswillen gleichkommt. **Zusammenhänge, Begriffe und Gefühle zu gestalten, die über das Vordergründige hinausgehen**, haben Menschen versucht, solange es sie gibt. Bereits die älte-

sten uns bekannten Malereien zeigen dieses Bestreben, etwas hinter der Realität zu begreifen. Schon die ersten „Künstler“ haben nicht nur nachgebildet, sondern versucht, das Erahnte, das Gefühlte erkennbar zu machen. Das hinter dem Sichtbaren Verborgene sollte Gestalt gewinnen. Ebenso haben sie versucht, die Frage nach der Gewalt, der Gewalterfahrungsbewältigung, dem Leid darzustellen und zu lösen. Auch die Frage, ob der Mensch unsterblich sei, hat uns seit Beginn der Geschichte bewegt. Nach Meinung der Hirnforscher ist uns dieses Verlangen wie die Fähigkeit zur Sprache vorgegeben und angeboren.

Deshalb werden wir – wie auch aus theoretischen Gründen – auf die Persönlichkeit in ihren verschiedenen Dimensionen sowie auf Lehr- und Lernprozesse verwiesen. Ihnen Aufmerksamkeit zu schenken, ist um so notwendiger und wichtiger, als unsere Gene im wesentlichen für die Entwicklung unserer Psyche, also unseres emotional-kognitiven Bereichs inklusive unseres Bewußtseins, sozusagen nur Startprogramme zur Verfügung zu haben scheinen und auf (kommunikative i. w. S.) Interaktion angewiesen sind. Wir sind zwar eine individuelle, einzigartige, unverwechselbare **Person**, aber je eine **Persönlichkeit** (mit einer spezifischen flexiblen (oder rigiden) Persönlichkeitsstruktur) müssen wir in einem äußerst dynamischen Prozeß erst werden. Zu ihrem Heranreifen sind wir auf kommunikativ-personale Interaktion angewiesen. Diese beginnt schon im fötalen Zustand und endet erst im Sterbeprozess. In allen Bereichen unserer leib-seelischen Existenz – auch im emotionalen (siehe die Forschungsergebnisse zur Streßresistenz, des weiteren: unter dem Aspekt der Verfügbarkeit über Bewältigungsressourcen wurden z. B. Personmerkmale als Moderatorvariablen für emotionale Reaktionen erkannt) – sind wir lern- und erfahrungsabhängig. Diesem Umstand verdanken wir es, daß wir im Umgang mit Belastungen und Streß unterschiedlich reagieren und verschiedene effektive (Coping) und nicht effektive (Malcoping) Bewältigungsverfahren und -strategien haben und einsetzen, aber auch, daß wir noch (therapeutische)

Chancen haben, wenn wir die falschen Strategien gewählt und uns somit eine Krankheit zugezogen haben. In letzterem Fall häufig allerdings nicht ohne fachspezifische Hilfe.

Auch die Affektforschung ist sich einig, daß sie einen Affekt nicht als Zustand sondern als einen sich in der Zeit entfaltenden Prozeß zu verstehen hat, an dem alle seelischen Funktionen beteiligt sind. Und von einem psychodynamischen Verständnis psychischer Störungen kann man die – jeder psychischen Störung immanenten – Abwehrvorgänge nur als ein Vermeiden von traumatischen Affekten betrachten. Aus psychodynamischer Sicht sind psychische Störungen als pathologische Veränderungen der Gesetzmäßigkeiten, mit denen einzelne Komponenten verknüpft sind, anzusehen und nicht als Veränderungen in den Komponenten selbst.

Unter den schon oben angedeuteten genetischen Vorgaben ist das **Symmetrieprinzip** von Bedeutung. Dieses „Prinzip der ausgewogenen Ordnung“ war nicht nur in der Evolution wirksam und gilt nach wie vor für wachsende Zellen, es wirkt sich auch in der Gestaltung der Psyche (und ihrer Bewertungskriterien), der Entwicklung unseres Sinnsystems und dem psycho-physischen Zusammenspiel aus. Im künstlerischen und überhaupt gestaltenden Bereich findet es sich als ein Kriterium in der Ästhetik wieder (was wir schön oder nicht-schön, harmonisch oder nicht-harmonisch finden) und dementsprechend: bei traumatischen Erlebnissen als eine zentrale Erfahrung eines unheilen, unausgewogenen, nicht-lebensträchtigen Zustandes. Ich komme darauf später für die personale Wahrnehmung noch zurück. In der Kunst-, Musik- und Bewegungstherapie wird auf dieses Prinzip hilfreich zurückgegriffen.

Aber auch dieses Prinzip unterliegt in seiner Anwendung Lernprozessen. Zum Beispiel kann jeder, um anderen etwas mitzuteilen, was er begrifflich nicht einfach fassen oder formulieren kann, versuchen, seine Kommunikationsbasis zu verbreitern und unter Zuhilfenahme (und Anwendung) dieses Prinzips sich künstlerisch verständlich zu machen. Dies kann

aber auch zu neuen Mißverständnissen führen, da der Betreffende eine (Meta-) Ebene wählt, auf der das Prinzip zwar stimmig ist, die den Kommunikationspartnern aber nicht ohne weiteres zugänglich ist (siehe die moderne Kunst), sie müßten diese Art der Anwendung für sich erst lernen. So aber kann es dazu kommen, daß dieser Versuch als unverständlich oder gar als Zumutung abgelehnt wird, weil man diese künstlerische Sprache des anderen nicht versteht. Nicht-Verstehen führt zu Hilflosigkeit und sie verleitet zur Zerstörung. Oder wenn z. B. unterdrückten Ängsten und verheimlichten Begierden durch künstlerische Mittel Ausdruck verliehen wird, sind oft Schock und Abwehr die Folge.

Auch in der Traumatherapie sind Opfer oft nur in der Lage, sich über Malen auszudrücken (und ihr Trauma zu verarbeiten). Alle Therapeuten müssen erst lernen, diese „Sprache“ zu verstehen und ihren eigenen Schock über das Gemalte zu überwinden.⁵⁾

Nach diesen kurzen Hinweisen möchte ich das weitere an zwei Beispielen erläutern.

III. Zwei Beispiele abgelaufener Prozesse

Nicht nur die bekannten Forscher Lazarus und Seligman schreiben der „**Hilflosigkeit**“ unter den Streßfaktoren einen besonderen Stellenwert zu. Auch die gesamte Kontrollforschung (Forschung des „Locus of control“) konnte in verschiedenen Settings aufzeigen, wie wichtig es für den Menschen ist, **Kontrolle** über die Situation ausüben zu können. Wenn als erster Bedingungspunkt für ein mögliches PTSD (nach MSD) die Plötzlichkeit und Unvorhersehbarkeit des Ereignisses genannt wird, dann deshalb, weil in diesem Falle, die Kontrollierbarkeit weder des Ereignisses, noch der Situation, noch der eigenen Reaktion gegeben ist.

Amerikanische Vietnam-Soldaten mußten im Dschungel mit der Situation des plötzlichen Überfalls, der unvorhersehbaren Komplikation (z.B. Minen) immer rechnen und waren insofern auf das Eintreten unvorhersehbarer Er-

eignisse eingestellt (hätten sie die Minen gesehen, hätten sie sie entschärfen können). Es zeigte sich aber, daß gerade die Erfahrung, diesen Umstand nicht abstellen zu können, sich also in dieser Weise hilflos zu erleben, zur Generalisierung der Kontrollverlust Erfahrung und letztlich zum Zusammenbruch der Kontrollüberzeugung⁶⁾ überhaupt führte. Dieser Prozeß verschärfte sich um so mehr, je länger der Krieg dauerte bzw. sie in dieser Situation waren **und** die Chancen, den Krieg zu ihren Gunsten zu beenden, schwanden. Insofern spielt nicht nur die Plötzlichkeit eine Rolle sondern auch die Erfahrung, diese Situation nicht ändern zu können, ihr hilflos ausgeliefert zu sein – und dies völlig „sinnlos“.

Die Erfahrung der **Sinnlosigkeit** ist in diesem Kontext für die Ausprägung eines PTSD nicht unwesentlich, da das Konstrukt „Kontrollüberzeugung“ mehrdimensional und zielbezogen ist. Der Mensch muß Kontrolle über Situationen, Aktionen und Handlungen ausüben können, um die ihm aufgetragene Gestaltung seiner psychophysischen, sozialen und personalen Existenz, deren er sich im Unterschied zum Tier bewußt ist, durch zielbezogene (Selbst- und Gemeinschaftsverwirklichung) Aktionen verwirklichen zu können. Er kann auf Kontrolle in Partialbereichen, je nach Grad der Ich-Zentriertheit und/oder Ich-Involvierung, verzichten, wenn sie der übergeordneten Zielerreichung dient. (Um nicht zum Außenseiter in einer Gruppe zu werden, kann ich z. B. in einer Gruppe von Vegetariern auf das Fleisessen verzichten, obwohl ich sonst gerne Fleisch esse. Ich schränke also meine Verfügungsmacht über meine Eßgewohnheiten zugunsten der Gruppe ein, weil für mich die Zugehörigkeit zur Gruppe wichtiger ist. Oder: an meinem Arbeitsplatz verzichte ich auf meine Mitbestimmung über meine Arbeit, um meinen Arbeitsplatz zu erhalten oder um längerfristig eine andere Arbeit zu erhalten, die mir mehr zusagt. ...) Je qualitativ höherwertig der Verzicht auf einen Kontrollbereich ist, um so qualitativ höherwertiger muß seine Bedeutung für das Ziel und die Zielerreichung sein, um nicht negative psychische Reaktionen zu bewirken.

Konkret aus der Sicht der Vietnamsoldaten: wenn er, der Soldat, schon auf die Situationskontrolle, und das heißt hier Gefahrenkontrolle, verzichten muß, dann muß die Bereitschaft, die Gefahr auf sich zunehmen, u. U. sein Leben zu opfern, einem Ziel dienen, das dieses Opfer verdient. Wenn dieses Ziel – nach seiner Wahrnehmung und Beurteilung – nicht mehr erreichbar und die Situation (d.h. die Abwendung der Gefahr des Kontrollverlustes) nicht änderbar ist, dann ist die Erfahrung von generalisierter Hilflosigkeit gegeben.

Die Soldaten waren – auf Geheiß ihrer Regierung – nach Vietnam gegangen, um der Bevölkerung ihre Freiheit zu retten. Sie taten dies (anfangs) mit Überzeugung, gemäß ihrer internalisierten Prinzipien und ihres moralischen Selbstverständnisses, überall (wohin sie geschickt werden) letztlich für Recht, Freiheit und Demokratie einzutreten. Im Laufe der Zeit mußten sie aber vor Ort feststellen, daß der (zu bekämpfende, die Freiheit vernichtende) Vietkong sich unter der Bevölkerung „wie ein Fisch im Wasser bewegen“ konnte. D. h. die Bevölkerung wollte sie scheinbar gar nicht „als Befreier“. Diese Wahrnehmung ließ ihre moralische Selbsteinschätzung und Begründung ihres Tuns wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Die aus der Heimat erfolgenden Reaktionen auf den Vietnamkrieg wirkten in dieser Hinsicht dann ebenso wie eine Verstärkung wie ihre gelernte Unfähigkeit, sich mit sittlich-moralischen Fragen auseinanderzusetzen, um eventuell eine neue Orientierung aufzubauen. Damit aber gab es kein übergeordnetes Ziel mehr, für das man sein Leben hätte opfern können.⁷⁾ Es galt also nur noch: überleben – egal wie, kämpfen für sich und seine Kameraden. Es erfolgte – verstärkt noch durch Führungsfehler der Vorgesetzten – eine Regression auf den Kameradenkreis, die kleine Gruppe.

Die kleine, überschaubare und erlebbare Kampfgemeinschaft war zwar schon immer wichtig gewesen, wurde aber nun zum alleinigen emotionalen Bezugspunkt. Dort, wo sie „funktionierte“ (im Sinne von Punkt 6, MSD: „Art und Verfügbare sozialer Unterstüt-

zung“) und für den Einzelnen zur psychophysischen Stütze wurde, wirkte sie nicht nur unterstützend und stabilisierend, sondern war häufig auch der Start für das sogenannte „Überlebenssyndrom“, das Trauma der Übriggebliebenen mit Schulterfahrungen. Deshalb ist – auch in der Therapie – dringend zwischen psychischer Schulterfahrung und Schuld zu unterscheiden. Fragen wie: „Warum er und nicht ich? Bin ich schuld, daß er umgekommen ist? Bin ich schuldig, weil ich noch lebe? ...“, trug jeder mit sich herum, da (fast) täglich Kameraden zu beklagen waren. In diesen Situationen war die „kleine Kampfgemeinschaft“ nicht in der Lage, für die auftauchenden Fragen Antworten zu finden und die drängenden Gefühle adäquat zu bearbeiten, weil die Soldaten auf Grund ihrer Ausbildung und Erziehung auf so etwas nicht vorbereitet waren.

Ganz im Gegenteil wirkte sich die amerikanisch militärische Erziehung z. B. im Hinblick auf den Umgang mit Gefühlen, daß „der Soldat keine Gefühle zu haben habe“, in der Weise negativ aus, daß sie ihre Gefühle nicht nur nicht artikulieren, sondern auch nicht identifizieren konnten und somit nicht – quasi gruppentherapeutisch – bearbeiten konnten. Nicht identifizierbare und nicht zugelassene Gefühle entwickeln aber eine Eigendynamik. Sie verstärkten bei den Soldaten die Sucht nach Betäubung – schließlich am Ende: in jeder Form (siehe die Entwicklung des Drogengebrauchs). Überall dort, wo man diese Bewältigungsstrategie der Verdrängung und Betäubung, die sich dann auch im Rauschmittelkonsum niederschlug, anwandte, führte dies aber auch zum Zerfall der „kleinen Kampfgemeinschaft“ und damit zum Verlust der letzten Ressource. Auf wen hätte sich nun der Vietnamsoldat in dieser Situation noch abstützen und vertrauensvoll verlassen können? Damit war der Kontrollverlust perfekt, denn es gab – erlebnismäßig – keinen Bereich mehr, in dem er sich hätte aktiv steuernd einbringen können: reine „Reaktion“ war gefragt.

Mit Ausnahme der religiös Orientierten, die vertrauensvoll ihre Zukunft in Gott festmachten, schien für alle anderen, Zukunft

ein Zufallsprodukt zu sein. Das Leben wird wie ein Spielball erlebt, der vom Schicksal hin und her geworfen wird, ohne das Geschehen beeinflussen oder sich dagegen wehren zu können. „Man kommt sich vor wie in einem Schlauchboot auf einem reißenden Fluß mit Strudeln, lebensgefährlichen Stromschnellen und ... – und zwar ohne jede Steuerungsmöglichkeit...“ Damit war der letzte stabilisierende Halt für das Ich dahin: die Überlebenschancen (und damit die gerade für junge Menschen besonders bedeutsame Zukunftserwartung) erschienen zufallsabhängig und über den Tod hinaus erlebte sich der Soldat völlig ohne Bedeutung. (Hier zeigte sich die sträfliche Vernachlässigung, über die Bedeutung des Lebens, seiner Perspektiven usw. vorher nachzudenken, in ihrer ganzen Wirkung. Die Vorstellung, ich ziehe für Gerechtigkeit ... in den Kampf und alles weitere interessiert mich nicht, trägt eben in solchen Fällen nicht.)

Die psychische Realisierung des Zusammenbruchs der Identität wurde durch das Kampfgeschehen, durch die Dauerbedrohung, überlagert: Kampf gegen den Zufall – nur noch eins: physisches Überleben. Mit dem Wegfall der Bedrohung nach der Einlieferung ins Lazarett oder der Rückkehr in die Heimat, fiel dann auch diese psychische Abwehrstrategie (Abspaltung von Realität / Vertagung auf Morgen) in sich zusammen, sie hatte ausgesiedet. Es blieb eine grenzenlose Ich-Leere. Die Folgen sind bekannt.

Da keine generelle psychische Nachsorge stattfand, fiel ein Teil der Soldaten durch alle sozialen Netze hindurch. Ein anderer Teil versuchte zwar, über die eigene Familie wieder soziale Beziehungen aufzubauen und zu leben, aber es gelang entweder gar nicht – trotz allen Engagements der Familienmitglieder – oder aber ist bis heute sehr problematisch geblieben. Ein weiterer Teil der Soldaten konnte sich im Laufe der Zeit durch Ortswechsel von der Drogenabhängigkeit befreien, eine neue Tätigkeit ermöglichte neue Perspektiven, aber die traumatischen Erfahrungen wirken sich bis jetzt störend aus.

Dies war das erste Beispiel, in einem weiteren möchte ich Ihnen eine weitere Variante einer Ent-

wicklung zu einem PTSD andeuten. Damit soll sichtbar werden, daß die persönliche (physische) Verletzung nicht eine unbedingte Voraussetzung⁸⁾ zu einer „post-traumatischen Belastungsstörung“ ist. Ich möchte Ihnen die Krankenschwester Marylin vorstellen, die sich ihr Trauma in der Verwundetenbetreuung holte. (Ich könnte ähnliches auch an Beispielen deutscher Krankenschwestern deutlich machen, die mir von ihren – bis heute nachwirkenden – traumatischen Erfahrungen in Lazaretten in Rußland, Ostpreußen und Schlesien im Zweiten Weltkrieg berichtet haben.)

Marylin war Krankenschwester in einem „Field Hospital“ (Feldlazarett) in Vietnam, in das täglich – manchmal rund um die Uhr – die (Schwerst-) Verwundeten eingeliefert und versorgt wurden. Täglich wurde sie konfrontiert mit verstümmelten jungen Menschen, mit ihrem Wimmern ... ihren Alpträumen und Traumreden und -handlungen bzw. Handlungsversuchen⁹⁾, ihren verzweifelten Fragen ... und ihrem qualvollen Sterben. Täglich wurde sie konfrontiert mit dem Leid, mit der menschlichen Zerbrechlichkeit, mit dem qualvollen Ende, das oft von ihr als Verlust erlebt wurde – gerade dann, wenn sie sich des Betreffenden viel annehmen mußte – aber auch als Erlösung für den Betreffenden. Sie wurde konfrontiert mit – auch von ihr nicht beantwortbaren – Fragen nach dem Sinn des ganzen, nach Gott, der dies zuließ, nach dem, was der Mensch eigentlich ist usw. ... – und dies alles auf dem Hintergrund einer eigentlich „schönen harmonischen Natur“, denn das Lazarett lag in einer herrlichen Gegend.

Der Dienst ließ wenig Zeit zur Besinnung und wenn Zeit gegeben war, suchte man sich zu zerstreuen: abschalten, seine Erschöpfung kompensieren. „Ohne zu denken, ließen wir die Natur auf uns wirken. Ich hatte keine Kraft, mich irgendwelchen Fragen zu stellen, obwohl ich immer innerlich spürte: das kann doch nicht sein.“ Da sie das Erleben aber nicht adäquat verarbeitete / verarbeiten konnte, wurde es konditioniert an z. B. die herrlichen Sonnenuntergänge (weil es meistens die Zeit war, in der sie eine Pause haben konnte.)

Hier wurde, wie bei den Soldaten im vorstehenden Fall, mit dem Abwehrmechanismus der **Abspaltung** von Realität durch Vertagung gearbeitet. Die Arbeit mußte getan werden, man mußte funktionieren – und funktionierte, aber auf Kosten der Psyche. Man muß sich wundern, wie lange dies System so gut funktionieren konnte und funktioniert hat.

Dies war, nebenbei bemerkt, einer der Gründe, weshalb man „höheren Orts“ meinte, auf eine Nachsorge – in der Zeit des Einsatzes vor Ort und direkt danach – verzichten zu können. („Es ist doch alles in Ordnung, es hat doch alles geklappt.“) Teamgespräche zur Ver- und Bearbeitung der Erfahrungen waren nicht vorgesehen und fanden nicht statt – auch nicht mit den Militärseelsorgern, die man übrigens auch nicht für nötig hielt (Ärzte- und Pflegeteams brauchen so etwas offensichtlich nicht! Dies wurde auch im Golfkrieg – für den Sanitätsdienst im Unterschied zu den (Kampf-)Soldaten – nicht geändert.¹⁰⁾

Nach Beendigung ihres Einsatzes zurück in der Heimat arbeitete sie bruchlos weiter im Krankenpflegedienst – bis zu ihrem Einsatz im Golfkrieg. Erst hier machte sich ihr PTSD bemerkbar und zwar so stark, daß sie abgelöst werden mußte. Auslöser war gerade die Naturerfahrung (Sonnenuntergang in der Wüste), die in Vietnam Entspannung bewirkt hatte. In der Heimat schien sich alles normalisiert zu haben, allerdings über ihre Erfahrungen aus Vietnam konnte sie auch dort nicht reden. Am Anfang hatte es ihr den Mund verschlossen, später fand sich niemand, der zuhören wollte/konnte.

Was hatte sich bei ihr nun psychisch ereignet?

Jetzt ist es an der Zeit, sich an das oben genannte „**Symmetrieprinzip**“, das „Prinzip der ausgewogenen Ordnung“ oder „das Prinzip der heilen Gestalt“ zu erinnern, das als organisierendes Kriterium nicht nur in der Natur, sondern auch in allen menschlichen physischen und eben auch psychischen Prozessen wirksam ist. In unserem Fall wird es mindestens auf drei Ebenen verletzt.

Die Wahrnehmung der Verwundeten verletzt das Kriterium über die Ästhetik auf der physiolo-

gischen Ebene: der Verwundete, vor allem der Schwerstverwundete, widerspricht dem „heilen Organismus“ und ruft zunächst eine Reaktion hervor wie bei einer Eigenverwundung – abhängig vom Empathiegrad. Hier hätte sich die Schwester „klar machen“ müssen (Wirklichkeitswahrnehmungsabklärung betreiben müssen in dem Sinn): Nicht ich bin verwundet, er ist verwundet. Selbst wenn dies geschehen wäre, so blieb die Feststellung, daß dieser Zustand des Soldaten, als Verwundeter, nicht seiner (biologischen) Bestimmung entspricht. (Verletzung des Prinzips der individuellen organismischen Entwicklung: Schaffung eines gesunden, funktionsfähigen Organismus, der gemäß dem Prinzip der heilen Passung in der Lage ist, seine Beziehung: Individuum – Umwelt wohlgeordnet und konstruktiv zur weiteren Entwicklung seines Lebens, zum Leben und Überleben zu gestalten. Da es sich hier um biologisch-ästhetische Kriterien handelt, kommt die geistige Dimension nicht ins Blickfeld.)¹¹⁾

Diese Wahrnehmungen produzieren nun drittens die Frage nach der Integration dieser Abweichungen in das eigene Kriteriumsschema von 'heil – unheil' entweder in **kommunikativer Auflösung** wie oben am Beispiel unverständlicher Kunst¹²⁾ dargestellt (was hier nicht machbar ist, denn Verwundung an sich macht keinen Sinn) oder aber in **altruistischer Wendung**: dieses Unheile zu pflegen und das Beste aus der Situation und für den Verwundeten zu machen, um so die Spannung zwischen Heil und Unheil zwar nicht aufzulösen aber doch aushalten zu können. Diese – von der Schwester durchaus geleistete – Wirklichkeitsakzeptanz erforderte aber sozusagen einen ständigen „**Trauerprozeß**“, indem sie von ihren Idealkriterien ihrer eigenen psychophysischen Organisation und ihres **Sinnsystems**¹³⁾ Abschied nehmen mußte. Die geforderten Korrekturen in ihrem persönlichen Sinnsystem mußte sie in den verschiedensten Variationen und auf den verschiedensten Feldern leisten. Dies ist für uns durchaus nachvollziehbar, wenn wir die geschilderten abweichenden psychisch-emotionalen Reaktionen ihrer Patienten mitberücksichtigen.

Denn die Ausdrucksweisen ihrer Patienten entsprachen ja alle nicht der (am Gesunden orientierten) „Normalerwartung“, auch wenn sie, an dem Krankheitsgeschehen gemessen, sehr normal sind. So eine – in die persönliche Orientierung tief eingreifende – Dauerarbeit wirft bei jedem, der diese Leistung zu vollbringen hat, die Frage nach dem Sinn in jeder Dimension auf: warum Krieg, warum schickt uns die Regierung hier hin, warum das Leid, was ist der Mensch, wie kann Gott das zulassen, gibt es dann überhaupt einen Gott ... ? Dazu thematisiert diese Wirklichkeitsakzeptanz die Angst vor dem Selbstzerbrechen und möglichem Versagen im Bestehen solcher Situation.

Damit wiederholen sich nun alle psychischen Verarbeitungsanfragen und damit gegebenen Fragen jetzt auf der „Selbst-Ebene“. Die Träume der Betroffenen signalisieren dies sehr deutlich. Die geträumten Katastrophen und traumatischen Situationen beinhalten immer Szenen, in denen sie sich als Selbstverwundete wiedererkennen (könnten, obwohl auch das geträumte Verwundetenbild eigentümlich verschwommen bleibt und kein Gesicht besitzt) – eben auch dann, wenn sie selbst nie verwundet worden sind. Schweißnaß werden sie wach und müssen sich erst einmal vergewissern, daß an ihnen noch alles dran ist und sie noch heil sind.

Diese gesamten psychisch ablaufenden Prozesse werden nun noch einmal durch die Erfahrung der **Hilflosigkeit** und ihrer psychischen Bewältigungsanfragen überlagert und damit wechselwirkend überhöht. Denn auch das Prinzip der heilen Ordnung verlangt Wiederherstellung oder wenigstens Aktivitäten in Richtung Wiederherstellung. Wenn die Erfahrung aber lehrt, daß dies nicht möglich ist, man sich ja gerade hierin hilflos erlebt, und dies auch noch durch das Sterben bestätigt wird, dann haben wir hier eine weitere Ebene der Prinzipverletzung, die nun auch noch die ethische Ebene der Verantwortung tangiert und damit das Schulterleben.

Es tauchen hier die gleichen Fragen auf wie bei den Soldaten: warum er, was hab ich falsch gemacht, warum konnte ich es nicht



Begleiter, Zuhörer, Tröster:

Militärpfarrer Thomas Eisenmenger beim Feldgottesdienst für deutsche Soldaten in Belet Huen/Somalia, März 1994.

Der Soldat darf in der Auseinandersetzung mit der Begrenzungs-, Ohnmachts-, Hilflosigkeits-, Leid- und Schulderfahrung, mit der Abklärung des eigenen Gottes- und Weltbildes nicht allein gelassen werden.

„Es kommt alles darauf an, daß der Soldat eine sittlich gefestigte Persönlichkeit ist und über die Fähigkeit verfügt, sich sittliche Urteile bilden und im sittlichen Handeln umsetzen zu können.“ (s. Ditzer S. 32)
Wer kann mehr zur Festigung eines sittlichen Urteils beitragen als der Seelsorger, der die Soldaten im Dienst und bei ihren schwierigen Einsätzen begleitet. Eine Begleitung, die nicht der Erhöhung der Kampfmoral dient, sondern allein dem Menschen, seiner von Gott gegebenen Würde und seiner unsterblichen Seele gilt. Unabhängig von ihrer Konfessionszugehörigkeit sind die Soldaten den Kirchen dankbar, daß sie die seelsorgerische Begleitung sicherstellen. (Foto: KNA-Bild)

verhindern ... Fragen, die ihrerseits das Ohnmachtsgefühl, das Hilflosigkeitsgefühl, verstärken.

Die **Altruismuswendung**, das Unerträgliche in seelische Stärke zu verwandeln, läßt sich nur durchhalten, wenn sich im Hinblick auf solche Erfahrungen gleichzeitig mein Selbst-, Menschen- und Weltbild ändert, wenn ich mir selbst andere Ressourcen erschließen kann und mich nicht für absolut und autonom setzen muß. Nicht ohne Grund wurden die religiös Orientierten besser mit der Situation fertig, was auch andere Untersuchungen bestätigen. Auch wenn sie Gott die Schuld für das Desaster zuschoben, so hatten sie doch wenigstens eine Schuldverschiebungsebene. Diejenigen, die Gott in den Leidenden wiedererkannten, konnten darauf hoffen, daß er es letztlich schon richten würde. Für diejenigen, die auf ein Leben im Jenseits hofften, hofften für den Schwerstverwundeten/Sterbenden auf ein besseres Leben und seine dortige Wiederherstellung. Auch wenn manche „aufgeklärte“ Psychologen¹⁴ meinen, solche Verfahren unter „unreife Abwehrmechanismen“ subsumieren zu sollen, während ich sie unter die „reifen Abwehrmechanismen“ einreihen würde, so bleibt meine Erfahrung, daß alle anderen Verfahren, die sich der wahnhaften Projektion, der Projektion, der Phantasien, der Verleugnung, der Wirklichkeitsverzerrung etc. bedienten, es nicht verhindern konnten, daß es letztlich zur Ausprägung eines PTSD kam. Außerdem wird von solchen Psychologen verkannt, daß auch die Entwicklung der „reifen Abwehrmechanismen“ mit den Bereichen Altruismus, Sublimation, Unterdrückung/Kontrolle, Antizipation/Vorwegnahme, Humor gerade der geistigen Durchdringung bedürftig sind.

In allen meinen Gesprächen mit Betroffenen um Verwundung, Schuld, Leid usw. wechselten diese Anfrageebenen dauernd. Hier wurden nicht nur die wechselwirkende Dynamik der intrapsychischen Ebenen deutlich, sondern auch das Fehlen von Zusatzkriterien und Antwortmodellen (auf die vorstehend ausgeführten Fragen), die der Psyche in ihrem kreativen Akt, mit den Belastungen fertig zu werden, als Ressource hätten dienen

können. Dies ist noch einmal ein Hinweis auf den notwendigen Lernprozeß für die Differenzierung der uns angeborenen Prinzipien. Die Philosophie des „positiv Denkens“ reicht nicht aus. (Ebenso wenig reichen die Anwendung der NLP-Techniken in der Therapie aus. Dabei mögen Einzelmomente aus ihr durchaus hilfreich sein, um z. B. Konditionierungen zu überwinden oder Gegenkonditionierungen für den Heilungsprozeß fruchtbar zu machen.)

Auch die in der Situation unverzichtbaren Teambesprechungen oder Verarbeitungsgespräche führen nur dann zu dem gewünschten Erfolg, wenn sie auf Vorarbeiten zurückgreifen und deren Ergebnisse differenzierend anwenden können.

Soll ich an dieser Stelle und etwas abrupt zum Ende kommen und Schlüsse ziehen, so sind nach meiner Erfahrung für die Vermeidung von PTSD, einer Posttraumatischen Belastungsstörung, folgende Maßnahmen unverzichtbar:

IV. Geistig-psychische Vorbereitung

Abklärung, Differenzierung und Integration der eigenen Emotionen verbunden mit der Fähigkeit, eigene und fremde Emotionen zulassen und über sie reden zu können.

Dabei können, indem in sich-aufeinander-einlassenden Gesprächen über Erfahrungen, Empfindungen und Gefühle geredet wird, diese auch gleichzeitig differenziert ... und ein adäquater Kommunikationsstil eingeübt werden.

Wenn dann auch noch Schuldempfindungen thematisiert werden, kann gelernt werden, zwischen emotionaler Schuld Erfahrung und Schuld zu differenzieren.

Abklärung des eigenen Menschen- und Selbstbildes, Überwindung ego-zentrierter individualistischer Betrachtungsweisen. Abschied ist zu nehmen von der Illusion, sich selbst allein machen zu können. Realisierung der Tatsache, daß wir nur über eine Beziehungsidentität verfügen, Würdigung und Aufbau adäquater Sozialbeziehungen. Installation eines tragfähigen „Social Networks“, die eigene

Familie¹⁵) reicht nicht – auch wenn sie gut ist. Entwicklung von Verzichtsfähigkeit (auf allen Ebenen). Hinterfragung von (gesellschaftlich vermittelten) Fremdbildern (Single-Existenzen sind häufig das Opfer u. a. solcher gesellschaftlich vermittelter und internalisierter Lebensgestaltungsmodelle).

Auseinandersetzung mit der Begrenzungs-, Ohnmachts-, Hilflosigkeits-, Leid- und Schuld Erfahrung. Abklärung des eigenen Gottes- und Weltbildes, sowie der ethischen Konzepte, der Werthierarchie(n) und ihrer Anwendungspraxis. Überwindung von Allmachts- und Selbstverwirklichungsphantasien. Abklärung der eigenen Kompensationsmechanismen (Risk-Seeker, Bodybuilder, Extremsportler ... Alle diese Aktivitäten mögen zwar „Fun“ produzieren, aber tragen nur wenig zur Stärkung des Ich bei. Bodybuilder wollen zwar die Enge ihres Gehäuses verlassen und frei werden, machen aber den Körperpanzer immer dichter. Die Erfahrung von Freiheit ist auf diesem Weg offenbar nicht zu erreichen. Freiheits Erfahrung ist immer gebunden an Verantwortungserfahrung und Sittlichkeit).

(Relative) Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Meinungen für die Bildung des eigenen Urteils. Überprüfung und Differenzierung der eigenen „Kontrollüberzeugungen“ sowie der eingesetzten Kompensationen.

V. Praktische Vorbereitung

Aufbau von Gesprächsgruppen und Entwicklung der Kommunikationsfähigkeit.

Wichtig ist auch die Entwicklung einer Kommunikationsbereitschaft, weil sich üblicherweise bei Traumatisierten eine Furcht vor und eine Vermeidung von Stichworten findet, die den Leidenden an das ursprüngliche Trauma erinnern könnten. Wenn Menschen aber gelernt haben, über Belastungen zu reden und dabei die Erfahrung von Erleichterung und Problemlösung gemacht haben, tun sich die Betroffenen später leichter, über ihre Erlebnisse gleich zu reden und in der Therapie hat man einen leichteren Zugang.

Außerdem muß dabei Geduld

im Umgang miteinander gelernt werden, denn es gilt für die Bezugsgruppe, den Traumatisierten in seiner Art der sozialen Kommunikation auszuhalten. Sein Verhalten ist ja – bedingt durch sein Gefühl von Betäubtsein, emotionaler Stumpfheit und Gleichgültigkeit gegenüber anderen Menschen – gekennzeichnet durch Teilnahmslosigkeit der Umgebung gegenüber sowie der Vermeidung von Aktivitäten und Situationen, die ebenfalls Erinnerungen an das Trauma wachrufen könnten. Der Umgang mit solchen Menschen macht nicht sehr viel Spaß. Da Spaß zu haben, aber auf der Prioritätenliste unserer Bevölkerung ganz oben steht, werden solche Menschen sehr schnell fallen gelassen.

Vorgesetzte müssen lernen, ablaufende psychische Prozesse zu

erkennen und entsprechende Gruppengespräche mit den entsprechenden Inhalten leiten zu können. So richtig im MSD der Punkt 6 ist: „Art und Verfügbarkeit sozialer Unterstützung“, so dürfte vorstehend deutlich geworden sein, daß „Art“ Kompetenz beinhaltet, wenn nicht der Satz gelten soll: Wie können Blinde Blinde führen.

Letztlich ist in der Gesellschaft ein Verständnis für Traumaerfahrungen und Traumatisierte zu wecken, damit der „Hilflosigkeit der Helfer“ durch gesellschaftliches Verständnis und Hilfe ein weiteres Moment entgegengesetzt werden kann.

Ich möchte damit schließen, es gäbe sicherlich noch etliches für die Prävention zu bedenken. Das, was ich Ihnen vortragen konnte,

war bruchstückhaft und ist ergänzungsbedürftig. Mir kam es darauf an, Sie auf ein paar Punkte hinzuweisen, die sich eigentlich auch aus der theoretischen Forschung nahelegen und mir vor Jahren in den therapeutischen Gesprächen aufgefallen waren, die aber dennoch – bis heute – wenig ventiliert werden. Vielleicht gilt für das Gespräch über und mit Menschen mit Traumaerfahrungen das, was die Therapieforschung ebenfalls ans Tageslicht gebracht hat: In der Therapie werden (nur) die Dimensionen eines psychischen Geschehens sichtbar und thematisiert, die der Therapeut bereit ist zuzulassen. Abschließend möchte ich um Nachsicht bitten, daß ich Ihnen so viel Komplexität und damit Anstrengung zumuten mußte.

Literatur:

- Berentzen**, Detlef, 1995, Alliierte Traumata. 50 Jahre nach Kriegsende wurden nun die Leiden der Sieger untersucht. In Ztschr.: PSYCHOLOGIE HEUTE, 22. Jg., H. 4, S. 8 f.;
- Bergmann**, Jucovy; Kestenberg (Hrsg.), 1995: Kinder der Opfer, Kinder der Täter. Psychoanalyse und Holocaust. Aus dem Amerikanischen von Elisabeth Vorspohl. Frankfurt/Main;
- Branik**, E.; Rosenfeld-Prusak, K., 1992: Zur psychischen Situation von jüdischen Jugendlichen in Deutschland. In Ztschr.: Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie 20 (4), S. 273–279;
- Cherepanova**, Elena M., 1993: Hypnose bei der Therapie des posttraumatischen Belastungssyndroms. In Ztschr.: Experimentelle und klinische Hypnose, 9 (1), S. 1–10;
- Dittmann-Kohli**, Freya, 1995: Das persönliche Sinnsystem. Ein Vergleich zwischen frühem und spätem Erwachsenenalter. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle;
- Faller**, Hermann; Verres, Rolf, 1990: Emotion und Gesundheit. In: Scherer, Klaus R. (Hrsg.), Psychologie der Emotion, Göttingen, Toronto, Zürich, S. 706–765;
- Gäbler**, Karin, 1993: Extremtraumatisierung in der Pubertät. Grundlagen spezifischer Erziehungs- und Bildungskonzeptionen für die nachfolgenden Generationen von jüdischen Verfolgten während des deutschen Nationalsozialismus. Reihe: Europäische Hochschulschriften, Reihe 6, Psychologie, Band 421, Frankfurt/Main;
- Götzen**, Ulrich, 1994: Umfassende Trauma- und PTSD-Therapie-Interventionen mit NLP. In Ztschr.: MultiMind – NLP aktuell 2, S. 25–27;
- Kestenberg**, Judith S., 1993: Spätfolgen bei verfolgten Kindern. In Ztschr.: Psyche 47 (8), S. 730–742;
- Korittko**, Alexander, 1993: Trauma: Wenn nichts mehr ist, wie es war. Post-traumatische Stress-Reaktionen. In Ztschr.: PSYCHOLOGIE HEUTE, 20. Jg., H. 4, S. 54–57;
- Krause**, Rainer, 1990: Psychodynamik der Emotionsstörungen. In: Scherer, Klaus R. (Hrsg.), Psychologie der Emotion, Göttingen, Toronto, Zürich, S. 630–705;
- Kreiner**, Armin, 1994: Gott und das Leid. Reihe: Bonifatius/Kontur Band 8385, Paderborn;
- Krohne**, Heinz W.; Kohlmann, Carl-Walter, 1990, Persönlichkeit und Emotion, In: Scherer, Klaus R. (Hrsg.), Psychologie der Emotion, Göttingen, Toronto, Zürich, S. 485–559;
- Laux**, Lothar; Weber, Hannelore, 1990: Bewältigung von Emotion, In: Scherer, Klaus R. (Hrsg.), Psychologie der Emotion, Göttingen, Toronto, Zürich, S. 560–629;
- Renic**, Marijan, 1993: Posttraumatisches Streß-Syndrom in der Arbeit mit bosnischen Folteropfern. In Ztschr.: Integrative Therapie 19 (4), S. 408–422;
- Saigh**, Philip A. (Hrsg.), 1995: Posttraumatischer Streß. Diagnose und Behandlung psychischer Störungen bei Opfern von Gewalttaten und Katastrophen. Aus dem Englischen übersetzt von Matthias Wengenroth. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle;
- Solomon**, Zahava; Mikulincer, Mario; Freid, Batia; Wosner, Yohanan, 1987: Family Characteristics and Posttraumatic Stress Disorder. A Follow-Up of Israeli Combat Stress Reaction Casualties. In: Family Process vol. 26, Nr. 3 (September), S. 283–294;
- Stade**, Claudia A.; Petermann, Ulrike, 1993: Kinder im ehemaligen Jugoslawien. In Ztschr.: Pädagogisches Forum 4, S. 179–181;
- Zarbock**, Gerhard, 1994: Emotional-imaginative Umstrukturierung traumatischer Episoden. In Ztschr.: Verhaltenstherapie 4 (2), S. 122–129.

Anmerkungen:

- 1) Für den militärischen Bereich bearbeiteter Vortrag, gehalten auf der „Internationalen Tagung 'Trauma und Katastrophe'“ (15.05.-17.05.1995) an der Fachhochschule Villingen-Schwenningen Hochschule für Polizei.
- 2) ICD-10 ist die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelte „In-

ternationale Klassifikation der Krankheiten“ in der 10. Revision. Das psychiatrische Kapitel V (F) ist die erste internationale psychiatrische Diagnosenklassifikation, die eine einheitliche, an operationalen Kriterien orientierte Definition psychischer Krankheiten vornimmt. Das Kapitel V (F) der ICD-10

folgt darin dem Vorbild des „Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders“ in der dritten Revision (DSM-III bzw. DSM-III-R) der American Psychiatric Association (APA). In ICD-10, F43.1. ist die „Posttraumatische Belastungsstörung“ beschrieben: Diese entsteht als eine verzögerte oder

protahierte Reaktion auf ein belastendes Ereignis oder eine Situation außergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigen Ausmaßes (kurz oder langanhaltend), die bei fast jedem eine tiefe Verzweiflung hervorrufen würde. Hierzu gehören eine durch Naturereignisse oder von Menschen verursachte Katastrophe, eine Kampfhandlung, ein schwerer Unfall oder Zeuge des gewaltsamen Todes anderer oder selbst Opfer von Folterung, Terrorismus, Vergewaltigung oder anderen Verbrechen zu sein. Prämorbidie Persönlichkeitsfaktoren wie bestimmte Persönlichkeitszüge, (z.B. zwanghafte oder asthenische) oder neurotische Erkrankungen in der Vorgeschichte können die Schwelle für die Entwicklung dieses Syndroms senken und seinen Verlauf verstärken, aber die letztgenannten Faktoren sind weder nötig noch ausreichend, um das Auftreten der Störung zu erklären.

Typische Merkmale sind das wiederholte Erleben des Traumas in sich aufdrängenden Erinnerungen (Nachhallerinnerungen, flashbacks), oder in Träumen, vor dem Hintergrund eines andauernden Gefühls von Betäubtheit und emotionaler Stumpfheit, Gleichgültigkeit gegenüber anderen Menschen, Teilnahmslosigkeit der Umgebung gegenüber, Anhedonie sowie Vermeidung von Aktivitäten und Situationen, die Erinnerungen an das Trauma wachrufen könnten. Üblicherweise findet sich Furcht vor und Vermeidung von Stichworten, die den Leidenden an das ursprüngliche Trauma erinnern könnten. Selten kommt es zu dramatischen akuten Ausbrüchen von Angst, Panik oder Aggression, ausgelöst durch ein plötzliches Erinnern und intensives Wiedererleben des Traumas oder der ursprünglichen Reaktion darauf.

Gewöhnlich tritt ein Zustand vegetativer Übererregbarkeit mit Vigilanzsteigerung, einer übermäßigen Schreckhaftigkeit und Schlaflosigkeit auf. Angst und Depression sind häufig mit den genannten Symptomen und Merkmalen assoziiert und Suizidgedanken sind nicht selten. Drogeneinnahme oder übermäßiger Alkoholkonsum können als komplizierende Faktoren hinzukommen.

Verlauf: Die Störung folgt dem Trauma mit einer Latenz, die Wochen bis Monate dauern kann (doch selten mehr als 6 Monate nach dem Trauma). Der Verlauf ist wechselhaft, in der Mehrzahl der Fälle kann jedoch eine Heilung erwartet werden. Bei wenigen Patienten nimmt die Störung über viele Jahre einen chronischen Verlauf und geht dann in eine dauernde Persönlichkeitsänderung über.

- 3) DSM-III „Diagnostic and Statistic Manual of Mental Disorders“ in der dritten Revision, verfaßt von der American Psychiatric Association“ (APA). In das DSM III wurde das PTSD aufgenommen.
- 4) MSD (Merck Sharp and Dohme Research Laboratories) „The Merck manual of diagnosis and therapy“, deutsch hrsg. von MSD Sharp & Dohme GmbH, Bearbeitung: K. Wisemann,

München, 4. Aufl. 1988, ist ein medizinisches „Manual der Diagnostik und Therapie“, das von der Firma Merck herausgegeben wird und zum weitest verbreiteten medizinischen Buch auf der ganzen Welt geworden ist. Hier zitiert nach: S. 2755.

- 5) Während der Therapie eines jungen Mannes, der durch Verhaltensstörungen aufgefallen war, malte dieser nach einigen Sitzungen schreckliche Bilder von KZ- und Folter-Szenen. Dies führte zur totalen Verunsicherung des Therapeuten, der nun meinte, sich mit dem Phänomen des Rechtsradikalismus auseinandersetzen zu müssen. Im Verlauf der weiteren Sitzungen meinte der junge Mann dann aber, seine Bilder interpretierend, so wie es auf seinen Bildern aussieht, so sehe es in seinem Inneren aus. Er konnte seinen inneren Zustand nur in diesen Bildern beschreiben.
- 6) der Überzeugung, Kontrolle über alle Bereiche ausüben zu können, die für die Gestaltung meines Lebens wichtig sind.
- 7) Die von mir gemachte Beobachtung wird auch bestätigt durch eine Untersuchung der englischen Psychologen Nigel Hunt und Ian Robbins von der University of Plymouth an 710 befragten alliierten Veteranen des Zweiten Weltkriegs, von denen bis zu 30 Prozent fünfzig Jahre nach Kriegsende noch immer so sehr unter Stresssymptomen leiden, daß ihr Alltag nicht als „normal“ bezeichnet werden kann. Von dem beachtlichen Teil, der keine Störungen aufwies, sagt Nigel Hunt: Diejenigen, die scheinbar keine Probleme haben, erinnern sich an die Kameradschaft während des Krieges, daran, daß sie interessanten Menschen begegneten oder mehr von der Welt sahen. Oder aber sie sahen einen Sinn in dem Krieg, begriffen ihn als Kampf gegen die Nazis oder – oft genug – als die einzige Möglichkeit, endlich Frieden in Europa zu schaffen. ... Die britischen Veteranen, so Nigel Hunt, nahmen den „Stressor Krieg“ auf verschiedene Art und Weise wahr und reagierten entsprechend unterschiedlich. Alle hatten – mehr oder weniger – gleich brutale und schlimme Erfahrungen gemacht, aber entscheidend für die psychische Gesundheit waren die individuellen Rezeptionsmuster dieser Erfahrungen. (Zitiert nach Detlef Berentzen, Alliierte Traumata. 50 Jahre nach Kriegsende wurden die Leiden der Sieger untersucht. In Ztschr.: Psychologie heute, 1995, 22. Jg., H. 4, S.8 f.
- 8) Deshalb wurde bei der Abfassung der Phänomenbeschreibung im ICD-10 auch die Formulierung dahingehend geändert: „oder Zeuge des gewaltsamen Todes anderer“. (Siehe Fußnote 2).
- 9) ein besonders drastisches Beispiel: in der Phase, als die Offiziere ihre Pistole noch im Lazarett bei sich behalten durften, schoß plötzlich einer im Krankenzimmer umher, weil er meinte, in seinen Mitpatienten den Vietkong zu erkennen.
- 10) Daß die Nationalsozialisten in der Wehrmacht offiziell keine Seelsorger für ihre Lazaretteams hatten, kann man aufgrund ihrer Ideologie nachvollziehen. Praktisch vollzogen als Sanitäter eingezogene Priester entsprechende

Dienste – mehr oder weniger abhängig von der „Gnade“ ihrer Vorgesetzten. Welche Ideologie die Amerikaner in ihrer Politik bestimmten, müßte man mal noch untersuchen.

- 11) Um sich zu verdeutlichen, was hier gemeint ist, muß man sich seine eigenen spontanen Reaktionen auf den Anblick von Schwer- oder Schwerstbehinderten vergegenwärtigen, die in der Regel – zumindest bei denjenigen, die nicht häufig mit solchen Menschen zu tun haben – ebenso biologisch-reaktiv bestimmt sind. Erst in dem Augenblick, in dem wir uns bewußt machen, daß der betreffende Mensch nicht in der Körperlichkeit und ihrem Erscheinungsbild aufgeht und der Betreffende ganz andere Qualitäten haben kann und hat, überwinden wir die Erstreaktion.
- 12) vgl. z. B. der „Zerrissene Mensch“ in Rotterdam als Symbol für die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg.
- 13) Zur Existenz und Bedeutung von persönlichen Sinnsystemen siehe die empirische Studie von Freya Dittmann-Kohli (1995): Das persönliche Sinnsystem ...
- 14) So schreibt z. B. Heiko Ernst in seinem Artikel „Das Immunsystem der Seele. Wie das Ich die psychische Gesundheit erhält und uns davor bewahrt, den Verstand zu verlieren.“ (In: PSYCHOLOGIE HEUTE, 1995, 22. Jg., H. 2, S. 23): „Die Verleugnung der externen Realität ist in der Regel ein ‘Privileg’ der Kindheit und der Träume. Sie wird aber auch dort aufrechterhalten, wo Realität nie wirklich überprüft werden muß – in religiösen oder politischen Glaubenssystemen.“ Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß es Menschen gibt, die ihre Religion benutzen, um sich der Realität zu entziehen. Sie würden vermutlich in der oben zur Debatte stehenden Situation auch nicht zu Rande kommen. Wer sich dagegen der Situation des Leides und der mit ihr implizierten Gottesfrage stellt, kommt nicht nur zu einem reiferen Gottesbild, sondern leistet auch der Entwicklung zu „reifen Abwehrmechanismen“ einen unschätzbaren Dienst. Wie in der Menschheitsgeschichte um die Frage des Leides gerungen wurde, welche Wege und Irrwege gegangen wurden, welche Antworten von Religiösen und Nichtreligiösen tragen und nicht tragen, darin gibt die leicht lesbare Schrift von Armin Kreiner „Gott und das Leid“ einen Einblick. Aber ich würde Heiko Ernst zustimmen, wenn er mit seiner Einlassung meint, daß die Thematik zu bearbeiten sei und man nicht auf dem Stand eines Kindes oder eines(r) Pubertierenden verharren dürfe.
- 15) Zahava Solomon u.a. berichteten 1987 aus einer Follow-Up Studie an israelischen Soldaten mit Kriegsstreßerfahrungen, daß ein Jahr danach diejenigen Soldaten, die es gewohnt waren, ihren Gefühlen freien Ausdruck zu verleihen, weniger unter PTSD litten, Soldaten, die in ihren Familien einen hohen Konfliktgrad erlebten, entwickelten eher PTSD als ledige Soldaten.

VERABSCHIEDUNG MGv DR. ERNST NIERMANN

„Der richtige Mann, am richtigen Fleck, zur richtigen Zeit“

Nach 29 Jahren Dienst in der katholischen Militärseelsorge in den Ruhestand verabschiedet

Klaus Brandt

1. Lebensweg

Am 1. Juni 1966 hat Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann als 36-jähriger Kaplan die Stelle des Standortpfarrers bei der Bundeswehr in Münster-Handorf übernommen. Der Sohn eines Arztes erlebte die Schrecken des Zweiten Weltkriegs als Kind und Jugendlicher, war aber selbst nie Soldat gewesen. Sein Studium der Philosophie und Theologie in Bonn, Innsbruck und Madrid von 1950–58 beendete er 1963 in Innsbruck mit dem Doktor der Theologie. Nach seiner Priesterweihe am 2. Juli 1958 in Aachen sammelte er als Studentenpfarrer und als Seelsorger in Düren, St. Anna, Erfahrungen, bevor ihn der Bischof von Aachen zum Dienst in der Militärseelsorge freistellte. Im Oktober 1967 folgte die Versetzung nach Hamburg zur Heeresoffizierschule II als Seelsorger und Dozent. 1972 wurde er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für katholische Theologie an das spätere Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr berufen. Allerdings war diese Verwendung nur von kurzer Dauer, da ihm bereits im September 1973 der damalige Militärbischof Franz Hengsbach die Leitung des Referats Grundsatzfragen und Fortbildung im Katholischen Militärbischofsamt (KMBA), einer Bundesoberbehörde, in Bonn übertrug. 1981 ernannte Militärbischof, Erzbischof Elmar Maria Kredel, Dr. Niermann zu seinem Militärgeneralvikar und betraute den inzwischen vom Militärpfarrer auf Zeit zum Militärdekan auf Lebenszeit gewordenen mit der Leitung des



Die katholische Kirche in Deutschland verabschiedete Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann mit einem Pontifikalamt im Bonner Münster. In Konzelebration mit dem Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba (Mitte) der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Prof. DDr. Karl Lehmann (re), der Aachener Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff (li), der scheidende Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann (re außen) und der neue Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld (li außen). (Foto: Detmar Modes, BMVg)

KMBA. In diesen Funktionen bestätigte ihn auch der jetzige Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba. So war er mitverantwortlich für bis zu 130 Militärpfarrer, für doppelt so viele Laienmitarbeiter sowie für die Seelsorge an den katholischen Soldaten der Bundeswehr und ihrer Familien.

1991 wurde der scheidende MGv von Johannes Paul II. zum Apostolischen Protonotar ernannt.

Der am 30. Juni 1995 in den Ruhestand getretene Militärgeneralvikar hat 29 Jahre lang die Soldaten der Bundeswehr als Seelsorger begleitet. Ebenso hat er mit seinen Denkanstößen und Stellungnahmen zu friedens- und berufsethischen Fragen segensreich die Arbeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten gefördert und unterstützt.

2. Verabschiedung von Dr. Niermann

2.1 Bundesverteidigungsminister Volker Rühle

Minister Rühle würdigte in einer Abteilungsleiterkonferenz des Ministeriums in Bonn die langjährige Arbeit des 65jährigen mit den nachstehenden Worten:

„Eine erfüllte Laufbahn im Dienste der Katholischen Militärseelsorge neigt sich ihrem Ende zu. Heute verabschieden wir den Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes aus der Bundeswehr und aus unserem Kreis. Vor wenigen Tagen sind Sie, lieber Herr Dr. Niermann, 65 Jahre alt geworden. Es ist nicht zu spät, Ihnen auch im Namen der Soldaten und der zivilen Angehörigen der Bundeswehr sehr herzlich zu gratulieren; wir wünschen Ihnen Gesundheit, viel Schaffensfreude weiterhin und vor allem Gottes Segen.

Mit Ihnen geht ein besonders erfahrener, glaubwürdiger und hochgeschätzter Repräsentant der Militärseelsorge. Nahezu Ihr gesamtes Berufsleben als katholischer Priester, fast dreißig Jahre lang, haben Sie den katholischen Soldaten und ihren Angehörigen gewidmet. Aus der Praxis als Standortpfarrer in Münster und Hamburg über den Militärdekan in Bonn hat Sie Ihr Weg an die Spitze des Katholischen Militärbischofsamtes geführt.

14 Jahre lang waren Sie der Stabschef der Katholischen Militärseelsorge.

In Ihrem Amt laufen die theologischen und die organisatorischen Aufgaben zusammen. Als oberster hauptamtlicher Vertreter der Katholischen Militärseelsorge haben Sie sich vielfältigen öffentlichen Anforderungen selbstverständlich und mit großer Überzeugungskraft gestellt – in den friedensethischen Diskussionen der 80er Jahre ebenso wie im Ringen um die künftige Form der Militärseelsorge in jüngster Zeit.

Mehr noch aber haben Sie im Hintergrund für das Funktionieren des Ganzen gewirkt. Ihr Dienst war vor allem nach innen gerichtet und hat dort in langen Jahren kontinuierlicher Arbeit segensreiche Wirkung entfaltet.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Militärbischofsamt unter Ihrer Leitung und dem Ministerium war stets von großem Vertrauen und gegenseitigem Respekt geprägt und verlief reibungslos und fruchtbar. Dafür danke ich Ihnen sehr.

Als langjähriges Mitglied haben Sie der Arbeit des Beirats für Innere Führung Kontinuität verliehen und Akzente gesetzt. Denn Innere Führung und Militärseelsorge haben gemeinsam das Ziel, dem Soldaten ein Menschenbild zu vermitteln, in dem die Würde des einzelnen höchsten Respekt genießt.

Den Ihnen anvertrauten Militärggeistlichen waren Sie theologischer Ratgeber, Wegweiser und gesuchter Ansprechpartner. Der exzellente Ruf der Katholischen Militärseelsorge in der Truppe und das Ansehen, das sie in Kirche und Öffentlichkeit genießt, ist zu einem entscheidenden Teil Ihr Verdienst.

Sie sind Diener der Kirche und Staatsdiener zugleich. Sie wissen und bekennen, wie sehr beide in unserem Land aufeinander angewiesen sind – zum Wohle der Menschen. In der Militärseelsorge hat dieses Prinzip seinen vielleicht deutlichsten Ausdruck gefunden.

Dort kommt die Kirche zu den Soldaten – uneingeschränkt und unabhängig.

Das ist gewollt und das muß so bleiben. Hier zeigt sich in besonderer Weise die öffentliche Dimension des christlichen Glaubens, weil – wie Sie es einmal ausdrückten – sich Seelsorge dort vollzieht, wo die Menschen leben, arbeiten und wohnen.

Die Gedenktage dieses Jahres an Diktatur, Unrecht und Gewalt in Deutschland vor über 50 Jahren haben uns erneut ins Bewußtsein gerufen, daß soldatischer Dienst in der Demokratie Gewissensbildung, sittliche Urteilskraft und persönliche Verantwortung verlangt.

In diesem zentralen Anliegen treffen christlicher Glaube, das Menschenbild unserer Verfassung und die Leitidee vom Staatsbürger in Uniform zusammen. Jeder Soldat hat Anspruch auf seelsorgerische Betreuung – im täglichen Dienst für das Gemeinwohl, bei Übungen und auf hoher See, be-

sonders aber im Einsatz, wenn Soldaten notleidenden Menschen helfen und dem Frieden dienen und sich dabei selbst in Gefahr begeben müssen.

Nichts anderes will und soll die Militärseelsorge in ihrer bewährten Form.

Ich vertraue darauf, daß die guten Erfahrungen, die Soldaten und Kirche im demokratischen Staat seit Jahrzehnten miteinander gemacht haben, auch in den neuen Bundesländern angenommen werden.

Sie, sehr geehrter Militärgeneralvikar Dr. Niermann, sind wie Ihre Kirche für diese Sichtweise mit unübertrefflicher Klarheit und Überzeugungskraft eingetreten maßvoll in der Form, aber eindeutig und fest in der Sache und daher so glaubwürdig und erfolgreich. Stets haben Sie klar Position für die Menschen in der Bundeswehr bezogen.

Für Ihre öffentliche Stellungnahme, daß unsere Soldaten, die zum Schutz der Schnellen Eingreiftruppe im ehemaligen Jugoslawien beitragen sollen, einen Solidaritätsdienst von moralischer Qualität leisten, sind wir Ihnen dankbar.

Herr Militärgeneralvikar Dr. Niermann, Sie haben die Bundeswehr 30 Jahre lang begleitet. Sie haben Jahre stetiger Entwicklung, aber auch große Umbrüche und tiefe Zäsuren gesehen. Sie haben die Auswirkungen auf die Menschen erlebt – in der Kirche und in der Bundeswehr in Ost und West.

Die Armee der Einheit und die neuen Aufgaben der Bundeswehr sind auch für die Militärseelsorge eine Herausforderung. Sie haben sie ohne Zögern angenommen und die Katholische Militärseelsorge darauf eingestellt. Ihr Name bleibt mit dieser Leistung verbunden. In diesen Tagen schließt sich an Ihrem Geburtsort Bonn der Kreis einer außergewöhnlichen theologischen Laufbahn. Ihre Verdienste wurden von Kirche und Staat gewürdigt, zuletzt mit dem großen Verdienstkreuz, zu dem ich Sie von Herzen beglückwünsche. Mit Ihrem vorbildliche Wirken für die Zusammenarbeit von Kirche und Staat haben Sie sich um das Gemeinwesen und um die Mitmenschen in der Bundeswehr verdient gemacht.



Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann und der Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba, stellen sich gemeinsam mit dem verabschiedeten Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann (re), und dessen Nachfolger Msgr. Jürgen Nabbefeld (li) nach dem Festakt am 23. Juni 1995 in Bonn den Fotografen. (Foto: Detmar Modes, BMVg)

Ihre Aufgeschlossenheit und Geduld, die Klarheit in der Sache und die Fähigkeit zuzuhören, Ihre Zuversicht und Ihr Optimismus haben jedem, der Ihnen dienstlich oder privat begegnet ist, gutgetan.

Auf Sie wartet ein neuer Lebensabschnitt – außerhalb der Bundeswehr, aber sicher im Innern nicht fern von ihr. Wir werden auch künftig Ihren guten Rat benötigen, in Kirche, Staat und Streitkräften.

Wir wünschen Ihnen für die Zukunft Kraft und Gesundheit, frohen Mut und Gottes Segen.“

2.2 Staatssekretär Ernst Wichert

Mit einem Festakt in Bonn am 23. Juni 1995 wurde Dr. Niermann an seinem Geburtstag offiziell verabschiedet. An ihm nahmen neben dem Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Lajos

Kada, hohe Würdenträger aus den Kirchen und zahlreiche Führungskräfte aus der Bundeswehr teil.

In Vertretung des Bundesverteidigungsministers erklärte Staatssekretär Dr. Ernst Wichert, daß der MGV der richtige Mann, am richtigen Fleck, zur richtigen Zeit in der Militärseelsorge gewesen wäre und seit 1981 in der jetzigen Funktion. Wichert zitierte dann Dr. Niermann mit den Worten „Seelsorger werden sich mit der Reduktion des religiösen Lebens auf den privaten Bereich nicht abfinden. Sie wissen, daß sich dem Glauben auch in der Berufs- und Arbeitswelt Fragen stellen, die er als Herausforderung an seine spezifisch christliche Einstellung empfindet.“ Zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge von Dr. Niermann gäben davon Zeugnis, betonte der Staatssekretär. Zugleich habe der MGV dafür gesorgt, daß die katholische Militärseelsorge in unserer Gesellschaft

mit ihren unterschiedlichen und oft widersprüchlichen Anschauungen sowie Wertvorstellungen immer wieder klare Positionen vernehmbar vertreten habe.

Dr. Wichert führte dann weiter aus: „Auf dem Höhepunkt der sogenannten Friedensdiskussion haben Sie, Herr Dr. Niermann, in vielen Diskussionen und Vorträgen durch unermüdliche, zähe Überzeugungskraft mitbewirkt, daß die Militärseelsorge nicht an den Rand der Kirche gedrängt wurde. Sie waren so eine wichtige Brücke zu denen, die aus dem Evangelium und der christliche Lehre, was Friedenssicherung und -förderung angeht, andere Konsequenzen für ihr Leben ziehen, als Soldaten und die Befürworter der Militärseelsorge. Der fruchtbare Streit um das richtige Mittel zum Frieden unter den Menschen beherrschte die Diskussion, nicht aber Mißtrauen bezüglich des Willens zum Frieden ... Ihre Verdienste um die Stärkung

des Ansehens der katholischen Militärseelsorge und um die Unantastbarkeit des Heimatrechts der Soldaten in der Kirche verdienen es, an dieser Stelle besonders hervorgehoben zu werden.“

Anschließend überreichte der Staatssekretär Dr. Niermann das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Damit wurden seine vorbildliche, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat ebenso gewürdigt wie die Verdienste des MGVS um die Militärseelsorge.

Danach begrüßte Dr. Wichert Msgr. Jürgen Nabbefeld als Nachfolger von Dr. Niermann im Amt des Militärgeneralvikars und Leiter des KMBA, beschrieb kurz sein neues Aufgabenfeld und überreichte ihm die Ernennungsurkunde (s.a. Personalia Seite ...).

2.3 Generalinspekteur Klaus Naumann

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann, drückte in seinem Grußwort an den zu Verabschiedenden den Dank aus, daß die katholische Kirche sich vor die Soldaten gestellt und ihnen Rückhalt mit dem Grundsatz geben habe, daß sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker betrachten könne, wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes stehe. Weiter sagte der General: „Wir sind Ihnen dankbar, Herr Dr. Niermann, daß Sie unmittelbar nach Aufstellung der gesamtdeutschen Streitkräfte die Militärseelsorge auch für die Soldaten in den neuen Bundesländern unverzüglich aufgenommen und eine 'Zweiklassenseelsorge', durch Differenzierung in Ost und West verhindert haben. Mit Ihren Geistlichen, Pastoralreferenten, Standortpfarrern im Nebenamt und Geistlichen vor Ort ist es Ihnen gelungen, den Umbruch in den Streitkräften zu begleiten und die Aufgabenwahrnehmung in der Militärseelsorge der katholischen Kirche an die neuen Aufgaben der Streitkräfte anzupassen.“ Naumann betonte dann später: „Wir Soldaten haben mit Freude gesehen, daß Militärseelsorge Flagge zeigt. Lassen Sie mich an dieser

Stelle vor allem den gemeinsamen Einsatz der Militärpfarrer mit Soldaten der Bundeswehr im VN-Einsatz, z.B. am Golf, in der Türkei, in Kambodscha, in Somalia und in der Adria herausstellen. Es tut gut und erleichtert unsere Aufgabe, sie als vertrauensvolle Ansprechpartner an unserer Seite zu wissen.“

2.4 Militärbischof Johannes Dyba

Der Katholische Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, dankte dem MGVS für seine 14jährige Tätigkeit im Amt und hob unter anderem die Sensibilität und Klugheit hervor, die der Aufbau einer katholischen Seelsorge unter den Soldaten in den neuen Bundesländern verlangte. Auch den Katholiken in der ehemaligen DDR sowie ihren Bischöfen und Priestern seien die Kasernen und die militärische Kader der NVA nicht nur fremd gewesen, sie hätten vielmehr zum Inbegriff totalitärer glaubensfeindlicher Staatsmacht gehört. Wörtlich bemerkte der Militärbischof: „Durch Ihr vorsichtiges, einfühlsames und einladendes, ganz auf Dialog setzendes Vorgehen haben Sie, sehr geehrter Herr Generalvikar, sehr schnell das Vertrauen der ostdeutschen Bischöfe und Priester gewonnen.“ Dyba fuhr damit fort, daß Dr. Niermann durch seinen langjährigen Dienst in der Militärseelsorge dazu beigetragen habe, daß die Soldaten und ihre Familien sich in ihrer Kirche zuhause fühlen können. Er habe auch beständig und geduldig Brücken gebaut zu den evangelischen Brüdern und Schwestern in der Soldatenseelsorge. Ein besonderes Anliegen sei ihm gewesen, die Militärgestlichen und Pastoralreferenten für die Besonderheiten der militärischen Welt zu sensibilisieren, damit sie eine erfolgreiche Seelsorge betreiben können.

2.5 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann

Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Bischof Prof. DDr. Karl Lehmann, gab ein Statement ab zum Ort der Militärseelsorge im Gefüge des Verhältnisses

von Staat und Kirche. Anschließend dankte er dem Apostolischen Protonotar Dr. Niermann im Namen der Bischöfe für den hervorragenden Dienst, den er als MGVS geleistet habe.

2.6 Evangelischer Militärgeneraldekan Erhard Knauer

In Anwesenheit des evangelischen Militärbischofs, Dr. Hartmut Löwe, überbrachte Militärgeneraldekan Dr. Erhard Knauer den Dank der evangelischen Militärseelsorge an Dr. Niermann für seine Brüderlichkeit in Christo, auch wenn es Meinungsverschiedenheiten gegeben habe. Dabei bezeichnete Dr. Knauer den MGVS als besonders wertvollen Partner im Prozeß der Ökumene und als Freund der Militärseelsorge.

2.7 Bundesvorsitzender der GKS Karl-Jürgen Klein

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, erklärte in seinem Dankeswort an Dr. Niermann:

„Als Vertreter der Laien in der katholischen Militärseelsorge, ganz speziell auch der organisierten und besonders engagierten, wünsche ich Ihnen zuerst einmal zu Ihrem heutigen Geburtstag für viele kommende Jahre Glück, Zufriedenheit und Gottes Segen.

Besonders aber möchte ich Ihnen heute, da Sie Abschied von Ihrem Amt als Militärgeneralvikar nehmen, von Herzen danken. Danken dafür, daß Sie die Kirche unter Soldaten über so viele Jahre vertreten und verwirklicht haben. Danken dafür, daß Sie sich mit uns Laien gemeinsam für den Dienst des Soldaten als Dienst am Frieden eingesetzt haben. Ich darf den Dank hier für drei Bereiche in der Militärseelsorge aussprechen:

- Für den Vorstand der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs und für die Mitglieder unserer Pfarrgemeinderäte danke ich Ihnen dafür, daß Sie die Mitwirkung der Laien an der Sendung der Kirche in die-

sem kirchlichen Gremium nicht nur akzeptiert, sondern mit Nachdruck gefördert und unterstützt haben. Sie wußten immer, daß Beratung nicht Mitbestimmung ist; aber Sie haben auch stets gezeigt und vertreten, daß derjenige im wahrsten Sinne des Wortes gut beraten ist, der den Beratenden wie den Rat annimmt, wo immer dies möglich und sinnvoll ist.

- Für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), als deren Bundesvorsitzender ich spreche, waren zwei Akzente Ihres Wirkens besonders wichtig. Zum ersten, daß Sie ohne jeden Vorbehalt diesen freien Zusammenschluß, diesen Verband, in der katholischen Militärseelsorge akzeptiert und dabei seine Selbständigkeit nicht nur hingenommen, sondern nachdrücklich gefördert haben, zuletzt noch bei seiner auch haushaltsrechtlichen Eigenverantwortlichkeit.

Zum zweiten, und das ist noch weit wichtiger, haben Sie von Anfang an durch Ihr großes theologisches Wissen und Ihre fachliche Kompetenz den selbst gestellten Auftrag der GKS mitgetragen, in Kirche, Bundeswehr und Gesellschaft für ein Verständnis und eine Ausübung des soldatischen Dienstes einzutreten, welche der Würde und den Rechten des Menschen angemessen sind und dem Frieden in einem umfassenden Sinne dienen.

- Schließlich danke ich Ihnen auch im Namen des internationalen Verbandes katholischer Soldaten, des Apostolat Militaire International (AMI), dem die GKS seit 30 Jahren angehört und dessen Präsidium Deutschland seit 1991 führt. Sie haben immer um die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit, auch der Zusammenarbeit katholischer Soldaten gewußt.

Aus Ihrem grundsätzlichen Verständnis von der inter- oder besser Übernationalität unserer Kirche heraus, aber auch im Wissen darum, daß Frieden heute nicht mehr nur national gesehen, geschaffen und erhalten werden kann, haben Sie die internationale Zusammenarbeit im Sinne der Aussage des II. Vatikanischen Konzils dafür gefördert: 'Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.'

Sehr geehrter, lieber Herr Generalvikar, wir danken Ihnen von Herzen für Ihren Dienst an uns Soldaten und unseren Familien. Wir wünschen Ihnen, ich wiederhole dies, für die vor Ihnen liegenden Jahre alles Gute und den Segen Gottes.

PERSONALIA

Der Mainzer Caritasdirektor, **Msgr. Jürgen Nabbefeld (46)**, ist zum 1. Juli 1995 zum neuen Militärgeneralvikar und Leiter des katholischen Militärbischofsamtes in Bonn ernannt worden. Der 1949 geborene Sohn eines Hotelierhepaares studierte Theologie, Philosophie und Pädagogik. Von 1976 bis 1980 war er Kaplan in Bad Nauheim und Mainz. Anschließend wechselte er zur Militärseelsorge und betreute bis 1987 als Standortpfarrer die Standorte Gießen, Marburg, Lich und Frankenberg. Danach leitete er bis 1992 als Pfarrer die Abteilung soziale Dienst im Caritasverband der Diözese Mainz. Seit 1992 war er dort Diözesancaritasdirektor und später auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände in Rheinlandpfalz. Am 23. Juli 1995 überreichte ihm Staatssekretär Dr. Ernst Wichert aus dem Bundesverteidigungsministerium in Bonn die Ernennungsurkunde.

Die Redaktion wünscht ihm für seine neuen Aufgaben Gottes Segen und viel Erfolg. (bt)



MILITÄRSEELSORGE

Die Rechtsbeziehung zwischen Kirche und Staat als strukturelles Hindernis der Verkündigung?

– am Beispiel der Militärseelsorge –

Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff, Aachen

Am 23. Juni 1995 hielt der Bischof von Aachen, Dr. Heinrich Mussinghoff, zur Verabschiedung von Prälat Dr. Ernst Niermann aus dem Amt als Militärseelsorge in Bonn einen Vortrag zur Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland, der wegen seiner grundsätzlichen Aussagen hier im Wortlaut wiedergegeben wird. An den Anfang seiner Ausführungen stellte der Bischof die Frage, „warum so lange Jahre (Dr. Niermann war 14 Jahre Militärseelsorge) ein Priester des Bistums Aachen dieses Amt innehatte und warum sein Militärbischof der Bischof von Fulda ist; sie klärt zugleich die Frage, warum die Bischöfe von Mainz, Fulda und Aachen anwesend sind. Die Antwort ist naheliegend und vom Bischof von Aachen nicht anders zu erwarten. Sie lautet: weil **Bonifatius und Karl der Große Begründer der Militärseelsorge** waren.“

altaria portatilia, der Trag- bzw. Feldaltäre mit den Reliquien, die mit dem Heer für den Sieg fochten,

- die Feier der hl. Messe und die Spendung der hl. Kommunion,
- die Abnahme der Soldatenbeichten und die Auflage von kanonischen Bußen, die in mitgetragenen Bußbüchern genau taxiert waren.²⁾

Dieser Grundordnung der Militärseelsorge hat aber erst Karl der Große Geltung verschafft und sie vollzogen durch sein erstes Kapitular von 769, das in fast wortgetreuer Übernahme den Synodalbeschluss für das Frankenreich bestätigte. Karl selbst verhielt sich aber bezüglich des Kriegsdienstes der Prälaten schwankend.³⁾

Schon 816 war Anlaß, unter Ludwig dem Frommen durch die Aachener Regel das Waffentragen für Kanoniker erneut zu verbieten.⁴⁾ Dennoch blieb das Übel des Waffendienstes von Bischöfen und Äbten durch das Mittelalter. Die Grundordnung der Militärseelsorge indes fand Bestätigung durch die Päpste Hadrian I. und Nikolaus I.⁵⁾ Der kluge Benedictus Levita hat mit seiner Kapitulariensammlung zum Teil die päpstliche Fortentwicklung der Feldseelsorge aufgegriffen und selbst ausgestaltet. Nach Art seiner Zeit zur Autorisierung seiner kirchlichen Ziele formulierte er einige Kapitularien als Entscheidungen Kaiser Karls des Großen. Benedictus Levita fordert zum einen die entschiedene Mitwirkung der Diözesanbischöfe an der Entsendung der Militärbischöfe und -geistlichen und entfaltet zum anderen die Pflichten der

I. Die Militärseelsorge zur Karolingerzeit

Auf dem ersten „germanischen Nationalkonzil“ am 21. April 742 hat Bonifatius erstmals eine geregelte Militärseelsorge rechtlich und förmlich ins Leben gerufen und organisiert, die der Herrscher Austrasiens, Karlmann, in Königsgesetz transformierte. Zunächst verbietet das Konzil auf Betreiben des Erzbischofs von Mainz, Bonifatius, Kriegsdienst und Waffentragen der Geistlichen, war doch das kriegerische Handwerk der Bischöfe und Äbte ein Übel, das die Kirche das ganze Mittelalter hindurch bekämpfte. Das Nationalkonzil gestattet aber als Ausnahmeregel die Militärseelsorge, die damals naturgemäß Seelsorge im Feld war. Der Text lautet:

„Den Geistlichen verbieten wir, überhaupt Waffen zu tragen und in den Krieg zu ziehen, mit Ausnahme jener, die wegen des Gottesdienstes, um nämlich die Messe zu feiern und die Reliquien mitzuführen, dazu erwählt sind: der Fürst soll einen oder zwei Bischöfe samt den Pfalz-

priestern bei sich haben und jeder Kommandierende (Graf) einen Priester, die über Menschen, die ihre Sünden bekennen, das Urteil sprechen und ihnen die Buße auferlegen können.“¹⁾

Die Militärseelsorge hat damit folgende Ordnungselemente:

Militärseelsorge wird für den jeweiligen Feldzug durch exemte Feldgeistliche ausgeübt. Sie untergliedern sich in zwei Gruppen: Der Fürst, der König darf einen oder zwei Bischöfe und die cappellani presbyteri, die Priester der Pfalz, die vor allem Verwaltungs- und Bildungsaufgaben wahrnehmen und die cappa, den Mantel des Hl. Martin von Tours aufbewahren (daher cappellani genannt), mitnehmen. Die kommandierenden Generäle, die Grafen, dürfen einen Priester mitnehmen.

Ihre Aufgaben sind

- das Mittragen der Reliquien, vor allem der cappa des Hl. Martin und später der Reliquien des Hl. Dionysius, und der

Militärseelsorger, wobei den Feldbischöfen vor allem der Segen und die Rekonziliation sowie die Predigt zukommt, und den Feldgeistlichen die Sorge um Kranke und Verwundete und die Spendung der Sterbesakramente, der Krankensalbung und des Viaticums aufgetragen wird. Auch wird Wert gelegt auf die geistliche Vorbereitung der Soldaten vor dem Feldzug und auf die Rückführung der Gefallenen, damit ihnen die geistliche Sorge ihrer Verwandten zukommt (Seelen-

messe, Gebete). Benedictus Levita betont das Recht der Feldgeistlichen auf „Besitzstandswahrung“, was ihren geistlichen Rang, ihren Stand und Besitz angeht. Schließlich sollen Feldgeistliche durch das Tragen der Stola kenntlich sein; einfaches Wehrgeld war zu zahlen für die Tötung eines gemeinen Mannes oder eines Feldgeistlichen ohne Stola, dreifaches Wehrgeld hingegen für die Tötung eines mit Stola kenntlichen Feldgeistlichen.⁶⁾

II. Die rechtliche Ordnung der Militärseelsorge in Deutschland⁷⁾

Unsere heutige Militärseelsorge folgt dieser Grundordnung aus der Karolingerzeit. Wenn auch die Menschenrechte noch nicht formuliert waren, so ergibt sich doch aus der Aufgabenstellung der Feldgeistlichen, daß Militärseelsorge in dem Recht der Soldaten auf freie Religionsausübung gründet. Dementsprechend ist Art. 4 GG das Grundrecht, aufgrund dessen der Soldat einen Anspruch gegenüber dem Staat auf freie Religionsausübung und eine dementsprechende Seelsorge hat (vgl. § 36 Soldatengesetz). Da einerseits die freie Religionsausübung nicht auf Dienstbefreiung zum sonntäglichen Gottesdienst beschränkt werden kann und andererseits freie Religionsausübung auch in der Kaserne, auf dem Truppenübungsplatz, im Manöver, auf Schiffen, im Kriegsfall und bei friedenssichernden Auslandseinsätzen ermöglicht werden muß, d.h. also um des Zugangs zu Dienstort und Dienstzeit willen, ist Militärseelsorge nötig. Dementsprechend ist in fast allen Ländern der Welt eine Militärseelsorge, wenn auch in unterschiedlichsten Formen und Strukturen ausgestaltet worden.⁸⁾ Das Grundgesetz hat in Art. 140 GG i.V.m. Art. 141 WeimRV den Staat verpflichtet und den Kirchen ermöglicht, Anstaltsseelsorge auch im militärischen Bereich einzurichten. Das Reichskonkordat, dessen Fortgeltung das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 26.3.1957 feststellt⁹⁾, hatte in Art. 27 Militärseelsorge zwischen dem Deutschen

Reich und dem Heiligen Stuhl vereinbart. Durch Dekret der Konsistorialkongregation vom 04.02.1956 wurde sie mit der Ernennung des ersten Militärbischofs neu errichtet und durch die von Papst Paul VI. im Benehmen mit der Bundesregierung erlassenen „Statuten für die Seelsorge in der Deutschen Bundeswehr“ vom 31.07.1965 geordnet. Gesamtkirchlich ist die Militärseelsorge durch die Apostolische Konstitution „*Spirituali Militum Curae*“ vom 21.07.1986 (vgl. can. 569 CIC) geregelt und wird teilkirchlich durch das Apostolische Breve Papst Johannes Pauls II. „*Moventibus quidem*“ vom 23.11.1989 samt „Statuten für den Jurisdiktionsbezirk des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“ durchgeführt.¹⁰⁾

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat durch Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland vom 22.02.1957¹¹⁾ die evangelische Militärseelsorge geordnet, wonach diese Teil der kirchlichen Arbeit ist und im Auftrag und unter Aufsicht der Kirche ausgeübt wird, während der Staat die personellen und finanziellen Kosten übernimmt.

Schon das Dekret des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Hirtenaufgabe der Bischöfe hatte in jedem Land ein „Militärvikariat“ gefordert, da „auf die geistliche Betreuung der Soldaten wegen der besonderen Lebensbedingungen eine außerordentliche Sorgfalt verwendet werden muß“,

wozu „einträchtige Zusammenarbeit“ der Militärbischöfe und der Diözesanbischöfe notwendig sei (Christus Dominus, 43).

Abweichend von der Päpstlichen Konstitution, ist in Deutschland der Militärbischof stets ein residierender Diözesanbischof.¹²⁾ Er besitzt ordentliche, eigenberechtigte und persönliche Jurisdiktion über das Militär, die dem Militär zugehörigen Zivilbediensteten und die Familien der Soldaten, die kumulativ zur Jurisdiktion der örtlichen Diözesanbischöfe hinzutritt, wobei letztere subsidiären Charakter hat. Diese Rechtsfigur betont zum einen die Einbindung der „Militärseelsorge als einen wichtigen Teil der Gesamtseelsorge“, zum anderen die Freiheit und Unabhängigkeit der Militärseelsorge von militärischer Kommandogewalt und staatlichen Eingriffen. Die zentrale Dienstvorschrift ZDV 66/1 (28. August 1956) regelt die Praxis der „Zuordnung und Zusammenarbeit“ als Dreh- und Angelpunkt der Militärseelsorge im militärischen Bereich.¹³⁾

Für die Wahrnehmung seiner zentralen Aufgaben hat der Militärbischof ein Militärbischofsamt am Sitz der Bundesregierung und ernennt einen Militärgeneralvikar. Insofern dies Amt als Kurie des Bischofs staatliche Verwaltungsaufgaben wahrnimmt, ist es eine dem Bundesministerium für Verteidigung unmittelbar nachgeordnete Bundesoberbehörde.

Die Militärgeistlichen werden von Bistümern und Orden auf sechs bis acht Jahre freigestellt und vom Staat in ein Beamtenverhältnis auf Zeit übernommen. Sie sind militärischen Rängen gleichgeordnet, tragen aber keine Uniform (außer in Einsätzen). Militärischen Kommandostellen sind sie zur Zusammenarbeit zugeordnet, aber nicht weisungsabhängig. Dem Militärseelsorger obliegt eine doppelte Loyalität: In seiner seelsorgelichen Tätigkeit ist er ausschließlich seinem Militärbischof unterstellt. Als Beamter hat er wegen seiner Einsichtnahme in militärische Angelegenheiten Loyalitätspflichten gegenüber den militärischen Autoritäten, wobei seine vorgesetzte Behörde in dieser Hinsicht der Militärgeneralvikar ist. Diese in rechtlicher Hinsicht nicht unproblematische Konstruktion

scheint aber in der Praxis kaum Schwierigkeiten zu bereiten.¹⁴⁾ Einige örtliche Seelsorger sind nebenamtlich als Militärseelsorger tätig. Des weiteren gibt es Laien im pastoralen Dienst am Militär. Der Militärseelsorger übt in freier Verantwortung die kirchlichen Grunddienste der Verkündigung (martyria), des Gottesdienstes (liturgia) und der Diakonie (diaconia) in den Streitkräften unter Soldaten als „Bürger in Uniform“ aus. Das schließt die Möglichkeit auch zu Wallfahrten, Werkwochen und Exerzitien ein. Ihm ist der lebenskundliche Unterricht als Teil der Gesamterziehung übertragen, um „auf den Grundlagen des christlichen Glaubens“ eine immaterielle Lebenshilfe zu geben“ und „der Förderung der

sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte“ der Soldaten zu dienen.¹⁵⁾

Das Zweite Vatikanische Konzil und die Würzburger Synode regten die aktive Beteiligung der Laien am Leben der Gemeinde und am Laienapostolat der Kirche an, die im Bereich der Militärseelsorge durch die Bildung von Pfarrgemeinderäten und der „Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten“ sowie durch die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ verwirklicht wurden.¹⁶⁾ Wichtig wurde die Formel des Wehrdienstes als „Beitrag zur Sicherung des Friedens“.¹⁷⁾

Dies ist in Kurzfassung die Struktur unserer Militärseelsorge, die, wie gesagt, auf Bonifatius und Karl den Großen gründet.

III. Die Infragestellung dieser rechtlich geregelten Militärseelsorge – strukturelles Hindernis für die Verkündigung?

1. Die Infragestellung der Militärseelsorge nach der Vereinigung Deutschlands in der Evangelischen Kirche¹⁸⁾

Seit der Vereinigung Deutschlands 1989 ist die Militärseelsorge in der evangelischen Kirche in Deutschland erneut heftig umstritten. Schon die „Wiederaufrüstung“ (1950 bis 1955), die atomare Bewaffnung (1959 bis 1961), die Frage der Wehrdienstverweigerung (Wehrdienstverweigerer als „besserer Christ“), Nachrüstungsdebatte und Friedensbewegung von 1979, Golfkrieg und Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Einsätzen haben zu schwierigen Kontroversen geführt. Für die östlichen Landeskirchen war Seelsorge in der Nationalen Volksarmee aus ideologischen Gründen unmöglich gewesen. Bei den Auseinandersetzungen um Sinn und Gestalt der Militärseelsorge in den östlichen Bundesländern bildeten sich zwei Modelle heraus. Das Modell A ließ den bestehenden Militärseelsorgevertrag im wesentlichen unangetastet, unterstellte aber die Evangelische Soldatenseelsorge

stärker kirchlicher Aufsicht und band sie besser kirchlich ein, während Modell B Militärseelsorge zur ausschließlich innerkirchlichen Angelegenheit erklärte und nebenamtlich durch Gemeindepfarrer durchführen lassen wollte; für das Modell B sprachen sich auch die Synoden in Bremen, Lippe, der Pfalz, im Rheinland, in Hessen-Nassau und in Westfalen aus. Die Synode der EKD in Halle/Saale beschloß auf ihrer Tagung vom 6.–11. November 1994, den einzelnen Landeskirchen zu überlassen, ob sie dem Modell A oder B folgen wollten. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die alten friedensethischen Differenzen und die Strittigkeit weltpolitischer Verantwortung in Deutschland („Blauhelm-Einsätze“) die entscheidende Rolle spielen und das Kirchenverständnis und die Kulturverantwortung unterschiedlich definiert werden. Muß nicht der Christ aufgrund der Friedenspflicht den Dienst mit der Waffe ablehnen? Ist nicht der Wehrdienstverweigerer der „bessere Christ“? Ist nicht der Machtgebrauch mit militärischen Mitteln grundsätzlich aus der Sicht christlicher Ethik abzuleh-

nen? Hat die Kirche die Stellung eines außerhalb der politischen und kulturellen Konflikte stehenden Schlichters und einer Lehrmeisterin in Fragen der Verantwortung für unsere internationale Rechtskultur oder ist sie aktive Mitgestalterin einer humanen Kultur und der Praxis des Völkerrechts?

2. Die katholische Sicht der Militärseelsorge in den neuen Bundesländern¹⁹⁾

Eine so grundsätzliche und kontroverse Diskussion um die Militärseelsorge hat es in der katholischen Kirche nicht gegeben.²⁰⁾ Die Rechtsgrundlagen waren von Anfang an klar: Durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland wurde das Grundgesetz auf das Gebiet der ehemaligen DDR erstreckt, so daß Art. 4 und Art. 140 GG i.V.m. Art. 141 WeimRV in den neuen Bundesländern Geltung erlangten. Durch Art. 11 Einigungsvertrag wurde die Geltung völkerrechtlicher Verträge auf die neuen Bundesländer erstreckt. Mithin galt das Reichskonkordat mit seinem Art. 27 auch im Gebiet der ehemaligen DDR. Die gesamtkirchlich geltende Apostolische Konstitution „*Spirituali Militum Curae*“ von 1986 konnte in der DDR nicht angewandt werden. Auf der doppelten Basis des Reichskonkordats und der genannten Konstitution wurde das Breve Papst Johannes Pauls II. „*Moventibus quidem*“ von 1989 samt den „Statuten“ unmittelbar geltendes Recht im Beitrittsgebiet.

In der praktischen Ausgestaltung der Seelsorge gab es drei Hauptschwierigkeiten, wie Alfred Hierold aufzählt:

- Die geringe Zahl katholischer Soldaten im Verteidigungskommando Ost und der Priestermangel erforderten eine Einbeziehung der Ortsgeistlichen als „Standortpfarrer im Nebenamt“ in die Seelsorge an den Soldaten. Bis 1992 wurden fünf hauptamtliche Militärseelsorger im Bereich des Bezirkswehrkommandos Ost angestellt.
- Psychische Schwierigkeiten bereitete das Bewußtsein, daß katholische Priester und Chri-

sten, die aufgrund ihres Glaubens in der Nationalen Volksarmee diskriminiert und lächerlich gemacht worden waren, nun mit Offizieren zusammenarbeiten sollten, die sich zwar keine Verletzungen der Menschenwürde hatten zuschulden kommen lassen und deswegen in die Bundeswehr übernommen wurden, die aber doch zur alten Führungsriege gehörten.

- Der schon genannte massive Widerstand der Evangelischen Landeskirchen im Osten gegen die Militärseelsorge verhinderte einen Aufbau der Evangelischen Militärseelsorge in den östlichen Bundeswehrverbänden und damit eine ökumenische Zusammenarbeit in der Aufbauphase der Militärseelsorge.

„Daß die Schwierigkeiten minimiert und letztlich gemeistert wurden, ist dem klugen Vorgehen des Katholischen Militärbischofsamtes, insbesondere des Katholischen Militärgeneralvikars Dr. Ernst Niermann zu verdanken“, urteilt Alfred Hierold. Der Vorsitzende der Kommission „Justitia et Pax“ der Berliner Bischofskonferenz, Bischof Leopold Nowak, erklärte, die katholische Kirche sei „aus seelsorgerlichen Gründen schon daran interessiert, die Lebensbereiche der Soldaten und Offiziere mitzugestalten.“ Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Karl Lehmann, erklärte am 30.01.1991 abschließend, es sei kein Grund ersichtlich, „in den neuen Bundesländern nicht in gleicher Weise zu verfahren wie in den alten.“ Hierold berichtet von der hohen Akzeptanz des lebenskundlichen Unterrichts auf der Grundlage christlicher Ethik und katholischer Soziallehre, die bis an 50 Prozent der Soldaten, also auch nicht-katholische und nichtchristliche Personen, erreiche. Ebenso überraschenden Anklang finde die Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes oder sogenannte Orientierungstage und Gottesdienste. Die katholische Kirche bleibt seelsorgerlich bei den Soldaten und sieht hier eine Chance missionarischen Wirkens im Sinne der Vermittlung der ethischen und sozialen Werte des Evangeliums. Sie sieht in den Rechtsbeziehungen

zwischen Staat und Kirche kein strukturelles Hindernis für die Verkündigung.

3. Neue Fragen an die Militärseelsorge durch UNO-Einsätze

Nach der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes lösten der Golfkrieg und die UNO-Einsätze im ehemaligen Jugoslawien, in Afrika und in Nahost Fragen nach einer Beteiligung deutscher Soldaten aus. Im Mittelpunkt einer Bewertung solcher Einsätze steht die absolute Ächtung jeglichen Krieges und die friedenspolitische Aufgabe, das völkerrechtliche Kriegsverbot gegen den Angreifer durchzusetzen, als ultima ratio auch mit militärischem Einsatz, des weiteren auch die Absicherung humanitärer Hilfsaktionen der UNO mit militärischen Mitteln. Es geht hier nicht um die Bewertung der auch unter katholischen Christen kontroversen Frage, ob etwa der Golfkrieg nicht mit politischen Mitteln hätte verhindert werden können, sondern um die grundsätzliche Frage, ob durch militärischen Einsatz das Völkerrecht verteidigt werden darf, der Rechtsbrecher in die Völkergemeinschaft zurückgerufen wird, Rüstungs- und Waffen-geschäfte kontrolliert werden können, um die Menschenrechte durchzusetzen und den Frieden zu sichern. Die UNO ist nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten in die Rolle der vom Zweiten Vatikanischen Konzil geforderten „von allen anerkannten öffentlichen Weltautorität“ (Gaudium et spes, 82) hineingewachsen,

die auf der Basis der Menschenrechte und des Völkerrechts eine Friedensordnung sichert. Dabei ist die Proportionalität des Einsatzes zu achten. Das Zweite Vatikanische Konzil hatte erklärt: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (Gaudium et spes, 79) Die Militärseelsorge hat Aufgabe und Pflicht, Soldaten in diesen Fragen der christlichen Friedensethik zu beraten und zur Bildung einer ethisch verantwortlich handelnden Persönlichkeit beizutragen. Bei eventuellen UNO-Einsätzen haben katholische Soldaten Anspruch auf Seelsorge gerade in schwierigen Lebenssituationen. Seelsorge an Soldaten in solchen Einsätzen ist aber nur möglich durch hauptberufliche Militärseelsorger, die in dem bewährten austarierten System von Selbstständigkeit der Kirche in der Seelsorge an Soldaten und gewissen Loyalitätsobliegenheiten, die sich aus den militärischen Strukturen und Einsätzen ergeben, handeln können.

Die katholische Militärseelsorge, wie sie historisch gewachsen ist, hat sich im großen und ganzen bewährt. Sie ist ein Dienst der Kirche an Menschen, die militärischen Ordnungen unterworfen sind. Sie ist eine Chance, junge Männer zu friedensethisch verantwortlichen „Bürgern in Uniform“ und zu Christen zu bilden, die für die Wahrung der Menschenrechte und die Friedenssicherung in weltweite Verantwortung eintreten.

Anmerkungen

1 „Servis Dei per omnia omnibus armaturam portare vel pugnare aut in exercitum et in hostem pergere omnino prohibuimus nisi illi tantummodo, qui propter divinum ministerium, missarum scilicet solemniam adimplenda, et sanctorum patrocinia portanda ad hoc electi sunt, id est unum vel duos episcopos cum cappellanis presbiteris princeps secum habeat et unusquisque praefectus unum presbiterum, qui hominibus peccata confitentibus iudicare et indicare poenitentiam possint“ (MG Conc. II, 3).

2 Albert Michael Koeniger, Die Militärseelsorge der Karolingerzeit. Ihr Recht und ihre Praxis, München 1918, 5–23

3 Koeniger, (Anmerkung 2) 23–26

4 „...indecent est ut arma militaria more laicorum gestent“, can. 125 (MG Conc. II, 405); s. Koeniger, (Anm. 2) 28f.

5 Koeniger, (Anm. 2) 27 f., 37–40

6 Koeniger, (Anm. 2) 30–37, 40–62

7 Zum folgenden; Dokumentation zur Katholischen und Evangelischen Militärseelsorge, hrsg. vom Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr und

- vom Katholischen Militärseelsamt Bonn 6 1994; vgl. Ernst Niermann, Zur Lage der katholischen Militärseelsorge, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche 23 (1989), 110–145; ders., Militärseelsorge, Staatslexikon 3, 1156–1158; Carlheinz Borchers, Rechtliche Grundlage der Militärseelsorge und ihre Bewährung in der Praxis, in: Kirchlicher Auftrag und politische Friedensgestaltung. Festschrift für Dr. Ernst Niermann, hrsg. von Alfred E. Hierold und Ernst Josef Nagel, Stuttgart-Berlin-Köln 1995, 178–192; Zur Entstehungsgeschichte der heutigen Militärseelsorge, ebd. 178 f., Anm. 1
- 8 Martin Bock, Religion im Militär. Soldatenseelsorge im internationalen Vergleich, München 1994
- 9 BVerfGE 6, 309
- 10 Rechtstexte mit Kommentaren von Alfred Hierold und Ernst Niermann: Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, in: Militärseelsorge, Sonderheft 1990, can. 569 CIC: „Cappellani militum legibus specialibus reguntur“
- 11 in Kraft gesetzt durch Gesetz der EKD vom 08.03.1957 und durch Gesetz der Bundesrepublik Deutschland über die Militärseelsorge vom 26.07.1957, BGBl II 701
- 12 wie in einigen europäischen Ländern und in den USA

- 13 Ernst Niermann, (Anm. 7) 115; ZDv 66/1 s. Dokumentation (Anm. 7) 47–54
- 14 Wolfgang Loschelder, Militärseelsorge im Beamtenstatus?, in: Zeugnis des Glaubens – Dienst an der Welt. Festschrift für Franz Kardinal Hengsbach, hrsg. von Baldur Hermans, Mülheim a.d.R. 1990, 783–802; Ernst Niermann (Anm. 7), dazu in der Aussprache S. 146–168 die Beiträge von Pirson, Niermann und Loschelder
- 15 Ernst Niermann, (Anm. 7) 118–123; ZDv 66/2 vom 05.11.1959, geändert am 14.12.1975; s. Dokumentation (Anm. 7) 55–59
- 16 Ernst Niermann, (Anm. 7) 123–127
- 17 vgl. u.a. Gaudium et Spes, Nr. 77–93; Papst Johannes XXIII. „Pacem in terris“ 1963; Papst Paul VI. „Populorum Progressio“ 1967; Deutsche Bischofskonferenz „Gerechtigkeit schafft Frieden“ 1983
- 18 Martin Honecker, Die Auseinandersetzung um die Militärseelsorge in der Evangelischen Kirche, in: Niermann-Festschrift, (Anm. 7) 193–204
- 19 Alfred E. Hierold, Die Militärseelsorge in den neuen Bundesländern aus katholischer Sicht, in: Niermann-Festschrift, (Anm. 7) 205–211
- 20 so z.B. Joachim Garstecki von „Pax Christi“, in: epd ZA vom 03.12.1990; siehe Alfred E. Hierold, (Anm. 19) 209

KURZ NOTIERT

Neuer Vorstoß zur Ächtung von Landminen

Freiburg, 28.8.95 (KNA) Mehrere humanitäre Organisationen haben eine Initiative zur Ächtung von Landminen gestartet. Zum Auftakt der Aktion verwies Caritas international am Montag in Freiburg darauf, daß weltweit 110 Millionen Minen verlegt worden seien. Weitere zehn Millionen dieser Sprengkörper würden jährlich in 41 Ländern produziert, darunter auch in Deutschland. Die Herstellung einer einfachen Mine kostet laut Caritas zwischen fünf und 50 Mark, die Räumung zwischen 500 und 1.500 Mark. Die Kosten für die Räumung aller verlegten Minen lägen nach Schätzungen bei 48 Milliarden Mark. Nach Caritas-Angaben werden jährlich bis zu 30.000 Menschen durch Minen verstümmelt.

Zu sogenannten "intelligenten" Minen, die sich nach einem bestimmten Zeitraum selbst zerstören sollen, bemerkte Caritas international, sie hätten eine Ausfallquote von zehn Prozent. Somit blieben Felder und Straßen auch nach dem Einsatz solcher Minen für die Zivilbevölkerung unbegebar. Nicht zuletzt deshalb fordert ein Anfang des Jahres in Deutschland gebildeter "Initiativkreis für das Verbot von Landminen" die umfassende Ächtung dieser Waffen. Dem Kreis gehören zahlreiche kirchliche und humanitäre Hilfsorganisationen an. Die neue Initiative steht in Zusammenhang mit einer UN-Landminenkonferenz, bei der es vom 25. September bis 13. Oktober in Wien um eine Verschärfung des "Landminenprotokolls" aus dem Jahre 1980 geht.

Diese kleine Übersicht zeigt – und sie könnte um Beispiele im persönlichen Bereich verlängert werden –, daß es „den unbekannten Deserteur“ nicht gibt.

Sollte daher Hitler posthum noch durch einen Kranz geehrt werden?

KURZ NOTIERT

Der Unfug mit „dem unbekannten Deserteur“

Helmut Fettweis

Zu allen Zeiten, in allen Armeen hat es Deserteure gegeben. Die Motive dieser Menschen sind so umfangreich, daß man ein Lexikon anlegen müßte. Es gab Menschen, die desertierten, weil sie das Verbrecherische eines Regimes, dem sie dienen mußten, erkannten oder zu erkennen glaubten.

Das sind Überzeugte, deren Motive man ernst nehmen muß und die man als Widerständler anerkennen sollte. Das gilt dann aber sowohl für Deutsche als auch für Russen, Ungarn, Tschechen, Italiener usw.. Wer Stalin als brutalen Diktator erkannt hatte, der ist ebenso anzuerkennen wie der, der Hitler in seiner Perfidie durchschaute.

Die meisten Deserteure hatten jedoch andere Motivationen. Der eine hatte – nach langer Zeit der Einsamkeit – eine liebende Frau gefunden. Wieder ein anderer dachte sich der Gefahr entziehen

zu können. Und leider gibt es auch eine ganz erhebliche Zahl – besonders in der letzten Zeit des Krieges –, die einfach mit Geld oder Werten unterzutauchen hofften.

Ebenso gibt es eine Reihe von damaligen „hohen Würdenträgern“, die einfach glaubten, mit zivilem Rock und einem angeklebten Schnurbart der „Verfolgung“ zu entgehen. Nicht zuletzt gibt es aber auch jene, die den Selbstmord vorzogen, weil sie sich vor dem Strafgericht fürchteten.

Es wäre zu lang alle Namen aufzuführen, aber sie reichen vom Schwager Hitlers, SS-Obergruppenführer Fegelein, bis zu manchem Gauleiter. In diese Reihe gehören auch Hitler, Himmler und einige weitere Nazi-Größen.

Wie soll man die biedereren Kosaken einstufen, die Stalin für den größeren Schuft, Hitler für das kleinere Übel hielten?

KIRCHE UND STAAT

Stört das Bundesverfassungsgericht den Rechtsfrieden?

Paul Schulz

Das Kreuz ist das zentrale Zeichen des christlichen Glaubens – Anmerkungen zum "Kreuzabnahme-Urteil" des BVerfG

Ließen "Mörder-Urteil" und das Urteil zur Straffreiheit von Sitzblockaden schon Zweifel an der Rechtssprechung des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVG) aufkommen, so wirft das am 10. August 1995 verkündete „Kruzifix-“ oder „Kreuzabnahme-Urteil“ die Frage auf, ob dadurch nicht der Rechtsfrieden in der Bundesrepublik gestört und die Grundlagen unserer Gesellschaft beschädigt werden. Danach verstößt die Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in den Unterrichtsräumen einer staatlichen Pflichtschule gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit nach Artikel 4 Absatz 1 des Grundgesetzes. Aus den Bayerischen Schulen sollen die Kreuze ohne Rücksicht auf den Willen der Mehrheit der Betroffenen entfernt werden, weil höchste Richter wie schon so oft das Individualrecht über das Recht von Mehrheiten, deren Wollen, Empfinden, Brauch und Tradition setzen. Hier wird Recht gesprochen, aber nicht Gerechtigkeit geübt. Hieran ändert auch die nachgeschobene „Klarstellung“ des stellvertretenden Präsidenten des BVerfG und Vorsitzenden des 1. Senats, Henschel, der eine „unklare Formulierung im Schulkreuz-Urteil“ einräumt. Im ersten Leitsatz müsse es „präzisiert“ heißen, „daß die staatlich angeordnete Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in ... gegen Art 4 Abs. 1 GG“ verstoße.

Mit dem „Kreuzabnahme-Urteil“ gehen sicher Gott und die Welt nicht unter. Vielleicht führt die heftige, öffentliche Diskussion darüber aber zu einer – hoffentlich sachlichen – Debatte über das, was unseren Staat zusammenhält und welche Aufgabe die „Im Namen des Volkes“ rechtsprechende Dritte Gewalt in diesem Gefüge hat.

„Es geht jetzt vielmehr darum,“ wie Heinz-Joachim Fischer in der FAZ vom 29.08.1995 schreibt, „wovon der Staat leben will, geistig und moralisch, und wie lebendig in Deutschland noch Christliches ist. ... Nicht die innere Schlüssigkeit eines Urteils begründet seine Rechtmäßigkeit, sondern seine Verankerung im Sittengesetz einer Kultur.“

In der Kirche sollte die Diskussion nicht allein den Bischöfen und dem Klerus überlassen bleiben. Es darf auch nicht abgewiegt werden oder – noch schlimmer – das Kreuz auf ein Zeichen abendländischer Kultur- und Wertetradition reduziert werden. Das Kreuz ist das zentrale Zeichen des christlichen Glaubens und verkörpert den menschengewordenen Sohn Gottes, der am Kreuz gestorben ist und die Menschheit durch seine Auferstehung erlöst hat. Zur Zeit des Apostels Paulus war das Kreuz „Ärgernis“ und „Torheit“. Wenn in diesem Zeichen heute keine missionarische Kraft mehr steckt, dann Gnade Gott dem Christentum.

Ein Gutes wird die Diskussion um die Kreuzabnahme in den Schulen haben: hierbei lassen sich die Konfessionen nicht mehr auseinanderdividieren. Das Thema ist wahrlich ein ökumenisches. Dies wird zu einer größeren Geschlossenheit der christlichen Kirchen und Gemeinschaften führen – ja zu einer Radikalisierung, wenn man sich wirklich auf die Wurzeln, das Evangelium und seine Heilsbotschaft besinnt. Gerade bei diesem Thema sind die Laien (insbesondere Eltern) gefordert. Deshalb müssen sich die in Pfarrgemeinderäten und GKS engagierten katholischen Soldaten sachkundig machen und sich gemeinsam mit ihren Familienangehörigen und den Geschwistern aus den christlichen Schwestern und Schwestern an der Debatte beteiligen.

Die anschließend wiedergegebene Stellungnahme eines (zivilen) Pfarrgemeinderates sowie der Brief des früheren Vorsitzenden der Zentralen Versammlung, Oberstleutnant a.D. Heinrich Havermann, mögen Anregungen dafür sein, wie man tätig werden kann.

Empfehlungen eines Pfarrgemeinderates zum "Kreuzabnahme-Urteil" des BVerfG

1. Feststellungen

Der 1. Senat des BVerfG hat am 10. August 1995 entschieden:

"Die Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in den Unterrichtsräumen einer staatlichen Pflichtschule ... verstößt gegen Artikel 4 Absatz 1 des Grundgesetzes." (Glaubens- und Gewissensfreiheit)

Sowohl das Urteil selbst, mehr aber noch in der Begründung die Formulierung

"Zusammen mit der allgemeinen Schulpflicht führen Kreuze in Unterrichtsräumen dazu, daß Schüler während des Unterrichts von Staats wegen und ohne Ausweichmöglichkeiten

mit diesem Symbol konfrontiert sind und gezwungen werden, 'unter dem Kreuz' zu lernen."

sind auf das Unverständnis und den heftigsten Widerspruch weiter Bevölkerungskreise gestoßen. Auch in unserer Pfarrgemeinde hat das Urteil Unruhe verbreitet und zu der Frage geführt,

"Kann man dagegen nichts unternehmen?"

Der Pfarrgemeinderat (PGR) hat eine Bewertung vorgenommen und für die Pfarrgemeinde eine Handlungsempfehlung erarbeitet. An der Beratung des PGR haben je ein Vertreter des Presbyteriums der Evangelischen Kirche und des Ältestenkreises der Freien evangelischen Gemeinde teilgenommen. Diese stützen die Auffassung des PGR und wollen die Bewertung wie auch die Empfehlungen an ihre Gemeinden weitergeben.

2. Bewertung

- Dem Urteil des 1. Senats ist insoweit zuzustimmen, als es nicht klug ist, das Anbringen von Kreuzen in Schulen per Verordnung vorzuschreiben. Dies ist dem freien Mehrheitswillen von Eltern, Schulleitung und Lehrerkollegium zu überlassen (und sollte im übrigen auch für Symbole nichtchristlicher Gemeinschaften und Weltanschauungen gelten; das eine muß das andere nicht ausschließen.)
- Das Urteil zeichnet sich durch eine ausgesprochene Rigorosität und Kompromißlosigkeit aus. An keiner Stelle ist festzustellen, daß ein Ausgleich zwischen berechtigten Interessen und Empfindungen gesucht wird. Urteile des BVG sollten neben der Rechtssicherheit besonders dem Rechtsfrieden in unserer Republik dienen und nicht zur Konfrontation zwischen Gruppen führen oder dazu, daß sich Mehrheiten dem Diktat von Minderheiten oder Einzelnen zu beugen haben. Rechtsfrieden war in diesem Land über Jahrzehnte gegeben, erst in letzter Zeit ("Mörder-Urteil", Straffreiheit von Sitzblockaden u.a.) und gerade durch dieses Urteil wird der Rechtsfriede gestört. Es stellt

sich die Frage, ob mit dem Urteil nicht an Grundlagen unserer staatlichen Ordnung gerüttelt wird.

- Durch das "Kreuzabnahme-Urteil" des BVG wird der "Kreuzerlaß" der religionsfeindlichen Nationalsozialisten aus dem Jahr 1936 in Erinnerung gerufen. Massive Proteste führten damals zur Zurücknahme des Erlasses. Soll heute durch das BVG der vor 60 Jahren angestrebte Zustand für die Schulen – wenn auch unter ganz anderen Bedingungen – hergestellt werden?
- Es ist unvermeidlich, daß die Freiheit zur Entfaltung des Glaubens in Konflikt gerät mit dem Anspruch von Nichtgläubigen, unbehelligt zu bleiben. Toleranz ist aber von beiden Seiten zu fordern.
- Die Urteilsbegründung überbewertet die negative Religionsfreiheit (Freiheit von Religion), räumt damit der Verneinung einen Vorrang vor der Zustimmung, Wertschätzung (positive Religionsfreiheit) oder auch nur der indifferenten Einstellung zur Religion ein. Für den staatlichen Hoheitsbereich verengt der Beschluß das Recht auf Religionsfreiheit auf die Freiheit von Religion.
- Die Urteilsbegründung übersieht, daß das Kreuz fraglos das Zeichen unserer abendländisch-christlichen Kultur ist, die ohne Religionsgrundkenntnisse nicht zu verstehen ist. Es vernachlässigt den Unterschied zwischen einem Kruzifix (mit Korpus) und einem Kreuz (ohne Korpus).
- Das Urteil leistet einer Entsymbolisierung unserer Lebenswelt Vorschub. Es drängt nicht nur die Kirchen und Religionen, sondern auch Gott selbst aus ihrer Stellung in der Gesellschaft heraus. Was ist die Alternative zur christlichen Moral, wer füllt die entstandenen Lücken aus? Folgen können eine weitere Zunahme von Wertverlust, Sinnleere, Gleichgültigkeit, Rücksichtslosigkeit, Egoismus und Intoleranz sein, die nach Ersatzideologien, -idolen und -handlungen verlangen.
- Die Schulen sind in den 60er Jahren aus der Obhut der Kir-

chen in die Verantwortung des Staates übernommen worden. Dafür hat sich der Staat zur Übernahme eines Teil der religiösen Erziehung verpflichtet. Wenn er diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen will, muß er wertneutral zu sein hat, muß er die Schulen reprivatisieren und sich auf die Unterhaltungspflicht beschränken. Die Eltern können dann selbst entscheiden, auf welchen Werten die Erziehung ihrer Kinder beruhen soll.

3. Handlungsmöglichkeiten, zugleich Empfehlungen

- (1) Vom Urteil betroffene Christen schreiben **Leserbriefe an regionale und überregionale Zeitungen** und drücken ihr Empfinden und Unverständnis aus. (Die unter 2. aufgeführte Argumente dienen als Anregung.)
- (2) In **Leserbriefen an die Kirchenzeitung** sollte neben der persönlichen Betroffenheit zum Ausdruck gebracht werden, daß die deutschen Bischöfe bei ihrer Herbstkonferenz hoffentlich ein klärendes Wort veröffentlichen, auf das die Gläubigen Wert legen. Ebenso sollten Diözesanrat und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken als die zuständigen Laienvertretungsgremien zu Aktionen angeregt werden.
- (3) Entsprechende **Briefe an die Bundestags-, Landtagsabgeordneten** und an die **Parteien** schreiben mit der Aufforderung, im Parlament die Situation und die Unzufriedenheit der Bevölkerung ausführlich zu diskutieren und geeignete parlamentarische Maßnahmen zur Veränderung der Situation zu ergreifen.
- (4) Die **Landtagsabgeordneten** auffordern, den für Nordrhein-Westfalen geltenden Rechtszustand zu sichern, nachdem das Aufhängen christlicher Symbole wie Kreuz oder Kruzifix in Klassenzimmern gesetzlich weder vorgeschrieben noch verboten ist.
"Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung. ..." (Art. 7 Verf NRW).

"In den Gemeinschaftsschulen werden Kinder auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte in Offenheit für die christlichen Bekenntnisse und für andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen gemeinsam unterrichtet und erzogen." (§ 19 des 1. Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Lande NRW)

Den gesetzlich am Schulleben Beteiligten (Schulleitung, Lehrerkollegium, Elternschaft) sollte auch weiterhin die "vor Ort"-Entscheidung nach dem "Schulmitwirkungsgesetz NRW" von 1977 überlassen bleiben.

- (5) Eltern können und sollten ihre **Schulpflegschaft** auffordern, nach mehrheitlichem Elternwillen Kreuze in den Klassenräu-

men anzubringen. Wert zu legen ist auch auf andere christliche (Kult)Symbole (z.B. Adventskranz, Weihnachtsschmuck, Osterstrauß uam.)

- (6) **Ökumenische Informationsveranstaltung der (Kirchen-) Gemeinden** in Zusammenarbeit mit den Schulen. Dabei sollen die Eltern von schulpflichtigen Kindern über die Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule anhand von praktischen Beispielen informiert werden.
- (7) Alle Aktionen sollten ökumenisch stattfinden.
- (8) Überregionale Maßnahmen (z.B. Unterschriftenaktion, Demonstration ...) sollen über Diözesanrat/ACK/kirchliche Verbände angeregt und unterstützt werden.

nicht gestärkt, vollzieht es doch mit diesem Urteil offensichtlich einen Ausstieg aus unserer Geschichte, die ja vor allem auch durch das Christentum beeinflusst wurde, und einen Einstieg in eine „Multikultur“. Deren Erhöhung in einen Verfassungsrang dürfte die Integrations- und Toleranzkräfte unserer Gesellschaft auf Dauer überfordern und den inneren Frieden im Lande gefährden.

Wenn nun das „Kreuzabnahme-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts konsequent durchdacht wird, dann ist umgehend das Bundesverdienstkreuz als Orden abzuschaffen und dann sind bei der Bundeswehr die Eisernen Kreuze als Erkennungsabzeichen zu entfernen. Sollte unsere Verfassung gar endgültig „multikulturell“ ausgestaltet sein, dann dürften aktive Minderheiten mit Hilfe der Gesetzgebung und der Rechtsprechung die Auffassungen und Lebensgewohnheiten der Mehrheit intolerant als Zumutung bekämpfen bzw. gar unterdrücken. Landen wir dann im Chaos der Punker oder bei der Scharia islamischer Fundamentalisten, beim Terror obskurer Sekten oder im Stellvertreterkrieg ethnischer Minderheiten aus aller Herren Länder?

Wen die Zukunft unseres bislang allgemein bejahten und auch erfolgreichen Staatswesens nicht kalt läßt, stellt sich besorgt die Fragen: Wer schützt die Mehrheit in diesem Land vor den nicht mehr zumutbaren Forderungen und Erpressungen einer exaltierten, spitzfindigen Minderheit? Wer bewahrt uns davor, im eigenen Land zu Fremden zu werden? Vielen Christen kommt nach dem „Kreuzabnahme-Urteil“ zudem die Frage: Wann wird nun die Kirche aus dem Dorf geklagt?

Heinrich Havermann, Cloppenburg

Beispiel für einen Brief an Abgeordnete

Betr.: „Kreuzabnahme-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts

Das in der letzten Woche verkündete „Kreuzabnahme-Urteil“ wird in dieser Gegend mit besonderer Verbitterung diskutiert, einmütig abgelehnt und als jenseits der Grenze des einem loyalen Bundesbürger Zumutbaren angesehen. Vielleicht dürfte die folgende Meinungsäußerung noch für Sie von Interesse sein:

Die Erinnerung an die Mahn- und Gedenktage zum Ende des Naziregimes vor fünfzig Jahren ist noch nicht verblaßt. Da werden wir mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts konfrontiert, das Zeitungsberichten zufolge erklärt, es sei verfassungswidrig, wenn in staatlichen Pflichtschulen Kreuze angebracht seien und damit Kinder gezwungen würden „unter dem Kreuze“ zu lernen.

1936 führten die oldenburgischen Katholiken gegen die Willkür und Religionsfeindlichkeit der Nationalsozialisten den Kampf um das Kreuz in der Schule. Sie erzwangen mit ihren Protestaktionen beim Gauleiter Röver die Rücknahme des „Kreuzerlasses“. Ist es nicht eine Schande, wenn ausgerechnet das Bundesverfassungsgericht fast 60 Jahre nach dem „Kreuzkampf“ den damals durch die Nationalsozialisten angestrebten Rechtszustand für die Schulen heute wiederherstellt?

Schon das „Mörder-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts ließ bei vielen Zweifel an der Rechtsprechung dieses Gerichts aufkommen. Mit dem neuen Urteil wird das Vertrauen in diese Institution als oberste Hüterin der Verfassung

Zum gleichen Thema schreibt der **Vorsitzende des Katholikenrates Bonn**, der frühere Chefredakteur des AUFTRAGS, Helmut Fettweis:

„... Man übersieht die große Bedeutung des Christentums für die abendländischen Menschen. Sicherlich, unter dem Zeichen des Kreuzes sind Mißbräuche und Verbrechen geschehen. Sie können aber die vielen positiven Seiten der Botschaft Christi – und sie ist nun

einmal mit dem Kreuz verbunden – nicht auslöschen. Mit dem Vergehen christlicher Werte würde die Welt ärmer, zerstrittener und kälter. Man sollte nicht vergessen, daß immer dann, wenn die Liebe, die das Evangelium lehrt, abnimmt, das Klima frostiger wird.

Die Würde des Einzelnen wird sowohl durch einen hemmungslosen Individualismus, einen übertriebenen Liberalismus und auch durch den Kollektivismus vernichtet. An diese Folgen muß man bei dem Urteil denken.“

KIRCHENVOLKSBEGEHREN

Gedanken und Meinungen zu einer strittigen Aktion

Paul Schulz

Zwei Monate lang, von Mitte September bis Mitte November, sollen unter deutschen Katholiken Unterschriften für ein „KirchenVolksBegehren“ gesammelt werden. Die Initiatoren wollen unter dem Motto „Wir sind Kirche“ die katholische Kirche zu Reformen bewegen. Damit wird eine Aktion aus Österreich übernommen, bei der 505.154 Personen – entspricht rund neun Prozent der österreichischen Katholiken und ist etwas weniger als die Hälfte der regelmäßigen Kirchenbesucher, allerdings konnten auch Nicht-Katholiken Ihre Unterschrift leisten – unterzeichnet hatten.

Ziel der für Deutschland übernommenen Aktion ist der Aufbau einer „geschwisterlichen Kirche“, die volle Gleichberechtigung der Frauen, der Verzicht auf den Pflichtzölibat der Priester, eine weniger restriktive Sexualmoral und der Verzicht auf angstmachende und einengende Normen zugunsten von mehr helfender und ermutigender Begleitung (Forderungen im einzelnen siehe Kasten rechts).

Nach einer Meldung in Publik-Forum, einer Zeitung für kritische Christen vom 25.08.1995 soll die Mehrheit der deutschen Katholiken den Forderungen des „KirchenVolksBegehrens“ zustimmen. Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts halten 84 Prozent den Zölibat für falsch. Drei Viertel der katholischen Gläubigen sind dafür, daß Frauen Priesterinnen werden können, und 85 Prozent zweifeln die Unfehlbarkeit des Papstes an. Das „KirchenVolksBegehren“ trifft auf breite Zustimmung, 76 Prozent sähen hierin einen richtigen Schritt zur Reform der Kirche. Von den regelmäßigen Besuchern der sonntäglichen Gottesdienste befürworteten 59 Prozent die Aktion der Initiative „Wir sind Kirche“.

Vielleicht lese ich nicht die richtigen Zeitungen. Aber aus nahezu allen Stellungnahmen lese ich eher

eine große Skepsis gegenüber der Initiative heraus, als daß ich Zustimmung feststellen kann. Wer als Laie bereit ist, innerhalb der Kirche Verantwortung zu übernehmen, kann mehr erreichen als durch eine Unterschrift unter eine auf wenige Aspekte konzentrierte Aktion. Wer im Pfarrgemeinderat, in einem Verband oder auch auf

anderer Ebene aktiv tätig ist und die Mitgliedschaft nicht nur als Möglichkeit der Ansehenssteigerung, zum Erreichen vorderer Plätze oder zur Rückerstattung gezahlter Kirchensteuern ansieht, weiß, daß sachkundiger und abgewogener Rat wie auch tatkräftige Mithilfe gefragt, gern gesehen und auch notwendig sind. Unsere Mög-

KirchenVolksBegehren**16. September - 12. November 1995****1. Aufbau einer geschwisterlichen Kirche:**

- Gleichwertigkeit aller Gläubigen, Überwindung der Kluft zwischen Klerus und Laien. *(Nur so kann die Vielfalt der Begabung und Charismen wieder voll zur Wirkung kommen.)*
- Mitsprache und Mitentscheidung der Ortskirche bei Bischofsnennungen. *(Bischof soll werden, wer das Vertrauen des Volkes genießt.)*

2. Volle Gleichberechtigung der Frauen:

- Mitsprache und Mitentscheidung in allen kirchlichen Gremien
 - Öffnung des ständigen Diakonats für Frauen
 - Zugang der Frauen zum Priesteramt
- (Die Ausschließung der Frauen von kirchlichen Ämtern ist biblisch nicht begründbar. Auf den Reichtum an Fähigkeiten und Lebenserfahrungen von Frauen kann die Kirche nicht länger verzichten. Dies gilt auch für Leitungsamter.)*

3. Freie Wahl zwischen zölibatärer und nicht-zölibatärer Lebensform

(Die Bindung des Priesteramtes an die ehelose Lebensform ist biblisch und dogmatisch nicht zwingend, sondern geschichtlich gewachsen und daher auch veränderbar. Das Recht der Gemeinden auf Eucharistiefeier und Leitung ist wichtiger als eine kirchenrechtliche Regelung.)

4. Positive Bewertung der Sexualität als wichtiger Teil des von Gott geschaffenen und bejahten Menschen:

- Anerkennung der verantworteten Gewissensentscheidung in Fragen der Sexualmoral (z.B. Empfängnisregelung)
- Keine Gleichsetzung von Empfängnisregelung und Abtreibung
- Mehr Menschlichkeit statt pauschaler Verurteilungen (z.B. in Bezug auf voreheliche Beziehungen oder in der Frage der Homosexualität)
- Anstelle der lähmenden Fixierung auf die Sexualmoral stärkere Betonung anderer wichtiger Themen (z.B. Friede, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung...)

5. Frohbotschaft statt Drohbotschaft:

- Mehr helfende und ermutigende Begleitung und Solidarität anstelle von angstmachenden und einengenden Normen
- Mehr Verständnis und Versöhnungsbereitschaft im Umgang mit Menschen in schwierigen Situationen, die einen neuen Anfang setzen möchten (z.B. wiederverheiratete Geschiedene, verheiratete Priester ohne Amt), anstelle von unbarmherziger Härte und Strenge

Bundesweite Kontaktadresse
„Wir sind Kirche“
c/o Christian Weisner
Hildesheimer Straße 103
D-30173 Hannover
Tel/Fax: (0511) 809 24 36

Spendenkonto
„Wir sind Kirche“
Konto 5330-602
Postbank Frankfurt
(BLZ 500 100 60)
Spendenbescheinigung wird
auf Wunsch zugesandt

lichkeiten in der Kirche unter Soldaten sind ein Musterbeispiel dafür.

Jede(r), der seine Unterschrift unter das „KirchenVolksBegehren“ setzt oder diese auch unterläßt, sollte wissen warum sie/er sich so und nicht anders entscheidet. Keinesfalls sollten Zeitgeist, Umfrageergebnisse und veröffentlichte Meinung ausschlaggebend sein. Die persönliche Zustimmung zu einer der gestellten Forderungen dürfte auch nicht der Grund sein, andere nicht-zutreffende außer acht zu lassen. Wenn ich persönlich auch den Zugang der Frauen zum Priesteramt bejahen kann, so stelle ich in unserer Kirche auch bei miesester Betrachtung keine „lähmende Fixierung auf die Sexualmoral“ fest. Wer drängt denn der Kirche stän-

dig das Sexualthema auf? Auch habe ich seit Jahrzehnten in der Kirche keine „Drohbotschaft“ gehört, die mir Angst machen sollte. Meine Erfahrungen mit dieser Kirche, die ich fast täglich in ihrem Sendungsauftrag (Verkündigung, Diakonie und Liturgie) und mit meinen Mitwirkungsmöglichkeiten erlebe, macht meine Unterschrift unter das Begehren überflüssig.

Einen anderen Aspekt nennt Helmut Fettweis, Vorsitzender des Bonner Katholikenrates. Er schreibt:

„... Hier werden durch plakative Forderungen die Ansätze zu guten Gesprächen gefährdet. Es kann nicht angehen, daß ein Teil des Kirchenvolkes sich im Dialog

bemüht, tragfähige Glaubensaussagen für den Lebensvollzug in der heutigen Zeit zu finden, dann ein anderer Teil durch lamentöse Forderungen gerade diese Dialoge unsinnig macht.

Zudem sollte bedacht werden, daß wir in Deutschland nur ein minimaler Teil der Weltkirche sind. Wenn auch der Geist weht, wo er will, so muß doch bedacht werden, ob diese sogenannten „Reformer“ sich nicht allzusehr vom „sentire cum ecclesia“ – dem Mitfühlen, Mitdenken, mit der Kirche – verabschiedet haben.“

Nachfolgend ein Kommentar von Karl Heinz Hock, Chefredakteur der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA), zum gleichen Thema:

Von vornherein entwertet

Karl Heinz Hock

Vox populi, vox dei, meinte Seneca und stellte dem demokratischen Prinzip damit das höchstmögliche Lob aus. Aber selbst überzeugte Demokraten würden heute nicht uneingeschränkt gelten lassen, daß Volkes Stimme Gottes Stimme sei: Volkes Urteil kann treffend ausfallen, es kann aber auch sehr zweifelhaft sein, ob die Massen im Hof des Pilatus schreien „Kreuzigt ihn“ oder ob sie im 20. Jahrhundert, von nationalistischen Demagogen aufgehetzt, Menschen töten, quälen oder vertreiben. Die Erfahrung vor Augen, daß weite Teile des deutschen Volkes sich von der NS-Propaganda verführen ließen, entschieden sich die Väter des Grundgesetzes für die repräsentative, nicht für die direkte Demokratie. Nicht die leicht beeinflussbare große Menge sollte entscheiden, sondern die von ihr gewählten mit Befähigung und besonderem Verantwortungsbewußtsein ausgestatteten, durch die parlamentarischen Instanzen kontrollierten Vertreter. Den nachgewachsenen Generationen scheint diese wohl erwogene Entscheidung nicht recht präsent zu sein. ...

Das sogenannte Kirchenvolks-Begehren in Österreich und das in

Vorbereitung befindliche Begehren in Deutschland weisen jedoch erheblich größere Mängel auf, die ihren Aussagewert stark mindern. Nach Art ihrer Durchführung war die Aktion in Österreich nicht mehr als eine Unterschriftensammlung und dazu eine höchst fragwürdige. Es gab keine Listen der Wahlberechtigten, auf denen eine Stimmabgabe abgehakt und so eine doppelte Unterschrift verhindert werden konnte. Und es gibt nicht die Möglichkeit, die Unterschriften nachzuprüfen. Die Unterschreiber mußten alle fünf Forderungen akzeptieren, auch wenn ihnen die eine oder andere weniger gefiel. Eine Chance, Prioritäten zu setzen, bestand nicht. So läßt sich diese Unterschriftensammlung bestenfalls als ein Stimmungsbild von 500.000 Menschen oder rund acht Prozent der österreichischen Katholiken verstehen. Dieser Prozentsatz aber würde nirgendwo im politischen Raum ausreichen, um einen Volksentscheid – nur er hätte ernstzunehmende Aussagekraft, nicht das Begehren – in Bewegung zu setzen. In Deutschland wird nach Artikel 29 Abs. 6 des Grundgesetzes nur dann eine Mehrheit zum Volksentscheid oder

der Volksbefragung zur Kenntnis genommen, „wenn sie mindestens ein Viertel der zum Bundestag Wahlberechtigten umfaßt“. Folglich müssen die deutschen Kirchenvolksbegehren, wenn sie ernst genommen werden wollen, ein Abstimmungsverfahren finden, das jeder kritischen Prüfung standhält, und sie müßten, darauf kommt es an, ein Viertel der 28 Millionen Katholiken auf die Beine bringen. Es ist zu sehr zu bezweifeln, daß sie selbst ein erheblich niedrigeres Quorum erreichen würden.

Für die innerkirchliche Meinungsbildung wertlos gemacht haben die Initiatoren ihr Vorhaben aber erst durch die Absicht, Nichtkatholiken, das heißt jedermann, teilnehmen zu lassen. Da werden sich wohl viele Feministinnen gleich welcher Couleur den Spaß gönnen, für die Priesterin am Altar einzutreten, auch wenn sie selbst im ganzen Leben keine katholische Kirche betreten haben. Die Zeugen Jehovas und andere Sekten braucht man sicherlich nicht lange zu bitten, die Verhältnisse in der katholischen Kirche „mitzubestimmen“. Gegen ein „Volksbegehren“ spricht nicht zuletzt, daß im-

mer weniger Gläubige wissen, wie gewisse Strukturen der Kirche zu erklären sind. Das gilt auch für das Glaubenswissen. Und dann sollen auch noch Atheisten mit abstimmen können, die überhaupt nichts von Gott und Kirche halten. Kein Mensch würde Borussia Dortmund zumuten, die – mit sehr viel Fach-

wissen ausgestatteten Vereinsmitglieder über die Mannschaft und die Taktik des Trainers abstimmen zu lassen, geschweige denn Leute, die nie im Stadion waren und sogar noch etwas gegen Fußball haben. Von einem „Kirchenvolksbegehren“ kann da nicht mehr die Rede sein, allenfalls von einer allgemei-

nen Unterschriftensammlung, deren Aussagewert gleich null ist. In diesem Fall wäre allerdings zu fragen, ob die Aktion den Schweiß der Betreiber und das Geld, das sie kostet, wert wäre. Wer den Dialog in der Kirche führen will, dessen es zweifellos bedarf, muß andere Wege gehen.

„Innerkirchliches Klein-klein“

Bischof Kamphaus und weitere Stimmen zum Plebiszit in der Sendung Report

LIMBURG (DT vom 31.08.1995/KNA). Das geplante „Kirchenvolksbegehren“ der Initiative „Wir sind Kirche“ verfolgt einen falschen inhaltlichen Ansatz. Dies erklärte der Bischof von Limburg, Kamphaus, in einem Interview des Südwestfunks, das am 28. August auszugsweise in dem Fernseh-Magazin „Report“ gesendet wurde.

Wörtlich sagte Kamphaus in der Sendung zum Kirchenvolksbegehren: „Ich halte es im Ansatz für falsch. Wieder mal stehen innerkirchliche Fragen an erster Stelle. Und das ist schlecht. Es dreht sich alles um die Kirche. Die Kirche dreht sich um sich selbst. So kommen wir in der Reform nicht weiter. Das hat keine Zukunft. In der Kirche muß Gott in der Mitte stehen, und nicht sie selbst. Und wo

Gott in die Mitte gestellt ist, da ist auch der Mensch mitten drin, und zwar der andere Mensch. Nicht nur innerkirchliches Klein-klein, sondern die Zuwendung zu den anderen Menschen, vor allen Dingen zu denen hin, um die sich niemand kümmert. Wir sind auf dem besten Wege eine Beamtenkirche zu werden, eine Funktionärskirche, die sich überall anpaßt, es allen recht machen will und niemanden verletzen will, niemandem weh tut, aber am Ende auch niemanden mehr heilt. Eine solche Kirche braucht's eigentlich nicht.“

Auch die als Vertreterin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vorgestellte Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses und CDU-Politikerin Hanna Renate Laurien wandte sich in „Report“ gegen das Kirchenvolksbegehren. Durch das Plebiszit erwarte sie keinen Reformschub. Reformen entstan-

den im Gespräch zwischen Zentralkomitee und Bischöfen in der Gemeinsamen Konferenz. Die Laien dort hätten ein Mandat.

Eine zustimmende Stellungnahme erhielten die Fernsehjournalisten dagegen von dem Münchener Jesuiten Wolfgang Seibel, Chefredakteur der Zeitschrift „Stimmen der Zeit“. Der Vorwurf der Politisierung treffe das Kirchenvolksbegehren nicht, erklärte Seibel, weil es eine solche Polarisierung schon gebe, „und zwar großenteils verursacht durch diejenigen die alle Reformen in der Kirche blockieren“. Seibel polemisierte in der Sendung scharf gegen alle, die einen päpstlichen Orden tragen: Niemand, der im deutschen Katholizismus eine Position innehatte brauche „Angst“ vor Rom zu haben, sagte Seibel, „es sei denn, er will einen päpstlichen Orden bekommen. Darauf muß er dann verzichten.“

Dyba sieht Staat und Kirche „auseinanderdriften“

Fulda, 30.8.95 (KNA) Der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba sieht Staat und Kirche in Deutschland „auseinanderdriften“. Im Licht des Karlsruher Kruzifix-Urteils zeige sich ein Land, das überdeutliche Spuren der Entchristlichung aufweise, schreibt Dyba in einem am Mittwoch vorab veröffentlichten Beitrag für die Fuldaer Bistumszeitung „Bonifatiusbote“. Viele Modelle der Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen entfielen, wenn der Staat sich nicht mehr der christlich-abendländischen Tradition verpflichtet fühle.

Die vor mehr als zwei Jahrzehnten einsetzende Entchristlichung von Gesetzgebung, Medien und Gesellschaft habe mit der deutschen

Einigung ein neues Tempo und eine beklemmende Brisanz erhalten, schreibt Dyba. Nüchtern sei festzustellen, daß die neuen Bundesländer weder christlich noch abendländisch seien; vielmehr seien sie nach einem halben Jahrhundert staatlich verordneter Gehirnwäsche mehrheitlich heidnische Länder. Auch in Berlin, Bremen oder Hamburg sehe es mit der Erinnerung an das christliche Abendland nicht viel besser aus. Dyba stellt in seinem Beitrag die Frage, was die katholische Kirche in dieser Situation tun solle, und bemängelt: „Was wir bisher erleben, ist eine ausgesprochen defensive Strategie, die vor allem auf die Verteidigung aller einmal besetzten Positionen, Insti-

tutionen, Pfründe, Systeme und Apparate abzielt.“ Das seien aussichtslose Fassadengefechte, die höchstens kurze Aufschübe gewähren könnten. Die Zukunft der Kirche liege aber nicht in solchen hoffnungslosen Positionskämpfen, sondern in einer radikalen Umkehr zu einer offensiven Neuevangelisierung, betont der Erzbischof. Dyba wörtlich: „Wir müssen nicht gesellschaftliche Positionen verteidigen, sondern neue Christen gewinnen. Nicht begehren, sondern bekehren. Und das können wir nicht, indem wir viel Geld einsetzen und Public-Relation-Büros Propaganda machen lassen. Das können wir nur durch das Glaubenszeugnis überzeugter Christen.“

ERKLÄRUNG DER GKS ZUM 8. MAI 1945

50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Am 8. Mai jährt sich zum 50. Male das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa. An diesem Tag endete ein verbrecherisches Regime, das Deutschland in die größte Katastrophe seiner Geschichte geführt und unendliches Leid über das eigene Land und viele andere Völker dieser Erde gebracht hat. Am 8. Mai 1945 hatte Deutschland nicht nur den Krieg, sondern auch seine staatliche Selbständigkeit und seine Einheit verloren.

Das Ende des totalen Krieges bedeutete für die überwiegende Mehrheit der Menschen Befreiung von Vernichtung, Terror und Verbrechen, für viele jedoch auch Vertreibung, Gefangenschaft, Elend und Tod.

Erinnerung und Verantwortung

Dieser Tag ist ein Tag der Erinnerung und Besinnung, er bleibt unauslöschbarer Teil der deutschen Geschichte.

Er fordert auf zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus: an die Frauen, Kinder und Männer in den Konzentrationslagern und Hinrichtungsstätten, an die Millionen, die in Bombennächten und auf der Flucht umgekommen sind und an die Soldaten, die in einem sinnlosen Krieg gefallen sind. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, in die auch Teile der Wehrmacht verstrickt waren, dürfen nicht vergessen werden - auch dann nicht, wenn die Generationen, die dieses unmittelbar erlebt und erlitten haben, nicht mehr leben.

Die Abscheu vor den Verbrechen darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß es auch ein anderes Deutschland gab, ein Deutschland, dessen Kultur, dessen Verständnis von Würde, Recht und Freiheit von Diktatur, Gewalt und Rassenwahn nicht zerstört werden konnten. Zeugen dieses Deutschlands ehren wir am 20. Juli.

Gerade in Zeiten, in denen oft die Neigung besteht wegzuschauen, kommt es darauf an, den politischen und ethischen Gehalt dieser Erfahrung von 1933 bis 1945 immer wieder in das politische Bewußtsein zu heben und an die folgenden Generationen weiterzugeben. Jeglichem Versuch einer Verdrängung dieser Zeit ins historisch Unverbindliche ist entgegenzuwirken. Wir alle tragen die Folgen dieser Vergangenheit und können uns der Verantwortung nicht entziehen, die unsere jüngste Geschichte uns auferlegt. Besonders für uns in Deutschland erwächst daraus die Verpflichtung, die Zukunft durch die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden mitzugestalten. Unrecht muß von Anfang an widerstanden werden.

Erfahrung und Erneuerung

An den Verbrechen des Nationalsozialismus trägt keiner der heutigen Soldaten der Bundeswehr eine Schuld.

Die Grunderfahrung der Zeit von 1933 bis 1945, daß Staat, Obrigkeit und Nation nicht absolut gesetzt werden dürfen, hat die Bundeswehr entscheidend geprägt. Ethik und Recht setzen die Verantwortung vor dem Gewissen über jeden Befehl. Daher sind Soldaten zur Gehorsamsverweigerung denjenigen Befehlen gegenüber verpflichtet, die Rechtsstaatlichkeit und Sittlichkeit verletzen, Gewissen und Verantwortung mißachten.

Achtung und Schutz der Menschenwürde als fundamentales, vorstaatliches Recht aller Menschen stehen vor jedem Rechtsanspruch des Staates.

Durch diesen obersten Grundsatz unserer Verfassung sind Soldaten in besonderem Maße gefordert: Er fordert heraus zu Sensibilität gegenüber allen Arten von Gewalttätigkeit, Inhumanität, Fremdenhaß und Nationalismus, gegen die wir uns entschieden wehren. Er stellt die Soldaten vor die existentielle Frage des verantwortbaren Umgangs mit den ihnen anvertrauten Menschen, dem militärischen Auftrag und den ihnen dazu übergebenen Waffen - um den Frieden sicherer zu machen. Eingeschlossen darin ist auch die Mitverantwortung für die Gestaltung des Friedens.

Soldatisches Selbstverständnis

Die Bindung des Auftrages der Soldaten an Verfassungs- und Völkerrecht soll gewährleisten, daß der Dienst des Soldaten am Wohlergehen des eigenen Volkes wie auch der Nachbarvölker orientiert ist und letztlich dem Gemeinwohl der Völkergemeinschaft dient: Das ist zugleich Ausdruck unseres christlichen Selbstverständnisses und unseres soldatischen Bewußtseins. Sie bilden das Fundament einer ethisch begründeten soldatischen Existenz.

Wirken für den Frieden

Menschenrechtsverletzungen sind heute keine „innere“ Angelegenheit von Staaten mehr. Sie gehen uns alle an. Gerade vor dem Hintergrund unserer deutschen Geschichte können wir uns der politischen Verantwortung nicht entziehen, Solidarität mit den unterdrückten und verfolgten Völkern und Menschen zu üben, die unter schweren Menschenrechtsverletzungen leiden. Wenn Frieden mehr sein soll als die bloße Abwesenheit von Krieg, ist unser Engagement für Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen gefordert - in unserem eigenen Land, in Europa und darüber hinaus. Auch uns in Westdeutschland ist schon bald nach Kriegsende durch die Westmächte eine Zukunftsperspektive eröffnet worden.

Besonders heute, wo auch in Europa erneut Krieg und Gewalt ihre mörderische und zerstörerische Wirkung entfalten, wird immer deutlicher erkennbar, daß der Dienst verantwortungsvoll eingesetzter und handelnder Soldaten nicht von den anderen wichtigen Aufgaben einer internationalen Friedensarbeit getrennt werden kann.

Linderung der Not der Schwächsten und der Leiden der Menschen, Minderung der Gewalt sowie die Stabilisierung von gerechten Ordnungsstrukturen sind Aufgaben, die immer wieder der Mitwirkung von Soldaten bedürfen.

Diese Ausrichtung des Dienstes der Soldaten auf den Frieden wird Tag für Tag auch heute schon durch Soldaten der Bundeswehr bestätigt, die in den Krisengebieten eingesetzt sind.

Der Friede bleibt auch in Zukunft bedroht. Die sich entfaltende Völkerrechtsordnung darf nicht machtlos gegenüber Krieg, Völkermord und Massenvertreibungen bleiben.

Beschlossen von der Bundeskonferenz
der GKS am 29. April 1995

8. Mai vor 50 Jahren – wie ich das Kriegsende erlebte

Helmut Fettweis

Der Krieg ist nunmehr seit 50 Jahren vorbei. Seitdem schweigen bei uns die Waffen. Eine so lange Friedenszeit hat Deutschland seit vielen hundert Jahren nicht mehr erlebt. (Auch ein Verdienst der Bundeswehr und der Bürger dieses Landes, die ihren Frieden in Freiheit zu verteidigen gewillt waren.)

Die Bürger in unserem Vaterland denken an diesen Tag relativ wenig. Denn, die ihn erlebt haben, sind nicht mehr so zahlreich. Geschichts- und Geschichtskundler versuchen sich an der „Aufarbeitung“. Auch mir fällt es schwer, die Gefühle und die Gedanken an diesen Tag zu beschreiben.

Situation

Es hatte sich – nach Ostern '45, (1. April) – zwischen Kampf- und Verpflegungsstärke in unserem Bataillon eine Diskrepanz von 300 Köpfen ergeben. Man wollte bei der Division, mir als Oberleutnant und Chef der Stabs- und Versorgungskompanie nicht glauben, daß die Männer des Volkssturms – 300 Mann – auf die Kampfstärke rechneten – sie brauchten Munition – aber nicht auf die Verpflegungsstärke, denn diese Verteidiger mußten sich aus dem „Lande“ ernähren.

Zur Aufklärung dieser Differenz mußte ich 15 km in Schnee und Eisregen mit dem Fahrrad – Pkw war ausdrücklich verboten – zum Div.-Gefechtsstand fahren. Nach 30 km war ich so durchnäßt, daß eine schwere Erkrankung und Fieber der „Erfolg“ waren. Ins Lazarett Hirschberg/Schlesien gebracht wurde ich nach Abklingen des Fiebers nach Königgrätz-Jicin – im damaligen Böhmen verlegt.

Am 30. April vernahm man, daß „der Führer“ im Kampfe gefallen sei. Geglaubt hat das niemand, weil die Situation im Weichbild Berlins gegen eine solche „Heldentat“ sprach.

Aber was war nun zu tun? Ich durfte an diesem Tag erstmals aus-

gehen. Ich machte die Bekanntschaft eines älteren Hauptmanns vom Nachschub, der einfach nicht wußte, was er mit seinen großen LKW machen sollte. Die Bewohner waren in diesem sehr hübschen Städtchen abwartend. Ich kaufte – mehr gab es nicht – ein Glas Senf „mit gutem Öl“. Damit war es möglich, die sehr spärliche Kost aufzubessern.

Am 1. Mai war die Situation schlagartig anders. Überall hingen tschechische Fahnen an den Häusern und auch etliche sowjetische. Nun wurde bekannt, daß im Westen kapituliert worden war. Aber General Schörner hielt im Osten noch stand.

Treppenwitz: Der Ortskommandant, jener liebenswürdige ältere Hauptmann, ließ den Marktplatz von drei Seiten mit Maschinengewehren überwachen. Die Bevölkerung flanierte in gehobener Stimmung durch die Kolonaden, den deutschen Soldaten wurde kein Leid angetan, aber es gab auch nichts mehr zu kaufen. Feiertag. Es bildeten sich Befreiungskomitees und der gute Hauptmann war total überfordert. So versuchte ich, ihm beizustehen. In einer Diskussion mit Vertretern der Stadt konnte ich überzeugen, daß es doch sinnlos sei, so kurz vor dem Triumph noch Menschen zu opfern.

Die deutschen Soldaten – Übergriffe waren nicht geschehen – würden ehrenhaft abziehen und alle Tschechen könnten feiern. Und dann wurde ein Maschinengewehr – es hatte sowieso kein Schußfeld – eingezogen und die Vertreter der Bürgerschaft nahmen die sowjetischen Fahnen weg.

Der Chefarzt im Lazarett – meiner Erinnerung nach ein hervorragender Chirurg – fragte zufällig mich, was zu tun sei, er sei für Kranke, Verwundete, San-Soldaten, Schwestern und Ärzte verantwortlich. Wir haben bis in die Nacht diskutiert und ich sagte, daß ich von anno '18 nur wußte, daß man dann Soldatenräte gewählt habe.

So kam ein „Soldatenrat“ bestehend aus einem San-Obergefreiten, einer Schwester und mir zustande. Am 2. Mai nahmen wir Verbindung zu dem Standortkommandanten auf. Er war bereit, da er keine andere Order hatte, einen Teil seiner LKW für den Abtransport des Lazaretts in Richtung Westen zur Verfügung zu stellen. Nun wurde eine Liste aufgestellt, wer abtransportiert werden könne. Bald stand fest: alle Schwestern, alle gehfähigen Verwundeten und Kranken sowie Zivilisten, die im Lazarett beschäftigt waren.

Mit Hochachtung wurde registriert, daß alle Ärzte und alle Dienstgrade des Pflegepersonals bei den nichttransportfähigen Verwundeten und Kranken bleiben wollten. Einige Schwestern, die auch bleiben wollten, wurden vom Chef selbst überredet, abzufahren. Was aus dem Stamm des Lazaretts geworden ist, habe ich nicht erfahren.

Wir bekamen für zwei Tage Verpflegung mit, denn bis zur bayerischen Grenze waren es höchstens 150–180 km. Die Zurückbleibenden waren daher mit dem Rest der Vorräte einigermaßen gut versorgt.

Am 4. Mai fuhr der Konvoi nach Westen in Richtung Prag. Anhand der Karten mit sehr großen Maßstäben und vor allem aufgrund der Informationen aus der Bevölkerung nahmen wir Abstand, den schnellen Weg nach Leitmeritz an der Elbe zu wählen. Wir wollten südlich Prag in Richtung Bayern flüchten. So kamen wir am 5. Mai nach Zbraslav, einem Brückenkopf am Zusammenfluß der Berounka und der Sazava.

In Prag tobten Aufstände. Hier aber „herrschte“ eine SS-Division. Die SS-Verbände wollten nun unsere LKW haben und alle Angehörigen dieses Trecks dem Schicksal überlassen. Meine Vorsprache bei dem SS-Gruppenführer, der als Stabschef einen ehemaligen Angehörigen des Heeres hatte, brachte zunächst nichts.

Als man aber hörte, über wieviel Menschen – zum Kampfe untauglich – man die Verantwortung zu übernehmen habe, sagte man recht unfreundlich: „Hauen sie ab!“

Vor dem Stabsgebäude begegnete ich einem Offizier, den ich für einen Franzosen hielt. Es war aber ein tschechischer Offizier ausgebildet an der Offiziersschule in Dresden –, der soeben von dem gleichen SS-Befehlshaber „rausgeschmissen“ worden war.

Er hatte Abzug angeboten, um Opfer zu vermeiden. Nach kurzem, auch menschlichem Kontakt, sagte er mir zu, wenn ich seine Partisanenbegleitung akzeptieren würde, dann könne er mir den Weg Richtung deutsche Grenze sichern. Wir nahmen an.

Noch eine „kleine Information“ gab er mir: „Ab 8. Mai sind Sie Internierte (vorher Kriegsgefangene), Sie haben die Möglichkeit, die Kinder (auch solche waren bei uns) und auch alle anderen Leute bei den Pfarrern in XX und in YY zu verpflegen.“ Es geschah so. Dennoch wurden wir am 8. Mai südlich Pribram von Russen gefangen genommen und sollten zu Fuß nach Komotau, 150 km nördlich, gebracht werden. Weil die Russen uns aber nicht versorgen konnten und wir durch amerikanisch besetztes Gebiet mußten, übernahmen uns die Amerikaner und brachten den Treck nach Pilsen in ein amerikanisches Gefangenenlager.

Was fühlte ich am 8. Mai?

Ich war viel zu sehr mit dem Wohl meiner, mir „anvertrauten Schar“ beschäftigt und dem Bestreben, möglichst alle in eine Internierung zu retten.

Der zweite Gedanke war, daß nun endlich keine akute Gefahr mehr für das persönliche Leben bestand. 1939 war noch irgendwie das Gefühl vorhanden, das Vaterland ist bedroht, man muß helfen, den Angriff auf dieses Vaterland abzuwehren. Vorübergehende Anfechtungen – bei persönlichen Begegnungen in Polen und Frankreich – wurden „übertönt“ durch die Erlebnisse in Litauen, Lettland und Estland. In der Sowjetunion schien der wahre Feind der Menschheit zu sitzen. Begegnun-

gen mit den Menschen in der Ukraine, auf der Krim schienen die Politik des Reiches zu rechtfertigen.

Die Invasion war der große Schock. Demokratische Länder – oftmals verächtlich gemacht – brachten Leistungen zustande, die zunächst unbegreiflich waren. Wenn über die Normandie auf einmal Staffeln von hunderten von Bombern zogen – man kann sich das heute garnicht mehr vorstellen –, dann mußte man sich überlegen, ob vielleicht die deutschen Verlautbarungen falsch – bewußt falsch? – waren? Die heutige Generation kann sich einfach nicht vorstellen, daß es damals außer dem amtlichen Rundfunk fast keine andere Orientierung gab. Mit dem normalen Radio konnte man nur Goebbels hören.

Man mußte geradezu – vorsichtig – fragen, stimmt da etwas nicht? Und damals – 1944 – war den meisten Staatsbürgern noch nicht bekannt, was später so unfassbar grausam enthüllt wurde, die Konzentrationslager. Daher empfand ich das Ende der fast täglichen Lebensbedrohung als Befreiung.

Der dritte Gedanke war dann, hoffentlich gibt es nun etwas anderes als die Herrschaft eines Diktators und einer Partei.

Gedanken an einen Abend in Frankreich – vor der Invasion – wurden wach. In Zukunft dürfe es nicht nur eine Partei und einen Führer geben. Man sollte Macht und politisches Gewicht verteilen. Wir waren einige junge Offiziere, leider hat außer mir keiner überlebt. Aber so fühlte ich die Verpflichtung für eine Demokratie einzutreten.

Der vierte Gedanke: wie soll der Trümmerhaufen Deutschland wieder aufgebaut werden? Dieser Aufbau mußte geistig, aber eben auch politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgen.

Ein fünfter Gedanke dann, wie kann man auf dem einzigen Fundament, das die „1000jährige Zeit“ überlebt hat, die Kirche, eine neue Zeit begründen. Und diese Gründe haben mich angeregt, alles zu tun, was sich anbot und auch politisch aktiv zu werden.

Das hört sich heute so logisch an, ist aber damals in ganz anderen Abläufen vor sich gegangen. Ich

habe Steine geklopft, um in meiner Heimatstadt Bürgerrecht und einige Zusatzmarken zu bekommen. Ich habe politisches Mittun gesucht. Ich war froh, wenn meine Eltern mir ein wenig Brot „zauberten“, um leidlich satt zu werden.

Dann erst habe ich die Fülle der Informationen über die fürchterlichen Untaten und den Mißbrauch der Nazis lesen und verdauen können. Es war für mich zunächst unfassbar auf einer Zufallsfahrt nach München, Dachau sehen zu müssen. Ich habe nie geglaubt, daß es so etwas gegeben hat und daß ich dieses Land mit einem solchen System in gutem Glauben verteidigt habe. Und ich habe erst August 1945 von meinem angeheirateten Vetter erfahren, daß bis auf eine Schwester, seine ganze Familie umgebracht wurde.

Da erst, wurde mir in letzter Brutalität deutlich, daß der 8. Mai 1945 mehr war als die Befreiung von persönlicher Angst, von Ungerechtigkeiten des Systems, von einer tödlichen Entwicklung. Das war dann die Zeit der Scham, einmal für diejenigen, die solches in deutschem Namen angerichtet haben, aber zum anderen auch, daß ich nicht „neugieriger“ gewesen bin, wenn es Verdachte oder Hinweise auf Deportationen und Verbrechen gab. Dieser Tag der Niederlage und auch der persönlichen Erniedrigung, mußte zum Tag der Wende werden. Die Chance des Überlebens mußte genutzt werden, diese Erkenntnis umzusetzen. Darum habe ich mich seitdem bemüht.

BUNDESVORSTAND DER GKS

Der neue Bundesvorsitzende der GKS: Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein

Klaus Brandt

Bei der Bundeskonferenz der Gemeinschaft während der 35. Woche der Begegnung in Waldfischbach-Burgalben wurde der bisherige Vorsitzende der GKS im Wehrbereich III, Oberstleutnant (OTL) Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, einstimmig zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Die Redaktion stellt ihn kurz vor und veröffentlicht daran anschließend seine Vorstellungen zur GKS.

Zur Person

Karl-Jürgen Klein wurde 1945 in Imst/Tirol geboren, wo die Familie bedingt durch die Kriegsergebnisse aus Köln kommend seit 1940 lebte. Nach dem Kriegsende zog sie zurück in die rechtsrheinische Umgebung von Köln nach Odenthal im Bergischen Land. Dort wuchs Klein katholisch sozialisiert im Schatten des Altenberger Doms auf. So engagierte er sich schon frühzeitig in der Pfarrgemeinde St. Pankratius des Ortes als Maßdiener.

Nach dem Besuch der Odenthaler Volksschule wechselte er an das Gymnasium in Bergisch-Gladbach. Ab 1960 setzte er seine schulische Laufbahn am altsprachlichen Gymnasium des Hermann-Josef-Kollegs des Salvatorianer-Ordens in Steinfeld in der Eifel fort und schloß sie 1965 mit dem Abitur ab. Anschließend verpflichtete er sich als Soldat auf Zeit für drei Jahre bei der Bundeswehr, wo er nach der Offiziersausbildung als Zugführer im Transportbataillon in Köln diente. Da es zu dieser Zeit noch keine Bundeswehruniversität gab, studierte K. von 1969 bis 1975 an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen Maschinenbau. Anfang 1976 beendete er seine Hochschulausbildung mit



der Diplom-Hauptprüfung zum Diplomingenieur. Danach trat er im Juni 1976 wieder in die Bundeswehr ein.

Verwendungen seither:

- Lehrstabsoffizier/Dozent an der Fachschule des Heeres für Technik in Aachen
- Chef der Instandsetzungs-Lehr- und Versuchskompanie Aachen
- Technischer Stabsoffizier im Panzergrenadierbataillon 202 in Hemer
- S3-Stabsoffizier und stellvertretender Bataillonskommandeur im Instandsetzungsbataillon 3 in Rotenburg/Wümme
- Tätigkeit im Zusammenhang mit der Heeresstruktur 2000 im ATV-Stab der Schule in Aachen
- Kommandeur des Instandsetzungsbataillon 7 in Unna, dabei Kommandierung nach Potsdam im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands von Oktober 1990 bis Juli 1991 zur Auflösung/Umgliederung

des Instandsetzungsbataillon 1 der 1. Mot Schützen Division der NVA

- Chef der I. Inspektion an der Technischen Schule des Heeres (Ausbildung aller Offiziere der Instandsetzungstruppe) Aachen
- seit 1. Januar 1995 Kommandeur Lehrgruppe A (Ausbildung der Offiziere der Instandsetzungstruppe und Ausbildung von Spezialisten in der Munitionstechnik und Kampfmittelbeseitigung).

OTL Klein ist seit 1969 verheiratet. Seine Frau ist Oberstudienrätin und unterrichtet Deutsch sowie katholische Religion. Das Ehepaar hat zwei Töchter.

Während seines Studiums engagierte er sich in der katholischen Hochschulgemeinde und im Vorstand des katholischen Studentenwerkes e.V.. Damals war er an der Gründung eines Studentenkindergartens beteiligt, der bis heute besteht. Sofort nach Wiedereintritt in die Bundeswehr 1976 unterstützte K. die Arbeit der Militärseelsorge. So führte er den GKS-Kreis Aachen und belebte in Hemer nach seiner Versetzung den ehemals dort bestehenden GKS-Kreis wieder. 1989 wurde er zum Vorsitzenden der GKS im Wehrbereich III gewählt und übernahm 1990 den Vorsitz im Sachausschuß Innere Führung. 1991 wurde OTL Klein zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der GKS gekürt. Klein ist u.a. Mitglied im Vorstand der „Katholischen Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts“.

Im folgenden Artikel stellt Karl-Jürgen Klein selbst die Schwerpunkte seiner Arbeit als Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten dar.

Schwerpunkte meiner zukünftigen Arbeit als Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Karl-Jürgen Klein

Statt die Person des neuen Bundesvorsitzenden der GKS vorzustellen, gibt AUFTRAG ihm die Gelegenheit, seine Vorstellungen zum Wirken der GKS nach innen wie nach außen darzulegen.

1. Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis als Soldat der Bundeswehr und den damit einhergehenden friedensethischen Fragen

Gerade im Hinblick auf den erweiterten Auftrag unserer Bundeswehr nach der Wiedervereinigung und der Übernahme von Soldaten aus der ehemaligen Nationalen Volksarmee ist es erforderlich, daß wir uns als katholische Soldaten weiterhin und intensiv mit der gesamten Thematik der Berufs- und Friedensethik befassen. Neben dem eigentlichen Auftrag der Bundeswehr, so wie er bisher bestanden hat, nämlich der Landesverteidigung, kommen nun noch als Aufträge humanitäre Einsätze, aber auch Einsätze zur Begrenzung von Konflikten und Wiederherstellung des Friedens (VN-Einsätze) hinzu. Sie machen es notwendig, daß wir uns vor unserem Gewissen auf der Grundlage unseres christlichen Glaubens mit ethischen Fragen und deren Problematik verstärkt auseinandersetzen. Gerade für uns katholische Soldaten kann das Paradoxon nicht aufgelöst werden, auf der einen Seite hervorragend für alle möglichen Einsätze ausgebildet zu sein, diese auf der anderen Seite aber gar nicht zu wollen, jedoch zu akzeptieren, wenn dadurch größeres Unheil vermieden und Menschen in Not geholfen werden kann. Auch in dem erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehört das Töten und Getötetwerden zum ureigensten Risiko des Soldaten.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal betont werden, daß das aufsehenerregende Mörderurteil uns auf keinen Fall gerecht werden kann. Das, was hierzu in den Medien als Rechtfertigung des Urteils diskutiert wurde, trifft auf die Soldaten der Bundeswehr, insbesondere aber auf uns katholischen Soldaten, die wir uns gerade mit diesen ethischen Fragen unseres Berufes auseinandergesetzt haben und die wir uns gegenüber Gott und unserem eigenen Gewissen verantwortlich fühlen, nicht zu. Hierzu hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten öffentlich eindeutig Stellung bezogen; wir wurden hierin nicht nur durch den Militärbischof in unserer Argumentation unterstützt. Ich persönlich halte die Auseinandersetzung mit diesen friedensethischen Fragen in den Kreisen an der Basis für dringend notwendig und geboten. In der Regel handelt es sich hier um einen Personenkreis, der aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen, Dienststellungen und Belastungen nicht die Gelegenheit hat, sich im normalen Dienst mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Dafür zu sensibilisieren und Antworten für uns zu finden, ist unter anderem für unsere Gemeinschaft eine wichtige Aufgabe.

2. Unterstützung und Verbesserung der Arbeit an der Basis durch den Bundesvorstand und die ihm zugeordneten Gremien

Meine ganz persönliche Grundeinfahrung, die ich in vielen Jahren aktiver GKS-Arbeit auf allen Ebenen gewonnen habe, lautet: ein Verband ohne die entsprechende Basis ist wertlos. Deshalb will ich mich als Bundesvorsitzender gerade der effektiven Arbeit vor Ort

widmen. Als Basis betrachte ich sowohl die Ansprechpartner der GKS in den Truppenteilen als auch die „kleinen Zellen“ – die Vorstufen der Kreise in den Standorten –, vor allem aber die GKS-Kreise selbst, wie es ja auch in unserer bei der letzten Bundeskonferenz verabschiedeten Konzeption „GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT“ deutlich zum Ausdruck kommt (Abschn. 3.2).

Gerade weil die Seelsorgebezirke durch die Reduzierung der Bundeswehr größer geworden sind, die Zahl der Militärfarrer auf rund 80 verringert wird und ihre Aufgaben sich wegen der Auftragerweiterung der Streitkräfte verlagern und vermehren, ist die Arbeit an der Basis schwerer geworden. Die Militärfarrer werden noch weniger Zeit für ihre Aufgabe als Geistlicher Beirat der GKS haben.

Deshalb muß der GKS-Kreis vor Ort in den einzelnen Standorten in seiner Arbeit unbedingt mehr unterstützt werden. Auch ist es wünschenswert und sogar beabsichtigt, daß mehrere GKS-Kreise zu einem Seelsorgebezirk bzw. zu einem Militärfarrer gehören. Diese Präsenz der einzelnen Kreise bezogen auf Standorte, bisweilen auf einzelne Kasernen, ist für eine Intensivierung unserer Arbeit und deren Qualität von großer Bedeutung. Es wird also in Zukunft darauf ankommen, daß wir an der Basis Männer und Frauen finden, die sich in unserer Arbeit im Verband der Gemeinschaft Katholischer Soldaten engagieren und das mit Freude tun. Dieser gesamten Problematik ist Rechnung getragen in unserem neuen Grundsatzpapier „Gemeinsam in die Zukunft“. Es weist uns einen gangbaren Weg. Hier wird nochmals sehr eindeutig die Bedeutung der Basis für die Verbandsarbeit herausgestellt. Es

wird nunmehr darauf ankommen, die Ziele und Aufgaben in die Praxis umzusetzen. Auch in unserem Verband ist der Trend deutlich zu erkennen, daß es immer weniger Männer und Frauen gibt, die sich als Funktionsträger der verbandlichen Arbeit widmen wollen.

Es muß vermieden werden, daß der Bundesvorstand der GKS sich zu viel mit sich selbst beschäftigt und darüber die Verbindung zur Basis verloren geht. Aufgrund meines persönlichen Werdeganges in unserer Gemeinschaft hoffe ich für die Zukunft genügend Kraft, Hilfe von Gleichgesinnten und die Intuition zu haben, um gerade die Basis funktionsfähig zu halten und zu stärken.

3. Unterstützung der Militärpfarrer vor Ort, die als Geistliche Beiräte unsere Arbeit begleiten und unterstützen

Die Arbeit unserer Militär-/Standortpfarrer vor Ort wird in letzter Zeit aufgrund der verschiedenen neuen Randbedingungen, wie bereits eben von mir erwähnt, immer schwieriger. Der Pfarrer verliert immer mehr seiner kostbaren Zeit im Dienstfahrzeug, um die einzelnen Standorte, für die er verantwortlich ist, zu erreichen. Hier handelt es sich um Zeiten, die nach meiner persönlichen Bewertung jeder Militärpfarrer viel lieber entsprechend seinem Auftrag in der Seelsorge verbrächte. In dieser Situation ist es unser Auftrag, als katholischer Verband unsere Pfarrer vor Ort an der Basis zu unterstützen und ihm die Aufgaben abzunehmen, die von uns Laien in der gleichen Qualität geleistet werden können. Hier kommt es sehr auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den örtlichen GKS-Kreisen und den zuständigen Militärpfarrern an.

Meine persönlichen Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, daß viele Militärpfarrer bisher noch wenig über die Ziele, die Aufgaben und die Ausrichtung unseres Verbandes gehört haben. Deshalb möchte ich jede Gelegenheit nutzen, die Militärpfarrer über unsere Aktivitäten und Arbeiten zu informieren. Gerade in der zur Zeit schwierigen Situation

können wir es uns nicht erlauben, durch Reibungsverluste in der Zusammenarbeit wertvolle Kräfte zu vergeuden bzw. zu verlieren.

4. Zusammenarbeit mit den örtlichen Pfarrgemeinderäten in den einzelnen Seelsorgebezirken

Die „Ordnung“ der GKS läßt an der Basis genügend Spielraum, die dort gewählten Pfarrgemeinderäte in ihrer Arbeit zu unterstützen. Als Verband ist es unser Ziel, daß in jedem Pfarrgemeinderat mindestens eine Person des örtlichen GKS-Kreises die Arbeit begleitet und von den eigenen Aktivitäten berichten kann. Unter keinen Umständen dürfen beide Gremien gegeneinander wirken. Die Grundzüge unserer Aufgaben sind ausführlich und eindeutig in unserem Konzeptionspapier „Gemeinsam in die Zukunft“ (AUFTRAG 217) beschrieben, so wie die Aufgaben der Mitglieder der Pfarrgemeinderäte in deren Handbuch ausführlich dargestellt sind. In diesem Zusammenhang kommt der Zentralen Versammlung bei der jährlichen Woche der Begegnung aufgrund ihrer Struktur – nämlich beide Gremien der Laienarbeit unter einem Dach zu verbinden und zu vereinigen – eine besondere Bedeutung zu. Weil hier Vertreter der Pfarrgemeinderäte und der örtlichen GKS-Kreise in gleicher Anzahl als das wichtige Beratungsgremium der Laien für unseren Militärbischof jährlich einmal zusammenkommen.

5. Auswirkungen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf die Gesellschaft

Durch Erklärungen und Stellungnahmen meldet sich der Verband zu ganz bestimmten aktuellen oder strittigen Themen immer wieder zu Wort. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß gerade diese Erklärungen und Stellungnahmen sehr wohl im kirchlichen wie auch im gesellschaftlichen Raum Resonanz finden. Zum Beispiel halte ich die GKS-Erklärung zum 50. Jahrestages der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 (siehe Seite ...) für eine unse-

rer originären Aufgaben. Damit machen wir nach außen deutlich, wo wir als katholische Soldaten in der Gesellschaft stehen und wie wir unseren Auftrag verstehen. Mit dieser Transparenz tragen wir in besonderer Weise dazu bei, daß wir einerseits von der Gesellschaft ernst genommen werden, andererseits aber auch die Möglichkeit haben, klar und unmißverständlich zu äußern, nach welchen ethischen Grundlagen wir im Einsatzfall unser Handeln verantwortlich ausrichten. Ziel ist es, daß die Gesellschaft uns Soldaten vertraut.

6. Zusammenarbeit mit anderen Verbänden gerade auch im internationalen Bereich

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten will, mit vielen Verbänden sowohl im nationalen wie im internationalen Bereich intensiv zusammenarbeiten. Dabei wird immer wieder der besondere Auftrag und die besondere Situation des Soldaten mit all den Risiken und Unwägbarkeiten seines Berufes deutlich. Diese Offenheit, alle diese Fragen immer wieder, auch mit Andersdenkenden, zu diskutieren, halte ich für besonders wichtig. Auch wenn die Ausrichtung einiger katholischer Verbände und Gruppierungen im Gegensatz zu unserer Berufsauffassung als Soldaten steht, so bin ich doch der festen Überzeugung, daß eine Auseinandersetzung mit diesen Gruppierungen sich für uns und die Gesellschaft lohnt. Auch hier werde ich versuchen, unsere Arbeit nach außen zu verdeutlichen und gegenüber allen offen zu sein, ohne dabei die eigenen Grundvorstellungen aufzugeben.

3. LEBENSABSCHNITT

Seminar „Bewältigung der dritten Lebensphase“

Das „Seminar 3. Lebensphase“ wird 1995 und 1996 durchgeführt in

- Nürnberg 08.- 12.11.95
13.- 17.03.96
- Münster 12.- 16.06.96

Gibt es mehr Anmeldung als Plätze vorhanden sind, so erfolgt die Zuteilung der Plätze nach dem Zeitpunkt der Pensionierung und des Eingangs der Anmeldung.

Teilnehmer können Berufssoldaten **mit** ihren Ehefrauen, wenn sie in den nächsten 3 Jahren in Pension gehen. Ein Ehepartner muß katholisch sein.

Die verbindliche Anmeldung für 1995 soll sofort und die für 1996 bis 01.11.1995 an o.a. Adresse erfolgen. Die Zusage / Absage bzw. Angabe von Ausweichterminen erfolgt von mir Ende November 1995. Weitere Informationen (Einladung als Unterlage für Dienstbefreiung und Programm) erhalten Sie ca. 4 Wochen vor Seminarbeginn vom Kath. Wehrbereichsdekan III bzw. VI.

Dieses Seminar gilt als Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Interessenten können Sonderurlaub gem. ZDv 66/1 Nr. 1 in Verbindung mit ZDv 14/5 Teil F Ziff. 74 beantragen.

Für Unterkunft und Verpflegung werden pro Ehepaar und Tag erhoben: (Stand April 1995)

- bis einschl. Besoldungsgruppe A8: DM 17,-
- A 9 bis A 12: DM 25,-
- A 13 bis A 15: DM 32,-
- ab A 16 aufwärts: DM 44,-

Fahrkosten werden den gegebenen Bestimmungen entsprechend erstattet. Melden Sie sich bitte wie im Kasten dargestellt beim Beauftragten der GKS für Soldaten a.D. an. (K. Tenschert)

Karlheinz Tenschert
Beauftragter für Soldaten a.D.
Thüringer Allee 113
53757 Sankt Augustin

Betr.: Anmeldung „Seminar 3. Lebensphase“ Termin:

Hiermit melden wir uns verbindlich für das Seminar 3. Lebensabschnitt vom _____ in _____ an.

Ausweichtermin:

Name: _____ Vorname: _____ Dienstgrad: _____

Privatanschrift: _____ Telefon: _____

Name des teilnehmenden Ehepartners:

Wehrbereich: _____ Zeitpunkt der Pensionierung: _____

Mitglied der GKS: Ja Nein
(Nichtzutreffendes streichen)

Datum: _____ Unterschrift: _____

Vertiefungsseminar für Senioren in Nürnberg

Wigbert O. Werner

Das Clara-Pirckheimer-Haus mitten im quirligen Leben von Nürnberg zwischen Hauptbahnhof und Lorenzkirche hatte interessierte Teilnehmer aus den GKS-Seminaren „Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an“ zur Vorbereitung auf den 3. Lebensabschnitt, die seit 1991 in dieser Akademie der Erzdiözese Bamberg abgehalten worden waren (210 Teilnehmer konnten bisher in acht Seminaren verzeichnet werden), zu

einem Vertiefungsseminar eingeladen. „Freiheit, die ich meine (?)“ war der durch das Fragezeichen skeptisch unterlegte Titel, der über der Einladung stand. Es sollte zu einer Art Bestandsaufnahme werden, zu einem Austauschen der in dem neuen Lebensabschnitt inzwischen gemachten Erfahrungen und vielleicht auch neue Erwartungen wecken. So kamen 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Ehepaare vorwiegend aus Bayern

aber auch aus Aachen und Düren in Westfalen vom 18. bis 21. Mai 1995 nach Nürnberg.

„Wie geht es Ihnen?“ fragten die beiden Seminarleiter zu Beginn. Es war ein Einstieg, der geeignet war, sofort anzuknüpfen an das GKS-Seminar, das für die Teilnehmer zwischen gerade zwei und mehr als vier Jahren zurück lag, sofort wieder präsent wurde, als sei es erst gestern gewesen. Der bunte Blumenstrauß, den Heimo Ertl zu

Beginn mitten in den offenen Gesprächskreis stellte, schuf so gleich wieder die vertraute Atmosphäre wie damals. Das Flair des Hauses, der intim würdige Gottesdienst am Sonntag, die Meditatio am Freitagabend, das jeweilige kurze Morgenlob in der Kapelle waren Fixpunkte. Dabei war der Seminarablauf diesmal ganz anders konzipiert: keine Vorträge und Referate, dagegen Arbeit im Plenum oder in zwei Gruppen, viel Zeit zu Gesprächen untereinander und mit den Leitern, P. Hugo Stoll SJ und Prof. Dr. Heimo Ertl, die bis spät in die Nächte hinein in der Weinstube mit dabei waren, Zeit auch, miteinander zu schweigen.

Die Gruppenarbeit wurde jeweils durch irgendeinen vorgegebenen Text eingeleitet, eine Bibelstelle, einen Schlager, ein modernes Kirchenlied, ein Gedicht, eine Geschichte. Von dem unten abgedruckten Text „Ich wünsche Dir Zeit“ aus dem Buch von Elly Michler „Dir zugedacht“ ausgehend, war jeder Teilnehmer aufgefordert, einen Brief an seinen Partner (der neben ihm saß) zu schreiben, nur eine Viertelstunde lang. Ob die Briefe angekommen sind, wurde nicht überprüft!

„Frei sein von ..., frei sein für ...“, war die Grundlage für Partnerarbeiten an Kollagen, die mit Schere und Klebestift bewaffnet, aus Zeitschriften zusammengeschnitten, zu erstellen waren. Vor allem die Männer lächelten anfangs ob solcher Aufgabenstellung; aber gerade sie waren dann ganz fasziniert bei der Arbeit und brachten z.T. wahre Kunstwerke zustande.

Vierzehn ganz schnell gerahmte Bilder zierten an den folgenden Tagen Treppenhaus und Belle Etagage des CPH.

Es war das zweite Vertiefungsseminar und gegenüber der Erstausgabe vor einem Jahr um einen Tag verlängert, von Donnerstagabend bis Sonntagmittag. Die Ausweitung hat sich gelohnt. So war Raum entstanden für wertvolle Zeit zum schon angesprochenen Miteinander. Dazu gab es, dem in diesen Maitagen 1995 zu begehenden 50. Gedenktag entsprechend, eine Führung über das Reichsparteitagsgelände mit einer Ausstellung im Goldenen Saal unter der großen Tribüne auf dem Zepelfeld und die erstmalige Möglichkeit, das Innere des Kongreßbaues zu besichtigen, um so „Faszination und Gewalt“, die sonderbare „politische Ästhetik“ des Nationalsozialismus nebeneinander zu studieren. Die Stadt Nürnberg hat dazu Reichsparteitage, die Gigantonomie der seit 1934 erstellten und geplanten Bauten, Nürnberger Gesetze (1935), Zerstörung der Stadt (1945), Nürnberger Prozesse (1946/47), gelungene Aufbauleistungen in Ausstellungen, großen Bildtafeln in der Stadt, Schriften und Büchern in eindrucksvoller und würdiger Form darzustellen verstanden.

Ist es sinnvoll, daß das CPH zu solchen Auffrischungsseminaren einlädt, ist es ratsam, daß die GKS Notiz nimmt von diesen Treffen der Alten, der Ehemaligen, die aus dem Zuständigkeitsbereich der Militärseelsorge und damit im Grunde auch als unmittelbare Glieder

der Gemeinschaft ausgeschieden sind? Interessant war die Beobachtung, daß alle Teilnehmer mit ihrem neuen Status zufrieden sind, daß es ihnen offenbar gelungen ist, sich in ein neues Umfeld zu integrieren, daß sie von sich den Eindruck haben, noch etwas zu leisten, gebraucht zu werden in Familie, Kirche, Gesellschaft, auch wenn es „nur“ als vielbeschäftigter und vielgefragter Opa ist. Hier war ein deutlicher Unterschied zu den GKS-Seminaren zu verzeichnen, wo vielfach unschwellig Unsicherheiten, Zukunftsängste laut geworden waren. Obwohl längst neu eingebunden und anscheinend - oder nur scheinbar? - von der alten langjährigen Tätigkeit abgenabelt, landeten Gespräche immer wieder bei Bundeswehr, alten Dienststellen, noch bestehenden Kontakten zur Militärseelsorge und GKS vor Ort. Selbst jetzt wurde den Seminarleitern der Wunsch nach Fortsetzung solcher Begegnungen vorgetragen.

Wozu sind sie gut? Es wurde u.a. auch ein Text von Antoine de Saint-Exupéry aus „Die Stadt in der Wüste“ vorgestellt, der ebenfalls unten abgedruckt ist, und den Heimo Ertl so kommentierte. „Sie können ja einzelne Textstellen daraus daheim für einen Tag oder eine Woche an die Wand hängen, und vielleicht ist er auch geeignet, um zurückversetzt zu werden an den Anfang der gemeinsamen Zeit, wo Sie nicht genug voneinander haben konnten und Sie sich nicht dem anderen gegenüber Freiraum zu schaffen suchten.“ So „persönlich“ redete man miteinander; und das tat vielen gut.

Zwei „Arbeitstexte“ aus dem Vertiefungsseminar „Freiheit, die ich meine?“

1. Elly Michler: Ich wünsche Dir Zeit

Ich wünsche dir nicht alle möglichen Gaben, Ich wünsche dir nur, was die meisten nicht haben: Ich wünsche dir Zeit, dich zu freuen und zu lachen, und wenn du sie nützt, kannst etwas daraus machen. Ich wünsche dir Zeit für dein Tun und dein Denken, nicht nur für dich selbst, sondern auch zum Verschenken. Ich wünsche dir Zeit,

nicht zum Hasten und Rennen, sondern die Zeit zum Zufriedenseinkönnen. Ich wünsche dir Zeit, nicht nur so zum Vertreiben. Ich wünsche, sie möge dir übrigbleiben als Zeit für das Staunen und Zeit für Vertrauen, anstatt nach der Zeit auf der Uhr zu schauen. Ich wünsche dir Zeit, nach den Sternen zu greifen, und Zeit, um zu wachsen,

das heißt, um zu reifen. Ich wünsche dir Zeit, neu zu hoffen, zu lieben. Es hat keinen Sinn, diese Zeit zu verschieben. Ich wünsche dir Zeit, zu dir selber zu finden, jeden Tag, jede Stunde als Glück zu empfinden. Ich wünsche dir Zeit, auch um Schuld zu vergeben. Ich wünsche dir: Zeit zu haben zum Leben.

2. aus: Antoine de Saint-Exupéry: Die Stadt in der Wüste

Herr, lehre mich die Kunst der kleinen Schritte! Ich bitte nicht um Wunder und Visionen, Herr, sondern um die Kraft für den Alltag! Lehre mich die Kunst der kleinen Schritte. Mach mich erfinderisch und findig, um im täglichen Vielerlei und Allerlei rechtzeitig meine Erkenntnisse und Erfahrungen zu notieren, von denen ich besonders getroffen und betroffen bin. Mach mich griffsicher in der richtigen Zeiteinteilung. Schenke mir das Fingerspitzengefühl um herauszufinden, was erstrangig und was zweitrangig ist. Ich bitte um Kraft für Zucht und Maß, daß ich nicht durch das Leben rutsche, sondern den Tageslauf vernünftig einteile, auf Lichtblicke und Höhepunkte achte und wenigstens hin und wieder Zeit finde für einen kulturellen Genuß. Laß mich erkennen, daß

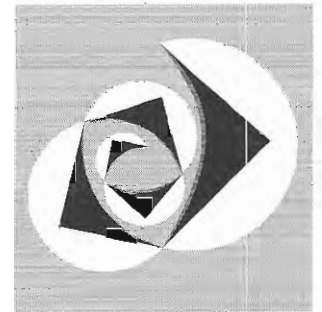
Träumereien nicht weiterhelfen, weder über die Vergangenheit noch über die Zukunft. Hilf mir, das Nächste so gut wie möglich zu tun und die jetzige Stunde als die wichtigste zu erkennen. Bewahre mich vor dem naiven Glauben, es müßte im Leben alles gut und glatt gehen. Schenke mir die nüchterne Erkenntnis, daß Schwierigkeiten, Niederlagen, Mißerfolge und Rückschläge eine selbstverständliche Zugabe zum Leben sind, durch die wir wachsen und reifen. Erinnere mich daran, daß das Herz oft gegen den Verstand streikt.

Schick mir im rechten Augenblick jemand, der den Mut hat, mir die Wahrheit in Liebe zu sagen. Gib mir das tägliche Brot für Leib und Seele, eine Geste deiner Liebe, ein freundliches Echo und wenigstens hin und wieder das Erlebnis,

daß ich gebraucht werde. Ich weiß, daß sich viele Probleme dadurch lösen, daß man nichts tut. Gib mir, daß ich warten kann. Ich möchte dich und die anderen immer aussprechen lassen. Das Wichtigste sagt man sich nicht selbst, es wird einem gesagt. Du weißt, wie sehr wir der Freundschaft bedürfen. Gib, daß ich diesem schönsten, riskantesten und zartesten Geschäft des Lebens gewachsen bin. Verleihe mir die nötige Phantasie, im rechten Augenblick ein Päckchen Güte – mit oder ohne Worte – an der richtigen Stelle abzugeben. Mach aus mir einen Menschen, der einem Schiff im Tiefgang gleicht, um auch die zu erreichen, die unten sind. Bewahre mich vor der Angst, ich könnte das Leben versäumen. Gib mir nichts, was ich mir wünsche, sondern was ich brauche. Lehre mich die Kunst der kleinen Schritte



AKADEMIE OBERST HELMUT KORN



SEMINAR ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS
KATHOLISCHER SOLDATEN
VOM 6. BIS 10. NOVEMBER 1995
IM BONIFATIUSHAUS FULDA

„50 JAHRE NACH KRIEGSENDE
KRISEN ÜBERWINDEN
VERSTÄNDIGUNG FINDEN“



Einzelheiten zur Teilnahme, Anmeldung und Organisation siehe AUFTRAG 216/April 1995, Seite 58.

Informationsprospekte bei Standortpfarrern, Vorsitzenden der GKS-Kreise, Ansprechpartnern und beim Bundesgeschäftsführer, Hptm a.D. Günter Hagedorn
Tel: 0221-863130;
Fax: 0221-866408.

Anmeldeschluß
20. September 1995

WEHRBEREICH I

Flotte hilft in Odessa

Walter Schrader

Am 10. April 1995 wurde im Marinestützpunkt Olpenitz ein Flottenverband, bestehend aus einem Tender, sieben Minensuchbooten und einem Minenjagdboot, verabschiedet. An Bord des Tenders befinden sich sieben Container mit Hilfsgütern, die auf Initiative des katholischen Militärpfarrers in Olpenitz, Thomas Eisenmenger, und des Kommandeur des 5. Minensuchgeschwaders, Fregattenkapitän Jörg Besch, in einer großangelegten Sammelaktion zusammengetragen wurden. In Odessa und Costanza sollen sie dann bei den jeweiligen Hafenbesuchen gelöscht und verteilt werden. Dieses wird der den Verband begleitenden Pfarrer Eisenmenger durchführen. Als die GKS im Wehrbereich I von dieser Hilfsaktion hörte, entschloß sie

sich, diese zu unterstützen und stellte Militärpfarrer Eisenmenger 500,— DM zur Verfügung, die ihm kurz vor der Abreise übergeben wurden.

Das Foto zeigt den katholischen Militärpfarrer Thomas Eisenmenger und den Wehrbereichsvorsitzenden der GKS, Walter Schrader, kurz vor Auslaufen des Verbandes auf der Pier in Olpenitz.

(Foto: W. Schrader)



Sternfahrt der GKS im WB I

Walter Schrader

Die traditionelle Sternfahrt wurde in diesem Jahr am 11. Juni nach Itzehoe durchgeführt. Im katholischen Gemeindezentrum trafen sich rund 70 Teilnehmer. Nach ersten Gesprächen fand eine Stadtführung statt, um die Kreisstadt näher kennenzulernen.

Ein gemeinsames Mittagessen, Kaffee und Kuchen, eine Stadtrally für die Jugend und die Feier der Heiligen Messe, zelebriert vom Wehrbereichsdekan und dem örtlichen Militärpfarrer, rundeten den trotz des schlechten Wetters gelungenen Tag ab. Die Kollekte während der Meßfeier war bestimmt für das Projekt Nitra der „Nachbarschaftshilfe“. Der gesammelte Betrag von DM 119,10 wurde auf 200 Mark aufgestockt.

WEHRBEREICH III

„Liebe! und tu, was du willst“

Johann-Adolf Schacherl

Unter diesem Motto fand in der Zeit vom 12.–14.05.1995 im Haus der Katholischen Militärseelsorge, St. Meinolf am Möhnesee, ein Familienwerkwochenende unter Leitung des Katholischen Standortpfarrers Köln, Jürgen Erdmann, statt. Unter den 35 Angehörigen der Militärgemeinde Köln konnte der Standortpfarrer wieder zwei Familien, die erstmalig am Möhnesee an einem Familienwerkwochenende teilnahmen, begrüßen.

Die Moderation des Abends lag in den Händen des Vorsitzenden des GKS-Kreises Köln, Hauptfeldwebel Johann-A. Schacherl, der „die Gelegenheit beim Schopfe packend“ den neu gewählten Bundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant Karl-Jürgen Klein, in der Runde recht herzlich begrüßen konnte.

Diese Chance mußte einfach genutzt werden, um aus erster Hand die neuesten Informationen über die gerade erst zu Ende gegangene Bundeskonferenz der GKS in Wald Fischbach-Burgalben zu erhalten. Dieser Bitte kam Herr Klein gerne nach, referierte kurz über Neuerungen der GKS und gab zu den anschließenden Fragen aus der Runde klare Antworten. Das gesellige Beisammensein und viele persönliche Gespräche standen im Mittelpunkt des ersten Abends, der in der Prälatenklausur ausklang.

Mit dem Morgengebet in der Hauskapelle begann der Samstag. Dann ging unsere Referentin, Frau Dagmar Klein-Mosch, gleich ins „Eingemachte“. Nach einer Einführung in das Thema „Liebe! und tu, was du willst“ waren alle Teil-

nehmer gefordert. Völlig überrascht wurden sie, als Frau Klein-Mosch sie ermunterte zum Thema „Sich verlieren und sich wiederfinden“ ein Bild zu malen. Die „Älteren“ erhielten ein DIN A 3 Blatt, die Kinder ein DIN A4 Blatt, sowie Wachsmal- und Buntstifte, aber ohne Radiergummi, denn radieren sollte ausgeschlossen werden. Am Nachmittag wurden die Arbeiten ausgewertet. Von „Am Anfang hatte ich gar keine Idee“ bis hin zur Aussage „Ich hatte damit überhaupt keine Probleme, meine Gedanken auf Papier zu bringen“, waren die Antworten auf die Frage, die von Frau Klein-Mosch zu Beginn gestellt wurde. Viele gaben zu, seit „ewiger“ Zeit keinen Buntstift in den Händen und schon gar nicht gemalt zu haben. Um so überraschter waren alle über die Ergebnisse. In einfühlsamer Art und Weise brachte die Referentin die Teilnehmer dazu, ihr Leben wiederzufinden. Da wo Fragen aufkamen, wurden sie mit großer Sensibilität für jeden einzelnen beantwortet. „Liebe, und tu, was du willst“ wurde somit während des ganzen Wochenendes mit Leben gefüllt. Niemand wurde gezwungen sich einzubringen. Erst die offene Art unserer Referentin und der Leiter dieses Wochenendes ver-

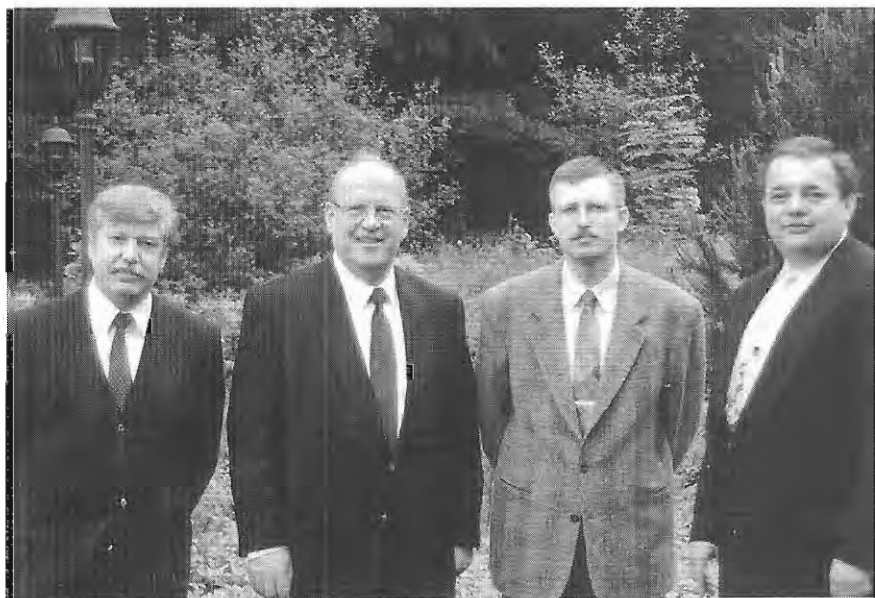
mochten es, jeden Einzelnen dazu zu bewegen, sich in die Runde einzubringen. Selbst die Kinder wurden von den Erwachsenen nicht zur Kinderbetreuung geschickt, sondern waren in ihre Familien voll einbezogen. Dies kam auch beim Gottesdienst am Sonntag deutlich zum Ausdruck, der ein echter Familiengottesdienst und kein Kindergottesdienst war. Ein Teilnehmer drückte in seinem Bild es so aus: „Ich und meine Familie, und wieder in Meinolf“. Dieses Kompliment galt nicht nur dem Haus, sondern allen, die dieses schöne Wochenende mitgestalten und -erleben durften.

Führungswechsel an der Spitze der GKS

Neuer Vorsitzender der GKS im Wehrbereich III

Mit Hauptfeldwebel Johann-Adolf Schacherl (r) wurde bei der letzten WB-Konferenz vom 16.–18. Juni in St. Meinolf zum ersten Mal ein Unteroffizier mit Portepée an die Spitze der Gemeinschaft im WB III gewählt worden. Er folgt Oberstleutnant Dipl. Ing. Karl-Jürgen Klein (l), der im April zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Stellvertretender Vorsitzenden im WB III wurde Major Dipl.-Ing. Rüdiger Attermeyer (2.v.r.). Der Wehrbereichsdekan, Prälat Hermann-Josef Kusen (2.v.l.), gehört als Geistlicher Beirat der GKS mit zum Führungsteam.

(Foto: J.-A. Schacherl)



Hauptfeldwebel Schacherl, verheiratet und Vater zweier Kinder, trat seinen Dienst am 01.07.1974 bei der Bundeswehr an und kam über verschiedene Dienstorte und Verwendungen, zuletzt als Kampfniefeldwebel beim 2./Pipelinepionierbataillon 800 in Wuppertal, 1992 zur Stammdienststelle des Heeres nach Köln. Dort übernahm er unmittelbar nach Zuversetzung den Vorsitz des GKS Kreises Köln. Trotz aller Schwierigkeiten im Standort Köln (Ämterstruktur) mit seinen Angeboten ist es ihm gelungen, sich erfolgreich für die Sache der GKS einzusetzen. Schacherl ist seit Anfang der 80er Jahre aktiv in der Militärseelsorge tätig.

Anknüpfen an die gute Arbeit seines Vorgängers ist eines seiner Ziele. In einer kurzen Ansprache nach seiner Wahl im Haus St. Meinolf, sagte Schacherl, „daß es leichter sei, einen festgefahrenen Wagen wieder fahrtüchtig zu machen, als eine gut geölte Maschine am Laufen zu halten.“ Er bezog das auf die beispielhafte Zusammenarbeit im WB III und gab deshalb seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich hieran nichts ändern möge. Desweiteren will er sich erst einmal einen genaueren Überblick über die Situation im WB III verschaffen. Denn: „nur wer die Sorgen und Nöte der GKS Kreise bzw. der Ansprechpartner und der Einzelmitglieder in den ver-

schiedenen Standorten genau kennt, kann versuchen, notwendige Änderungen herbeizuführen. Da einer alleine bekanntlich wenig bewirkt, gilt es die Arbeit an der Basis zu unterstützen. Deshalb sind alle in der GKS zur aktiven Mitarbeit aufgerufen. Es sollte nicht so sein, daß der eine Kreis einen anderen versucht zu „übertrumpfen“. Wir dienen alle einem Herrn und einer gemeinsamen Sache. Gemeinsam wollen und müssen wir versuchen, den Weg – und sei er noch so steinig – zu gehen.“ Als einen Baustein im Gesamtwerk versteht sich Schacherl und setzt auf „Teamarbeit“.

(Vorstand GKS WB III)

Familienwochenende des GKS-Kreises Bonn in Günne

Bernd Englert

Nachdem sich der GKS Kreis Bonn in mehreren Veranstaltungen, u.a. während des diesjährigen Weltfriedenstages, mit dem Thema „Erziehung zum Frieden“ auseinandergesetzt hatte, regte der Standortpfarrer Bonn, Militärdekan Helle, an, diese Frage konkreter anzupacken und sie für den Einzelnen erfahrbar zu machen.

Diese Anregung wurde nun während des Familienwochenendes der GKS vom 7. bis 9. April in Günne, das unter dem Motto „Erziehung zum Frieden“ stand, in die Tat umgesetzt. 15 Familien fanden sich erwartungsfroh in Günne ein, um gemeinsam mit Dekan Helle und Herrn Tuschhoff, dem Leiter der Familienbildungsstätte Iserlohn, Erfahrungen auszutauschen und Anregungen zu gewinnen.

Der Freitagabend stand nach der Einführung in das Thema im Zeichen des Kennenlernens: an der Bar, beim Tischtennis mit der Jugend oder beim Kegeln. Am Samstag übernahm dann Herr Tuschhoff die Leitung. Nach einer kurzen Vorstellung wesentlicher Begriffe, die sich um Erziehung und Frieden ranken, ging es gleich in die Arbeit. Jede Gruppe hatte mit den zur Verfügung stehenden

Begriffen ein Haus zu bauen bzw. zu malen und dabei die einzelnen Begriffe dem Fundament, den tragenden Wänden oder anderen Bauelementen zuzuordnen. Eine spannende Aufgabe, die in den einzelnen Gruppen zu lebhaften Diskussionen führte. Anschließend wurden dann die phantasievollen Produkte im Plenum vorgestellt und besprochen. Nach der Mittagspause standen Konflikte, ihre Ursache in Beruf und Familie sowie Spielregeln für faires Streiten im Vordergrund der gemeinsamen Arbeit.

Zuerst galt es für je zwei sich gegenüberstehende Teilnehmer mit einem Farbstift, den beide gleichzeitig halten mußten, ein Haus, einen Baum und einen Hund zu zeichnen. Dabei durfte nicht gesprochen werden. Eine einfach erscheinende aber schwierige Aufgabe, die mitten ins Thema führte und die anschließende Aussprache beflügelte. Persönliche Erfahrungen über Konflikte mit Kindern, Eltern und Schwiegermüttern aber auch über Konflikte im Beruf wurden ausgetauscht. Es war sehr beeindruckend, wenn schmerzliche Erlebnisse geschildert wurden, um anderen die ähnliche Prüfungen zu bestehen haben, Trost zu spenden oder Rat zu geben.

Mit Hilfe eines Fragebogens konnte sich dann jeder selber prüfen, wie er in Konflikten reagiert. Spielregeln für faires Streiten rundeten das Thema ab, das von Herrn Tuschhoff nach den Regeln moderner Erwachsenenbildung gestaltet wurde. Herr Tuschhoff regte an und moderierte so geschickt, daß sich jeder Teilnehmer in das Gespräch einbrachte. Es war eine ausgesprochen gute Erfahrung zu erleben, wie schnell sich die Gruppe zusammenfand und mit Frohsinn aber auch Ernst diskutierte, so daß jeder für sich selbst und seine Lebensgestaltung Anregungen mitnehmen konnte.

Nach dem Abendgottesdienst mit Dekan Helle klang der Tag in fröhlicher Runde aus. Am Sonntag stand, bevor es hieß, auf Wiedersehen zu sagen, ein gemeinsamer Spaziergang zum neuen Landschaftsinformationszentrum in Günne und eine Führung zur Stau-mauer des Möhnesees auf dem Programm.

Insgesamt war dieses Familienwochenende ein bereicherndes Erlebnis, das uns Mut macht, im nächsten Jahr wieder ein Wochenende der GKS mit Dekan Helle und Herrn Tuschhoff zu gestalten.

Eine deutsch-russische Tragödie

Vortrag von Oberst a.D. Prof. Dr. Daniel Proektor aus Moskau

Peter Hild

Der Vorsitzende des GKS Kreises Bonn, Oberst i.G. Bernd Englert, konnte am 7. März zu einem Vortrag im Geistlichen Forum auf der Hardthöhe etwa 100 Zuhörer begrüßen, die gekommen waren, um Professor Dr. Daniel Proektor aus Rußland zum Thema „Der Zweite Weltkrieg – eine deutsch-russische Tragödie“ sprechen zu hören.

Professor Proektor (78) zählt in Rußland zu den anerkanntesten

Militärhistorikern. Im Krieg mit Deutschland kämpfte er als Zugführer beim Regiment 1279 (389. ID), später als Chef des Regimentsstabes und schließlich als IA. Er war an folgenden Fronten eingesetzt: Nordkaukasus, Kuban, Kiew, Westukraine, an der Weichsel wurde er verwundet. Nach dem Krieg hatte er neben verschiedenen militärischen Kommandos bis 1970 eine Professur an der berühmten Frunse-Militärakademie in Moskau.

Nicht nur als sachkundiger Buchautor machte er sich einen Namen sondern auch als Vizepräsident der Gesellschaft UdSSR/BRD, im Kriegsveteranenkomitee und als Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitik an der russischen Akademie der Wissenschaften.

Während seines Vortrages in ausgezeichneten Deutsch berichtete er über die Beziehungen unserer beiden Staaten in diesem Jahrhundert. Proektor: „In bilateralen Be-

ziehungen werden wir immer Freunde sein“, trotz der beiden unseligen Weltkriege, die doch eher einen Bruch in unserer gemeinsamen fruchtbaren Geschichte darstellen.

In seiner Funktion kann Proektor in den Sonderarchiven des Verteidigungsministeriums in Podlosk (35 km südöstlich von Moskau) forschen. Auch arbeitet er mit dem Minister Sidirow eng zusammen, um die Rückgabe des aus Deutschland geraubten Kulturgutes zu beschleunigen.

Interessant war seine Meinung, daß die ehemaligen Westalliierten – obwohl mittlerweile Bündnispartner Deutschland – ebenso wie die russische Regierung ihre natio-

nenal Streitkräfte aus dem souveränen und freien Deutschland abziehen müßten. Allerdings sollte man damit nun noch warten, bis sich die politischen Verhältnisse in der GUS stabilisiert hätten. Danach sieht er deren Abzug allerdings als unabdingbar an.

Proektor hält die politischen Geschehnisse von 1991 in geopolitischer, ideologischer und militärischer Hinsicht für einen großen Fehler. Auch betonte er, daß er bis vor kurzem noch stark überzeugter Kommunist war. Er antwortete auf die Frage, wie er jetzt der Religion gegenüberstehe, daß er jeden Abend in der Bibel lese. Dadurch hätte er schon viele seiner persönlichen Probleme lösen können.

Außergewöhnlich zu hören, doch glaubhaft versicherte er, „Ich bin Kommunist gewesen und werde gerade gläubiger Christ!“

Oberst i. G. Englert überreichte Oberst a.D. Proektor als Zeichen des anderen Deutschland ein Buch über die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944.

Doch was Proektor am meisten freute, war das Geschenk von Militärdekan Helle, der ihm das Kreuz der Militärseelsorge überreichte. Bewegt wandte er sich verabschiedend an die Zuhörer und sagte: „Vielen Dank. Das ist eine Ehre für mich, dieses Kreuz (in meine Heimat; Anm. d. Verf.) mitzunehmen!“

WEHRBEREICH IV

Nach Durststrecke startet die GKS im WB IV wieder durch

Wiesbaden, 10.06.95 (GKS IV)
Am 09./10.06.1995 fand im Wilhelm-Kempf-Haus in Wiesbaden-Naurod eine Wehrbereichskonferenz der GKS im Wehrbereich IV statt. Zweck war es, einen neuen Wehrbereichsvorstand zu finden und die Arbeit der GKS im WB IV zu beleben.

Der Freitagabend begann mit einer offenen Bestandsaufnahme der Situation der GKS im Wehrbereich. Sie beinhaltete auch eine Erklärung des von seinem Amt als Vorsitzender der GKS im Wehrbereich zurückgetretenen Oberstleutnant Dipl.-Ing. Martin Wurstner. Dieser schilderte seine dienstliche und persönliche Situation und bat um Verständnis, daß er sein Amt nicht mehr ausüben konnte. Der Wehrbereichsdekan, Militärdekan Karl Ursprung, dankte ihm für seine Arbeit und wünschte ihm für seine Zukunft alles Gute.

Am Samstag wurde die Konferenz mit einigen grundsätzlichen Ausführungen zur Arbeit und den Zielen der GKS weitergeführt. Der neue Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, stellte sich selbst vor

und erläuterte die Schwerpunkte seiner Arbeit als Bundesvorsitzender. (s.a. Seite ...)

Wehrbereichsdekan Ursprung äußerte sich sehr deutlich zu den Themen „Finanzen“ (begrüßte dabei die Einführung eines Eigenbeitrages zur Oberst-Korn-Akademie), zur „Selbstdarstellung der GKS“ und zur „Pressearbeit“. Hier nannte er als Beispiel die Berichterstattung anlässlich der Zentralen Versammlung mit dem Militärbischof und der Bundesversammlung der GKS in Waldfischbach-Burgalben. Handlungsbedarf besteht seines Erachtens auch bezüglich der Delegiertenquoten bei dieser Versammlung. Die nächste Arbeitskonferenz wird sich damit beschäftigen.

Durch den Rücktritt des Vorsitzenden der GKS im WB IV waren Neuwahlen notwendig geworden. Der für eine Wahl zur Verfügung stehende Hauptmann Günter Neuroth machte zuvor seine Kandidatur von folgenden Rahmenbedingungen abhängig: Er stehe vorerst für zwei Jahre zur Verfügung, müsse eine Einweisung und Einarbeitung in Bonn erhalten, ein-

schließlich der Übergabe der Unterlagen der bestehenden GKS-Kreise. Unterstützt werden müsse er durch seine Stellvertreter und vor allem einen Geschäftsführer. Er verspreche keine Wunder, werde aber zu den aktiven GKS-Kreisen Verbindung aufnehmen und im nächsten Lagebericht der GKS-Bundesversammlung über die Gestaltung der Verbandsarbeit im Wehrbereich berichten.

Die Wahl führte zu folgendem Ergebnis:

- Vorsitzender der GKS im WB IV: Hptm Günter Neuroth,
- Stellvertreter: HBtm Joachim Riederle, Hptfw Hans-Joachim Oster
- Geschäftsführer: Hptm a.D. Heinrich Dorndorf.

Die Schlußreflektion ergab ein insgesamt als wohlthuend und positiv empfundenen Erleben der Konferenz. Alle Teilnehmer sind bereit, durch kleine Schritte eine Verbesserung der Gesamtsituation zu erzielen und damit zur immer weiter steigenden Bedeutung des Laienapostolates beizutragen.

WEHRBEREICH VI

Laienapostolat im Wehrbereich VI unter neuer Führung

Ohlstadt/Murnau, 02.04.95 (GKS VI). Die Arbeitskonferenz I/95 des Wehrbereichs VI im Kolping-Bildungs- und Erholungs-Hotel in Ohlstadt bei Murnau stand ganz unter dem Zeichen von Neuwahlen. Der bisherige Moderator, Hptm a.D. Bernd Ulrich, übergab nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst den „Hirtenstab“ an seinen Nachfolger OTL i.G. Franz Josef Pütz aus Fürstentfeldbruck. Die Delegierten der Pfarrgemeinderäte und GKS-Kreise aus den bayrischen Standorten hatten ihn zum neuen Moderator der Arbeitskonferenz, OTL Hartmut Steinborn aus Feldafing zu seinem Stellvertreter gewählt.

Bei der GKS stand die Neuwahl des Vorstandes turnusmäßig an. Der bisherige Vorsitzende, Hptm Albert Goll aus Sonthofen, wurde in seinem Amt bestätigt, ebenso sein Stellvertreter StFw Rüdiger Schalke aus Hammelburg. Für den bisherigen Stellvertreter OstFw Heinrich Vierlinger aus Freyung, der wegen Erreichens des Dienstzeitendes nicht mehr zur Wahl stand, wurde OstFw Michael Stigler aus München gewählt.

Zuvor hatten sich die Delegierten und der Frauenkreis in Arbeitsgruppen mit der „Lage und Zukunft des organisierten Laienapostolats in der Militärseelsorge“ und mit der „Zukunft der GKS“ befaßt. In der traditionellen Fragestunde „Jetzt red I“ konnten sich die Delegierten ihre Sorgen von der Seele reden. Der Wehrbereichsdekan Peter Rafoth stand Rede und Antwort.

Im Hauptreferat zum Thema „Staatskirche oder Privatverein“ befaßte sich Militärfarrer Georg Kestel aus Hammelburg mit den „Dauerbrenner“ Kirchensteuer. Anhand umfangreichen Quellenmaterials stellte der Referent Entstehung, Umfang und Verwendung der Kirchensteuern in den deutschen Diözesen und bei den europäischen Nachbarn dar. Mit Bestürzung war auch zu vernehmen, wie die Kirchen in der Presse durch bewußt falsche oder unvollständige Berichte über den Komplex „Kirche und Geld“ diffamiert werden. In der angeregten Diskussion war allen Teilnehmern klar, daß nur durch eine offensive Aufklärung über die Kirchensteuer und deren Verwendung die Anti-

Haltung gegen die Kirchen vermindert werden kann. Fazit dieses interessanten Bildungsteils: die Kirchen in Deutschland können auf die Kirchensteuer nicht verzichten, solange Staat und Gesellschaft einen ganzen Katalog an Sozialleistungen von ihnen erwarten.

Im Sonntagsgottesdienst wurde das Tagesevangelium durch den Frauenkreis in Spielszenen dargestellt und von den einzelnen Arbeitsgruppen der PGR und GKS kommentiert. Einen besonderen Glanz erhielt dieser Gottesdienst durch die Musik der Jugendjazzband aus Mittenwald, die die Anwesenden förmlich von den Bänken riß.

Dieser Sound erklang auch beim Abschiedsempfang für den scheidenden Moderator. Der Kath. Wehrbereichsdekan VI, Militärbereichsdekan Peter Rafoth, hob die konse-



Die neue und alte GKS-Mannschaft im WB VI (v.l.n.r.): OstFw Heinrich Vierlinger, Hptm Albert Goll, OstFw Michael Stigler; leider nicht im Bild der neue stellvertretende Vorsitzende der GKS im WB VI, StFw Rüdiger Schalke. (Foto: GKS VI)

quente und zielstrebige, aber auch menschliche Art von Bernd Ulrich hervor, mit der er in den vergangenen vier Jahren acht Arbeitskonferenzen erfolgreich vorbereitet und geleitet hatte. Mit einem herzlichen „Vergelt's Gott“ überreichte er ihm zum Dank eine besondere Fassung des Kreuzes der Militärseelsorge und eine „geistige“ Stärkung für seine künftigen Aufgaben im Ruhestand.

GKS-Kreis FREYUNG

Freyung, 15.05.95 (GKS VI). Der GKS-Kreis hatte in diesem Jahr ein Familienwochenende in Österreich in der Steiermark vom 12.-14. Mai durchgeführt. In der vom Benediktinerkloster ADMONT betreuten Wallfahrtskirche Frauen-

berg verbrachten wir unser Wochenende unter fast klösterlichen Verhältnissen. Höhepunkte für die 36 Erwachsenen und 14 Kinder waren dabei die Besichtigung des Klosters Admont mit der größten Klosterbibliothek der Welt am Samstag und dem Gottesdienst in der völlig überfüllten Wallfahrtskirche Frauenberg am Sonntagvormittag. Erwähnt werden muß die anmutige Landschaft, die „Gesäuse“ genannt wird. Hier erstrecken sich Wildbäche und steile Abhänge sowie hohe Berge und landschaftlich schön eingebettete Häuser und Ortschaften, die wir am Samstagnachmittag bei einer Wanderung genossen haben. Für uns alle war es wieder einmal ein Wochenende der Besinnung, des Miteinanders und des Kennenlernens.



Auf dem malerisch im Gesäuse an der Enns in Österreich gelegenen Frauenberg (770 m) verbrachte der GKS-Kreis Freyung im Mai ein besinnliches Familienwochenende. Das Bild zeigt die der Gottesmutter geweihte Wallfahrtskirche mit der Tagungsstätte. (Foto: Verkehrsverein Ardning)

Termine

12.–17.09. AMI-Konferenz in Santiago de Compostela	06.–10.11. Seminar GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda	1996
22.–24.09. WB V: Arbeitskonferenz	08.–12.11. Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg	22./23.02. WB IV: Arbeitskonferenz in Hofheim
29.–30.09. Sitzung BV GKS in Aachen	17.11. WB I: Arbeits- u. WB-Konferenz in Kiel	20./21.03. Akademie "Internationale Aufgaben der Streitkräfte" in Bonn
29.09.–01.10. WB VI: Arbeitskonferenz	24.–26.11. WB II: Arbeitskonferenz	13.–17.03. Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg
05.10. SA Innere Führung Bonn	24.–26.11. WB I: Christkönigstreffen Kloster Nüttschau	20./21.04. Vorkonferenz 36. Woche der Begegnung
05.10. 25 Jahre GKS-Kreis Bonn	24./25.11. Vollversammlung ZdK	22.–26.04. 36. Woche der Begegnung Schloß Hirschberg/Beilngries
13.10. SA Konzeption und Information in Bonn	27./28.11. Herbstkonferenz GKMD	05.–11.06. Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes
09.–13.10. Gesamtkonferenz in Dresden	01.12. Internationaler SA in Bonn	12.–16.06. Seminar 3. Lebensabschnitt in Münster
27.–29.10. WB IV: Arbeitskonferenz in Hübigen		12.–15.09. Katholischer Kongreß in Hildesheim
03.–05.11. WB III: Arbeitskonferenz		

Frühjahrskonferenz der Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten

Günter Thye

Die diesjährige Frühjahrskonferenz der Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten (AkS) Österreich fand vom 24.-27. April in Kremsmünster/Oberösterreich statt. Neben 46 Delegierten aus den Pfarreien der verschiedenen Bundesländer und der AkS nahm ein Militärdekan (OTL) der im Aufbau befindlichen ungarischen Militärseelsorge an der Konferenz teil. Das Programm der Woche stand unter dem Thema: „50 Jahre Kriegsende – 50 Jahre Staatsvertrag“.

Der ehemalige Bundesminister der Verteidigung und spätere Nationalratspräsident, Dr. Robert Lichal, referierte hierzu in anschaulicher und lockerer Art. Als einer der „Miterbauer“ der österreichischen Republik nach 1945, konnte er mit Kompetenz sein Wissen eingehend und brillant vermitteln: Mit dem 27. April 1945 hatte für Österreich ein neuer Abschnitt in der Geschichte begonnen. Der Eid auf den Führer Adolf Hitler wurde ebenso für ungültig erklärt wie der Anschluß an Deutschland. Während in Berlin noch der Endkampf tobte – elf Tage vor der Kapitulation – wurde in Österreich eine provisorische Regierung gebildet. Nach Zustimmung des „Alliierten Rates“ zur Bildung eines politischen Gebildes für Gesamtösterreich, konnten im November 1945 die ersten freien Wahlen abgehalten werden. Österreich blieb das Schicksal der Teilung, wie sie Deutschland traf, erspart. Mit Abschluß des Staatsvertrages 1955 erlangte es Teilsouveränität und war jetzt in der Lage, das Land in Frieden und Freiheit aufzubauen. „Das konnte nur gemeinsam gehen“, sagte Dr. Lichal. „Zwar ist es legitim nur an sich zu denken, eine Gemeinschaft lebt aber von den Frauen und Männern, die mehr tun als nur an sich zu denken.“

Österreich betrachtet sich zur pluralistischen, demokratischen



Der ehem. österreichische Verteidigungsminister Dr. Robert Lichal (stehend) beantwortet Fragen der Delegierten der Jahrestagung der AkS zu seinem Vortrag „50 Jahre Kriegsende – 50 Jahre Staatsvertrag“. V.l.n.r.: General Dr. Eckstein, Präsident der AkS, Militärgeneralvikar Prälat R. Schütz, Oberstleutnant H. Punz, Generalsekretär der AkS, OStBtsm G. Thye, Vertreter der GKS, und ein namentlich nicht bekannter Delegierter der AkS. (Foto: G. Thye)

westlichen Welt zugehörig mit der Betonung:

- militärische Neutralität – ja,
- geistiger Neutralismus – nein.

Nach dem Referat und der sich anschließenden regen Diskussion gab es Beiträge über Laienaktivitäten aus den verschiedenen Bundesländern, außerdem wurde das neue Pastoralkonzept für die katholische Militärseelsorge in Österreich vorgestellt.

Bemerkenswert und für einen norddeutschen Beobachter erstaunlich ist die Information, daß in vielen Kasernen Österreichs Gebetsstöcke vorhanden sind oder errichtet werden. Die Wiener Kasernen sind fast ausnahmslos damit versehen. Der Initiator, ein Oberst a.D., ist mit dem Ergebnis seiner Anregung mehr als zufrieden.

Der zweite Teil der Woche stand unter dem Thema: „Dein

Reich komme“ und diente der Einkehr mit Vorträgen, Beicht- und Aussprachemöglichkeiten.

Neben der herzlichen Aufnahme und Gastfreundschaft durch die österreichischen Kameraden, ist die Atmosphäre, liebevolle Betreuung durch die Schwestern der „Kongregation der Benediktinerinnen des Unbefleckten Herzens Mariä“ dieses Exerzitienhauses, hervorzuheben. Das Haus wurde in den Jahren 1931–32 auf Initiative des Benediktiners, Pater Norbert (Josef Schachinger), eines frühen Förderers des Laienapostolats, erbaut. Auch noch heute haben die Worte von Pater Norbert bei der Einweihung des Hauses ihre Gültigkeit: „Möge die Quelle des Heiles, die hier mit dem ersten Exerzitienhaus entsprungen ist, reichlich weitersprudeln zur Ehre Gottes und zum Heil vieler!“

NACH REDAKTIONSSCHLUSS EINGEGANGEN

Neue Aufgaben der Streitkräfte?

Anmerkungen zur Ethik soldatischen Dienens heute

Jürgen Bringmann

Der Kommunismus als ideologische und das sowjetische Imperium als militärische Bedrohung existieren nicht mehr.

In Kambodscha haben deutsche Soldaten die Vereinten Nationen im Bereich des Sanitätsdienstes unterstützt.

In der Adria überwachen deutsche Schiffe das Embargo gegen das ehemalige Jugoslawien.

In Somalia waren deutsche Soldaten beim Versuch von Befriedung und Wiederaufbau des Landes beteiligt.

Im ehemaligen Jugoslawien unterstützen deutsche Soldaten nicht nur die Versorgung der notleidenden Bevölkerung. Sie werden nun auch zu einem eventuell notwendigen Rückzug der Blauhelme militärisch beitragen – erstmals auch mit einem klaren Kampfauftrag.

Ein Szenario des Einsatzes der Bundeswehr, wie es noch vor zehn Jahren undenkbar war. Da stellt sich denn doch die Frage, ob Grundsätze und Ethik soldatischen Dienens für deutsche Soldaten unter diesen Umständen noch gelten, wie sie früher galten. Ja, es gab sogar bei einigen Soldaten Zweifel, ob militärische Einsätze der genannten Art noch der Grundpflicht des Soldaten und damit dem geschworenen Eid und damit dem gegebenen Gelöbnis entsprechen.

Sicher ist, daß Streitkräfte, und damit auch die deutsche Bundeswehr, in dieser neuen (welt-)politischen Lage neben dem grundgesetzlichen Auftrag zur Landesverteidigung, sei es allein oder in einem Bündnis, verstärkt internationale Mitverantwortung bei Einsätzen im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse und zur humanitären Hilfeleistung übernehmen müssen.

Soldatischer Dienst zum Schutz der Schwachen, zur Erhaltung

oder Wiederherstellung des Friedens und zur Verteidigung der Menschenrechte nicht nur für das eigene Land ist eine Aufgabe, der sich auch das wiedervereinigte Deutschland mit Recht stellt, wenn es seinen angemessenen Platz in der Völkergemeinschaft ausfüllen will.

Es gilt, für diese neuen – oder zumindest bisher so von vielen nicht wahrgenommenen Aufgaben der Streitkräfte ein Verständnis zu schaffen, das nicht elitär, sondern mitverantwortlich definiert ist. Sicher handelt es sich hier um eine neue Auffassung vom militärischen Dienst, bei der die Mitverantwortung für eine wirksamere Verbreitung der Werte der Gerechtigkeit, Solidarität und des Friedens – Werte, die die Grundlage für eine echte internationale Ordnung bilden – im Vordergrund steht.

Unser Eid, unser Gelöbnis, unsere Grundpflicht decken alle diese Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten ab. Unsere Pflicht, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen“, ist nicht an geographische Grenzen gebunden oder auf einen konkreten Aggressor an unseren Landesgrenzen beschränkt. Und die tapfere Verteidigung von Recht und Freiheit des deutschen Volkes beinhaltet mehr als einen Abwehrkampf an einer deutschen Grenze nach Erklärung des Verteidigungsfalles.

Daß der Auftrag des Soldaten nicht nur eng national und auf reine Vaterlandsverteidigung im eigenen Land begrenzt zu sehen ist, war unseren ausländischen Kameraden immer klar. Sie sehen sich als das, was Streitkräfte auch in der Demokratie sind: ein legitimes Machtinstrument des Staates zur Vertretung und gegebenenfalls Durchsetzung von Recht und Freiheit im zwischenstaatlichen Bereich. Es ist Recht und Pflicht legi-

timer staatlicher Gewalt, über den Einsatz von Streitkräften im Sinne einer umfassenden Verantwortung für die Zukunft des eigenen Landes wie der Völkergemeinschaft zu entscheiden. Selbstverständlich sind Streitkräfte international kein Mittel zur Kriegführung, sondern das Instrument verantwortlicher Politik zur Abratung und Verhinderung von Kriegen, zum Schutz von Leben und Freiheit sowie zur Verwirklichung von Frieden und Recht. Auch humanitäre Einsätze, speziell im Rahmen kollektiver internationaler Zusammenarbeit, sind aus politischer wie ethischer Sicht wichtige Aufgaben, die Soldaten zu erfüllen haben.

Die Verteidigung des Vaterlandes, die Landesverteidigung, die den Schutz unserer Wert-, Rechts- und Lebensordnung umfaßt, bleibt zwar die grundsätzliche Aufgabe des Soldaten. Dies gilt auch dann, wenn glücklicherweise keine konkrete und aktuelle Bedrohung vorhanden ist – wie schnell kann sich das aber ändern. Unsere Bürger haben auch heute Anspruch darauf, gegen jede Drohung oder jeden Angriff von außen geschützt zu werden. Ausreichende militärische Sicherheitsvorsorge ist auch weiterhin für das Wohl der Gemeinschaft unbedingt erforderlich.

Und es bleibt die Aufgabe unserer Streitkräfte, zusammen mit Verbündeten für den Schutz der Länder und Menschen unserer europäisch-atlantischen Gemeinschaft einzutreten, einer Gemeinschaft, die auf unserem christlich-abendländischen Welt- und Menschenbild beruht, auf historisch gewachsenen Strukturen von Recht und Freiheit des einzelnen wie der Völker.

Aufgabe der Streitkräfte ist es aber auch, in einer kleiner gewordenen Welt weltweit neue Aufträge zu übernehmen, sowohl aus un-

serer politischen Weltverantwortung heraus, als auch in wohlverstandenen und berechtigtem Eigeninteresse unseres Landes.

Wenn heute von neuen Aufgaben der Streitkräfte die Rede ist, dann geht es vor allem um den eben genannten Bereich. Es geht darum, daß Soldaten bei Hungersnöten und anderen Katastrophen Hilfe leisten. Nicht deshalb, weil dies eine grundsätzliche und originäre Aufgabe der Streitkräfte wäre, sondern einfach deswegen, weil diese Hilfe häufig nur unter militärischem Schutz geleistet werden kann, und weil vielfach allein die Streitkräfte die organisatorischen und materiellen Mittel, oft auch allein die Ausbildung, besitzen, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Soldaten beweisen dabei durch ihren persönlichen Einsatz, daß Deutschland Mitverantwortung für den Frieden und die Menschenrechte in der Welt von heute zu übernehmen bereit und imstande ist. Und sie haben bereits geleistet und leisten weiterhin einen sicherlich begrenzten, aber dennoch wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung rechtlicher menschenwürdiger und friedlicher Zustände in vielen Ländern dieser Erde.

Es geht auch darum, daß Soldaten sich dort einbringen, wo die Gefährdung von Leib und Leben, von Menschenrechten und Freiheit, ein solches Ausmaß angenommen hat, daß ein Eingreifen der Völkergemeinschaft unbedingt erforderlich ist. Selbst Papst Johannes Paul II., sicher kein Freund von Krieg und Gewalt, hat nachdrücklich auf diese, wie er sagt „Pflicht zur humanitären Einmischung“ hingewiesen, „wenn das Überleben der Völker und ethnischer Gruppen schwer betroffen wird“. In einer Ansprache an die Militärbischöfe am 11. März 1994 ergänzte der Papst diese Aussage mit den Worten: „Das Prinzip der Nichtgleichgültigkeit – oder, positiv ausgedrückt, des humanitären Eingreifens – angesichts der Dramen der Völker weist dem Soldaten und den Streitkräften eine neue und wichtige Rolle zu“.

Aufgabe der Soldaten wird es auch in Zukunft vermehrt sein, den Krieg zu verhindern oder zu beenden, indem sie zwischen den Parteien vermitteln, ja wortwört-

lich zwischen den Fronten stehen. Erziehung zum Frieden gewinnt hier für den Soldaten eine ganz neue Dimension. Muß er doch lernen, seinen Dienst nicht mit der Waffe, sondern häufig gerade ohne sie auszuüben, legitime Gewalt nicht anzuwenden, sondern um eines wichtigen Zieles willen sogar illegitime Gewalt zu überdauern, sich nicht mit Nachdruck durchzusetzen, sondern zurückzunehmen, Frieden nicht zu erzwingen, sondern dafür zu leiden. Diese Komponente wird die klassische Erziehung des Soldaten für seinen Dienst am und für den Frieden in Zukunft immer häufiger ergänzen: Frieden sichern, Frieden erhalten, Frieden wiederherstellen – das alles gilt weiterhin. Aber hinzu kommt: Frieden wachsen lassen, Frieden fördern, Frieden erdulden, auch für den Frieden leiden.

Allerdings: Märtyrertum ist nicht die Aufgabe jedes Christen, schon gar nicht die des Soldaten –

Märtyrer sind die Ausnahme, nicht die Regel. Und es stellt sich auch die Frage, ob das, was Politik heute vom Soldaten in den geschilderten Situationen immer häufiger verlangt, zum Beispiel

- wehrlos zwischen den Fronten stehen,
 - Gewalt tatenlos zusehen müssen,
 - Bedrohten und Angegriffenen nicht helfen dürfen,
 - Mord, Folter und Vergewaltigung nicht verhindern dürfen,
- wirklich noch soldatischer Dienst ist, wie wir ihn verstehen und verantworten können mögen die politischen Begründungen für ein solches Verhalten auch rational noch so einsichtig sein.

Hierüber wird noch gründlich nachzudenken sein; nicht nur die Politiker, auch die Ethiker und nicht zuletzt die Soldaten selbst werden Antworten finden und geben müssen.

Ministerpräsident Vogel über Erzbischof Dyba empört

Krefeld, 1.09.95 (KNA/PS) Der Thüringer Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hat entschieden die Behauptung des Fuldaer Erzbischofs Johannes Dyba (siehe Meldung auf Seite 78 in diesem AUFTRAG „Dyba sieht Staat und Kirche ‘auseinanderdriften‘“) zurückgewiesen, die neuen Bundesländer seien überwiegend heidnisch. Es müsse die Frage gestellt werden, was dieser „alte Kampfbegriff“ heute bezwecke, sagte Vogel am Freitag in Krefeld bei einer Vortragsveranstaltung der Katholischen Akademie des Bistums Aachen. Daß die Wiedervereinigung die Entchristlichung der deutschen Gesellschaft beschleunigt habe, könne nur von einem Mann behauptet werden, der offensichtlich die frühere DDR nicht zu Deutschland gerechnet habe.

Vogel, langjähriger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), drückte die

Hoffnung aus, der Erzbischof habe sich „unbedacht“ geäußert. Wären seine Bemerkungen ernsthaft gemeint, könnten sie nicht nachvollzogen werden, unterstrich Vogel. Er stellte die Frage, ob beispielsweise das katholische Eichsfeld, der Erfurter Dom, die Wartburg oder die Stadt Altenburg keine abendländische Tradition hätten. Zu den Äußerungen Dybas, Deutschland zeige sich nach dem Kruzifix-Urteil als ein Land mit überdeutlichen Spuren der Entchristlichung, sagte Vogel, der Erzbischof verwechsle die Reaktion der Bevölkerung mit der fehlerhaften Urteilsbegründung der Karlsruher Richter. „Seit Jahrzehnten hat es kein so nachdrückliches Aufbegehren in allen Teilen der Bundesrepublik gegen eine Entscheidung des Verfassungsgerichts gegeben wie in diesem Fall“, fügte der Ministerpräsident hinzu.

BUCHBESPRECHUNGEN

**Reinhard Appel (Hrsg.)
Es wird nicht mehr zurückge-
schossen ...****Erinnerungen an das Kriegs-
ende 1945**

Lingen Verlag, Bergisch Gladbach,
392 Seiten, ISBN 3- 921306-99-x.

Der Autor und Herausgeber Reinhard Appel ist 1927 in Königshütte, Oberschlesien, geboren, wurde 1945 noch zur Wehrmacht eingezogen, geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft, wurde aber infolge einer Krankheit und durch die humane Gesinnung einer russischen Ärztin im September 1945 nach Berlin entlassen.

Über die Printmedien kam der Autor zum Deutschlandfunk, wurde 1973 Intendant und war von 1976-88 Chefredakteur des ZDF.

Einen besonderen Ruf hat sich Appel durch seine Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten“ (1963-91) erworben.

Die Neugier des Journalisten und auch der weite „Bekanntheitskreis“ haben dazu geführt, daß Appel neben seiner eigenen Geschichte, von 35 Prominenten – beinahe der weiten Welt – eine Darstellung ihrer Erlebnisse um das Ende des Krieges erhalten konnte. So ist das Buch – allein schon aus diesem Grunde – ein interessantes Werk. Hinzu kommt, daß R. Appel auch in der Zusammenstellung der „Gesprächspartner“ eine besonders glückliche Hand hatte.

Es ist schon eindrucksvoll, was der Metropolit Augoustinos, Berthold Beitz, Valentin Falin, Michail Gorbatschow, Henry Kissinger, Helmut Kohl, Helmut Schmidt, Isa Vermehren und ebenso bedeutende „Andere“ an Gedanken zum Tag der Beendigung des Krieges beigetragen haben.

Eine Chronik des Zusammenbruchs 1945 und eine ebenfalls sehr lesenswerte Kurzbiographie der Autoren ist eine sehr gute Information über die Menschen, die das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt haben.

So ist ein außergewöhnliches Buch entstanden, das Menschen zeigt, wie sie den Alltag am Ende einer Zeit erlebten, die mit Hitlers Lüge begonnen hatte.

Es ist heute kaum noch vermittelbar, wenn man jungen

Menschen deutlich zu machen versucht, was es heißt, fünfeinhalb Jahre täglich um das eigene Leben fürchten und dabei erkennen zu müssen, daß ein Diktator die Menschen mißbraucht. Der Glaube an die Wahrheit der Aussage einer verlogenen Führung, das Entsetzen über die späte Erkenntnis, finden hier ihren Niederschlag.

Ein Buch, das nicht nur gut lesbar geschrieben ist, sondern auch ein zeitgeschichtliches Dokument ersten Ranges darstellt.

(Helmut Fettweis)

**Roland Breitenbach
Der kleine Bischof – Ein
kirchlicher Zukunftsroman**

Reimund Mayer Verlag, Schweinfurt 1995, 209 Seiten, ISBN 3-926300-12-4.

Pfarrer Oliver Maß wird im Jahr 2000 überraschend Bischof von Würzburg. Hat die Kirche in Deutschland und in Europa noch eine Zukunft? Diese und viele andere Fragen beschäftigen den „kleinen Bischof“ und natürlich die Leser.

Der Roman, zunächst in Fortsetzungen für das Gottesdienstblatt der Schweinfurter Pfarrei St. Michael bestimmt, zeichnet das erste Jahr des Bischofs nach, erzählt von seinen Träumen und Hoffnungen, berichtet von Schwierigkeiten und Intrigen, setzt Zeichen der Neubessung und begleitet Oliver Maß bis in die dunkelsten Stunden seines Lebens. Aber auch für den persönlichen Karfreitag des jungen Bischofs gibt es ein neues Ostern. Die Interviews, Gedanken und Predigten des Bischofs, nicht nur zu Fragen der Sexualmoral, sind von erstaunlicher Offenheit. Der „Kleine Bischof“, der am Rande der Stadt in einer Mietwohnung wie ein Durchschnittsbürger lebt, sucht den unmittelbaren Kontakt zu den Menschen, zu Gläubigen und Ungläubigen, zu Gescheiterten und Hoffenden, und verkündet in einer verständlichen Sprache die alten Wahrheiten des Evangeliums. Er lebt überzeugend die Botschaft des Jesus von Nazareth für die Menschen im neuen Jahrtausend.

Seine Art gegen den Strom zu schwimmen fasziniert den Leser.

Dieser Zukunftsroman scheint das Heute widerzugeben. Das spricht an, macht Mut und regt zum Nachdenken an.

(Günter Thye)

**Mary Higgins Clark
Das Haus auf den Klippen**

Roman. Aus dem Amerikanischen von Regina Hilbertz. Wilhelm Heyne Verlag, München 1995. 336 Seiten. Gebunden. ISBN 3-453-08696-1.

Mary Higgins Clark gilt nicht umsonst als „Königin der Spannung“. Auch in ihrem neuesten Roman „Das Haus auf den Klippen“ (Remember me) gelingt es ihr, einen Kriminalfall, eine alte Schauergeschichte und die seelischen Leiden einer Mutter um ihr Kind derart geschickt miteinander zu verweben, daß die Spannung ständig wächst und man das Buch kaum aus der Hand legen kann.

Vor zwei Jahren hat Menley Nichols, die Heldin des spannenden Thrillers mit romantischem Einschlag, ihren Sohn bei einem Autounfall verloren. Nun, nach der Geburt ihrer Tochter Hannah, freut sie sich mit ihrem Mann darauf, einen Sommer im „Remember House“, hoch über den Klippen von Cape Cod, zu verbringen. Doch dieser Sommer wird zum Alptraum. Das alte Kapitäns Haus, in dem sie wohnen, ist der Ort einer alten Legende um Eifersucht und Mord. Mysteriöse Vorkommnisse stürzen Menley Nichols in Angst, ja Verzweiflung, ein Mordfall wirft seine Schatten auf das Geschehen und ist das wichtigste Thema der Bewohner des kleinen Orts am Meer.

Daß das posttraumatische Streßsyndrom eine wichtige Rolle im Geschehen spielt, sei gerade denen gesagt, die Professor Ditzers interessante Ausführungen zu diesem Thema bei der Woche der Begegnung gehört haben.

Ein Buch jedenfalls, das Männer und Frauen mit gleicher Spannung und gleichem Vergnügen lesen werden – sofern sie sich darüber einig sind, wer nun gerade leseberechtigt ist.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint bis zu neunmal jährlich.
Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)
Redaktion: Klaus Brandt, Oberstleutnant a.D., verantwortlicher Redakteur; Paul Schulz, Oberstleutnant a.D., Redakteur, Satz und Layout; Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur.
Zuschriften: Klaus Brandt, Postfach 30 03 03, 51413 Bergisch-Gladbach, Fax: 02204-23005
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn-Buschdorf
Überweisungen auf:
Konto-Nr. 2532786 BLZ 380 400 07
Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506
Postscheckamt Köln: Katholische Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – Vermerk: "Spendenkonto der GKS".
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.